REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

Nr. 497 · 19.8.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. Das Comeback der Sozialdemokratie
2. Solidarität mit Labournet Germany
3. Korpsgeist und Kontinuitäten. Eine kleine Geschichte des Auswärtigen Amtes - Michael Sturm
4. Das Scheitern des Islamismus. Al-Qaida, der Terror und das Besatzungsregime im Irak - Sabah Alnasseri
5. Bomben gegen die Friedensmetropole. Englische Linke über die Motive der Londoner Attentäter
6. Wie hältst du's mit der Linkspartei? Eine Wahl, zwei Parteien, vier Meinungen
7. Offenes Wort zum Offenen Brief ... sozialer und politischer Basisorganisationen an die PDS und WASG - ak-Redaktion
8. Zwischen "Realpolitik" und einer radikalen Linken ... liegt nicht Verrat, sondern ihre Konkretion. Ein Ausblick - Wolf Wetzel
9. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
10. Ein transparenter Akt des zivilen Ungehorsams. Interview mit Ricardo Dominguez zum Prozess gegen die Online-Demo gegen Lufthansa
11. Sieg für die Pressefreiheit? Junge Freiheit setzt sich gegen Verfassungsschutz durch - Redaktion Antifaschistisches Infoblatt
12. Alles, was recht ist. Soziale Rechte schließen Gesundheit ein - Thomas Seibert
13. Globale Gesundheit, globales Desaster. Erster alternativer Weltgesundheitsbericht veröffentlicht - medico international
14. Keine Argumente und falsche Zitate. Interview mit Petra Schlagenhauf zu den Vorwürfen gegen Salvador Allende - mb., Berlin
15. Maue Signale aus Erfurt. Das "Erste Sozialforum in Deutschland" konnte Erwartungen nicht erfüllen - Nicole Vrenegor
16. Widersprüche des Widerstands. Diskussionsband von und für antirassitische Bewegungen in Deutschland - Nicole Vrenegor
17. Entdeckungsreisen ins Innere eines Kontinents. ArbeiterInnenklasse, "revolutionäres Subjekt" und Operaismus - Martin Dieckmann
18. "Wo das Kapital hingeht, geht auch der Konflikt hin." Beverly Silver über ArbeiterInnenmacht, Operaismus und Globalisierung - Interview: Dirk Hauer, Lars Stubbe
19. Hinter der glatten Oberfläche. "Militante Untersuchung", Organisierung und Gewerkschaftsarbeit - Peter Birke
20. Eine Frage der Würde. Der Haushalt als Betrieb und die feministische Kritik am Operaismus - Mariarosa Dalla Costas
21. Der geleugnete Völkermord. Der Genozid an den Armeniern, die Türkei und die deutsche Außenpolitik - T.S.
22. Zentral geplant, bürokratisch organisiert. Historische Fakten zum Völkermord an den Armeniern - T.S./Js.
23. Die Asymmetrie der Ohnmacht. In Kolumbien kann viel über die "Neuen Kriege" gelernt werden - Raul Zelik
24. Rückblick und Ausblick auf einen Aufstand. Bolivien oder die Frage, wie man dem Neoliberalismus entkommt - Raquel Gutiérrez Aguilar
25. Alarmstufe Rot und der Wandel der Strategie. Mexiko: Regierungsoffensive gegen EZLN - und vice versa - Marta Durán de Huerata Patiño
26. Von der Afrika-Kommission zur Autobahnblockade. Stichworte zum G8-Gipfel im schottischen Gleneagles - Gregor Samsa
27. Täuschung als PR-Strategie. Was auf dem G8-Gipfel beschlossen wurde - Gregor Samsa
28. Deutsche Sezessionshilfe im Sudan schürt Bürgerkrieg. Bundeswehr sichert Zugang zum Öl - Jürgen Wagner
29. Der Libanon auf der Suche nach Souveränität und Demokratie. Die Zedernrevolution fand nicht statt - Miriam Edding
30. Lebendig begraben im Abschiebeknast. Der Fall Cornelia Rau: Abgründe australischer Asyl- und Flüchtlingspolitik - Vo., Brisbane/Australien

31. Trennung zur Goldenen Hochzeit. US-amerikanischer Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO gespalten. Interview mit Lowell Turner - Interview: Georg wissmeier
32. Beutegier, Sachverstand und Judenmord. Einwände gegen Götz Alys geschichtspolitischen Ökonomismus - Js.
33. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit - dk
34. Kampf der DienerInnen. Arbeitsbedingungen und Konflikte im Dienstleistungsbereich - Dirk Hauer
35. Grenzenlos billig? Arbeitsbedingungen bei den Discountern Aldi, Lidl und Schlecker
36. Unternehmensberater, die Privatarmee des Neoliberalismus - Werner Ruhoff
37. Handreichungen zum Klassenkampf. Die mit dem Geld tanzen - dk.
38. "Wir werden in Deutschland immer noch benachteiligt." Interview mit Tornado Rosenberg, Gitarrist von Swing Gipsy Rose - Interview: Gaston Kirsche
39. "Der Feind ist in uns selber". ver.di debattiert über Kunst und Kultur - Susann Witt-Stahl
40. Die Stadtguerilla und der Antisemitismus. Wolfgang Kraushaars Buch "Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus" - Js.
41. AUFGEBLÄTTERT
42. KALENDER
43. EDITORIAL
44. Das Thema: Operaismus

# 1. Das Comeback der Sozialdemokratie

Rubrik: SPD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:45

Das gequälte Gesicht von Guido Westerwelle, Angela Merkels versteinerte Mine, Stoibers Wut auf die "Frustrierten" im Osten, die Lachnummer Münte als Vizekanzler einer "Großen" Koalition, Joschka Fischers Verdruss, dass die "moderne Linke" in Gestalt der Grünen abgeschlagen hinter der "alten" nur auf Platz vier gelandet ist - es könnte ein lustiger Abend werden am 18. September. Und dann noch die Enttäuschung von BDI-Präsident Jürgen Thumann und die Erleichterung der Gewerkschaften, die sich gleichzeitig aber auch um ihr Verhältnis zum traditionellen Bündnispartner SPD sorgen müssen. Schließlich der Geldsegen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es gibt gute Gründe, dieses Mal zur Wahl zu gehen.

Zwar blieb organisierte Gegenwehr gegen den neoliberalen Umbau zur Deutschland AG eher marginal, doch viele Menschen hat diese Politik gründlich abgeschreckt. Wir erleben eine "Krise der Repräsentation", die sich darin spiegelt, dass die Lebenswirklichkeit einiger sozialer Milieus in der offiziellen Politik überhaupt keinen Niederschlag mehr findet. Bislang führte diese Unzufriedenheit zur Wahlenthaltung vieler Menschen. Nun scheint es, als könnten sie in der Stimmabgabe für die Linkspartei.PDS ihren Ausdruck finden.

Die momentane Zustimmung zur Linkspartei verweist auf die Instabilität des herrschenden Blocks. Ihr erstes Opfer ist die SPD. Von Mitgliederverlust gebeutelt, findet ihre Legitimationskrise den vorläufigen Abschluss in der Abwahl Schröders und dem Ende des rot-grünen Modernisierungsbündnisses. Ob CDU/CSU und FDP daraus wirklich Profit schlagen können, ist noch nicht ausgemacht. Auch wenn Merkel und Westerwelle die Bundestagswahl gewinnen sollten, spricht vieles dafür, dass Schwarz-Gelb sich noch schneller abnutzt als Rot-Grün.

Die vorgezogene Neuwahl hat in der parlamentarischen und in der außerparlamentarischen Linken eine Dynamik erzeugt, die noch vor kurzem kaum jemand für möglich gehalten hätte. Binnen kürzester Zeit hat sich das Wahlbündnis zwischen PDS und WASG gegründet. Schröders Kalkül, durch Neuwahlen den Formierungsprozess einer Partei "links von SPD und Grünen" schon im Ansatz zu verhindern, ist nicht aufgegangen.

Der Einzug einer starken Linksfraktion in den nächsten Bundestag wird auch für die radikale Linke von Bedeutung sein. Diese müsste sich gegenüber der moderaten Linken profilieren und offensiv für ihre Positionen werben. Denn mit der Konstitution einer linken Wahlalternative wird längerfristig neu definiert und festgelegt, was in Zukunft als "links" zu gelten hat. Dabei kann es für die außerparlamentarische und radikale Linke nicht um eine unkritische Bezugnahme auf die neue sozialdemokratische Parteigründung gehen. Worum es aber sehr wohl geht, ist ein taktischer Umgang, der die eigenen Bewegungsspielräume erweitert, und eine strategische Intervention in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um linke, emanzipatorische Gegenentwürfe zum neoliberalen Autoritarismus der Agenda 2010 - und darüber hinaus.

Klar ist: Die Wahl der Linkspartei kann nicht die Lösung sein, aber ihr Erfolg bei den Bundestagswahlen wird dazu führen, dass auch eine radikal linke Opposition stärker als bisher wahrgenommen wird. Fällt der Stimmenanteil der Linkspartei so groß aus, dass sich der neoliberale Block auch offiziell zur Großen Koalition zusammenrotten muss - um so besser.

Diskussionsbeiträge zur Linkspartei Seite 5-7

# 2. Solidarität mit Labournet Germany

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:37

Liebe KollegInnen von Labournet Germany,

die Nachricht von der Hausdurchsuchung und den Beschlagnahmungen bei euch hat uns empört, sowohl wegen des überfallartigen Charakters als auch wegen der grundsätzlichen Botschaft, die hinter dieser Polizeiaktion steht. Die ak-Redaktion erklärt sich ausdrücklich mit euch solidarisch und verurteilt diese Repressionsmaßnahmen aufs Schärfste. Sie sind durch nichts zu rechtfertigen. Wir halten es für völlig fadenscheinig, dass Polizei und Staatsanwaltschaft nur wegen eines inkriminierten Flugblattes und einer Anzeige gegen unbekannt in dieser Form auftreten. Solche polizeilich-repressiven Show-Manöver haben immer den Sinn und Zweck, unliebsame Personen und Projekte generell einzuschüchtern und ihre Aktivitäten zu be- und verhindern.

Über die Jahre ist Labournet Germany zu einer der wichtigsten deutschsprachigen Plattformen für die Kritik an neoliberalem Soziastaatsumbau, Agenda 2010 und Unternehmerangriffen auf die lohnabhängig Beschäftigten geworden. Dabei ist das Labournet längst nicht mehr nur ein Diskussionsforum für die gewerkschaftslinke Debatte oder eine unverzichtbare Informationsquelle für andere linke Medien wie z.B. auch ak. Vielmehr seid ihr inzwischen zu einer zentralen Schnittstelle zwischen linken GewerkschafterInnen, InternationalistInnen und AktivistInnen aus den sozialen Bewegungen geworden - für die Vernetzung von Debatten wie auch praktischen Widerstand. Darum seid ihr ins Visier von Polizei und Staatsanwaltschaft geraten, und genau darum ist der Angriff auf euch auch eine Drohung gegen linke Publizistik und kritische Medien im Allgemeinen.

Mit herzlichen, kämpferischen und solidarischen Grüßen

ak-Redaktion

LabourNet Germany freut sich über Spenden auf folgendes Konto: Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Kto.-Nr. 263 526 467

# 3. Korpsgeist und Kontinuitäten. Eine kleine Geschichte des Auswärtigen Amtes

Autor: Michael Sturm · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:09

Nun sollen die Historiker ran: Eine von Außenminister Fischer berufene Kommission, bestehend aus Eckart Conze (Marburg), Norbert Frei (Jena), Klaus Hildebrand (Bonn), Henry Turner (Yale) und Moshe Zimmermann (Jerusalem), soll die NS-Vergangenheit von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes (AA) aufarbeiten. Der Kommission zuarbeiten wird der ausgewiesene Experte Hans-Jürgen Döscher, der in seinen Publikationen die frühzeitige Nazifizierung des Auswärtigen Amtes und braune Kontinuitäten nach 1945 längst nachgewiesen hat.

Im September 2003 sorgte eine Anweisung von Außenminister Fischer unter zahlreichen Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes (AA) für erheblichen Unmut. Gegen den Erlass Fischers, künftig ehemalige Angehörige des Diplomatischen Dienstes, sofern sie der NSDAP angehört hatten, nicht mehr mit einem Nachruf in der amtsinternen Zeitschrift zu ehren, regte sich massiver Protest, der im Februar dieses Jahres seinen vorläufigen Höhepunkt fand: 128 ehemalige und noch aktive AA-Mitarbeiter veröffentlichten in der FAZ (9.2.) eine Anzeige zu Ehren des ehemaligen AA-Beamten und Altnazis Franz Krapf, der im Oktober 2004 verstorben war. Angesichts der Widerstände gegen die geänderte Nachrufpraxis schwenkte der Außenminister relativ schnell auf eine entpolitisierende Kompromisslinie ein: Nunmehr sollen verstorbene Mitarbeiter des AA unabhängig von der Frage ihrer NSDAP-Mitgliedschaft grundsätzlich nicht mehr geehrt werden.

Die Vehemenz, mit der Teile der Beamtenschaft des AA gegen den Erlass Fischers zu Felde zogen, verweist auf den bis heute offenkundig stark ausgeprägten Korpsgeist jener "verschworenen Gesellschaft" (Hans-Jürgen Döscher), der es über Jahrzehnte hinweg gelang, das Mitwirken des Amtes an den nationalsozialistischen Massenverbrechen zu bagatellisieren und die personellen Kontinuitäten, die nach 1951 deutlich wurden, zu verschleiern.

In diesem Zusammenhang tauchten drei Behauptungen immer wieder auf: Zum einen sei das AA in der Zeit des Nationalsozialismus ein "Hort der Opposition" gewesen. Hochrangigen Beamten, wie etwa dem Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker, sei es in erster Linie darum gegangen, "Schlimmeres" zu verhindern; vom Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen hätte kaum ein Mitarbeiter des AA Kenntnis gehabt und für die Verbrechen, an denen das AA nachweislich mitgewirkt hatte, seien fast ausschließlich Quereinsteiger aus den Reihen der SS sowie anderer NS-Organisationen verantwortlich gewesen. Demnach sei das AA spätestens seit Beginn des Zweiten Weltkrieges in zwei Ämter zerfallen: Einerseits in ein "unpolitisches", in dem Berufsdiplomaten professionell und gegenüber dem NS-Regime distanziert ihren Aufgaben nachgekommen seien. Andererseits in ein "politisches", das, vor allem repräsentiert durch die mit "Rassepolitik" und "Judenfragen" befasste "Abteilung Deutschland", zum Anziehungspunkt nationalsozialistischer Karrieristen geworden sei.

Ein Blick in die Geschichte des 1870 gegründeten Amtes verdeutlicht, dass Korpsgeist und Standesdünkel seit jeher unter den Mitarbeitern des Diplomatischen Dienstes weit verbreitet waren. Die 1920/1921 in Angriff genommenen Reformbemühungen scheiterten nicht zuletzt an den Obstruktionen der konservativ eingestellten Karrierediplomaten, die nach dem Zusammenbruch der Monarchie auf ihren Posten verblieben waren. Sofern sie politisch organisiert waren, gehörten die Weimarer Nachwuchsdiplomaten überwiegend rechten, der Republik feindselig gegenüberstehenden Gruppierungen an; Juden und Sozialdemokraten blieb der Zugang zum Auswärtigen Amt nahezu vollständig versperrt.

Insofern verwundert es nicht, dass das Ende der Republik im Außenministerium relativ gleichgültig zur Kenntnis genommen wurde, zumal sich für das AA im Kontext der nationalsozialistischen Machtübernahme keine größeren Veränderungen ergaben. Lediglich ein Angehöriger des Diplomatischen Corps, der deutsche Botschafter in Washington, quittierte aus politischen Gründen seinen Dienst. Auch der seit Juni 1932 amtierende Außenminister Constantin Herrmann Freiherr von Neurath behielt seinen Posten bis zum Februar 1938. Zwar erschien das aristokratisch geprägte Sozialprofil des AA den nationalsozialistischen Vordenkern einer alle Konventionen missachtenden aggressiv-völkischen Außenpolitik hinderlich. Da das NS-Regime aber

kaum über eigene außenpolitisch versierte Funktionäre verfügte, war es auf die Beamtenschaft des AA angewiesen. Zum anderen verfolgten das AA und die Außenpolitik des Nationalsozialismus mit der angestrebten grundsätzlichen Revision der Versailler Verträge identische Ziele.

Die Legende von den unpolitischen Berufsdiplomaten

Darüber hinaus stellte sich das Außenministerium schon bald unaufgefordert hinter die antisemitischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Machthaber. Im Februar 1934 ließ das AA allen deutschen Botschaften und Konsulaten ein Memorandum über die "Entwicklung der Judenfrage in Deutschland und ihre Rückwirkungen im Ausland" zukommen. Darin wurde unmissverständlich hervorgehoben: "Das zunächst rein innerdeutsche Judenproblem biologischen und rassischen Ursprungs gewinnt (...) die Bedeutung einer außenpolitischen Frage ersten Ranges. (...) Welche Haltung der Nationalsozialismus in der weltanschaulichen Auseinandersetzung mit dem Weltjudentum unveränderlich einnehmen wird, dürfte der von Adolf Hitler geprägte Satz unzweideutig feststellen: ‚Politische Parteien sind zu Kompromissen geneigt, Weltanschauungen niemals!`" Entstanden war das Rundschreiben im kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme neugegründeten "Referat Deutschland" des AA, das neben anderen Aufgaben bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Zuständigkeit für "Judenfragen" erhalten hatte.

Die Mitschuld des AA am Holocaust

Etliche Mitarbeiter des Amtes gaben nun ihre vermeintlich "neutrale" politische Haltung auf und traten den Organisationen des NS-Staates bei. So stieg die Zahl der Beamten mit NSDAP-Parteibuch im Laufe des Jahres 1933 von zehn auf fünfzig. Im Jahr 1937 waren von 500 Angehörigen des höheren Dienstes 200 Mitglieder der NSDAP oder einer anderen Parteigliederung. Zahlreiche leitende Beamte des AA beantragten zudem die Aufnahme in die SS, 50 von ihnen mit Erfolg. In diesem Zusammenhang war von einer regelrechten "Massenflucht in die SS" unter den AA-Mitarbeitern die Rede. Somit lässt sich in personeller wie ideologischer Hinsicht schon vor 1938 von einer weitgehenden Nazifizierung des Auswärtigen Amtes sprechen.

Die nationalsozialistische Einflussnahme auf das Amt nahm freilich dramatisch zu, nachdem der Leiter der "Dienststelle des Beauftragten der NSDAP für außenpolitische Fragen im Stabe des Stellvertreters des Führers", Joachim von Ribbentrop, im Februar 1938 zum Außenminister ernannt worden war. Zu den entscheidenden Kriterien der Personalrekrutierung avancierten von nun an die Mitgliedschaft in der NSDAP bzw. in einer anderen Parteiorganisation sowie die persönliche Loyalität zu Ribbentrop.

Im Mai 1940 wurde das "Referat Deutschland" des AA zur "Abteilung Deutschland" aufgewertet und unter Führung von Unterstaatssekretär Martin Luther, einem engen Vertrauten des Außenministers, sukzessive zu einem Organisationskomplex mit zwölf Referaten und 190 Mitarbeitern ausgebaut. Die Abteilung beanspruchte umfassende Zuständigkeiten etwa im Bereich der "internationalen polizeilichen Zusammenarbeit", der "Judenfrage", der "Rassenpolitik", der "Deutschtumsfragen" und der "Volksdeutschen Umsiedlungen". Bereits im Juni 1940 begann man sich dort Gedanken hinsichtlich des "deutschen Kriegsziels in der Judenfrage" zu machen. So wurde der berüchtigte "Madagaskar-Plan", den Adolf Eichmann (im Reichssicherheits-Hauptamt/RSHA federführend mit der "Endlösung der Judenfrage" befasst) zeitweise als ernsthafte Option in Erwägung zog, maßgeblich und eigeninitiativ im Auswärtigen Amt entwickelt.

An dem arbeitsteiligen Vernichtungsprozess war das Auswärtige Amt an verschiedenen Stellen entscheidend beteiligt. Im Januar 1942 nahm Unterstaatssekretär Luther als Vertreter des AA an der Wannseekonferenz teil, auf der die bereits angelaufenen Mordaktionen an der jüdischen Bevölkerung Osteuropas und der Sowjetunion besser koordiniert werden sollten. Von den Ergebnissen der Konferenz erhielten nicht nur die "Deutschlandabteilung", sondern auch die führenden Beamten anderer Abteilungen des Außenministeriums Kenntnis. Zudem ist davon auszugehen, dass diese AA-Mitarbeiter bereits seit dem Sommer 1941 über die von den Einsatzgruppen verübten Massaker in der Sowjetunion informiert waren. Als im März 1942 in den besetzten Gebieten Frankreichs damit begonnen wurde, "im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung" Europa "vom Westen nach Osten durchzukämmen", waren verschiedene Stellen des Auswärtigen Amtes an den organisatorischen Abläufen beteiligt. So wandte sich Eichmann im Vorfeld der Deportationen Zehntausender französischer und staatenloser Juden nach Auschwitz regelmäßig an das AA mit der Frage, ob auf Seiten des Amtes "Bedenken gegen die Durchführung der Aktion" bestünden. Obgleich auch vermeintliche Gegner des NS-Regimes, wie etwa Staatssekretär von Weizsäcker, in die Entscheidungsprozesse

miteinbezogen waren, regte sich hier jedoch zu keinem Zeitpunkt irgendein Widerspruch. Im Gegenteil war das AA bemüht, die Anfragen des RSHA möglichst zügig zu beantworten. Ähnlich kooperativ zeigte sich das Amt auch anlässlich der Deportationen aus anderen Teilen Europas. Dessen "Judensachverständige" versuchten etwa die verbündeten Staaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien unter Druck zu setzen, damit diese die Flucht und Emigration der dort lebenden jüdischen Bevölkerung blockierten. Der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik sollten auch nach Auffassung des Auswärtigen Amtes möglichst wenige entkommen.

Von der organisatorischen Einbindung des AA in den Holocaust war in den Jahren nach 1945 kaum mehr die Rede. So verurteilte zwar das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal Joachim von Ribbentrop zum Tode. Auch mussten sich einige hochrangige Beamte des Auswärtigen Amtes 1947 im "Wilhelmstraßenprozess" (bezeichnet nach dem Dienstsitz des Außenministeriums) für ihre Beteiligung an den NS-Verbrechen verantworten; eine umfassende Auseinandersetzung mit der Politik des Amtes während der Zeit des Nationalsozialismus fand hingegen nicht statt.

Das Auswärtige Amt wurde in den Jahren 1949 bis 1951 unter Beibehaltung seiner traditionellen Bezeichnung neu gegründet. Federführend agierten dabei ehemalige Karrierediplomaten, die bereits in der NS-Zeit im Außenministerium beschäftigt gewesen waren und nunmehr sämtliche Schlüsselpositionen des Amtes besetzten. Die auf eine "Bewältigung der NS-Bewältigung" (Norbert Frei) zielende Vergangenheitspolitik der Ära Adenauer machte neben dem öffentlichen Dienst auch die Bonner Ministerien zu Tummelplätzen für ehemalige Funktionseliten, Anhänger und Mitläufer des Nationalsozialismus - nicht zuletzt das Auswärtige Amt, wo im Jahr 1952 zwei Drittel der leitenden Beamten und vier Fünftel der Referatsleiter ehemalige Mitglieder der NSDAP waren. Damit beschäftige das AA während der 1950er Jahre mehr NSDAP-Mitglieder als zu Zeiten des "Dritten Reichs".

Zwei Drittel Nazi-Kader im AA der 1950er Jahre

Diese skandalösen personellen Kontinuitäten wurden einer breiteren Öffentlichkeit durch eine Artikelserie in der Frankfurter Rundschau im September 1951 bekannt. Nachdem sich das Außenministerium zunächst darauf beschränkt hatte, die Vorwürfe zu bestreiten und missliebigen Journalisten mit rechtlichen Schritten zu drohen, rief man schließlich doch noch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ins Leben, der sich mit der Personalpolitik des AA beschäftigen sollte. Tatsächlich bestätigte der Ausschuss weitgehend die in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe. Nur fünf der insgesamt 21 überprüften Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes blieben unbeanstandet. Konsequenzen ergaben sich aus diesem Befund allerdings nicht, da die Voten des Untersuchungsausschusses in keiner Hinsicht bindend für den Bundeskanzler oder die Exekutive waren. So blieb alles beim Alten - und das über Jahrzehnte hinweg.

Michael Sturm

Literatur:

Götz Aly/Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt/M. 1993

Martin Broszat: Der Staat Hitlers. München 1969

Christopher Browning: The Final Solution and the German Foreign Office. A study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940-43. New York 1978

Hans-Jürgen Döscher: SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der "Endlösung". Frankfurt/M., Berlin 1991

Hans-Jürgen Döscher: Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität. Berlin 1995

# 4. Das Scheitern des Islamismus. Al-Qaida, der Terror und das Besatzungsregime im Irak

Autor: Sabah Alnasseri · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:41

Der Darstellung von al-Qaida als ein globales Terrornetzwerk mit dezentralisierten, autonom agierenden Zellen lag von Beginn an ein ideologischer Konstruktionsfehler zu Grunde. Diese Konstruktion ist imperialen Ursprungs und verdankt ihre Popularität der ständigen Verbreitung durch telekommunikativ-mikroelektronische Technologien.

In der Vorstellung der Experten aller Art, die für diese Konstruktion verantwortlich sind, ähnelt al-Qaida den multinationalen Konzernen mit ihrem weltweiten Netz dezentralisierter Produktions- und Absatzeinheiten, deren Hauptsitz in den Zentren liegt. Dass dies ein Irrtum ist, zeigt sich spätestens mit der politischen und medialen Reaktion auf die neue Terrorwelle. Die so genannten Experten nehmen diese nunmehr als entweder vom Zentrum (Bin Laden) abgekoppelte Aktionen gleichsam autozentrischer Zellen wahr oder aber als einen internen Machtkampf um die Führung. Dies vermittelt die Vorstellung von den Terrorzellen als frei schwebenden Einheiten, die zu ihrem ehemaligen Zentrum nur noch ideologische Affinitäten haben und folglich noch bedrohlicher wirken. Dies ist - ähnlich wie das totalitäre Gerede der Nahostexperten von Kulturen, Westen, Islam etc. - eine andere Art zu sagen: "Wir wissen es nicht."

In den Metropolen wird nicht unterschieden zwischen extremistisch-terroristischen Gruppen und den wie auch immer wahrgenommenen MuslimInnen. Die Nichtdifferenzierung liegt in der totalitären Konstruktion des Islam als eines Denken und Handeln bestimmenden Prinzips, das durch die so genannte Globalisierung und die Migration von nominell muslimischen Arbeitskräften als eine Bedrohung für die christlich-bürgerliche Zivilisation inszeniert wird. Indes verwundert es nicht, dass nach dem 11.9. die Konstruktion "Schläfer" - ein ganz normaler Mensch, der als tickende Zeitbombe fungiert - ihren Ehrenplatz in den so genannten Zivilisationskriegen findet. Der Terror wird gleichsam religiös-ethnisch fixiert: Die Täter sind Araber und Muslime. Aus dieser äußeren Perspektive nehmen die Konflikte totalitäre, religiöse, kulturelle Formen an, die alles, nur nicht politisch sind und schon gar nicht konkret.

Al-Qaida ist kein multinationaler Konzern

Aus einer Binnenperspektive sehen die Konflikte und die konkreten Akteure anders aus: Die islamistische Bewegung ist zutiefst politisch, nicht religiös oder kulturell und schon gar nicht antiwestlich bzw. anti-neoliberal. Die Experten verwechseln dauernd Propaganda und konkrete Handlungen bzw. Inszenierungen und reale Konflikte. Die islamistische Bewegung verfolgte seit den 1970er Jahren im arabischen und vorderasiatischen Raum verschiedene, radikale wie reformistische Strategien der Machteroberung und ist überall gescheitert. Die zunehmend gewaltsam-terroristischen Erscheinungsformen sind Zeichen ihrer tiefen Krise. Gleichzeitig, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, versuchen die Extremisten durch spektakuläre Terrorakte an Popularität zu gewinnen und soziale Mobilisierung hinter sich zu scharen, die ihr Ziel jedoch ebenfalls überall verfehlt.

Die verschiedenen islamistischen Gruppen, Parteien, Organisationen handeln in konkreten, lokalen Kontexten, in denen sie sich ihre Ressourcen, ihr technisch-organisatorisches Know-how und das Wissen über die Schwächen und Schwachstellen des Gegners aneignen. Die Akteure sind weder arm noch analphabetisch und schon gar nicht religiös - manche wissen nicht einmal, was im religiösen Text steht und wie dies zu interpretieren ist.

Es sind drei konkrete Situationen, in denen die Handlungen dieser Akteure zu verorten sind: erstens Machtkämpfe mit politischen Gegnern und mit dem Regime bzw. Angriffe gegen dessen Vertreter und ökonomische Stützpunkte im eigenen Land; zweitens Kämpfe gegen Besatzungen; drittens Konflikte, die ursprünglich und primär lokal bzw. national waren und nun auf die in Konfliktsituationen verwickelten Metropolen erweitert werden.

Gibt es dazwischen einen Zusammenhang und wenn ja, welchen? Zunächst einmal gibt es keinen ideologischen (religiösen) Zusammenhang zwischen al-Qaida und den räumlich verstreuten Angriffen, keinen politischen (Führungsanspruch) und auch keinen ökonomischen - es sind nicht die Ausgebeuteten und Armen,

die Träger des Terrors sind. Es gibt jedoch zwei Zusammenhänge, die durch den Gang der Ereignisse hergestellt werden können: Einen in den Mitteln, d.h. wenn der Krieg und alle seine Abarten zunehmend zu Mitteln der Politik werden, verwandelt sich auch der zivile Ungehorsam in Gewalt und Terror. Daneben gibt es einen Zusammenhang zweiten Grades zwischen der Besatzung im Irak und der Terrorwelle seit zwei Jahren: Die Besatzung verlängert einerseits das politische Überleben der sich in der Krise befindenden islamistischen Bewegung. Andererseits wurde die Besatzung von Beginn an als eine Kampfansage gegen diverse politische Kräfte verstanden - Nationalisten, Panarabisten, Sozialisten etc. -, was nicht heißt, dass diese Kräfte Allianzen bilden oder gar Netzwerke schmieden. Nicht wegen der Besatzung häufen sich weltweit die terroristischen Angriffe, sondern der Kampf gegen die eigenen Regierungen wird durch die Besatzung aufgeladen; die Besatzung schürt die ohnehin vorhandene Stimmung gegen die direkt im Irak verwickelten Akteure und gegen die eigenen Regierungen, die sich mit dem Kontrollregime arrangieren wollen.

Je mehr das Besatzungsregime im Irak einen institutionalisierten Charakter annimmt, desto heftiger und häufiger werden die Angriffe, sowohl im Irak als auch außerhalb. Die letzten brutalen Angriffe im Irak sind im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Entwurfs für eine permanente Verfassung, dem Volksreferendum und den Wahlen bis Ende des Jahres zu sehen. Das bedeutet, dass in den nächsten Wochen und Monaten mit zunehmenden Terrorangriffen zu rechnen ist. Die Intensität und die Häufigkeit der Angriffe können nur dadurch vermindert werden, dass der Verfassungsentwurf, das geplante Referendum Mitte Oktober und die geplanten Wahlen Mitte Dezember verschoben werden, bis ein international garantierter Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak stattfindet und dadurch die Prozesse der Willensbildung und Institutionalisierung demokratisch und souverän organisiert werden.

Terrorakte moblisieren die Massen nicht

Wenn das Leben der Zivilbevölkerung bedroht ist - empirisch wie tendenziell ist die Zivilbevölkerung das Angriffziel sowohl des zivilen Terrors wie der Strategien der Terrorbekämpfung geworden -, so zeigt dies die irdischen Missstände, den chaotischen Zustand der Welt, den Systemfehler. Es gilt einen radikaleren Perspektiven- und Politikwechsel zu wagen.

Sabah Alnasseri, 28.7.05

# 5. Bomben gegen die Friedensmetropole. Englische Linke über die Motive der Londoner Attentäter

Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:39

Die Verurteilung der Londoner Anschläge vom 7. Juli war einhellig, auch in der Linken. Bomben gegen Züge, Bahnhöfe oder andere öffentliche Plätze sollen Unbeteiligte treffen und größtmöglichen Schrecken verbreiten - Terror eben. Als Täter kommen vor allem religiöse Fanatiker, Faschisten oder Staatsterroristen in Frage. Warum sie bestimmte Angriffsziele wählen - aktuell also London und nicht Berlin oder Paris - ist schon weniger eindeutig zu beantworten. Wir dokumentieren drei Erklärungsversuche aus der englischen Linken.

Hilary Wainwrights Kommentar "Remembrance from the other London" wurde für Carta Magazine geschrieben; die Zeitschrift gehört zu dem Eurotopia-Projekt, das auf dem Europäischen Sozialforum in London im Oktober 2004 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Die Autorin erinnert zunächst daran, dass die große Mehrheit der Londoner Bevölkerung klar gegen den Irak-Krieg Stellung bezogen hat:

"Die Londoner votierten deutlicher als die Einwohner jeder anderen britischen Stadt gegen den Krieg und taten das zum Teil auch wegen ihrer eigenen Sicherheit. Dieselben Menschen haben jetzt auch die Diskussionssendungen im Radio und im Fernsehen dominiert. ‚Es geht um den Irak, oder?` meinten viele, als sie über ihre Gedanken zu den Anschlägen befragt wurden; und sie vertraten die Ansicht, dass Tony Blair eine Mitverantwortung habe. Diese weit verbreitete Sichtweise wird im politischen System so gut wie gar nicht vertreten. ‚Die politische Elite leugnet. Mit einem schlechten Gewissen setzt sie alles daran zu leugnen, dass die Bomben etwas mit dem Krieg zu tun haben`, sagt der Antikriegsveteran Tariq Ali. (...) Es sind die Angehörigen von im Irak getöteten Soldaten, die am entschiedensten den Standpunkt vertreten, dass nur ein Abzug der Truppen London sicher machen wird."

Um diese These zu stützen, erinnert Wainwright an die IRA-Bomben in England: "Die Erinnerung an die IRA-Anschläge, die durch keine noch so drakonischen Anti-Terror-Gesetze zu stoppen waren, erzeugt Misstrauen gegen Angriffe auf die Bürgerrechte, die mit Sicherheitsargumenten begründet werden. Am Ende führten ein Rückzug der Truppen und Verhandlungen über eine politische Lösung des Nordirland-Problems dazu, Tod und Zerstörung zu beenden." (Carta Magazine, 12.7.05, www.redpepper.org.uk)

Der zitierte Tariq Ali, seit 1968 einer der Wortführer der außerparlamentarischen Opposition in Großbritannien, argumentiert ähnlich:

"Die Lösung damals wie heute muss auf politischem und nicht auf militärischem Terrain gesucht werden. Die britische Elite hat dies im Fall von Irland sehr wohl verstanden. (...) Die wirkliche Lösung liegt in der schnellen Beendigung der Besetzung des Iraks, Afghanistans und Palästinas. Nur weil über diese drei Kriege nur sporadisch berichtet wird und sie den meisten Bürgern Europas nur wenig bedeuten, heißt dies nicht, dass die Wut und Bitterkeit, die die Kriege in der muslimischen Welt und ihrer Diaspora verursachen, unbedeutend wären. (...) Die Bombardierung unschuldiger Menschen in Bagdad, Dschenin und Kabul ist genauso barbarisch wie die in New York, Madrid oder London. Und solange das nicht anerkannt wird, wird der Horror weitergehen." (taz, 9.7.05)

Ganz anders nähert sich das antifaschistische Searchlight Magazine dem Thema. In einer unmittelbar nach dem 7. Juli geschriebenen redaktionellen Stellungnahme mit dem Titel "No to fascist terror" wird der faschistische Charakter der Anschläge in den Vordergrund gestellt:

"Wahrscheinlich sind für die Bomben islamistische Terroristen verantwortlich - religiöse Fanatiker, die nichts anderes sind als Klerikalfaschisten. Sie predigen die Politik des Hasses und machen in ihren Angriffszielen keinen Unterschied. Diese feigen Anschläge waren ein Angriff auf unschuldige Londoner, Christen und Hindus, Muslime und Juden, schwarz, braun und weiß, die ihren täglichen Geschäften nachgingen. Die Bekenner verwenden die Sprache des europäischen Antisemitismus, wenn sie von der ‚britisch-zionistischen Kreuzfahrer-Regierung` sprechen. Sie verweisen auf die Kriege in Afghanistan und im Irak als ihre Motive, aber sie sind Lügner. Sie haben sich dafür entschieden, normale Menschen ausgerechnet in der Stadt anzugreifen, wo die größte Antikriegs-Demonstration stattfand, und sie taten das aus ihrem eigenen verdrehten Hass auf die Demokratie und die Idee, dass Menschen aller Kulturen und Glaubensbekenntnisse

harmonisch zusammenleben können. Darin sind sie genauso schlimm wie die Nazis der British National Party (BNP), einer Organisation, die ebenfalls Terroristen hervorgebracht hat. Wir sollten nicht vergessen, dass der letzte tödliche Bombenanschlag in London von David Copeland begangen wurde, einem ehemaligen Mitglied der BNP. Bei seiner Festnahme sagte er der Polizei, er habe gehofft, seine Taten würden zu einem gewaltsamen Gegenschlag und vielleicht zu einer BNP-Regierung führen. Die Politik des islamischen Fundamentalismus ist die Politik von Hass und Intoleranz. Dies ist die Kehrseite der BNP und anderer Nazi-Gruppen." (Searchlight Magazine August 2005, www.searchlightmagazine.com)

Zusammenstellung und Übersetzung: Js.

# 6. Wie hältst du's mit der Linkspartei? Eine Wahl, zwei Parteien, vier Meinungen

Rubrik: Wahlen; PDS; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:40

Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär bei ver.di, war einer der Initiatoren der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Er kandidiert in Berlin auf der Liste der Linkspartei.PDS für den Bundestag. Rainer Rillling ist Mitglied des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Organisiert bei Für eine linke Strömung (FelS) ist Ingo Stützle, Kalle bei einer autonomen Gruppe in Berlin. Anlässlich der Neuwahlen diskutieren die vier über das Auftauchen des Wahlbündnisses aus PDS und WASG sowie über das Verhältnis zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Linken.

Rainer Rilling: Die Neuwahl rundet den jahrzehntelangen Machtzuwachs der parteipolitisch organisierten neoliberalen Rechten durch ihren Regierungsgewinn ab. Die Frage wird allerdings sein: Womit sichert deren Radikalprojekt eines weiter entfesselten Neoliberalismus einen Zusammenhalt der Gesellschaft? Ich denke, eine politische Integrationskrise der Rechten ist absehbar. Dann ist die Wahl die Dokumentation einer Krise der SPD, deren galoppierender Legitimationsverlust die alte Grundkonstellation der bundesdeutschen Parteienlandschaft zerstört: Sie sichert der CDU/CSU die Regierungsmacht und gebiert die Linkspartei. Die Wahl manifestiert auch den Zusammenbruch des rot-grünen Modernisierungsprojekts. Die radikale Linke muss m.E. aus dieser Geschichte einer Macht lernen, die bereits 1999 die alten rot-grünen Versprechungen der Jahrzehnte zuvor abgearbeitet hatte und seitdem projekt- und sozialbewegungslos für die Macht existierte, statt unabdingbare politische Qualitäten zu entwickeln wie: strategische Richtungssicherheit, gesellschaftliche Hegemonialblockbildung, Zukunftsfähigkeit, unablässige und radikalriskante Verbindung der politischen mit der Multitude der sozialen Linken, Anerkennung und soziale Gerechtigkeit, Absage an alle Gewalt.

Das alles fällt nun auf die Linkspartei zurück und entscheidet über dieses neue Projekt. Sie ist nicht darauf vorbereitet. Denn sie ist eine wahlpolitische Koppelung einer "alt"-sozialdemokratischen und einer nicht-sozialdemokratischen Linken. Wie das gut gehen kann, ist der entscheidende Punkt für die Zukunft der Linken in dieser Republik - schließlich gingen solche Konstruktionen in der Geschichte der Linken bisher immer schief.

Kalle: An unserer Haltung, dass Parlamentarismus eine spezifische Form bürgerlicher Herrschaftsausübung ist, hat sich nichts dadurch geändert, dass sich jetzt einige Männer von der SPD und den Gewerkschaften gemeinsam mit der PDS zusammen tun, um die Sozialdemokratie zu retten und damit einen möglicherweise andersartigen Konsens zwischen Arbeit und Kapital zu organisieren. Sicherlich können linksradikale Gruppen die erhöhte politische Aufmerksamkeit im Wahlkampf strategisch nutzen, um mit eigenen Positionen in die öffentliche Debatte zu intervenieren. Zur Linkspartei.PDS selber jedoch gilt es meiner Meinung genauso viel Distanz zu wahren, wie zu allen anderen bürgerlichen Parteien auch. Gerade in bewegungsarmen Zeiten besteht die Hauptaufgabe der radikalen Linken in der Störung einer "herrschaftlichen Grammatik". Und natürlich in einer inhaltlichen Kritik der angeblich so fortschrittlichen Hoffnungsträgerin Linkspartei.

Tatsächlich gibt es ja eine lange Debatte darüber, warum Parteien in der bürgerlichen Demokratie einen äußerst eng gesteckten politischen Handlungsrahmen haben und kaum emanzipative Kräfte entfalten können. Wie hoch der systemische Anpassungsdruck an Parteien und politische Entscheidungsträger ist, konnte man ja bei den Grünen bestens beobachten. Leider scheinen viele Genossen sich nach der Gründung der Linkspartei plötzlich nicht mehr an solche Debatten zu erinnern. Eine solche Kritik jetzt wieder zu aktualisieren, wäre eine wichtige Aufgabe der radikalen Linken. Die Formulierung von Erwartungen an parlamentarische Akteure jedenfalls finde ich nicht nur falsch sondern auch gefährlich: Der Misserfolg eines linken parlamentarischen Projekts schlägt immer auch auf die außerparlamentarische Linke zurück.

Ralf Krämer: Einspruch! Wenn nach der Wahl endlich wieder eine starke linke Opposition in den Bundestag eingezogen ist, wird der soziale Protest und der große Teil der Bevölkerung, dessen Interessen im etablierten politischen System der BRD nicht mehr zum Ausdruck kamen, wieder eine parlamentarische Stimme haben. Das wird den gesamten öffentlichen politischen Diskurs nach links öffnen und verschieben. Es wird auch die politische Kraft der außerparlamentarischen Bewegungen und die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften vergrößern. Wenn es gut läuft, können wir sogar die Republik - und die Gewerkschaften,

gegen die sich der radikalisierte Angriff der Neoliberalen besonders richtet - vor einer schwarz-gelben Regierung bewahren. Die SPD müsste dann in einer großen Koalition beweisen, wie ernst die arbeitnehmerfreundlicheren Positionen gemeint sind, die sie in ihrem Wahlprogramm wieder drin hat.

Wir sehen schon in den letzten Wochen, wie unter dem Eindruck des Erstarkens der Linken SPD und Grüne wieder ihr soziales Herz entdecken und sich als links gerieren. Es ist klar, dass sich das nur auf der Ebene symbolischer Forderungen bewegt und keinen substanziellen Politikwechsel dieser Parteien bedeutet, aber sie stehen offenbar unter Druck. Unter Druck von links, und das gab es in den vergangenen Jahren in dieser Form nicht.

Das Zusammengehen von WASG und der in Linkspartei umbenannten PDS ist dafür die Voraussetzung. Sonst gäbe es nicht die große Zustimmung und Unterstützung für eine linke Alternative zur herrschenden Politik. Es eröffnet die Perspektive, auch in Deutschland eine starke, in der lohnabhängigen Bevölkerung in Ost und West breit verankerte und im Parlament vertretene Partei links von der Sozialdemokratie zu schaffen. Außerparlamentarischer Protest ohne Partner im parlamentarischen Bereich reicht eben nicht, jedenfalls solange er nicht ganz andere Dimensionen erreicht als in den Jahren 2003/2004.

Ingo Stützle: Das Wahlbündnis ist erst mal nichts anderes als der machtpolitisch vernünftige Zusammenschluss zweier Parteien, die getrennt bundesweit an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würden, insofern gebe ich Ralf Recht. Neben dieser "technischen" Seite muss sich aber noch zeigen, was ihre soziale Basis ist. Neben dem Erosionsprozess der sozialen Basis der Sozialdemokratie und dem schleichenden und prekären Bruch der Gewerkschaften mit der SPD gibt es eine Menge Menschen, die seit mehreren Jahren mit vielem unzufrieden sind. Das zeigten nicht nur die Anti-Hartz-Proteste, sondern auch die Großdemonstrationen, die gegen die Gewerkschaftsapparate durchgesetzt wurden.

Auf dem Weg, eine "Partei neuen Typs" zu werden, wie es noch in einem ersten Entwurf zur WASG anklang, ist die Linkspartei jedoch kaum. Trotzdem: Sollte sich die Linkspartei als Teil oppositioneller Kraft verstehen, was noch nicht ausgemacht ist, kann ihre parlamentarische Vertretung nicht nur finanziell die Bedingungen außerparlamentarischer Politik verbessern. Durch Anfragen im Bundestag kann sie auch Wissen und Informationen organisieren und durch Etablierung neuer Fragen auf existierende Probleme durchaus den Diskurs öffnen. Letzteres wird sich daran zeigen, ob die Linkspartei den Diskurs "Arbeit!, Arbeit!, Arbeit!" stützt oder ob sie endlich den Diskussionsraum für die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen öffnet.

Ralf Krämer: Ingo, wir kritisieren die herrschende Politik nicht für den Anspruch, Arbeit zu schaffen, sondern weil sie dazu ungeeignet ist und weil sie das als Vorwand einsetzt, um soziale Rechte zu schleifen. Wir wollen eine Politik, die allen eine sozial gesicherte, angemessen tariflich bezahlte und möglichst gesellschaftlich nützliche und ökologisch verträgliche Erwerbsarbeit ermöglicht. Nur so können wir die große Mehrheit der Lohnabhängigen ansprechen und gewinnen. Nur wenn wir die Arbeitslosigkeit abbauen, werden wir auch die Kräfteverhältnisse in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt entscheidend zugunsten der Lohnabhängigen verschieben können. Das wird im Kapitalismus nie vollständig gelingen, aber mit einer alternativen Wirtschaftspolitik sind erhebliche Fortschritte möglich. Wir sind gegen Arbeitszwang und für eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Deshalb sind wir auch gegen Arbeitszwang und für eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Aber die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen finde ich falsch. Sie beruht auf falschen Vorstellungen über die Ökonomie und entspricht nicht den Gerechtigkeitsvorstellungen der meisten Beschäftigten. Ich halte es nicht für vorwärtsweisend, sondern für eine Desorientierung der Linken, aus der Not der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit eine Tugend zu machen und dabei ökonomische Bedingungen und Folgen, z.B. in Richtung Lohndumping, zu ignorieren.

Ingo Stützle: Natürlich ist ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht mehrheitsfähig. Auch die Auflösung von Abschiebeknästen ist es nicht. Aber eine linke reformistische Partei, die diesen Namen auch verdient, sollte dies trotzdem fordern. Die abstrakte Mehrheit der Menschen auf seine Seite zu bekommen ist meiner Meinung ziemlich problematisch. Das ist bereits die Perspektive des "Gewählt-werden-wollens". Damit haben - und da würde ich Kalle recht geben - parlamentarischen Mechanismen bereits angefangen zu mahlen. Insofern sehe ich auch die Gefahr, dass außerparlamentarische Bewegungen für die Parteipolitik instrumentalisiert werden und die Menschen in den zaghaften Organisierungs- und Bewegungsansätzen der letzten Jahre über die parlamentarische Kraft wieder schnell an den Block an der Macht integriert werden. Die Entwicklung wird vor

allem davon abhängen, wie bereits formulierte Kritik von der Linkspartei aufgenommen und verarbeitet wird und welche Formen sie entwickelt, mit der außerparlamentarischen Linken in Austausch zu treten.

Ralf Krämer: Klar, es wird darauf ankommen, ein Wechselverhältnis von linker parlamentarischer Opposition und außerparlamentarischen Bewegungen und Linken zu entwickeln, das bei allen auch unvermeidlichen Widersprüchen zu einer gegenseitigen Stärkung führt. Nur so kann die Hegemonie der Neoliberalen weiter geschwächt und perspektivisch eine andere, sozial orientierte Politik durchgesetzt und die Macht des Kapitals zurück gedrängt werden. Allerdings ist eine einseitige Fixierung auf außerparlamentarische Bewegungen und Entwicklungen im Bereich kritischer Wissenschaften genau so falsch wie eine einseitige Partei- und Parlamentsfixierung.

Die WASG und noch mehr jetzt die Perspektive einer neuen vereinten politischen Linken hat eine ungeheure Politisierung von Debatten und Menschen hervorgebracht. Es gibt einen Zulauf von vielen Menschen, der in seinem Tempo selbst die Entwicklung von attac in den Schatten stellt. Die WASG hat in wenig mehr als einem halben Jahr 10.000 Mitglieder gewonnen. Man muss anerkennen, dass aktive Parteiarbeit eine eigenständige Form von politischer Selbstorganisation und Mobilisierung ist - die übrigens in deutlich höherem Maße als einige Bewegungen diejenigen erfasst und zu Subjekten politischer Aktivität macht, für die und mit denen Linke traditionell Politik machen wollen, oder m.E. sollten, nämlich abhängig Arbeitende und sozial Benachteiligte.

Rainer Rilling: Wenn Kalle sagt, dass zur Linkspartei.PDS genauso viel Distanz zu wahren sei, wie zu allen anderen bürgerlichen Parteien auch, dann werden mal wieder alle Parteikatzen grau. Ich will jetzt nicht auf die katastrophale historisch-politische Bilanz einer solchen Position eingehen. Ich stimme Kalle jedoch völlig zu, dass die Post-DDR-Linken und die linkssozialdemokratische Westlinken mit der radikalen Tradition der Partei- und Parlamentskritik nichts zu tun haben. Schrecklicherweise verbindet sich das jetzt. Ein Elend - aber eben dummer- und glücklicherweise auch eine Ursache für die Erfolgskurve der Linkspartei! Die Hauptakteure des Projekts Linkspartei ignorieren diese Traditionen. Man kann dieses Defizit jetzt nicht in den Vordergrund rücken - denn diese alte Parteiform und die Parlamentszielsetzung funktionieren politisch. Aber 2006 wird von großer Bedeutung sein, dass vor allem eine WASG, die, um Ingos Formulierung zu gebrauchen, wahrlich keine "Partei neuen Typs" ist, da ist die PDS schon viel weiter, und die sich gegenwärtig neu konfigurierende Linkspartei-Elite gezwungen werden können, die Momente von Radikaldemokratie, Transparenz, Diversität und Feminismus in eine Parteiform umzusetzen, die gegenüber der politischen Integrationsmacht des bürgerlichen Parlamentarismus strukturell widerständig ist. Die soziale, die grüne und die kulturelle Linke könnten dazu beitragen.

Kalle: Sicherlich könnte man Positionen formulieren, die man von einer Linkspartei erwartet - zumindest wenn sie sich als ein breiteres, linkes Projekt ausgibt, das über national-keynesianischen Kapitalismus hinausgehen will. Aber dies sehen wir nicht. Zwar gibt es derzeit noch die berühmten Ausnahmen von der Regel, einzelne Individuen, die noch ein Scharnier zur radikalen Linken und anderen sozialen nicht-parlamentarischen Bewegungen bilden wollen. Diese werden aber im Zweifel von der Spitze weggepfiffen.

Eine desintegrative - früher hätte das geheißen: klassenkämpferische - Politik, die sich u.a. eine Partei oder ein Parlament zu Nutze macht, ist nur mit einer kraftvollen außerparlamentarischen Bewegung möglich, und die haben wir derzeit gerade nicht. Genau das wird aber vergessen oder ausgeblendet von den Linksradikalen, die derzeit ihre Hoffnung auf die Linkspartei setzten oder auch nur ihre Ressourcen auf eine Auseinandersetzung mit derselben verschwenden.

Wir wissen sehr wohl, dass ein hoher Stimmenanteil der Linkspartei entsprechend viele Ressourcen verschafft, die auch außerparlamentarischen Akteuren Raum für ihre Projekte und Politik verschaffen können. Aber daraus ergeben sich instrumentelle Verhältnisse, die immer auch für die inhaltlich-politische Arbeit Fragen aufwerfen und tendenziell Abhängigkeiten zur Folge haben, in denen wir, unsere Positionen und unser gesamter desintegrativer Politikansatz in bewegungsschwachen Zeiten tendenziell nur den Kürzeren ziehen können.

Ingo Stützle: Das ist mir zu statisch und allgemein. M.E. muss man das Verhältnis zur Linkspartei an ein paar konkreten Kriterien festmachen: Welche Relevanz wird die Verbesserung der Rahmenbedingungen außerparlamentarischer Politik für die Linkspartei selbst haben? Welche neuen Formen versucht sie bestehenden entgegen zu setzen? Dies reicht von der politischen Ausrichtung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

über die öffentliche Distanzierung bestimmter widerständigen Praxen, bis hin zur Rolle in lokalen Bündnissen. Bisher bin ich da mehr als skeptisch - siehe Berlin.

Dies durchzusetzen ist nicht die Aufgabe der außerparlamentarischen Linken, wie Rainer zu denken meint. Anstatt neue Formen zu entwickeln, sollen die außerparlamentarischen Kräfte auf das eigene, bereits formierte Terrain der Auseinandersetzung und Kommunikation gezogen werden. Sollte die Linkspartei es wirklich für sich beanspruchen, ein "neues" Verhältnis zu Teilen der sozialen Bewegungen zu entwickeln, dann ist es ihre Aufgabe, dies zu tun. Bisher hat die Linkspartei noch keine Anstände gemacht, sich auch nur die Frage zu stellen, wie jenseits der eigenen Organisationsprinzipien und -strukturen eine Kommunikation hergestellt werden könnte.

Es wird in der ganzen Debatte oft so getan, als würden wir das erste Mal mit linken Parteien konfrontiert werden. Auch in der Vergangenheit wurde doch mit parlamentarischen Kräften zusammengearbeitet. Ob und wie das geschehen soll, ist doch immer eine Frage der konkreten Situation und kann nicht allgemein beantwortet werden. Dass viele Menschen ihren politischen Erfahrungsprozess bei der WASG beginnen, wie Ralf betont, zeigt ja gerade die Schwäche der radikalen Linken, die sich eben nur aus einem bestimmten Milieu rekrutiert. Auf die Anti-Hartz-Proteste hatten sie keine Antwort. Das war nach Genua ähnlich, damals hatte attac die Rolle der Linkspartei heute. Solange die radikale Linke nichts auf die Reihe bekommt, sollte diese sich vor allem an die eigene Nase fassen und eigene Formen der Organisierung etablieren.

# 7. Offenes Wort zum Offenen Brief ... sozialer und politischer Basisorganisationen an die PDS und WASG

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: PDS; Diskussion; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:35

Mit dem Wahlbündnis Die Linkspartei.PDS tritt neben den etablierten bürgerlichen Parteien eine neue Gruppierung zu den Bundestagswahlen an, denen die aktuellen Umfrageergebnisse durchaus zehn Prozent der WählerInnenstimmen zutrauen und die damit auf Anhieb drittstärkste parlamentarische Kraft werden könnte. In einem "Offenen Brief" an PDS und WASG haben Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen aus dem breiten Spektrum einer undogmatischen, "interventionistischen Linken" gegen rechtspopulistische Tendenzen in der neuen Wahlpartei Stellung bezogen. (1)

Auch wir haben diesen Brief unterschrieben, weil wir seine politische Intention richtig finden. Die inhaltliche Auseinandersetzung kann jedoch bei der notwendigen Kritik an rassistischen und nationalistischen Untertönen nicht stehen bleiben.

Ohne einzelnen AktivistInnen bei WASG und PDS zu nahe treten zu wollen: Im Kern handelt es sich bei der neuen Formation um eine neue (links-)sozialdemokratische Gruppierung mit zwei populistischen Vorturnern, von denen einer ganz unverhohlen (und ganz bewusst) Stimmen am rechten und nationalistischen Rand fischen will. Lafontaines Äußerungen in Sachen "Fremdarbeiter" sind genauso wenig "Ausrutscher" wie seine erklärte Sympathie für Schilys Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika oder sein Plädoyer für eine Aufweichung des grundgesetzlich verankerten Folterverbots.

Der Widerwille und die Ablehnung, mit denen Teile der undogmatischen Linken (und nicht nur ihr radikaler Flügel) auf das Wahlbündnis reagieren, sind also durchaus nachvollziehbar. Weniger nachvollziehbar ist eine Haltung der schlichten oder demonstrativen Nichtbeachtung bzw. der Weigerung, sich mit dem Wahlbündnis (kritisch) auseinander zu setzen. Eine solche Verweigerungshaltung verkennt die gesellschaftlichen Umbruchprozesse, die in dem Wahlbündnis und seinen relativ guten Erfolgschancen zum Ausdruck kommen: der Zerfall der Sozialdemokratie, die Hegemoniekrise des Neoliberalismus, die breite Unzufriedenheit und Kritik an der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, der Protest gegen eine allgemeine Zwangsverunsicherung von Lebenswelten. Dass die außerparlamentarischen Bewegungen und radikalen Gruppierungen in dieser gesellschaftlichen Situation nicht in der Lage sind, verallgemeinerbare Antworten und Orientierungspunkte zu liefern, ist weder die Schuld des Parlamentarismus noch die der neuen (linken) Sozialdemokratie.

Mit der Konstitution einer Wahlalternative "links von SPD und Grünen" wird längerfristig neu definiert und festgelegt, was in Zukunft als "links" zu gelten hat. Spätestens das sollte aber für die außerparlamentarische Linke ein Anlass sein, sich einzumischen - denn das, was zur Zeit inhaltlich-programmatisch aus den Reihen der MeinungsführerInnen der Wahlalternative verlautbart wird, fällt an den allermeisten Punkten hinter alle Diskussionen zurück, die in den letzten Jahren in der undogmatisch-antiautoritären Linken und den sozialen Bewegungen geführt worden sind. Dabei kann es nicht um die Neuauflage irgendwelcher Illusionen über eine neue sozialdemokratische Parteigründung oder um eine unkritische Bezugnahme gehen. Worum es aber sehr wohl geht, ist ein taktischer Umgang, der die eigenen Bewegungsspielräume erweitert, und eine strategische Intervention in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, um linke, emanzipatorische Gegenentwürfe zum neoliberalen Autoritarismus der Agenda 2010 - und darüber hinaus.

Einen solchen Interventionsversuch stellt der "Offene Brief" dar. Es handelt sich dabei erklärtermaßen nicht um einen Wahlaufruf, sondern vielmehr um den Versuch, gegen rechtspopulistische Tendenzen in der neuen Wahlpartei und gegen die Option einer "nationalen Linken" zu intervenieren und dabei gleichzeitig klar zu machen, dass eine linke Wahlalternative sich nicht in einer traditionssozialdemokratischen Ein-Punkt-Orienierung "gegen Hartz IV" erschöpfen kann. So notwendig diese Intervention angesichts der skandalösen Äußerungen Oskar Lafontaines war - eine von links geführte, politische Auseinandersetzung mit der neuen Wahlpartei muss über diese Kritik hinausgehen.

Man kann von einer linken Wahlalternative sehr wohl verlangen, dass sie bestimmte Diskussionsstände jenseits der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Tradition zumindest zur Kenntnis nimmt und linken,

links-gewerkschaftlichen und Bürger- und Menschenrechtsinitiativen nicht in den Rücken fällt. Dass etwa Feminismus und Geschlechterpolitik weder eine "Frauenfrage" noch ein "Nebenwiderspruch" ist, darüber sollte man schlicht nicht mehr diskutieren müssen. Über Frauenquoten in Parteien und Institutionen, über Gendermainstreaming und Gleichstellungspolitik kann man vielleicht unterschiedlicher Meinung sein - ignorieren kann man diese Debatten nicht. Seit Jahren kämpfen antirassistische Initiativen bis weit ins kirchliche und bürgerlich-demokratische Spektrum hinein für eine humanistisch-menschenrechtlich orientierte Flüchtlings- und Migrationspolitik. BasisgewerkschafterInnen gerade der IG BAU wehren sich gegen Standortnationalismus und rassistische Spaltungen auf Baustellen. Die neue Wahlpartei muss sicher nicht die deklaratorische Formel "Offene Grenzen für alle" vor sich hertragen, aber die Debatten um antirassistische und Antidiskriminierungspolitik darf sie nicht ignorieren. Inzwischen hat die neue Parteiformation - vermutlich in Reaktion auf die (nicht nur in dem offenen Brief geäußerte) massive Kritik erklärt: "Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus wird eines der zentralen Themen unseres Wahlkampfes sein" (2) - umso besser.

Aber auch in Bezug auf Antimilitarismus, Ökologie, Atompolitik oder Globalisierungskritik, und erst recht in Bezug auf das programmatische Herzstück der neuen Formation, die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, gilt: Die Linkspartei.PDS muss, wenn sie eine linke Alternative sein will, das Rad nicht neu erfinden - zur Kenntnis nehmen muss sie die Debatten schon. Seit Jahren haben Erwerbsloseninitiativen und andere sozialpolitische Gruppierung die Arbeitszentriertheit der bisherigen sozialen Sicherungssysteme genauso kritisiert wie die sozialstaatlichen Mechanismen von sozialer Kontrolle, Zwang, Stigmatisierung und Ausgrenzung, und seit langen auch wird über Konzepte sozialer Grund- und Menschenrechte diskutiert. Dabei geht es um sehr viel mehr als bloß um "Umverteilung plus Arbeit für alle"; es geht um unteilbare individuelle soziale Freiheits-, Teilhabe- und Gestaltungsrechte - ohne jede Vorbedingungen.

Wem heute zum Thema Sozialpolitik nur "Weg mit Hartz IV" einfällt, der hat nahezu alle relevanten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Diskussionen der letzten Jahre schlicht verschlafen. Dass das bei einer Formation mit einer so überdeutlichen sozialdemokratischen Traditionslinie tatsächlich der Fall ist, ist nicht wirklich verwunderlich. Ein Grund, das zu akzeptieren, ist das allerdings nicht. Wenn diese Diskussionsstränge nicht und weiter gesellschaftlich marginalisiert werden sollen, dann kommt es darauf an, darum auch mit der neuen Sozialdemokratie in die Auseinandersetzung zu gehen, gerade dann, wenn deren Formierungsprozess noch dermaßen im Fluss ist, wie zur Zeit. Und die regionale wie überregionale Reaktion auf den Offenen Brief zeigt ja, dass solche Interventionen durchaus Wirkung zeigen. Es gibt also keinen Grund, sozialdemokratische Alternativprojekte mit fundierter Kritik zu verschonen.

ak-Redaktion

Anmerkungen:

1) www.offener-brief-an-linkspartei.de

2) www.presseportal.de/story.htx?nr=694761&search=rassismus. Eine ausführliche Positionsbestimmung zur Migrations- und Integrationspolitik des Bundesvorstand der WASG wurde am 18.7.05 veröffentlicht: www.w-asg.de/904.0.html

# 8. Zwischen "Realpolitik" und einer radikalen Linken ... liegt nicht Verrat, sondern ihre Konkretion. Ein Ausblick

Autor: Wolf Wetzel · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:22

Am Schießstand rot-grüner Regierungspolitik. Seit Jahren wird eine Reform-Salve nach der anderen abgefeuert. Den Projektilen werden Liebesgrüße eingeritzt: Hartz I, II, III, IV, Agenda 2010. Das Tempo ist atemberaubend, an Munition wird nicht gespart. Deckung suchen, Fluchtwege ausfindig machen ist für viele erschöpfender Alltag. In den Gefechtspausen verteilen rot-grüne Schützen auch mal Verbandpflaster (Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, Anhebung der Zuverdienstgrenze für ALG-II-BezieherInnen) und Placebos (ab 2006 müssen Manager börsennotierter Aktiengesellschaften ihre Bezüge offen legen). Sie selbst nutzen die Ruhephasen, optimieren die Munition, bilden neue Kanoniere aus. Die radikale Linke scheint unbeugsam dazustehen. Cool berechnet sie die Durchschlagskraft der Projektile, um dann wieder aufs Ganze zu gehen: "Revolution ist großartig - alles andere ist Quark!"(1) Die reformistische Linke hebt die verstreuten Hülsen auf und beklagt "unnötige" Härten.

Doch der Kapitalismus betreibt nun einmal keine Gemeinschaftskunde. Wer wirklich glaubt, dass ein Unternehmen, das gewaltige Gewinne schreibt, dazu da ist, Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen, der hat nicht einmal das Anfänger-Niveau eines BWL-Studiums erreicht. Wer mit Metaphern vom Raubtierkapitalismus, von Heuschrecken und anderen Ungeheuern auftritt, erklärt nicht den Kapitalismus, sondern wiederholt die Mär vom guten/schaffenden und schlechten/raffenden Kapital, von verantwortungslosen Unternehmern, die einzig den schnellen Profit vor Augen haben und denen, die für das (nationale) Ganze ackern.

Herr Ackermann und die Hedgefond-Manager sind keine schlechten Repräsentanten des Kapitals, sondern verkörpern seine am stärksten entwickelte Form. Wenn sie ihre Rendite optimieren, indem sie auf Verluste (anderer) setzen, realisieren sie das kapitalistische Prinzip, das nicht diejenigen bedauert, die auf der Strecke bleiben, sondern die belohnt, die daraus Profit schlagen. Damit soll weder die Macht des transnationalen Kapitals, noch die Macht transnationaler politischer Institutionen bestritten werden. Doch anstatt das Primat der Ökonomie über die Politik zu beschwören, sollte eine (radikale) Linke deren Verschränkung als gesellschaftliches Kampfverhältnis begreifen.

Globalisierung ist kein Schicksal

Rot-Grün-Schwarz werden nicht müde, von der Globalisierung zu reden, als wäre sie eine Naturgewalt, zu der es keine Alternative gibt. Dass das, was Globalisierung genannt wird, immer und zu jeder Zeit ein gesellschaftlicher Prozess ist, der politisch gewollt, gesteuert, von nationalen und transnationalen Machtinteressen gelenkt wird, ist eine Binsenweisheit. Dass der nationale Staat, die Politik nicht abdankt, beweisen tagtägliche Schachzüge, mit denen (trans-)nationale Interessen gegen andere in die Pool-Position gebracht werden. So drohte zuerst die US-Regierung, dann die EU mit Handelssanktionen gegenüber China, wenn dieses nicht bereit ist, den freien WTO-Handel mit billigen Textilwaren selbst zu beschränken. Wenn (trans-)nationale Regierungen Milliarden-Subventionen in die (europäische) Landwirtschaft pumpen, um sie vor billigeren Anbietern (aus dem Ausland) zu schützen, dann beweisen sie, dass man dem "Schicksal der Globalisierung", dem Gesetz des (Welt-)Marktes durchaus entrinnen kann - wenn man dazu die nötige (trans-)nationale Macht hat. Wenn nationale Staaten Steuern für Unternehmen erlassen, Gesetze zu Gunsten von Unternehmen beschließen, Militärhaushalte erhöhen und Sozialhaushalte kürzen, beweisen sie nicht (Handlungs-)Ohnmacht, sondern ungebrochene, politische Macht.

Manch andere halten es für eine radikale Kapitalismus-Kritik, wenn sie Kämpfe gegen prekäre Arbeits- und Lebenswelten, gegen Individualisierung kollektiver Schutzrechte vor Ort; Kämpfe also, die Einfluss auf nationale Politiken nehmen, für überholt halten. "Wenn nun diese Moderne am Ende ist, wenn der moderne Nationalstaat als notwendige Bedingung imperialistischer Herrschaft und unzählbarer Kriege von der Bühne der Welt abtritt, dann umso besser, wenn wir sie los sind. Von der deplatzierten Nostalgie für die belle époque jener Moderne sollten wir uns frei machen." (2) Sie trauern all dem keine Träne nach und verbinden sich

analytisch mit den weltweiten Kämpfen. Mit Verve verweisen sie auf den internationalistischen Charakter der Kämpfe in China, Mexiko und sonst wo - und bilden Netzwerke auf Kongressen und Foren von Neu-Delhi bis Puerto Negro. Doch was wäre selbst dieser Internationalismus, wenn er sich nicht auf Kämpfe beziehen könnte, die nur unter je spezifischen, national vertäuten Bedingungen geführt werden?

Wenn Menschen in Indien gegen einen Staudamm, gegen die Monopolisierung von Saatgut protestieren, wenn in Bolivien Menschen gegen die Privatisierung von Wasser, Strom und Gas kämpfen, dann machen sie dies unter je spezifischen Bedingungen, die von nationalen Politiken geformt und exekutiert werden. Diese werden nicht gewonnen, weil dort von nationalen Bedingungen abgesehen wird, sondern weil diese als Kräfteverhältnis richtig eingeschätzt wurden. Internationalistisch ist nicht die feurige Bezugnahme und Identifizierung, sondern eine Praxis, die diese Kämpfe mit unseren in Beziehung bringt.

Und die radikale Linke hier?

Es gibt nicht viel Grund, mit spöttischer Miene auf das hektische Treiben einer zersplitterten parlamentarischen Linken zu schauen. Die großen Demonstrationen gegen "Sozialabbau" in Berlin mit mehreren zehntausend Menschen sind der Resignation gewichen. Die bundesweite Demonstration der radikalen Linken in Nürnberg hatte keine Initialwirkung. Auch der AgenturSchluss-Kampagne Anfang 2005, die in über 100 Städten mitgetragen wurde, folgte Ernüchterung. Die lokalen Aktionen gegen Ein-Euro-Jobs stemmen sich mit großem Engagement und geringer Beteiligung gegen eine allgegenwärtige Stimmung des sich Fügens - auch innerhalb der radikalen Linken.

Ein politischer Prozess, der Verbesserungen innerhalb des Bestehenden mit der radikalen Kritik des Bestehenden in Berührung bringt, böte die Chance, das Niemandsland zwischen grundsätzlicher Kritik und realpolitischen Verbesserungen zu betreten und fruchtbar zu machen. Sich als außerparlamentarische Linke für einen solchen politischen Prozess stark zu machen, hieße, sich selbst zu vermitteln, anstatt dies einem linken Wahlbündnis zu überlassen, das im schlechtesten Fall alleine entscheiden wird, was und wen sie im Parlament vertritt. Zweifelsohne begäbe sich die außerparlamentarische Linke damit auf das Glatteis parlamentarischer Vermittlung und Repräsentation. Es geht dabei nicht um den Glauben an eine neue Partei. Die jüngsten Erfahrungen mit der Politik der Grünen/Bündnis 90 und der PDS als Regierungspartei in Berlin lassen für solche Illusionen keinen Platz. Es geht um einen politischen Prozess, in dem der Behauptung der "Großen Koalition", zu der es angeblich keine Alternative gibt, auf die Pelle gerückt wird - auch parlamentarisch. Wenn sich dabei die außerparlamentarische Linke "vereinnahmen" ließe, spräche das nicht gegen einen Kampf um "Verbesserungen", sondern gegen eine radikale Linke, die leicht zu haben ist.

Was muss in den Forderungen und Zielen enthalten sein? Sie müssen zum einen beweisen, dass es politische Alternativen zur bestehenden Großen Koalition gibt. Alternativen, die der Kapitalismus durchaus verkraftet. Alternativen, die kein Bekenntnis für den Kommunismus, für die Abschaffung des Kapitalismus benötigen. Zum zweiten muss in diesen Forderungen ein antizipatorischer Kern enthalten sein, der über das Bestehende hinausweist, den Horizont einer anderen Gesellschaftlichkeit öffnet.

Zwei Beispiele: Den letzten Versuch, der Logik der "Angleichung nach unten" zu trotzen, startete die IG Metall mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich) in den fünf neuen Bundesländern. Trotz großer Mobilisierungsversuche und Streiks scheiterte dieser "politische" Streik. Seitdem hört man landauf, landab, dass "wir" mehr arbeiten müssen, sonst würde alles noch schlimmer kommen.

In Frankreich wurde die 35-Stunden-Woche - von ähnlichen Untergangsszenarien begleitet - durchgesetzt, wenn auch mit vielen Ausnahmen. Bis heute weiß niemand davon zu berichten, dass der Kapitalismus in Frankreich seinen Warnungen gefolgt ist - und den Löffel abgegeben hat. Die Durchsetzung dieser Forderung transportierte jedoch noch mehr: Die Fähigkeit, die herrschende Logik durchbrochen zu haben, nach der Verzicht auf Leben und Lohn (für Unten) als Gabe für das Ganze (also Oben) unumgänglich sei. Mit ihr wurde etwas ganz elementar Gesellschaftliches artikuliert: Das Recht auf unkäufliche Lebenszeit.

Alternativen im Bestehenden und darüber hinaus

Zweites Beispiel: Die Referenden in Frankreich und Holland sind mit einem überraschend deutlichen Nein zur EU-Verfassung zu Ende gegangen. Die europäische Rechte wird diese Voten dafür nutzen, mit rassistischen und nationalistischen Argumentationsfiguren (Überfremdung, Beitritt der Türkei etc.) die Europäische Union zu

kippen bzw. (noch) weiter nach rechts zu positionieren. Die Linke, die in Holland und Frankreich mit Nein gestimmt hat, hat nicht die Idee eines vereinigten Europas zurückgewiesen, sondern die "Angleichung nach unten", die mit der EU-Verfassung festgeschrieben werden sollte. Die Forderung nach einheitlichen Sozialstandards und Steuersätzen in Europa würde nicht nur der neo-faschistischen, nationalistischen Rechten etwas entgegensetzen. Nicht weniger bedeutsam wäre, den rechten EU-BefürworterInnen die Brechstange aus der Hand zu nehmen, mit der Niedriglöhne und weitere Senkungen von Sozialstandards hier mit den Billigangeboten anderer EU-Länder begründet werden. Kurzum: Es geht darum, die Idee eines vereinigten Europas an den Rand ihrer (kapitalistischen) Möglichkeiten zu treiben!

Forderungen und Zielsetzungen müssten Antworten auf zwei zentrale (wirtschafts-politische) Angriffe geben: 1. Die sukzessive Zertrümmerung sozialer Sicherungssysteme, die mit einer einkommensabhängigen (Beitrags-)Umverteilung ein würdiges Leben für alle Menschen garantieren sollten - jenseits von Leistung und Einkommen. 2. Die Prekarisierung von Lebens- und Arbeitswelten mit dem Ziel, ein Regime der Angst und Erschöpfung zu etablieren. Ein Regime, das Junge und Alte, Lohnabhängige und Arbeitslose, Gesunde und Kranke, "Deutsche" und "EU-Ausländer" aufeinander hetzt, um deren Energie, darin zu überleben, als Gewinn abzuschöpfen.

Zahlreiche Forderungen und Minimalprogramme sind bereits im Umlauf und in der Diskussion (3): z.B. eine BürgerInnenversicherung, die alle EinkommensbezieherInnen und alle Formen von Einkommen (Lohn, Gehalt, Mieteinnahmen, Kapitalerträge etc.) einschließt und durch eine einkommensabhängige Beitragspflicht die Umverteilung von unten nach oben, in bescheidenem Maße abschöpft. Zum Beispiel ein gesetzliches Rentensystem, in das alle Lohn- und GehaltsempfängerInnen einkommensabhängig einzahlen mit dem Ziel, dass auch die unteren Lohngruppen eine Rente zu erwarten habe, die ihnen statt Altersarmut ein würdiges Leben garantiert. Z.B. ein gesetzlicher Mindestlohn in allen EU-Ländern. Zum Beispiel eine soziale Grundsicherung (anstelle von Sozialhilfe und ALG 2). Zum Beispiel einheitliche Sozialstandards und Steuersätze für alle EU-Länder. Zum Beispiel die Rücknahme des Schengener Abkommens. Und so weiter.

Zur Erweiterung und Präzisierung solcher Forderungen gäbe es mit Sicherheit genug Sachverstand und noch ausreichend Zeit. Voraussetzung dafür ist aber, dass im Mittelpunkt nicht die Frage steht, wer die radikalste Forderung aufstellt und durchsetzt, sondern der Doppelcharakter radikal linker Politik: im Bestehenden eine Alternative aufzuzeigen und gleichzeitig darüber hinaus zu weisen.

Wolf Wetzel

Anmerkungen:

1) Mit diesem Zitat von Rosa Luxemburg (1906) wurde u.a. zur 1.Mai-Demonstration in Berlin 1988 aufgerufen.

2) Hardt/Negri, Empire, 2002, S.60

3) z.B. der "Frankfurter Appell", www.alle-gemeinsam-gegen-sozialschlag.de

# 9. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:36

Zeugensuche per Mobiltelefon

Was braucht man noch klassische Fahndungsmethoden, wenn es moderne IT-Technologie gibt. Um einem Serien-Brandstifter auf die Spur zu kommen, hat die Polizei in Bad Segeberg kurzerhand 700 potenzielle ZeugInnen über deren Mobiltelefon geortet und schriftlich aufgefordert, sich zu melden. Die "ZeugInnen" hatten sich mit ihrem eingeschalteten Mobilfunkgerät in der Nacht zum 5. Juni in der Nähe eines abgebrannten Segeberger Restepostenmarktes aufgehalten. 300 Fragebögen sind bisher bei der Polizei eingangen. Wer sich nicht meldet, bekommt Besuch von der Polizei. Damit auch alles ganz "rechtsstaatlich" zugeht, hatte ein Richter am Amtsgericht Segeberg die Großfahndung genehmigt.

Labournet Germany im Staatsschutz-Visier

Am 5. Juli kam es in Bochum zu Hausdurchsuchungen bei den BetreiberInnen von Labournet Germany, bei denen sämtliche Computer, zahlreiche CD-ROMs, Disketten und Teile des archivierten Schriftverkehrs beschlagnahmt wurden. Bis heute wartet Labournet Germany vergeblich auf die Herausgabe der beschlagnahmten Dokumente, lediglich die Rechner wurden inzwischen zurückgegeben. Als Vorwand für die Hausdurchsuchung diente ein Flugblatt, das im Dezember 2004 in Bochum als Schreiben mit dem Briefkopf der Bochumer Agentur für Arbeit verteilt wurde. Zu dieser Aktion bekannte sich ein Kommando Paul Lafargue. In dem Bekennerschreiben wurde zur weiteren Information auf labournet.de und auf die Kampagne Agenturschluss verwiesen. Die Bundesagentur für Arbeit Bochum erstattete Strafantrag gegen Unbekannt und leitete damit das Verfahren ein, das zu den Hausdurchsuchungen führte. Angesichts der Unverhältnismäßigkeit der Aktion drängt sich der Verdacht auf, dass es hier weniger um ein Flugblatt als vielmehr darum geht, aktive GewerkschafterInnen einzuschüchtern und deren Kommunikationsstrukturen auszuspionieren. Weiter Informationen unter

www.labournet.de; siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe.

Knut Folkerts soll wieder in Haft

Die Niederlande verlangen den Vollzug der 20-jährigen Haftstrafe, zu der Knut Folkerts 1977 von der Justiz des Königreichs verurteilt worden war. Am 13. Juli hat die niederländische Justiz ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen an das Landesjustizministerium in Stuttgart gestellt, das inzwischen an die Hamburger Justiz weitergegeben wurde, da Folkerts in der Hansestadt wohnt. Über das Ersuchen aus Den Haag ist noch nicht entschieden. Knut Folkerts schloss sich in den 1970er Jahren der RAF an und wurde 1977, während der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, in Utrecht verhaftet. Drei Monate später verurteilte ihn ein niederländisches Gericht zu 20 Jahren Haft wegen Mordes an einem Polizeibeamten, der nach einer Schießerei bei der Verhaftung Folkerts starb. Später lieferten ihn die Niederlande nach Deutschland aus. Im Juli 1980 wurde er unter anderem wegen Beteiligung am Attentat auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback im April 1977 zu zwei Mal lebenslänglich verurteilt. Nach vierjähriger Einzelisolation kam er im Anschluss an einen kollektiven Hungerstreik der RAF-Gefangenen 1981 vom Stammheimer Hochsicherheitstrakt nach Celle. Nach über 18 Jahren Haft wurde Knut Folkerts im Oktober 1995 entlassen.

EU-Haftbefehl teilweise mit GG unvereinbar

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den EU-Haftbefehl für unvereinbar mit Art. 16 Abs. 2 GG erklärt. Gleichwohl ist nach Ansicht der Karlsruher Richter die Auslieferung von Deutschen ins EU-Ausland mit Einschränkungen grundsätzlich zulässig, doch hätten Bundesregierung und Parlament bei der Umsetzung geschlampt und den Schutz der eigenen StaatsbürgerInnen leichtfertig aufgegeben. Deutsche StaatsbürgerInnen, so das Gericht, haben Anspruch auf das deutsche Straf- und Prozessrecht, wenn die ihnen vorgeworfen Taten überwiegend einen Bezug zu Deutschland haben. Haben sie sich dagegen mehr im EU-Ausland strafbar gemacht, dürfen sie ausgeliefert werden und müssen sich einem fremden Rechtssystem mit womöglich anderen

Verteidigungsmöglichkeiten unterwerfen. Zuvor allerdings haben sie einen Anspruch darauf, dass deutsche Gerichte die Auslieferungsanträge auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüfen. Dies gebiete die im Grundgesetz verankerte "Rechtsweggarantie".

Präventives Abhören gekippt

Die seit Ende 2003 in Niedersachsen geltende vorbeugende Telefonüberwachung ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die entsprechende Regelung des niedersächsischen Polizeigesetzes verstoße gegen das Fernmeldegeheimnis, entschied der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am 27. Juli. Die Karlsruher Richter erklärten die Vorschrift für nichtig. Nach der bisher geltenden Gesetzeslage durfte die Polizei in Niedersachsen auch ohne einen konkreten Verdacht auf eine Straftat Telefone abhören sowie Verbindungsdaten, Standortkennungen von Mobiltelefonen, E-Mail- und SMS-Verkehr auswerten. Allerdings ist die vorbeugende Überwachung nach Ansicht des Gerichts weiterhin zulässig, wenn strenge Vorgaben beachtet werden. Dazu gehört unter anderem, dass die Überwachung verhältnismäßig sein muss und nur eingeleitet werden darf, wenn ein konkreter Hinweis auf die Planung einer Straftat vorliegt.

Nazi-Parole nicht strafbar

60 Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am 28. Juli, dass die Nazi-Parole "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" nicht strafbar ist. Die Losung sei mit Parolen ehemaliger NS-Organisationen nicht identisch und "im Wortlaut von keiner dieser Organisationen gebraucht worden". Die Formel sei weder mit der Originalparole der Waffen-SS ("Meine Ehre heißt Treue" bzw. "Unsere Ehre heißt Treue") noch mit der Parole der Hitlerjugend ("Blut und Ehre") zum Verwechseln ähnlich - da es sich also um eine "Fantasieparole" handle, sei sie auch nicht als NS-Parole strafbar. Ganz in diesem Sinne sprach das Gericht deshalb drei Angehörige der Karlsruher Kameradschaft frei, die zuvor vom Landgericht Karlsruhe wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu Geld- beziehungsweise Freiheitsstrafen verurteilt worden waren.

# 10. Ein transparenter Akt des zivilen Ungehorsams. Interview mit Ricardo Dominguez zum Prozess gegen die Online-Demo gegen Lufthansa

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:33

Vor dem Frankfurter Amtsgericht endete am 1. Juli der Prozess wegen der ersten Online-Demonstration in Deutschland im Juni 2001 mit einer Verurteilung und Geldstrafe. Verurteilt wurde das angeklagte Libertad!-Mitglied zu 900 Euro Strafe wegen "Nötigung" und Anstiftung dazu. Die dafür notwendige "Gewaltanwendung" und auch die "Androhung eines empfindlichen Übels" sah das Gericht als gegeben. Das Gericht bewertete bereits "die Kraftentfaltung des Mausklicks" als erhebliche "Zwangswirkung" auf potenzielle UserInnen der Lufthansa-Webseite, die zum Zeitpunkt der Protestaktion das Online-Portal der Abschiebe-Airline hätten besuchen wollen. Dabei verglich sie die Gewaltanwendung des Mausklicks mit Elektroschockern. Die Verteidigung und der Angeklagte hatten vergeblich darauf hingewiesen, dass auch im Internet das Recht der freien Demonstration gelten müsse. Über virtuelle Sit-ins und den Prozess wegen der Online-Demonstration gegen Lufthansa sprach Hans-Peter Kartenberg mit Ricardo Dominguez, Mitbegründer des Electronic Disturbance Theater (EDT). Mehr Informationen unter: www.libertad.de.

ak: Auf Deiner Website bei thing.net hast Du kürzlich zu einer Aktion gegen die Website minutemanproject.com aufgerufen. Wer sind die Minutemen und was war das Ziel des virtuellen Sit-ins?

Ricardo Dominguez: "Swarm The Minutemen" war eine Online-Aktion, die von Aktivisten aus San Diego, Kalifornien und Tijuana, Mexiko zusammen mit dem Electronic Disturbance Theater (EDT) organisiert wurde, um auf die Aktivitäten der Gruppe Minutemen aufmerksam zu machen. Die Minutemen sind eine private Miliz, die an der US-amerikanischen und mexikanischen Grenze bewaffnete Patrouillengänge unternimmt, um Migranten davon abzuhalten, über die Grenze zu kommen. Die Gruppe ist Ausdruck der allgemeinen Zunahme von Gewalt gegen Migranten und Minderheiten seit dem 11. September in den USA. Die Minutemen werden von der Regierung von Arnold Schwarzenegger und von rechten Medien unterstützt. Das EDT rief zu einem dreitägigen virtuellen Sit-in in Solidarität mit anderen Aktionen gegen die Minutemen auf. Gleichzeitig wurde dazu aufgerufen, rund um die Uhr bei den Minutemen anzurufen und ihnen Faxe und Emails zu schicken, außerdem gab es eine Lärmaktion an der Grenze. Der Hintergrund ist, dass die Minutemen immer betonen, dass sie die Ruhe der Wüste schätzen, weil sie so die Ratten - sie meinen damit die Migranten - besser hören können. Die Idee war deshalb, möglichst viel Lärm zu machen, damit sie die Migranten nicht finden können. Diese on- und off-line-Aktionen fanden parallel zu einer großen Konferenz der Minutemen in Las Vegas statt.

Waren die Aktionen erfolgreich?

Über 78.500 Menschen aus der ganzen Welt beteiligten sich an der gewaltlosen Massenaktion auf den Seiten der Minutemen. Es scheint, als ob das Internet immer noch eine Plattform für Menschen sein kann, die gemeinsam diese Welt zu einem besseren Ort machen wollen. Berichten zufolge antworte der minutemenproject.com-Server zeitweise nicht mehr; auch die Seite wakeupamericafoundation.com war unten. Die Swarm-Aktion hatte offensichtlich Erfolg. Auch bei den Minutemen wurde die Aktion thematisiert.

2001 hast du die Aktivisten besucht, die in Deutschland die Online-Demonstration gegen die Lufthansa, das erste große virtuelle Sit-in in Deutschland, organisiert haben. Die Aktion war vom Electronic Disturbance Theater inspiriert. 13.000 Leute beteiligten sich an der Aktion, die sich gegen Abschiebungen mit der Lufthansa richtete.

Kein mensch ist illegal und Libertad! hatten mich eingeladen, über die Erfahrungen elektronischen zivilen Ungehorsams und gewaltloser Massenaktionen des EDT seit 1998 zu berichten. Ich habe an Vorträgen und Diskussionen mit AktivistInnen und KünstlerInnen teilgenommen und auch in Medien zu der Aktion aufgerufen.

Unterschied sich die Aktion von denen des Electronic Disturbance Theater?

Die Lufthansa-Aktion war ähnlich wie die Swarm-Aktion. Die Deportation-class-AktivistInnen folgten den Prinzipien der Transparenz, die schon bei den ersten Netstrikes italienischer Aktivistengruppen Mitte der

1990er Jahre formuliert wurden: Alle Aktionen, das Datum, die Gründe und Ziele wurden öffentlich angekündigt, im Netz, auf den Straßen, in den Zeitungen, auch die Lufthansa wurde informiert. Und es gab physische Protestaktionen bei der Aktionärsversammlung. Es war nichts im Verborgenen. Diese Transparenz ist sehr wichtig für elektronischen zivilen Ungehorsam, weil es um einen gemeinsamen Protest durch physische und digitale Körper geht, in der Tradition des Zivilen Ungehorsams: Menschen sind dazu bereit, die Regeln zu verletzen, um einem höheren Zweck Geltung zu verschaffen.

Das sieht die Staatsanwaltschaft in Deutschland anders. Andreas-Thomas Vogel, der Domaininhaber von libertad.de, wo ein Aufruf zur Lufthansa-Aktion veröffentlicht worden war, wurde vor Gericht gestellt - in einem Hochsicherheitssaal, in dem sonst Terrorismus-Verfahren stattfinden.

Solche Aktionen sind nicht kriminell. Sie sollten von lokalen, nationalen und internationalen Gerichten als das betrachtet werden, was sie sind: Akte des zivilen Ungehorsams. Dr. Dorothy E. Denning von der Georgetown University hat das in ihrer Aussage am 23. Mai 2000 vor dem Sonderausschuss des US-Repräsentantenhauses über "Cyberterrorismus" sehr deutlich gesagt: "EDT und die Electrohippies begreifen ihre Operationen, analog zu Straßenprotesten und Sitzblockaden, als Akte des Zivilen Ungehorsams, nicht als Gewalttaten oder terroristische Anschläge. Diese Unterscheidung ist sehr wichtig. Die meisten AktivistInnen sind keine Terroristen, ob sie nun am Million Mom's March teilnehmen oder an einem virtuellen Sit-in." Die Lufthansa und der deutsche Staat wussten wer, weshalb, wann und wozu die Aktion durchführen würde. Elektronischer ziviler Ungehorsam hat nichts mit heimlichen und anonymen Angriffen zu tun. Es ist etwas völlig anderes, wenn ein-zwei unsichtbare Personen in fremde Rechner eindringen und eine Denial-of-Service-Attacke (1) starten. Dagegen repräsentiert eine Aktion des elektronischen zivilen Ungehorsams das Gewicht zahlloser Menschen, die auf offene Weise und mit klaren Zielen protestieren: Sie wollen gesellschaftliche Verhältnisse in Frage stellen und Veränderungen erreichen, die eine bessere Gesellschaft für alle schaffen. Das muss die Zivilgesellschaft und das müssen auch die Gerichte verstehen. Elektronischer ziviler Ungehorsam ist eine legitime digitale Form, die tief verwurzelt in der langen Tradition des Zivilen Ungehorsams ist - nicht mehr, nicht weniger.

Anmerkung:

1) Als DoS-Attacke bezeichnet man Angriffe auf Internetserver, die durch Überlastung (meist durch eine Vielzahl gleichzeitiger Anfragen, E-Mails usw.) arbeitsunfähig gemacht werden sollen. Diese können dann die normalen Anfragen nicht bearbeiten und verweigern die Entgegennahme weiterer Anfragen ("Denial of Service", etwa: Dienstverweigerungs-Angriff).

# 11. Sieg für die Pressefreiheit? Junge Freiheit setzt sich gegen Verfassungsschutz durch

Autor: Redaktion Antifaschistisches Infoblatt · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:31

Ende Juni setzte sich die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit mit einer Klage gegen ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen durch. Die Junge Freiheit feierte dies als "Sieg für die Pressefreiheit".

Das Presseecho war unisono positiv. Selbst Süddeutsche Zeitung, taz oder Frankfurter Rundschau lobten die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Mit Beschluss vom 24. Mai entschieden die Richter des Ersten Senats, dass die Erwähnung der Junge Freiheit (JF) ein Eingriff in die Pressefreiheit sei. Wie die Verfassungsrichter befanden, sei die Zeitung "in ihrem Grundrecht auf Pressefreiheit verletzt" worden, da mit der Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht die Wirkungsmöglichkeiten der Zeitung beeinträchtigt werden können. Potenzielle LeserInnen hätten vom Kauf abgeschreckt werden können, InserentInnen von Anzeigengeschäften absehen können. Die Begründungen des Verfassungsschutz (VS) und der Fachgerichte für eine so einschneidende Maßnahme genüge nach Ansicht der Karlsruher Richter nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Selbst eindeutige Kritik an "Verfassungswerten" sei noch kein Grund, der Zeitung eine verfassungsfeindliche Bestrebung zu unterstellen, so die Karlsruher Richter.

Sie verwiesen die Klage zurück an die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Nordrhein-Westfalen. Im Lauf des jahrelangen Rechtsstreits hatten das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster das Vorgehen des NRW-Verfassungsschutzes gebilligt. Nun muss erneut geprüft werden, ob die vom VS als Indiz für die rechtsextreme Ausrichtung der Zeitung angeführten Artikel in ihrer Mehrheit in redaktioneller Verantwortung oder von externen Autoren geschrieben wurden.

Im Jahr 1994 erschien die Junge Freiheit erstmals als Wochenzeitung. Zunächst in Potsdam angesiedelt, zog die Redaktion Ende der 1990er Jahre nach Berlin. Mit einer geschätzten Auflage von 10.000 Exemplaren und ihrer Präsenz an Zeitungskiosken ist die JF abseits der Nationalzeitung des DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey eine Ausnahmeerscheinung im Spektrum der rechten Zeitungen. Seit ihrer Gründung als Schülerzeitung in Süddeutschland im Jahr 1986 agiert sie an der publizistischen Schnittstelle zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus.

Publizistische Schnittstelle in der Braunzone

Kern ihrer Strategie ist, das Etikett konservativ so weit auszudehnen, dass sich darunter auch extrem rechte politische Positionen als "konservativ" deklarieren lassen. Exemplarisch wurde dies am Beispiel des von der JF vehement verteidigten CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann deutlich, der wegen seiner antisemitischen Äußerungen Ende 2003 in die Kritik kam. Die Junge Freiheit bot den UnterstützerInnen Hohmanns ein breites publizistisches Forum. Sie veröffentlichte den Aufruf "Kritische Solidarität mit Martin Hohmann", dessen organisatorischer Koordinator, der ehemalige ZDF-Magazin-Redakteur Fritz Schenk, inzwischen eine wöchentliche Kolumne in der JF schreibt.

Dass solcherart rechte Positionen in der JF als Konservatismus firmieren, ist Programm. Dort gilt der von CDU/CSU politisch repräsentierte Konservatismus in der Denktradition von Armin Mohler als zahnlos, Nation vergessen und liberal. Das Spektrum dessen, was in der JF unter "konservativ" firmiert, reicht vom Nationalkonservatismus über jungkonservative und nationalrevolutionäre Positionen bis hin zur so genannten Konservativen Revolution der 1920er Jahre, die als deutsche Spielart der nicht-nationalsozialistischen europäischen Faschismen gelten kann. So ist es kein Zufall, wenn die JF apologetische Neuerscheinungen über Ernst Jünger oder Carl Schmidt lobt, unentwegt gegen die vorgebliche geschichtspolitische Selbstkasteiung der Deutschen anschreibt und in der Vergangenheit fast jedes Projekt zur Etablierung einer Partei rechts der CDU zumindest zeitweise publizistisch unterstützte.

Im NRW-Verfassungsschutzbericht ist die JF seit 1995 unter der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt. Die Zeitung, so hieß es seitdem dort, "biete tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht des Rechtsextremismus". Der NRW-Verfassungsschutz ordnete die Zeitung in die Strömung der so genannten Neuen Rechten ein. Unter

Bezugnahme auf den Politologen und wissenschaftlichen Referenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Armin Pfahl-Traughber, argumentiert der NRW-VS, die Neue Rechte sei eine intellektuelle Strömung innerhalb des bundesdeutschen Rechtsextremismus und somit beobachtungsrelevant.

Was ist "neu" an der Neuen Rechten?

In seinem Buch "Konservative Revolution und Neue Rechte" entwickelt Pfahl-Traughber ein Modell der Neuen Rechten, in dem die Grenzen zwischen etabliertem Konservatismus und Rechtsextremismus statisch definiert sind. Dies hat den Vorteil, dass der etablierte Konservatismus auch dann nicht in die Nähe rechtsextremer Positionen gerät, wenn er sich diskursiv für Elemente rechtsextremer Ideologie etwa in puncto Nationenverständnis oder Einwanderungspolitik öffnet. Dass gerade der etablierte Konservatismus jedoch Zielpunkt "neurechter" politischer Kampagnen ist, blendet Pfahl-Traughber aus politischen Gründen aus. Nur diese scheinbar eindeutige Abgrenzbarkeit konservativer Positionen von solchen der extremen Rechten ermöglicht es, den Konservatismus als immun für rechte Ideologieelemente zu beschreiben.

Der Hamburger Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter sieht dagegen in der Neuen Rechten ein Scharnier zwischen einem Teil des Konservatismus und dem Rechtsextremismus. (1) Anders als Pfahl-Traughber ist für Gessenharter somit die Neue Rechte eine politische Strömung, die zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus chargiert, was der Tatsache Rechnung trägt, dass sich einige ideologische Grundannahmen zu Themen wie Staatslehre und Menschenbild bei beiden überschneiden.

In der Politikwissenschaft ist der Begriff Neue Rechte höchst umstritten. Denn ähnlich wie bei dem Begriff "Konservative Revolution" handelt es sich um die Übernahme einer Eigenbezeichnung. Zudem ist unklar, worin das spezifisch "neue" an dieser Rechten gegenüber der Tradition völkischer und faschistischer Gesellschaftskonzepte der Vergangenheit besteht. Die wissenschaftlichen BefürworterInnen des Begriffs argumentieren, es habe bei der Herausbildung der Neuen Rechten seit Ende der 1960er Jahre eine Transformation tragender Ideologieelemente wie etwa des völkischen Rassismus zum Ethnopluralismus gegeben. Die GegnerInnen des Begriffs verweisen auf die ideologiegeschichtliche Kontinuität der Neuen Rechten" zu den europäischen Faschismen und stellen eine abgrenzbare Veränderung eben dieser Ideologieelemente in Frage. (2) Hinzukommt, dass die Diskussion darüber, was denn als "neu rechts" zu gelten habe, im Spektrum "neurechter" Akteure kontrovers und in Abhängigkeit von der Konjunktur politischer Themen diskutiert wird. (3)

In den vergangenen Jahren ließ die Junge Freiheit nichts unversucht, um sich als Opfer einer vom NRW-Verfassungsschutz behördlich sanktionierten Kampagne von Medien und Antifa in Szene zu setzen. Zunächst hatte der ehemalige FDP-Abgeordnete und Gründer der national-liberalen Partei Bund Freier Bürger (BFB), Manfred Brunner, die JF juristisch vertreten. Später übernahm der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl die juristische Vertretung. Stahl tritt auch als prominenter Fürsprecher für die JF in Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen in Erscheinung.

Die ursprünglich beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereichte Klage argumentiert juristisch auf zwei Ebenen. Einerseits sei der NRW-VS für eine in Berlin erscheinende Wochenzeitung nicht zuständig; anderseits sei die in Rede stehende Erwähnung im VS-Bericht ein illegitimer Eingriff in die Pressefreiheit, da der VS über Jahre den Nachweis des rechtsextremen Charakters der JF schuldig geblieben sei. Die im hauseigenen Verlag als Dokumentation herausgegebenen Klageschriften wurden von prominenten rechtskonservativen Politikern wie dem ehemaligen Berliner Innensenator Heinrich Lummer unterstützt.

Wichtiger jedoch als die Gerichtsverfahren war der JF die Selbstinszenierung als Opfer eines angeblich repressiven Klimas öffentlicher Meinung, das in einer "Political Correctness" seinen Ausdruck fände, die keine abweichenden Meinungen dulde. Derart von einer feindlichen Phalanx aus linksliberalen Medien, Kampagnen der Antifa und dem Verfassungsschutz umzingelt, erscheint das eigene publizistische Projekt in umso hellerem Lichte. Mit einem von der JF initiierten "Appell für die Pressefreiheit" gelang es der Zeitung, prominente UnterstützerInnen wie Vera Lengsfeld (CDU-Bundestagsabgeordnete) zu gewinnen, die nicht der extremen Rechten zuzuordnen sind. Um ihr Renommee zu steigern, wirbt die JF regelmäßig um InterviewpartnerInnen aus dem bürgerlich-liberalen Spektrum. Diese dienen der Zeitung als Ausweis ihrer politischen Pluralität. Interviews in der JF ziehen meist eine kurzzeitige mediale Skandalisierung nach sich, die der Zeitung wiederum eine gewisse Aufmerksamkeit sichert.

Anfang dieses Jahres legte JF-Chef Dieter Stein mit einem theoretischen Exposee über den Begriff Neue Rechte nach. (4) Für Stein handelt es sich dabei um einen politischen Kampfbegriff, der wissenschaftlich unbrauchbar, da von der Linken instrumentalisiert, sei. Die Neue Rechte sei keine homogene politische Strömung, die eindeutig identifizierbare politische Ziele verfolge. Somit fehle es den unter diesem Begriff rubrizierten politischen Strömungen an Kohärenz. Stein erklärt die Neue Rechte zu einer Chimäre des Verfassungsschutzes. Seine im Stil einer Chronologie gehaltene, intellektuell dürftige Ideologiegeschichte der Neuen Rechten ist jedoch wenig schlüssig. Denn so vehement Stein die Wurzeln der Neuen Rechten dem Konservatismus zuordnen will, bezieht er sich doch im Gespräch mit dem Vordenker der französischen Nouvelle Droite, Alain de Benoist, positiv auf die von diesem begrifflich skizzierte Neue Rechte. Sein Anliegen, die Neue Rechte aus dem Dunstkreis rechtsextremer Ideengeschichte zu befreien, führt Stein ad absurdum, wo er den Europa-Mythos der SS und den Gründer der Zeitschrift Nation & Europa, Arthur Erhard, als Bezugspunkte "neurechter" Ideologie anführt.

Inszenierung als "Opfer" von VS, Medien und Antifa

Welche Folgen das BVerfG-Urteil für die politische Auseinandersetzung mit der JF hat, ist einigermaßen unabsehbar. Zwar wird es wahrscheinlich auch in Zukunft vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sein, die JF als extrem rechts zu bezeichnen. Doch über den Umweg der Klage gegen den NRW-VS zielt die JF auf den Charakter der veröffentlichten Meinung. Das Urteil birgt die Gefahr, dass sich Medien künftig schwerer damit tun, die JF als "rechtsextrem" zu klassifizieren, wenn dies nicht mehr behördlich gedeckt sein sollte.

Die Furcht vor juristischen Sanktionen durch die Anwälte der JF könnte Medien davon abhalten, hier einen publizistisch-politischen Konflikt zu suchen. Das Urteil dürfte sich ob seines publizistischen Echos bereits jetzt für die JF auszahlen. Ausgestattet mit dem höchstrichterlichen Gütesiegel der politischen Unbedenklichkeit kann das Blatt seine Brückenfunktion ins konservative Lager nun vollends ausspielen.

Das positive Presseecho auf das BVerfG-Urteil wird von der JF zu Recht als der eigentliche Erfolg angesehen. In den letzten Wochen sind in den großen überregionalen Tageszeitungen JF-Werbeanzeigen erschienen, die das Urteil als "Sieg für die Pressefreiheit" feiern und Gratisabonnement offerieren. Ob der VS-NRW die Neue Rechte unter den neuen politischen Verhältnissen in NRW weiterhin im Visier behält, bleibt abzuwarten. Denn schließlich wird in Sachen Junge Freiheit alsbald erneut vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt.

Redaktion Antifaschistisches Infoblatt

Anmerkungen:

1) Wolfgang Gessenharter: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Opladen 1998

2) Andreas Speit (Hrsg.): Jenseits des Nationalismus: Ideologische Grenzgänger der Neuen Rechten. Hamburg 1999

3) vgl. IfS (Hrsg.): Die Neue Rechte: Sinn und Grenzen eines Begriffs. Schnellroda 2003

4) Dieter Stein: Phantom Neue Rechte. Berlin 2005

# 12. Alles, was recht ist. Soziale Rechte schließen Gesundheit ein

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Sozialpolitik; Antiglobalisierungsbewegung; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:25

Auch hierzulande wird von Globalisierung überall dort geredet, wo es um mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und zu hohe Arbeitskosten geht. Das ist zum Beispiel bei der Gesundheitsreform der Fall. Was dabei unterschlagen wird: dass der Zugang zu dem erreichbaren Höchstmaß an Gesundheit ein Menschenrecht ist.

Ob sie sich für eine Bürgerversicherung oder für die Kopfpauschale stark machen, einig sind sich alle Parteien darin, mit Blick auf vorgebliche Zwänge der Globalisierung die Lohnnebenkosten zu senken und die Unternehmen aus der Finanzierung der Sozialsysteme, auch der Gesetzlichen Krankenversicherung, zu entlassen. Ausgeglichen werden soll das dann durch mehr Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen und - hier wie überall - durch erhöhte "Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger". Natürlich: der Globalisierung und des globalen Wettbewerbs wegen.

Doch kann die Geschichte der Globalisierung auch anders erzählt, kann von Gesundheit auch anders gesprochen werden, aus der Sicht derer nämlich, die eigenverantwortlicher und dadurch vor allem billiger werden sollen und aus der Perspektive derer, die jetzt schon billiger sind als "wir". Aus der Perspektive globaler Solidarität statt globaler Konkurrenz. Denn Gesundheit hat zwar auch und immer, aber eben nicht allein mit Medikamenten und ärztlicher Hilfe zu tun. Sie hat mit ausreichender und gesunder Ernährung zu tun, mit menschenwürdigen Wohnverhältnissen, einer gesunden Umwelt. Sie hat auch mit einem Einkommen zu tun, das nicht nur zum Überleben, sondern zum Leben reicht, auch dann, wenn man, wie immer mehr Menschen, keine Arbeit hat oder die Arbeit nicht will, die einem zugewiesen wird. Sie hängt schließlich und nicht zuletzt von der Teilhabe an einem freien, gerechten und sicheren Gemeinwesen ab und von der Achtung der individuellen und sozialen Menschenrechte. Wo das fehlt, werden Menschen krank. Deshalb ist Gesundheit eine politische Angelegenheit und der Zugang zu Gesundheit eine Frage der Rechte, die man hat oder die einem verweigert werden. Unter den Bedingungen der Globalisierung können solche Rechte nicht mehr nur im nationalen Rahmen, sondern müssen überall durchgesetzt werden, als unbedingte Rechte aller.

Durchgesetzt - denn wenigstens einige solcher Rechte sind bereits unterschrieben. So wurde vor bald vierzig Jahren, im Dezember 1966, der Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte geschlossen. Im Artikel 12 anerkennen die Regierungen der Welt ausdrücklich "das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit." Sie verpflichten sich, alle Schritte und Maßnahmen "zur vollen Verwirklichung dieses Rechts" zu unternehmen, zur "Senkung der Zahl der Totgeburten und der Kindersterblichkeit sowie zur gesunden Entwicklung des Kindes" (12a), zur "Verbesserung aller Aspekte der Umwelt- und der Arbeitshygiene" (12b), zur "Vorbeugung, Behandlung und Bekämpfung epidemischer, endemischer, Berufs- und sonstiger Krankheiten" (12c) und schließlich zur "Schaffung der Voraussetzungen, die für jedermann im Krankheitsfall den Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen" (12d).

Globalisierung ist kein von anonymen Mächten verhängtes Unheil, sondern kann zur Chance aller werden. Dann, wenn es nicht länger um die Globalisierung des Marktes, sondern um die der Rechte geht. Die müssen überall gelten. Hier wie anderswo: für jede und jeden am Ort ihres Aufenthalts, unabhängig von der Herkunft. Soll dieses Ziel erreicht werden, ist - was sonst? - Eigenverantwortung gefragt, vor Ort und schon im Alltag.

Thomas Seibert, medico international

Anmerkung:

1) Dieser Artikel ist der leicht bearbeitete Nachdruck aus der aktuellen medico-Zeitung zum Thema.

# 13. Globale Gesundheit, globales Desaster. Erster alternativer Weltgesundheitsbericht veröffentlicht

Autor: medico international · Rubrik: Antiglobalisierungsbewegung; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:26

Im Juli wurde der erste alternative Weltgesundheitsbericht, der Global Health Watch 2005-2006 veröffentlicht. Der Bericht, der zeitgleich auf dem zweiten globalen Gesundheitsforum People's Health Assembly in Ecuador und in der Londoner Royal Society präsentiert wurde, stellt Informationen und Schlussfolgerungen vieler großer und kleiner Gesundheitsbewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Ärzte und Wissenschaftler zusammen. Unter anderem kam er mit Unterstützung der Frankfurter Hilfsorganisation medico international zustande, deren zusammenfassende Übersetzung wir hier dokumentieren. Der Bericht liefert auf fast 400 Seiten ein umfassendes Bild der Weltgesundheit im Zeichen fortschreitender Globalisierung aus der Perspektive der Betroffenen im Norden wie im Süden und analysiert das Handeln internationaler Gesundheitsorganisationen, von der WHO und UNICEF, über die Weltbank, den IMF und die WTO. Der folgende Text bündelt einige zentrale Aussagen und Empfehlungen des Berichts.

Die Globalisierung ist die treibende Kraft großer aktueller Veränderungen. Der zunehmende Kapital- und Warenaustausch zwischen den Ländern, wie auch die globalen und regionalen Auswirkungen von Entscheidungen, die beispielsweise von der Welthandelsorganisation (WTO) ausgehen, haben gravierende Folgen für die Gesundheit.

Der Weltgesundheitsbericht stellt die Erfolgsstory, die die Akteure der aktuellen Globalisierung erzählen, in Frage. Er weist auf die eskalierende Armut in Afrika, Osteuropa, Zentralasien und Lateinamerika wie auch auf die zunehmende ungleiche Einkommensverteilung in vielen Ländern (einschließlich der reichen Länder) in den letzten Jahren hin. Produzenten gerade in den Entwicklungsländern sehen sich einem wachsenden globalen Wettbewerb ausgesetzt. In Mexiko beispielsweise zog die Liberalisierung im Getreidesektor durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen eine Welle US-amerikanischer Importe nach sich, die ihrerseits massiv subventioniert werden. Die mexikanische Getreideproduktion stagnierte zur gleichen Zeit. Die Preise brachen ein. Kleine Farmer wurden ärmer und zirka 700.000 Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich gingen verloren. Die Armut auf dem Lande wuchs um 70%, die Mindestlöhne verloren 75% ihrer Kaufkraft, die Kindersterblichkeit unter den Armen stieg.

Diese Zahlen machen deutlich, dass es eines klugen nationalen Managements bedarf, um die globalen ökonomischen Veränderungen zu bewältigen: keine leichte Aufgabe für viele Entwicklungsländer, in denen der öffentliche Sektor oftmals heruntergekommene und unterentwickelt ist. Während insbesondere die reicheren Wirtschaftsräume über soziale Mechanismen, Steuerprogression, sowie Gesetze und Regeln verfügen, um die schlimmsten "Marktfehler" auf nationalem Niveau abzufedern, gibt es keinen "sozialen Vertrag", der die Schäden und Auswüchse der Globalisierung behebt.

Kampf gegen Armut, Kampf um Gesundheit

Selbst dort, wo globale Mechanismen bestehen, verstärken sie oft noch die Probleme. Die Vereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO), die den Waren- und Dienstleistungshandel liberalisieren und die Rechte der Investoren schützen, erzeugen ungleiche Bedingungen für ärmere Nationen und engen den nationalen Handlungsspielraum ein. Der Kampf um die schlecht durchdachte WTO-Übereinkunft über geistige Eigentumsrechte ist nur ein Beispiel, das die negativen Folgen internationaler Regulationsmechanismen für die Gesundheit besonders deutlich macht: Der Patentschutz überlebenswichtiger Medikamente macht sie für viele arme Menschen unerschwinglich.

Reformen des globalen ökonomischen Regierens sind von vitalem Interesse für die Gesundheit. Alle globalen, bilateralen und regionalen Wirtschaftvereinbarungen sollten auf die Folgen für Gesundheit und Gleichheit überprüft werden. Als ersten Schritt fordert der Bericht eine internationale Delegation aus Public-Health- und WirtschaftsexpertInnen, die mit dem Mandat ausgestattet ist, WTO-Verhandlungen zu begleiten und nationale Regierungen hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Folgen der Verhandlungsergebnisse zu beraten. Außerdem sollte die Delegation einen ausführlichen Bericht an die WHO erstatten. Bei der nächsten WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 könnte dieser Prozess bereits beginnen.

Regierungen und internationale Behörden sollten einen globalen Sozialvertrag anstreben, der ihre Bemühungen um Hilfe und Schuldenerlass verstärkt - was nebenbei auch über die beim letzten G8-Gipfel verabredeten Maßnahmen hinausgehen würde. Das hieße unter anderem, dass die Entwicklungsländer nicht länger zu Handelsliberalisierungen gezwungen werden dürften und zugleich die Subventionen der G8-Ländern für die eigenen Produzenten zurückgefahren werden müssten. Nötig sind neue Finanzierungsmodelle, um Gesundheit und Entwicklung zu fördern. Der Weltgesundheitsbericht schlägt die Einrichtung einer internationalen Steuerbehörde vor, die privatwirtschaftliche Steuerhinterziehung (geschätzter Verlust 255 Milliarden US-Dollar jährlich) kontrollieren und verhindern soll. Ebenso gilt es beispielsweise über die Erhebung von Steuern auf Finanztransaktionen, eine globale Ökosteuer oder eine Abgabe auf Flugbenzin nachzudenken.

Gut organisierte und verwaltete Gesundheitssysteme sind von vitalem Interesse im Kampf gegen die Armut. Sie reduzieren die Kosten von Krankheit für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Sie bilden soziale Netze. Sie vermitteln das Gefühl von Sicherheit, ganz im Gegensatz zu dem Gefühl von Ohnmacht und Verwundbarkeit, das von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Spaltung produziert wird. Hunderte von Millionen in der Welt haben jedoch nicht einmal eine gesundheitliche Grundversorgung. In den meisten Regionen der Welt muss Gesundheitsversorgung aus der eigenen Tasche finanziert werden. Das führt regelmäßig dazu, dass die Menschen im Krankheitsfall in die Armut absinken.

Der Bericht weist an vielen Beispielen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg nach, dass mehr privat finanzierte Gesundheitsversorgung zu schlechteren Gesundheitsdaten führt. Der Weltgesundheitsbericht erklärt, wie die Kommerzialisierung bestehender Gesundheitssysteme die ungleichen Zugangsbedingungen noch verschärft, weniger Zugang zu hoch qualifizierter Versorgung für die Armen bewirkt und Ineffizienz, Verlust von ethischen Standards und Vertrauen befördert. Die Länder beim Aufbau von universellen, durch Steuern oder Sozialversicherungen finanzierten Gesundheitssystemen zu unterstützen, ist deshalb vordringlichste Aufgabe.

Hilfe blockiert Gesundheitsversorgung

Die reichen Länder geben pro Jahr zehn Milliarden für Entwicklungshilfe im Bereich des Gesundheitswesen aus. Das ist ungefähr so viel wie die EuropäerInnen jährlich für Speiseeis ausgeben, oder etwa 10% des Budgets des britischen National Health Service. Doch sogar diese "kleine" Summe an Hilfsgeldern kann in den armen Ländern immense Probleme und manchmal sogar gravierende Schäden für das Gesundheitssystem insgesamt hervorrufen. Denn viele Geberprogramme finden unkoordiniert statt und fokussieren nur auf bestimmte Krankheiten. Noch dazu: Im Gegenzug für die Hilfe wird die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen und von einer neoliberalen Gesundheitspolitik erwartet. Das droht die Gesundheitsversorgung weiter zu kommerzialisieren. Der Bericht schlägt deshalb die Rekonstruktion und Entwicklung eines Gesundheitssektors auf der Grundlage eines 10-Punkte-Forderungskatalogs vor. Dieser wendet sich an nationale und internationale Regierungen und Geberorganisationen. (s. Kasten)

Übersetzung: medico international

Den Bericht als pdf-Datei sowie weitere Informationen zum Thema: www.medico.de

Zentrale Forderungen des Global Health Watch:

1. Bereitstellung ausreichender Finanzierung für Gesundheitssysteme.

2. Besserer Schutz für Angestellte des öffentlichen Dienstes.

3. Sicherstellung öffentlicher Gelder zur Unterstützung und Versorgung von Gesundheitseinrichtungen.

4. Abschaffung von Behandlungsgebühren, die Menschen in Armut stürzen.

5. Schaffung neuer Indikatoren für das Gesundheitssystem, die Ländern einen Anreiz geben, eher das Gesundheitssystem zu verbessern als lediglich einzelne Krankheiten zu behandeln.

6. Abkehr von der Kommerzialisierung der Gesundheitssysteme durch legislative und regeltechnische Maßnahmen.

7. Stärkung von Gesundheitsmanagement und die Einführung eines District Health Systems als Organisationsmodell für Gesundheitssysteme allgemein.

8. Verbesserung der Geberaktivitäten im Gesundheitssektor.

9. Stärkung der Kommunen, um Transparenz und Überprüfbarkeit in der Mittelvergabe und Gestaltung der Gesundheitssysteme zu sichern.

10. Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen und ethischen Verhaltens, um die zerstörerischen Wirkungen zunehmender Kommerzialisierung des Gesundheitssystems zu bekämpfen.

# 14. Keine Argumente und falsche Zitate. Interview mit Petra Schlagenhauf zu den Vorwürfen gegen Salvador Allende

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Medien; Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:34

Die Berliner Rechtsanwältin Petra Schlagenhauf ist seit 1973 in der Chile-Solidaritätsarbeit aktiv und gehört dem Vorstand des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) in Berlin an. Wir sprachen mit ihr über das Buch "Salvador Allende. Antisemitismus und Euthanasie" des in Berlin lebenden chilenischen Philosophen und Literaturwissenschaftlers Victor Farías, in dem er behauptet, Salvador Allende sei Antisemit und Rassist gewesen.

ak: "Verfolgt man die derzeit recht erfolgreichen Bestrebungen, den Ruf und die wissenschaftliche Reputation des Berliner Autors und Privatdozenten Victor Farías in den Schmutz zu ziehen, fühlt man sich unwillkürlich an Methoden und Mittel des verblichen geglaubten Stalinismus erinnert", schrieb Horst Pankow in der Jungle World. Fühlst du dich als Stalinistin?

Petra Schlagenhauf: Endlich bin ich auch mal Stalinistin, das wollte ich schon immer mal sein. Aber Spaß beiseite: Ich kann diesen Vorwurf nicht verstehen. Allende zu unterstellen, er sei ein glühender Antisemit und Rassist gewesen, wie es Farías macht, hat mit wissenschaftlicher Arbeit nichts zu tun. Die Sache ist doch die: Entweder arbeitet jemand wissenschaftlich oder nicht. Nachdem ich mich jetzt wochenlang mit Farías' angeführten Belegen befasst habe, komme ich zu dem Ergebnis: Er arbeitet nicht wissenschaftlich, sondern diffamierend und bösartig; er verdreht Quellen, reißt Tatsachen aus dem Zusammenhang und zitiert schlicht falsch. Ein Mensch, der von sich behauptet, wissenschaftlich zu arbeiten, muss sich auch der wissenschaftlichen Kritik stellen können. Das hat mit Stalinismus nichts zu tun. Farías spielt hier die vermeintliche Opferkarte aus, mit der er sich der Diskussion entzieht, weil er keine Argumente hat, die wissenschaftlichen Kriterien standhalten könnten.

Die Diskussion, die sich um Farías in Deutschland entspannt hat, bezeichnest du auch als "Fall der deutschen Presse". Warum?

In Chile und in Spanien, wo Farías' Buch bislang erschien, war die Aufregung gering. Im Gegensatz zu Deutschland. Warum? Die Vorwürfe gegen Allende passen einfach wunderbar in den geschichtsrevisionistischen Zeitgeist. Es bot sich die Chance, eine der wenigen als integer bekannten Figuren der internationalen Linken, einen Menschen, dem Respekt allein deswegen entgegengebracht wird, weil er niemals diktatorische Ansätze vertreten hat, vom Sockel zu stoßen. Wenn man sieht, wie leicht es Farías gefallen ist, mit seinen Thesen hier Gehör zu finden, lässt dies viel über die politischen Verhältnisse in Deutschland erkennen. Da das Buch und die meisten Quellen in Spanisch vorliegen, war es für Journalisten sicher schwer, die Vorwürfe zu überprüfen. Trotzdem werfe ich der Presse - und zwar fast jeglicher Couleur - vor, dass sie bei so massiven Vorwürfen kritischer hätte sein müssen.

Inhaltlich behandeln die diversen Presseberichte drei wesentliche Anschuldigungen: antisemitische und biologistische Zitate aus Allendes Dissertation von 1933, Überlegungen zur Zwangssterilisation während seiner Zeit als Gesundheitsminister von 1938-40 und seine Weigerung in den 1970er Jahren, den Nazi-Verbrecher Walter Rauff an Deutschland auszuliefern. Was ist davon zu halten?

Festzuhalten ist, dass Victor Farías die historischen Fakten einfach verdreht. Das fängt schon damit an, dass er behauptet, die Dissertation sei jahrelang verschollen gewesen. Dies ist unwahr, denn sie stand in der Universitätsbibliothek in Santiago, wo sie jeder einsehen konnte. Die Stiftung Salvador Allende hat die Dissertation inzwischen veröffentlicht und unter www.elclarin.cl/hemeroteca.html ins Internet gestellt, damit jeder selbst die Fakten nachlesen kann. Dort findet sich übrigens auch weiteres Quellenmaterial, so z.B. der Schriftwechsel mit Simon Wiesenthal zum Fall Rauff.

Zum ersten Vorwurf: Farías zitiert aus Allendes Dissertation "Mentale Hygiene und Delinquenz" aus dem Jahr 1933 einen Satz, der in der Tat bestürzend klingt: "Die Juden charakterisieren sich durch bestimmte Formen des Vergehens: Betrug, Falschheit, Verleumdung und vor allem Wucher." Und die Zigeuner, steht im gleichen

Abschnitt zu lesen, seien im Allgemeinen ein kriminelles Volk, das sich durch Faulheit, Jähzorn und Eitelkeit charakterisiere. Die inkriminierten Zitate stammen nicht von Allende selbst. Die gesamte Passage ist ein Zitat von Cesare Lombroso, auf den sich Allende nur wenige Zeilen vorher explizit bezieht. Die Zitate finden sich in der spanischen Ausgabe "El hombre delincuente". Auch in der italienischen Ausgabe "luomo delincuente" hat die Lombroso-Espertin Dr. Gadebusch-Bondio von der Universität Greifswald diese Passagen gefunden. Mit ihr habe ich mehrere Gespräche über dieses Thema geführt.

Lombroso ist auch mir noch im Studium begegnet - 1976 in einer Projektgruppe über Frauenkriminalität an der FU Berlin. Es ist gruselig, was in den 1960/70er Jahren noch an biologistischen Thesen gerade im Bereich der Frauenkriminalität vertreten worden ist. Lombroso wurde uns als Vater der modernen Kriminologie vorgestellt, dessen Thesen allerdings von späteren wissenschaftlichen Erkenntnissen überholt seien. Dass man im Jahre 1933 Lombroso als wissenschaftliche Referenz in seiner Dissertation erwähnt und seine Gedankengänge darstellt, ist aus heutiger Sicht unverständlich und kritikwürdig. Damals allerdings galten seine Theorien noch längst nicht als überholt. Man muss bedenken, dass Allende seine Dissertation in einer Zeit verfasst hat, in der die sogenannte Rassenkunde als wissenschaftliches Paradigma noch nicht überwunden war. So hat mir Dr. Gadebusch-Bondio bestätigt, dass der Einfluss Lombrosos in Lateinamerika noch weit länger anhielt als in Europa.

Man könnte sicher sagen, dass aus heutiger Sicht Allende in seiner Doktorarbeit die biologistischen Lehren seiner Zeit zu unkritisch referierte. Insgesamt ist sein Umgang damit indifferent. Im Schlussteil, in dem er seine eigenen Ausführungen macht, legt er dann aber den Schwerpunkt auf die gesellschaftliche Seite der Entstehung von Kriminalität und betont, dass gesellschaftliche Faktoren ausschlaggebend dafür sind, ob jemand zum Delinquenten wird oder nicht. In der Arbeit finden sich mehrere Fallstudien, in denen Allende das soziale Umfeld von Leuten beleuchtet, die er im Gefängnis besucht und exploriert hat. In diesen Passagen geht es weder um Juden noch um rassische Gesichtspunkte, sondern um - wie man es heute wohl ausdrücken würde - soziologisch-medizinische Betrachtungen.

Der zweite Vorwurf, der gegen Salvador Allende vorgebracht wird, ist, dass er ein Eugenik-Gesetzesvorhaben wäh-rend seiner Zeit als Gesundheitsminister in der Volksfrontregierung vorangetrieben habe.

Was stimmt, ist, dass Allende sich über die Frage, ob Eugenik sinnvoll wäre, Gedanken gemacht hat. Was stimmt, ist, dass er eine unabhängige Medizinerkommission einberufen hat, die sich Gedanken machen sollte, wie man die Sterilisation von Geisteskranken gesetzlich regeln könnte. Diese Kommission hat dann auch einen Gesetzesvorschlag unterbreitet. Diesen Vorschlag hat sich allerdings Allende niemals zu Eigen gemacht; er ist nie zu einem Gesetzesentwurf gediehen und ist auch nie in das Parlament eingebracht worden.

Es gab damals eine Diskussion in der Zeitschrift der chilenischen Ärztevereinigung Amech, die anscheinend von Allende angeregt worden war, zumindest heißt es in einem Artikel, der Minister habe den Vorschlag zur Meinungsbildung in der Ärzteschaft übergeben. Ich glaube, diese Kontroverse, in der Befürworter wie Gegner des Programms zu Wort kamen, hat dazu geführt, dass Allende das ganze ad acta gelegt hat - auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Deutschland. Damit ist nicht die Tatsache aus der Welt, dass Allende an einem Gesetzentwurf zur Zwangssterilisation arbeiten ließ - aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass daraus nie ein Gesetz wurde, und man muss die Zeitumstände berücksichtigen. Chile war beileibe nicht das einzige Land, wo über solche Fragen diskutiert wurde, und in vielen anderen Ländern sind Sterilisationsgesetze erlassen und angewandt worden. Sogar so fortschrittliche Intellektuelle wie der Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld haben über Sterilisationsmöglichkeiten für Behinderte nachgedacht. Dass man sich zum Zwecke des "Schutzes der Volksgesundheit" überhaupt mit solchen Ideen wie Zwangssterilisationen befasst hat, wird heute sehr zu Recht kritisch und als Verletzung der Menschenrechte dieser Personen gesehen. Aber man muss sich auch klar darüber sein, dass dies insbesondere in Deutschland eine Erkenntnis ist, die durch die NS-Verbrechen und das Entsetzen über sie nachhaltig befördert wurde.

Dritter Punkt: Allende habe dem Naziverbrecher Rauff "Asyl gewährt" bzw. seine Nichtauslieferung gerechtfertigt, woraus Farías schließt, dass Allende ein Nazifreund war. "Distanziert und kühl, bürokratisch" sei Allendes Antwort auf ein entsprechendes Gesuch von Simon Wiesenthal gewesen, so Farías.

Mir liegt der Schriftwechsel aus den Jahren 1972/73 zwischen Simon Wiesenthal und Salvador Allende vor. Daraus ergibt sich das genaue Gegenteil. 1963 hatte der chilenische Oberste Gerichtshof ein

Auslieferungsgesuch der deutschen Bundesregierung auf der Grundlage des Vorwurfs des Mordes (nicht des Völkermordes) als unzulässig abgelehnt, und zwar unter Hinweis auf die - kürzeren - Verjährungsfristen für Mord nach chilenischem Recht. Nachdem Allende Präsident geworden war, schöpfte Wiesenthal Hoffnung und bat Allende um die Auslieferung des SS-Obersturmbannführers Rauff, dem Erfinder der Vernichtungsmethode des Gaswagens. Allende antwortete: Unter Bezug auf die Entscheidung des obersten chilenischen Gerichtshofs müsse er die Auslieferung Rauffs ablehnen; ihm sei als Präsident durch die Verfassung untersagt, abgeschlossene Verfahren wieder zu eröffnen. Gleichzeitig drückt Allende sein Bedauern aus und versichert, dies bedeute nicht, "dass ich als Bürger und als Staatschef nicht vollkommen Ihre Gefühle teile und die schrecklichen Verbrechen verurteile, die der Nationalsozialismus und seine Handlanger begangen haben". Und er gibt Wiesenthal den Hinweis, dass die chilenischen Gerichte neu entscheiden müssten, wenn es ein neues Auslieferungsersuchen gäbe. Wiesenthal bedankte sich für Allendes "warmen und herzlichen Brief" und versicherte Allende, dass er seine Motive für seine Antwort verstehe. Also nichts von schroffer Ablehnung.

Farías, der von rechtlichen Fragen offensichtlich wenig versteht, wirft Allende vor, angesichts der Unverjährbarkeit von Völkermord nicht ausgeliefert zu haben. Er "vergisst" dabei, dass ein Staat nicht wegen irgendwas die Auslieferung prüft, sondern wegen eines konkreten vorgebrachten Tatvorwurfs. Der "Fehler", wenn man so will, liegt also auf der bundesdeutschen Seite, die niemals irgendeinen NS-Verbrecher wegen Völkermords belangen wollte und folgerichtig auch kein Auslieferungsgesuch wegen Völkermord gestellt hatte - da hätte man ja die Nürnberger Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs akzeptieren müssen.

Allende waren schlicht die Hände gebunden. Nach einer solchen Entscheidung eines Obersten Gerichts darf keine Exekutive in keinem Land ausliefern, ohne die Gewaltenteilung zu missachten und einen Verfassungsverstoß zu begehen. Das wäre auch in der BRD ein klarer Rechtsbruch.

Vom "brutalen Antisemit" bleibt also deiner Ansicht nach nichts übrig?

Nein. Das ist eine bösartige Erfindung von Farías, für die er keinen Beweis erbringen kann, weder aus der Zeit der Unidad Popular, in der weder mir noch anderen, die sie erlebt haben, irgendein Hinweis auf Antisemitismus bekannt geworden ist, noch aus der Zeit davor. Allende hat sein Leben lang keine antisemitische Politik gemacht, sondern das Gegenteil. Nach der Reichspogromnacht 1938 unterschrieb er z.B. zusammen mit anderen chilenischen Parlamentariern ein Telegramm an Adolf Hitler, in dem sie gegen die Juden-Verfolgung protestieren. In Protokollen von Parlamentsdebatten in Chile Ende der 1930er Jahre finden sich deutliche Aussagen des Abgeordneten Allende gegen die Nazis und deren Rassenpolitik. Ich möchte noch an einen anderen Umstand erinnern: Im Zug der Weltwirtschaftkrise konnten ab 1933 nur noch Menschen nach Chile kommen, die keine "soziale Last" für den Staat darstellten. Unter dem Eindruck der Reichspogromnacht hat sich die chilenische Linke, darunter auch Salvador Allende, erfolgreich für eine liberalere Einwanderungspolitik gegenüber NS-Flüchtlingen eingesetzt. Im ersten Regierungsjahr der Volksfront, die Ende 1938 die Regierung übernahm, stieg die Zahl der jüdischen Immigranten sprunghaft, auf das über Zwanzigfache an. Allerdings entfachte daraufhin die chilenische Rechte eine Kampagne gegen die jüdische Einwanderung und zwang den Außenminister der Volksfront 1940 zum Rücktritt. Ich finde es bezeichnend, dass man in Farías' Buch und in seinen sämtlichen Äußerungen über solche Dinge keine einzige Zeile findet.

Interview: mb., Berlin

# 15. Maue Signale aus Erfurt. Das "Erste Sozialforum in Deutschland" konnte Erwartungen nicht erfüllen

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:38

Ein paar Menschen spurten über den Erfurter Domplatz, um in einem der beiden riesigen Plastikzelte Unterschlupf zu finden. Regen klatscht die Zeltwand runter. Vor den Anmeldetischen hat sich eine kleine, überschaubare Schlange gebildet. Die hier warten, das sind TeilnehmerInnen des Ersten Sozialforums in Deutschland (SfiD). Der Andrang an diesem 21. Juli hält sich in Grenzen; dies wird sich auch die folgenden Tage nicht maßgeblich ändern. Auch die Stimmung ist gedämpft, was nicht nur am ungastlichen Wetter und der Songwriter-Formation, die aus dem Nachbarzelt herüber schallt, liegen kann.

Dabei hatten die OrganisatorInnen des SfiD große Hoffnung in dieses Sozialforum gelegt, 5.000 BesucherInnen waren erwartet worden, die Strukturen vor Ort hätten sogar bis zu 10.000 versorgen können. Letztlich fanden sich etwa 2.000 Menschen in der thüringischen Landeshauptstadt ein, um über die Themenbereiche: "Arbeitswelt und Menschenwürde", "Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt", "Menschenrechte und politische Teilhabe", "Eine lebenswerte Welt - anders leben" und "EU-Europa: In welcher Verfassung sollte es sein?" zu diskutieren. Die überdimensionierte Planung sorgte nicht selten dafür, dass Podiumsdiskussionen mit ein paar Dutzend ZuhörerInnen vor der Tribüne stattfanden. Auch die als Sternmarsch angelegte Demonstration am Samstag mit der die "Forderung nach einer gerechten Gesellschaft" eindrucksvoll nach außen getragen werden sollte, war mit etwa 1.000 TeilnehmerInnen äußerst kläglich. "Wie soll von dieser Veranstaltung ein Signal ausgehen?", fragt sich denn auch Angelo Lucifero, von ver.di Thüringen.

Doch Dynamik bzw. das Fehlen derselben lässt sich nicht allein an den TeilnehmerInnenzahlen festmachen. Entscheidend sei, so die SfiD-Organisatorin Judith Dellheim in ak 496, ob in Erfurt "wirklich eine Sozialforumskultur gelebt wird, die Maßstäbe setzt." Sicherlich ist es punktuell gelungen, Linke aus verschiedenen Spektren - GlobalisierungskritikerInnen, GewerkschaftlerInnen, Arbeitsloseninitiativen, Antifas an einen gemeinsamen Tisch zu bringen. Allgemein erinnerte das Sozialforum jedoch an einen politischen Gemischtwarenladen, in dem jedes Grüppchen seine Themen anbot. Größtenteils gelang es nicht, die Vernetzung untereinander zu stärken und Kräfte zu bündeln. Erschwerend hinzu kam, dass die einzelnen Veranstaltungsorte weit auseinander lagen und es keine übergeordneten, attraktiven Treffpunkte gab.

Die fehlende Vernetzung zeigt sich u.a. an der äußerst vagen Erklärung, die von der Versammlung der sozialen Bewegungen im Anschluss an das Sozialforum verabschiedet wurde. Die dort aufgelisteten Punkte kamen über Phrasen wie " die totale Vermarktung der Menschen stoppen", "gemeinsame Vernetzung" verstärken und "gemeinsamer Kampf für soziale Rechte" nicht hinaus. Ähnlich unspezifisch auch die Aneinanderreihung der Aktionen, die zukünftig unterstützt werden sollten. Bei einem Weltforum kann so eine Themenvielfalt funktionieren, da es dort vorrangig um den internationalen Austausch geht. Auf nationaler Ebene, wo Politik konkretisiert werden sollte, wird diese Vielfalt schnell zur Beliebigkeit.

Macht ein Sozialforum auf nationaler Ebene und speziell in Deutschland überhaupt Sinn? Diese Frage wurde bereits im Vorfeld des SfiD diskutiert. So hielt sich der Andrang von UnterstützerInnen des SfiDs aus den sozialen Bewegungen heraus in Grenzen, der Kreis der OrganisatorInnen blieb auf Gewerkschaftsfunktionäre, attaclerInnen, Einzelpersonen aus der PDS und WASG sowie AktivistInnen der Erfurter Erwerbsloseninitiative begrenzt. Massive Kritik gab es auch an dem vom OrganisatorInnenteam vorgelegten Finanzierungskonzept. Gruppen mussten - neben der individuellen Teilnahmegebühr - 100 Euro zahlen, um einen Work-Shop anbieten zu können. Kaum verwunderlich, dass nur wenige strukturell finanzschwache Basisgruppen, z.B. aus dem Antirassismusspektrum den Weg nach Erfurt fanden.

Auftrieb erhielt das SfiD erst im Zuge der vorgezogenen Bundestagswahlen und dem gesteigerten politischen Interesse an der neuen Linkspartei. Zwar lautet der Grundsatz der Charta des Weltforums von Porto Alegre, dass "weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen ... am Forum teilnehmen [können]", das "Gespenst der Linkspartei" ging aber mehr als einmal umher. "Guten Morgen, Gespenst! Annäherung an das jähe Erscheinen eines Parteiprojekts" lautet denn auch eine von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung angebotene Veranstaltung, die mit über 300 Leuten regen Zulauf hatte. Auch wenn Moderator Rainer Rilling vorher festhielt, dass es sich hier nicht um Reklame handle, hatten die WahlkämpferInnen der Linkspartei Christine Buchholz und Ralf Krämer reichlich Raum, um auf dem Podium ihren Schritt raus "aus dem Schrebergarten linker Politik" zu erläutern. Einige kritische Nachfragen: Was kann Parlamentarismus erreichen? Basiert das Konzept auf alten Sozialstaatsvorstellungen? Wie ist das Verhältnis zu sozialen Bewegungen? gab es und auch Oskar Lafontaine bekam sein Fett weg. Insgesamt dominierte jedoch eine positive Bezugnahme auf die jähe Erscheinung Linkspartei. Zumindest kam bei der Debatte um die Linkspartei ein wenig Bewegung in die sonst eher maue "Bewegung der Bewegungen".

"Die entscheidende Frage ist, ob Erfurt den Sozialforumsprozess und die demokratische Bewegung für einen Politikwechsel in der Bundesrepublik voranbringt", so formulierte Mitorganisatorin Judith Dellheim in der letzten ak die Messlatte für das Gelingen des SfiD. Dass der Schritt voran allenfalls ein ganz kleiner war, dämmerte auch den stärksten VerfechterInnen des SfiD-Konzeptes. "Das Sozialforum ist eine Erfolgsstory", beharrt Angela Klein gegenüber dem Neuen Deutschland, der Prozess befinde sich allerdings noch in den Kinderschuhen, da die "meisten politisch, gewerkschaftlich oder sozial aktiven Menschen" - so Klein - noch gar nichts davon wüssten. Auf der Versammlung der sozialen Bewegung machte sie sich bereits für ein nächstes nationales Sozialforum stark, das in zwei Jahren stattfinden soll. Ob der Termin allerdings sinnvoll ist, ist mehr als fraglich, werden doch 2007 ein Großteil der Ressourcen der Linken für die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm notwendig sein. Die Mobilisierung dafür läuft bereits vielversprechend an. Zu hoffen bleibt, dass es dann besser klappt mit der Vernetzung ...

Nicole Vrenegor

# 16. Widersprüche des Widerstands. Diskussionsband von und für antirassitische Bewegungen in Deutschland

*Diskussionsband von und für antirassistische Bewegungen in Deutschland*

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:19

In der Neusser Vergaserfabrik Pierburg legen am 7. Juni 1973 migrantische Frauen spontan ihre Arbeit nieder und protestieren damit gegen die miserablen Arbeitsbedingungen im Werk. ***Im Juli 1994 rebellieren Abschiebehäftlinge im Kasseler Untersuchungsgefängnis Elwe gegen die unerträglichen Haftbedingungen. Sie bringen große Teile des Knastes unter ihre Kontrolle und fordern, in ein angrenzendes Land reisen zu können. ***Im Brandenburgischen Elsterwerda wehrt sich der Flüchtling Tarolin Ngoma gegen eine Kassiererin, die seinen Gutschein für Winterbekleidung nicht einlösen will, mit dem Hinweis, eine Jacke gehöre nicht zur Winterbekleidung. All diesen widerständischen Aktionen ist - bei aller Unterschiedlichkeit - gemein, dass der antirassistische Protest kriminalisiert und in der deutschen Öffentlichkeit kaum thematisiert wird.

Eine Vielzahl dieser Kämpfe dokumentiert nun das bei Assoziation A erschienene Buch "Widerstandsbewegungen. Antirassismus zwischen Alltag und Aktion" des HerausgeberInnenkollektivs interface. Der facettenreiche Sammelband gibt einen guten Überblick über antirassistische Interventionen in Deutschland vorrangig ab 1989/90. Positiv hervorzuheben sind die vielen Interviews, in denen die AktivistInnen selbst zu Wort kommen - unter ihnen viele MigrantInnen. Unter dem Stichwort "Wir sind unter euch" werden Kampagnen, Einzel-Initiativen und Gruppen vorgestellt, die im Themenfeld Arbeit, Prekarisierung und Kampf für gleiche Rechte agieren. Im Kapitel "Break the law" werden u.a. Aktionen gegen die Residenzpflicht, Flüchtlingslager, Abschiebung und das EU-Grenzregime dokumentiert. In "Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme" finden sich Beiträge zum Komplex Medien, Kulturproduktion und Repräsentation. Der letzte Teil "How is your liberation bound up with mine" stellt die Frage nach Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes.

Neben der Sichtbarmachung von Widerstandsbewegungen geht es dem HerausgeberInnenkollektiv interface darum, die Erfahrungen einer antirassistischen Praxis im Sinne einer linken Geschichtsschreibung für zukünftige Kämpfe nutzbar zu machen: Welche Verbindungen gibt es zwischen den verschiedenen Interventionsformen? Wie wirken sich die sozialen Hintergründe von deutschen und migrantischen AktivistInnen auf eine gemeinsame Praxis aus? Was sind mögliche (identitäre) Fallstricke im Kampf gegen Rassismus? Eine Stärke des Buchs ist es, dass diese Bewegungs- und Organisierungsfragen äußerst (selbst-)kritisch diskutiert und Konfliktlinien als solche auch dargestellt werden.

Dies gilt vor allem für das Streitgespräch zwischen VertreterInnen von Kanak Attak (KA) und der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen (S. 362ff.) und die Abschlussdiskussion (S. 377ff.). Im Kern geht es um die Frage der Selbstbestimmung und Repräsentation, d.h. wer spricht eigentlich für wen und worauf zielt die jeweilige antirassistische Intervention? Kanak Attak macht sich für die "Autonomie der Migration" stark, ein Konzept, das verbunden ist mit der Forderung nach einem Recht auf Legalisierung unabhängig vom jeweiligen Migrationshintergrund. Demgegenüber verweisen die Karawane-AktivistInnen auf die Notwendigkeit, die jeweiligen Fluchtursachen und die realen Unterschiede zwischen der Lebensrealität z.B. von Papierlosen, MigrantInnen der 2. Generation und AsylbewerberInnen in der antirassistischen Arbeit zu reflektieren. Diese Bezugnahme sei auch deshalb unerlässlich, damit die Zerstörung der jeweiligen Herkunftsländer durch westliche Staaten und neokoloniale Strukturen analytisch nicht aus dem Blick gerate. Dies führe aber - so die Kritik von KA - zu einer Festschreibung der Kategorie "Flüchtling" und letztendlich zu einer "Hierarchisierung des Leids".

Die Vehemenz mit der sich an diesem Punkt gestritten wird, ist für Außenstehende nur schwer nachvollziehbar. Kann ein Kampf um gleiche Rechte nicht aus unterschiedlichen Sprechpositionen, die als solche benannt, aber nicht hierarchisiert werden, geführt werden? Die Betonung der Gemeinsamkeiten von MigrantInnen ist sicherlich sinnvoll, um die durch die deutsche Ausländerpolitik vorgenommene Hierarchisierung in "gute" und "böse ‚Ausländer'" zu unterwandern. Sie stößt aber dort an ihre Grenze, wo unterschiedliche Ausgangspositionen in der gemeinsamen antirassistischen Praxis Ausschlüsse produzieren.

Die Forderung, dass die jeweiligen gesellschaftlichen Positionen, aus denen heraus AktivistInnen agieren, transparent gemacht werden, gilt noch mehr für die Zusammenarbeit zwischen migrantischen Organisationen und (deutschen) Antira-Gruppen. "Es gibt für uns keine verallgemeinerbaren, strukturellen Positionen (‚FlüchtlingMigrantInPassdeutsch'), nur konkrete thematische Auseinandersetzung in einer konkreten Bündnisarbeit. Trotzdem müssen wir in jeder Zusammenarbeit die Reproduzierung von Machtverhältnissen zu verhindern versuchen", fasst ein/e AktivistIn der Antirassitischen Initiative (ARI) das Spannungsfeld antirassitischer Politik zusammen. Es steht beispielsweise "eine Diskussion über die Frage der Klasse ... in diesen Zusammenhängen und in unserer Zusammenarbeit noch aus", merkt Maria vom Antirassismus-Plenum Göttingen in der Abschlussdebatte an. Eine Runde, in der bezeichnenderweise die VertreterInnen der MigrantInnenorganisationen Women in Exile und The Voice Refugee Forum kurzfristig ihre Teilnahme absagen mussten.

Der Sammelband liefert äußerst wertvolles Material für die weiterführende Diskussion in der linksradikalen, antirassistischen Bewegung. "Widerstandsbewegungen" ist nicht nur ein besonders schönes Buch - Kompliment an Verlag und Layout - sondern auch ein besonders notwendiges.

Nicole Vrenegor

Interface (Hg.): Widerstandsbewegungen. Antirassismus zwischen Alltag und Aktion. Assoziation A, Berlin/Hamburg Juni 2005. 407 Seiten, 18 EUR

# 17. Entdeckungsreisen ins Innere eines Kontinents. ArbeiterInnenklasse, "revolutionäres Subjekt" und Operaismus

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: Arbeiterbewegung; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:14

Klassenzusammensetzung - revolutionäre Initiative - Massenarbeiter: Mit dieser heilig-unheiligen Trias ist der Operaismus von Beginn an behaftet. Sie beinhaltet seine Stärken wie seine Verkürzungen gleichermaßen.

Was später Operaismus genannt wurde, entstand im historischen Kontext einer "Krise des Marxismus", die in den 1950er und frühen 1960er Jahren in mehrfacher Hinsicht manifest wurde: zum einen als Krise der offiziellen kommunistischen Politik wie der institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung insgesamt, die alles andere als auf der Höhe der Zeit war, wenn es um die Kenntnis des heute so genannten fordistischen Entwicklungstyps des Kapitalismus ging. Zum zweiten aber auch als Krise der "Arbeiterklasse" - jedenfalls jener politischen und sozialen Klassenformation, als deren Vermittlungsinstanz Parteien und Gewerkschaften auftraten. Kurz: Der "Marxismus" schien die Klasse nicht mehr zu kennen. Die gewaltigen, durch Modernisierungsschübe vorangetriebenen Neuzusammensetzungsprozesse und spürbare Veränderungen in Gestalt einer neuen ArbeiterInnengeneration hinterließen ein regelrechtes Brachland - unerreicht und zunächst auch unerreichbar für die traditionelle ArbeiterInnenpolitik.

Dieses Phänomen war nicht auf Italien beschränkt, nahm dort aber am deutlichsten Gestalt an. Exemplarisch wie symptomatisch hierfür waren die Revolten, Aktionen und Kämpfe Anfang der 1960er Jahre. Der FIAT-Streik 1962 in Turin, eine regelrechte Aufstandsbewegung von 70.000 ArbeiterInnen, manifestierte den Beginn einer Phase neuer Bewegungen und Kämpfe: "Die Wahrheit ist, dass alle Beobachter einen neuen Arbeitertyp vor sich haben, der nicht mehr die Merkmale des alten Facharbeiters trägt, sondern die des neuen Fließbandarbeiters: sehr jung, dequalifiziert, erst vor kurzem zugewandert, in der Mitte zwischen Subproletariat und Einwanderer; eher ein Zugewanderter, der subproletarischer Arbeiter geworden ist." (1)

Diese eher soziologischen Zuschreibungen werden später der operaistischen Tradition an- wie nachhängen: Die Radikalität der operaistischen Kritik und Praxis verbinde sich sozial wie historisch einzig mit der Figur des "Massenarbeiters", den aus dem Mezzogiorno zugewanderten un- und angelernten ArbeiterInnen, im Gegensatz zur Facharbeit und das auf sie gestützte Institutionensystem der offiziellen Arbeiterbewegung. In der Tat bietet die operaistische Tradition durchaus Anlässe und Hinweise für eine solche Einordnung. Doch letztlich werden damit nur jene Kopfbewegungen nachvollzogen, worin sich radikale TheoretikerInnen immer wieder neue "Zentralfiguren" und "Subjekte" ausdenken.

Bedeutender dagegen ist die Antwort einer Gruppe von MarxistInnen auf die spezifische Krise des eigenen politisch-theoretischen Zusammenhangs. Wie anderswo auch beginnt der Weg aus dieser Krise zunächst mit einem Zurück - zurück zu Marx. Erstmals seit langem werden insbesondere die Texte zur Kritik der Politischen Ökonomie einer neuen Lektüre unterzogen. Die erstmalige Veröffentlichung der "Grundrisse" Anfang der 1950er Jahre hat hier mindestens ähnliche Folgen, wie sie seinerzeit in den 1920er Jahren die Erstveröffentlichung der so genannten marxschen Frühschriften hatte.

Das Subjekt in der Profitrate

In den Fokus gerät nunmehr der Produktionsprozess selbst, zuerst in der Abrechnung mit der flachen Version eines Produktivkraftbegriffs, der "Produktivkraft" einzig der Technik und der Arbeitsorganisation zuschreibt. Genau darin - an der technologischen und organisatorischen Gestaltung des Produktionsprozesses - macht hingegen die Kritik die Dominanz des kapitalistischen Produktionsverhältnisses fest. Heute erscheint das als Binsenweisheit, doch damals waren Aufsätze wie z.B. Panzieris "Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus" eine Provokation.

In den zu Recht legendär gewordenen Texten der Quaderni Rossi und Classe Operaia vollzieht sich eine doppelte Bewegung: zum einen die nachhaltige und tief greifende Neuformulierung des Verhältnisses von Klasse, Kampf und Kapital und zum anderen die - zunächst als empirisches Studium angelegte - Untersuchung der konkreten Kampffelder. Daraus erst, aus einem wie auch immer entstandenen,

fortentwickelten oder stockenden Lernprozess entsteht eine neue Praxis der Theorie als Teil der eingreifenden, "militanten" Untersuchung, und zwar als Element von Selbstorganisierung.

Das Verhältnis von Klasse, Kampf und Kapital wird auf tatsächlich radikale Weise neuformuliert. Umfänglich und wohl am ehesten systematisch hat dies Mario Tronti entwickelt. (2) Während der traditionelle marxistische Diskurs immer auf ein Verhältnis abhob, worin die Klassen aus dem Kapitalverhältnis und der Klassenkampf aus den Klassen hervorgehen, dreht Tronti dies regelrecht um: Das Klassenverhältnis ist dem Kapitalverhältnis - historisch wie systematisch - vorausgesetzt und damit auch die Arbeiterklasse dem Kapital. Und es ist wesentlich die Arbeiterklasse, die auf Grund ihres Doppelcharakters die Kapitalbewegung bestimmt; ein Doppelcharakter, der darin besteht, dass sie immer zugleich "Nichtkapital" und "Kapital" ist. Außerhalb des Kapitals existieren die ArbeiterInnen zwar als Klasse, aber als Einzelne, während sie als gesellschaftliche Klasse nur im Inneren des Kapitals, als angewandte Arbeitskraft, fungieren.

Klassenkampf gegen sich selbst

Indem Tronti hier ein zentrales Thema des "Kapital" nicht nur berührt, sondern darin tief eindringt, ist auch die Kritik der Politischen Ökonomie völlig neu bestimmt: Sie bekommt ein "Subjekt", und es ist eben diese Entdeckung, die das radikal Neue ausmacht. Mehrwert- und Profitraten sind jetzt nicht bloß Indikatoren von Ausbeutungsverhältnissen, sondern Ergebnisse eines Kräfte- weil Kampfverhältnisses. Einsatz und Weigerung, Resistenz oder Passivität der Arbeitskraft sind bewegende Momente des Kapitalverhältnisses - und dies fortschreibend, wird man auch viele so genannte Kapitalstrategien (bis hin zu den zeitgenössischen Managementmodellen) als Reaktionen auf jenes Kräftefeld interpretieren können, das die produktiven Kooperationsbeziehungen der Arbeitenden herstellen.

Es ging aber nicht bloß um eine erweiterte Version von Kapitalismusanalyse, sondern um den Einsatz von Theorie in revolutionärer Perspektive. Darin nun leitet sich der "Kampf gegen die Arbeit" ganz anders her als bloß im kulturellen Muster von Arbeits- und Pflichtenethik einerseits und hedonistischer Lebensfröhlichkeit andererseits: Auf Grund ihres Doppelcharakters muss die "Klasse" letztlich den Kampf gegen das Kapital als Kampf gegen sich selbst - als "Klasse" - führen. So jedenfalls lautet die These. Natürlich waren zuallererst die "Massenarbeiter" der taylorisierten Fabrik dazu berufen, "mit der Arbeit Schluss zu machen", weil sie - weit entfernt von jeder Identifikation mit der Arbeit - den Arbeitsprozess nur als alltäglichen Terror von Maschinen gegen Menschen erleben konnten. Sicherlich werden bestimmte Gruppen jeweils zum "Paradigma" der allgemeinen Frontstellung zur Arbeit - doch reduziert sich die Trägerschaft jenes revolutionären Projektes nicht allein auf sie.

Für die OperaistInnen kann und muss die revolutionäre Strategie nur aus dem "Innern der Klasse" entwickelt werden. Es gibt sozusagen eine latente Strategie des Kampfes gegen die Arbeit und damit der Klasse gegen sich selbst. Um diese Strategie manifest zu machen, bedarf es allerdings anderer Praktiken und eines anderen Verständnisses von revolutionärer Praxis, als es die bisherige ArbeiterInnenbewegung kannte.

Dies wirft u.a. auch die Frage der Organisation neu auf, und die Antworten darauf machen aus dem Operaismus jenes schillernde Phänomen, das sich schon im Vorfeld der Explosionen von 1968/1969 teilweise in der "alten Partei" (der KPI) und den Gewerkschaften wieder findet. Aus der Sicht einer Bewegungsgeschichte handelt es sich hierbei um die historische Spaltung zwischen "Bewegungsoperaismus" einerseits und "Staatsoperaismus" andererseits. Etwas genauer betrachtet haben aber die frühen operaistischen Analysen das Problem schon auf einen ganz anderen, äußerst beweglichen Punkt gebracht: "Arbeitergebrauch" wird die zeitweilige (oder systematische?) Beanspruchung der offiziellen Instanzen der Arbeiterbewegung durch die ArbeiterInnen genannt. Hier entgleiten die Begriffe dem Leben und das Leben dem Begriff: Wer gebraucht wen, oder wer lässt sich von wem gebrauchen - oder stellt sich gar zum "Gebrauch" durch die ArbeiterInnen zur Verfügung?

Die Revolution und ihr Gebrauch

An jenen Nahtstellen, an denen die innere Vermittlung des Kapitalverhältnisses zugleich Vermittlung in der Politik, im Staat, in den Institutionen ist (ganz zu schweigen von den lebensweltlichen Bezügen, den Formen historischer Individualität), genau dort fächert sich der Operaismus in alle Himmelsrichtungen des linken Universums auf. Es ist gerade die enorme Stärke der Fabrikkämpfe nach 1968/1969, die diesen Missstand verstärkt. In einer gänzlich anderen Perspektive als die der OperaistInnen resümierte Rossana Rossana dies

noch Mitte der 1970er Jahre als Begrenztheit auf die Fabrikmacht: "Die Grenze für die Arbeiter ist darin zu sehen, dass sie bisher nicht im Stande waren, dieses Kampfmodell (Selbstorganisierung, kritische Wiederentdeckung ihrer Institutionen, Kontrolle der Delegierten, Zwischenziele und Alternativen im Betrieb) in eine Strategie außerhalb des Betriebes umzusetzen - und mit diesem ‚außerhalb` meinen wir nicht nur den Stadtteil, sondern die ganze Gesellschaft." (3) Dann, so Rossanda, bliebe es bei der Tatsache, dass die "Klasse" "die ‚politische Verallgemeinerung` ihres Kampfes an die KPI delegiert."

Letztlich waren die Leitideologen wie die IdeologiekritikerInnen, die Manipulateure wie die Revoltierenden und erst recht die ParteikritikerInnen alle Teil der "kommunistischen Familie", und es gehört zu den erstaunlichsten Aspekten des Operaismus, dass er auf vielfältige Weise sogar Einzug genommen hat in die institutionelle Welt der "großen" historischen Partei. Auf der anderen Seite gibt es die Bewegungsgeschichte und darin auch die Geschichte jenes Operaismus, auf den man sich heute lieber beziehen mag. Aber war er wirklich so weit entfernt von der (kommunistischen) Parteiwelt? Es könnte ja durchaus sein, dass zwar niemand besser den Doppelcharakter der Arbeiterklasse im und außerhalb des Kapitals erfasst hat als der Operaismus, doch dass letzterer möglicherweise selbst an diesem Doppelcharakter scheiterte. Selten jedenfalls ist ein untersuchender und zugleich reflektierender Ansatz derart präzise dem alltäglichen wie systematischen Klassenleben als objektivem Kampfverhältnis von Subjekten auf die Spur gekommen - und damit gleichzeitig an die Grenzen der "revolutionären Initiative".

Es bleibt die Entdeckung des "Subjekts der Kritik der politischen Ökonomie" (K.H. Roth). Es bleibt die Erfahrung eines fundamental anderen Verständnisses von Kampf, Organisation und Bewegung. Es bleiben aber auch weiße Flecken: So sehr der Operaismus das Innere von Kapital und Klasse als neuen Kontinent entdeckt hat, so wenig hat er bestimmen können, woher die "revolutionäre Initiative" kommt, woher die Ziele, die Alternativen, woher also die bestimmte Negation der herrschenden Verhältnisse.

Martin Dieckmann

Anmerkungen:

1) Renzo del Carria, zit. nach: Wildcat (Hg.): TheKla 9, 1987, S. 9

2) Mario Tronti: Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse, in: Wildcat (Hg.): TheKla 9, 1987

3) Rossana Rossanda: Einheit und Alternative, in: dies., Lucio Magri u.a.: Der lange Marsch durch die Krise, Frankfurt am Main 1976, S. 75

# 18. "Wo das Kapital hingeht, geht auch der Konflikt hin." Beverly Silver über ArbeiterInnenmacht, Operaismus und Globalisierung

Autor: Interview: Dirk Hauer, Lars Stubbe · Rubrik: Arbeiterbewegung; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:08

Wo andere die ArbeiterInnenklasse im Postfordismus für erledigt erklären, hält die US-amerikanische Soziologin Beverly Silver an der Zentralität von Arbeit auch und gerade im Globalisierungsprozess fest - so etwa in ihrem auch auf deutsch erschienen Buch "Forces of Labor". (vgl. ak 496) Am Rande einer Veranstaltung in Berlin haben Dirk Hauer und Lars Stubbe mit ihr gesprochen.

ak: Beverly, du betonst die Perspektive von den ArbeiterInnenkämpfen als Triebfeder und Motor der kapitalistischen Entwicklung. Diese Sichtweise ähnelt stark der Denktradition des Operaismus. Ist das eine bewusste Bezugnahme oder eher zufällig?

Beverly Silver: Die Perspektive, dass die ArbeiterInnenkämpfe den Kapitalismus kontinuierlich transformieren, stammt zunächst einmal aus den US-amerikanischen Erfahrungen. Die großen Automobilstreiks in den 1930er Jahren in Detroit prägten die Idee von der strategischen Machtposition der ArbeiterInnenklasse in der Produktion, die wiederum maßgeblich für die Geschichtsschreibung der amerikanischen ArbeiterInnenbewegungen war. Ein wesentlicher Einfluss für mich waren beispielsweise die Arbeiten von Piven und Cloward (1). Das ist vor allem der Gedanke, dass wesentliche Veränderungen und Entwicklungen des Kapitalismus das Resultat von periodisch zugespitzten Unruhen und Kämpfen sind, die weniger mit gewerkschaftlicher und politischer Agitation und Propaganda zu tun haben als vielmehr mit den strukturellen Bedingungen, die bestimmte Bewegungen entstehen lassen. Auf der anderen Seite versucht das Kapital kontinuierlich, diese ArbeiterInnenunruhe (2) und Macht einzudämmen und zu kontrollieren - durch Repression, durch Kooptierung und durch permanente Umstrukturierung.

Zum anderen ist "Forces of Labor" sehr stark durch meine Zusammenarbeit mit Giovanni Arrighi (3) geprägt. Arrighi und andere waren an der Gruppo Gramsci beteiligt, die von Beginn an durch eine sehr viel stärkere "Drittweltorientierung" und globale Perspektive als der klassische Operaismus gekennzeichnet war. Zum zweiten hat die Gruppo Gramsci viel Wert auf die konkrete Analyse empirischer Verhältnisse gelegt. Sie orientierte sich damit mehr an Sergio Bologna und Romano Alquati als an Mario Tronti oder Toni Negri. In dieser Tradition argumentiert "Forces of Labor" z.B. sehr viel differenzierter als jene OperaistInnen, die von einem stetigen Anwachsen der ArbeiterInnenmacht ausgehen. Auf der einen Seite gibt es in der Tat diese langfristige Tendenz. Auf der anderen Seite gibt es aber auch die verschiedenen Versuche des Kapitals, ArbeiterInnenunruhe in den Griff zu kriegen und zu unterminieren. Die langfristige Entwicklung der ArbeiterInnenmacht ist also ein sehr viel ungleichgewichtiger und ungleicher Prozess, als ihn manche OperaistInnen sehen.

Und es gibt einen dritten Unterschied, nämlich die Frage, ob ArbeiterInnenkämpfe immer "gut" sind. Die Frage stellt sich im Zusammenhang mit Ein- und Ausgrenzungen ("Boundary drawing") und beinhaltet eine Kritik an These von Marx und Engels von der Tendenz zur Homogenisierung der ArbeiterInnenklasse und der impliziten Vereinheitlichung des ArbeiterInnenkampfes. So verständlich Ab- und Ausgrenzungsmechanismen in Verteidigungskämpfen auch sein mögen - in Bezug auf die Frage nach weltweiter sozialer Gerechtigkeit sind sie ein ernstes Problem.

Die Ab- und Ausgrenzungsmechanismen sind also nicht einfach nur Spaltungsversuche von Seiten des Kapitals, sondern auch Prozesse, die innerhalb der Klasse selbst produziert werden?

Es gibt drei Formen der Grenzziehungen. Die eine kommt definitiv von den ArbeiterInnen selbst und ist eine Identitätsbildung um die Kategorien Gender, Staatsangehörigkeit, ethnische Herkunft etc., um bestimmte Privilegien zu verteidigen. Daneben führen die verschiedenen kapitalistischen Krisenlösungsstrategien natürlich auch dazu, ArbeiterInnen immer wieder in Konkurrenz zu einander zu setzen. In diesem Sinne sind solche abgrenzenden Verteidigungsstrategien im ArbeiterInnenkampf inhärent. Das heißt nicht, dass solche Grenzen immer von den ArbeiterInnen selbst gezogen werden. Natürlich spalten Staat und Kapital auch, etwa

über die kontinuierliche Segmentierung von Arbeitsmärkten oder die Zuteilung von Staatsbürgerschaftsrechten.

Und das heißt auch nicht, dass ArbeiterInnen solche Grenzen nicht auch immer wieder einreißen würden. Mit aller Vorsicht kann man vielleicht folgende These aufstellen: Während etablierte Teile der ArbeiterInnenklasse dazu neigen, ihre erkämpften Errungenschaften durch Aus- und Abgrenzungen zu verteidigen, neigen neu proletarisierte Schichten dazu, diese Grenzen in Frage zustellen und einzureißen. Die Kämpfe von migrantischen ArbeiterInnen in China oder in den USA sind dafür gute Beispiele.

Du beschreibst, wie die TextilarbeiterInnen trotz erheblicher Militanz nicht so erfolgreich haben kämpfen können wie etwa die AutomobilarbeiterInnen, weil ihnen die strukturelle Macht am Arbeitsplatz gefehlt hat. Gibt es für dich eine Art Bedeutungshierarchie zwischen den unterschiedlichen Typen von ArbeiterInnenmacht?

Bei dem Vergleich zwischen der Textil- und der Automobilindustrie argumentiere ich ja so, dass der Erfolg von ArbeiterInnenkämpfen stark davon abhängt, in welcher Phase des Produktzyklus die Kämpfe stattfinden. Zu Beginn eines Produktzyklus ist die jeweilige Branche mit dermaßen vielen Extraprofiten verbunden, dass es durchaus Spielräume für längerfristige Zugeständnisse an ArbeiterInnenkämpfe gibt. In dieser Beziehung haben sich die Kämpfe der TextilarbeiterInnen und die in der Automobilindustrie nicht so sehr unterschieden, nur dass die Startphase des Textilzyklus in der Mitte des 19. Jahrhunderts lag und im 20. Jahrhundert längst vorbei war.

Allerdings beruhte die Stärke der TextilarbeiterInnen auf einer anderen Grundlage. Die Automobilindustrie ist in hohem Maße zentralisiert und vertikal integriert. Ein Streik an einem einzigen Band oder in einer einzigen Werkhalle kann die gesamte Produktion stilllegen. Eine solche Form struktureller Produktionsmacht existiert in der Textilindustrie nicht, da diese sehr viel dezentraler organisiert ist mit vielen kleinen separaten Unternehmen. In einer solchen Situation hängen die Erfolge von Kämpfen nicht von der Schlüsselstellung im Produktionsprozess ab, sondern von anderen Formen der Macht. Mein Argument ist also, dass für die TextilarbeiterInnen der Aspekt der Organisationsmacht sehr viel bedeutender war.

Bekommt also in den heutigen dezentralisierten Produktionsstrukturen die Organisationsmacht eine stärkere Bedeutung?

Es gibt heute viele Branchen und Sektoren, deren dezentrale und horizontale Produktionsstrukturen denen der alten Textilindustrie durchaus ähnlich sind. Das würde bedeuten, dass in Zukunft neben der strukturellen Produktionsmacht verstärkt Formen der Organisationsmacht an Bedeutung für die ArbeiterInnenkämpfe gewinnen werden. Doch wir sollten nicht die strukturelle Produktionsmacht unterschätzen, die ArbeiterInnen - auch in den Dienstleistungssektoren - immer noch haben.

Gibt es in deinen Augen heute "privilegierte Orte" des Klassenkampfes?

Natürlich gibt es "privilegierte Orte" in dem Sinne, dass bestimmte Teile der ArbeiterInnenklasse noch immer über eine enorme strukturelle Produktionsmacht verfügen. Und ein Teil meiner Argumentation geht in die Richtung, dass im Zuge von Produktionsverlagerungen, beschleunigter Industrialisierung und Proletarisierung die strukturelle Produktionsmacht mitwandert. So gehe ich davon aus, dass der zukünftigen Entwicklung in China eine Schlüsselbedeutung zukommen wird. In den großen Fabriken und der Fließbandproduktion entsteht dort ein Proletariat mit einer enormen strukturellen Produktionsmacht.

In Bezug auf die Metropolen sollten wir nach den neuen Entwicklungen von Klassenformierung fragen: Welche neuen Formen von ArbeiterInnenmacht entstehen? Welche neuen Kämpfe entstehen? Welche neuen Kampfstrategien entwickeln sich? Wenn man sich z.B. die USA anschaut, dann fallen die außerordentlich erfolgreichen Kämpfe der Janitors (Reinigungskräfte, Anm. ak) in den innerstädtischen Bürokomplexen auf. Die Janitors haben sicher keine strukturelle Produktionsmacht, die sich aus der technologischen Struktur einer zentralisierten Fließbandproduktion ergibt. Ihre Macht hängt vor allem damit zusammen, dass die großen Gebäude ortsgebunden sind. Natürlich könnte das Kapital sich wegbewegen, aber die enormen Investitionen in Kommunikations- und Informationstechnologie, die in diesen Gebäuden stecken, wären verloren. Es gibt also eine strukturelle Produktionsmacht der Janitors, die sich aus der faktischen Unbeweglichkeit der Bürokomplexe ergibt: Sie können nicht über Nacht zum Reinigen ins Ausland geschickt werden. Diese strukturelle Macht sollte nicht übersehen werden.

Auf der anderen Seite ist die Arbeit der Janitors natürlich hochgradig dezentralisiert: eine Vielzahl von Sub-Unternehmen, multiple und dezentrale Arbeitsplätze usw. Der Erfolg der "Justice for Janitors"-Kampagne beruht deshalb vor allem auf der Organisationsmacht in Form von Community-Organisierung und der organisatorischen und finanziellen Unterstützung durch zentrale Gewerkschaften. Ich meine damit nicht so sehr die Stärke der Gewerkschaft an sich, sondern eher die Bereitschaft, Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Es gibt sicherlich erhebliche Probleme mit und Kritik an der Kampagne mit ihrem undemokratischen Top-down-Charakter, aber sie hat gezeigt, dass man auch in prekarisierten Arbeitsverhältnissen etwas machen kann.

Gestern hast du von einem "Making und Re-Making" der ArbeiterInnenklasse gesprochen. War das ein bewusster Hinweis auf E.P. Thompson? (4)

Das Verständnis von Klassenformierung als sozialem Prozess ist sicherlich eine wichtige Parallele zu Thompson, genauso wie die starke Betonung der sozialhistorischen Betrachtung von Basisbewegungen. In "Forces of Labor" findet sich auch die Idee wieder, dass Klassenbewusstsein erst in Kämpfen entsteht und keineswegs eine Vorbedingung für Kämpfe ist. Ich problematisiere die Vorstellung einer linearen Entwicklung von der Proletarisierung zum Klassenbewusstsein zum Klassenkampf ...

... das mechanistische Verständnis eines traditionellen Marxismus von "Arbeiterklasse" als soziologische Kategorie ...

Ganz genau.

Hältst du es in einem solchen Prozess permanenter Neuzusammensetzung auch für möglich, dass "Klasse" bis hin zur Atomisierung zersetzt wird, also als sozialer Akteur keine Rolle mehr spielt?

Ich möchte mit einer historischen Analogie antworten. In den 1920er Jahren war alle Welt davon ausgegangen, dass der entstehende Fordismus die ArbeiterInnenklasse zersetzen und atomisieren würde. Faktisch hat sich der Fordismus jedoch als eine Dynamik erwiesen, die die ArbeiterInnenmacht enorm gestärkt hat. Ähnliches gilt für den "Postfordismus". Jeder und jede beschwört heute das Ende der ArbeiterInnenmacht. Ich denke, wir befinden uns zur Zeit in einem Prozess, in dem die ArbeiterInnenbewegungen nach neuen Formen ihrer Macht suchen, aber es gibt keinen Grund anzunehmen, dass das nicht passiert; und dann gibt es auch keinen Grund, warum der "Postfordismus" nicht einen ähnlichen Effekt auf die ArbeiterInnenmacht haben sollte wie der Fordismus.

Anmerkungen:

1) Frances F. Piven/Richard A. Cloward: Aufstand der Armen, Frankfurt/M (Suhrkamp Verlag) 1986.

2) Der Begriff der "Labor unrest" meint hier eher eine allgemeine Widerständigkeit als offene Rebellionen und "Unruhen".

3) neben Immanuel Wallerstein einer der prominentesten Vertreter des so genannten Weltsystemansatzes; war auf dem Höhepunkt der FIAT-Kämpfe im "heißen Herbst" 1969 aus Afrika nach Italien zurückgekehrt.

4) "The Making of the English Working Class" ist das Hauptwerk dieses britischen marxistischen Sozialhistorikers.

# 19. Hinter der glatten Oberfläche. "Militante Untersuchung", Organisierung und Gewerkschaftsarbeit

Autor: Peter Birke · Rubrik: Arbeiterbewegung; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:13

"AKmU - Arbeitskreis militante Untersuchung" hieß Anfang der 1980er Jahre eine Initiative der Karlsruher Stadtzeitung. Was damals in der bundesdeutschen Linken nur wenig Anklang fand, erlebt heute eine ungeahnte Konjunktur. "Alltagsforschung" als Versuch, die (eigene?) prekäre Lebenssituation in den Blick zu nehmen, ist (wieder) ein interessanter Ausgangspunkt geworden.

Ein Rückblick auf die historische "militante Untersuchung" zeigt, was in aktuellen eingreifenden Befragungen - wie die der "Untersuchungsgruppe Rhein-Main" in Frankfurt oder im "Kleinen Postfordistischen Drama" Berliner Künstlerinnen - bisher nur skizziert wird: Sie war Anfechtung der herrschenden Teilung zwischen Analyse und Praxis und zugleich Projekt einer kollektiven Organisierung. Möglichkeiten wie Grenzen dieser Strategie können anhand der FIAT-Untersuchung der Quaderni Rossi (1960-62) einerseits und der bundesdeutschen "Ford-Aktion" (1960-64) andererseits diskutiert werden.

Der Mythos Fabrik wird geknackt

Es ist heute einfach, sich ein Bild von der Vergänglichkeit der "Fabrikgesellschaft" zu machen, sie zeigt sich in entmieteten Fußgängerzonen und hoffnungslos veralteten Industriegebieten genauso wie in zerfallenden Innenstädten. 1960 jedoch gehörte der Fabrik nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft. Was immer von einer anderen Gesellschaft zu erwarten war, konnte kaum gedacht werden, ohne dass Massenproduktion und Massenkonsum eine zentrale Stellung behielten. In Italien waren die FIAT-Werke in Turin Sinnbild für die Wunder, die von der "Moderne" erwartet wurden. Sie waren im "Wirtschaftswunder" der Nachkriegszeit in Norditalien schnell expandiert und hatten die materiellen Bedürfnisse "ihrer" Beschäftigten er- und übererfüllt.

Zugleich waren im Inneren der FIAT die letzten Reste autonomer ArbeiterInnenorganisierung beseitigt worden. Die umfassende Automatisierung der Produktion und die Verdrängung der Facharbeiter durch "neue" Bandarbeiter, denen vergleichsweise hohe Löhne gezahlt wurden, hatten der kommunistischen Metallarbeitergewerkschaft FIOM das Rückgrat gebrochen. Um 1960 war FIAT ein "streikfreier" Betrieb geworden, und in der öffentlichen Wahrnehmung wurde dies mit der generellen Abwesenheit sozialer Konflikte gleichgesetzt. LinkssozialistInnen wie KommunistInnen sahen im Wesentlichen zwei Ursachen ihrer Niederlage: die "Repression" durch die Firma, d.h. die Beseitigung gewerkschaftlich aktiver Kader und den "Konsumismus" der ArbeiterInnen, die sich nunmehr früher unerschwingliche dauerhafte Güter leisten konnten.

Diese Erklärungsmuster waren Ausdruck einer tiefen Krise der italienischen Linksparteien, die die leninsche Erwartung geteilt hatten, dass die Fabrikdisziplin der "Arbeiterklasse" den notwendigen Schneid beibringe, der im Krieg gegen die Bourgeoisie benötigt würde. Und ebenso geteilt hatten sie Lenins Bewunderung für die Experimente Frederick Taylors, seine Bewegungsstudien und seine Idee der "Objektivierung" der Kontrolle im Arbeitsprozess. Die innere Rationalität solcher "Instrumente" wurde nicht bezweifelt, als Ziel des Kampfes wurde lediglich ihre "sozialistische Anwendung" ausgegeben. In diesem Begriff der modernen (Sozial-)Techniken hatten "RevolutionärInnen" und "ReformistInnen" einen gemeinsamen Nenner: Für fordistische Arrangements konnten sich skandinavische SozialdemokratInnen ebenso begeistern wie italienische StalinistInnen. Die europäischen Linksparteien, die in den Regierungen der unmittelbaren Nachkriegszeit vertreten waren, hatten auch deshalb nach den Kämpfen gegen Faschismus und deutsche Besatzung der Wiederherstellung der Fabrikdisziplin Priorität eingeräumt. Hinter die "glatte Oberfläche" des "FIAT-Mythos" zu sehen, nach den verborgenen inneren Gegensätzen der Fließarbeit zu fragen, brach somit indirekt auch mit dieser Politik: in theoretischer Hinsicht mit der technikzentrierten Eliminierung dialektischen Denkens, unter praktischen Gesichtspunkten mit den Machtfantasien der Parteileitungen.

Der unmittelbare Anlass der FIAT-Untersuchung wirkt im Nachhinein recht profan. Die Turiner CGIL (1) hatte festgestellt, dass sie kaum neue Mitglieder gewann. Ein Teil der jungen SoziologInnen um die Quaderni Rossi

wurde deshalb beauftragt, die Ursachen am Beispiel FIAT zu studieren. Sich an Methoden der US-amerikanischen Industriesoziologie orientierend, erarbeitete die Gruppe ein Umfrageschema zur Arbeitssituation. Die Umfrage war als Mit-Untersuchung ("conricerca") angelegt. Sie sollte die Befragten möglichst selbsttätig einbinden, weil zugleich beabsichtigt war, Potenziale für eine von den Interessen der Firmenleitung unabhängige Organisierung zu erkunden. Zwar blieb das, was als "unabhängig" zu verstehen war, zunächst sehr vage, aber sowohl in ihrer Form wie in ihrem Zweck tendierte die Untersuchung zu einer Aufhebung der Trennung von Forschenden und "Beforschten".

Die Ergebnisse der Umfrage waren überraschend. ArbeiterInnen wie Angestellte erlebten die inneren Strukturen des Werkes als "absurd". Vorherrschend war der Eindruck, die Arbeit werde von einer unsichtbaren und zugleich extrem ineffektiven Bürokratie gelenkt, mit Vorgesetzten und Meistern, die nach willkürlichen Prinzipien Lohnzuschläge und Aufstiegsmöglichkeiten verteilten und dafür Sorge zu tragen hatten, "informelle" Widerstände gegen die Fließarbeit zu brechen oder produktiv einzubinden. Diese Aussagen waren ein erster sichtbarer Riss in der Fassade der fordistischen Fabrik. Die Untersuchung bei FIAT (und später die bei Olivetti) legte die krassen Unterschiede offen, die zwischen dem Blick von "außen" auf die Symbole der Moderne und den Erfahrungen in ihrem "Inneren" bestanden. Dabei konstatierten die AkademikerInnen damals zu Recht, dass es keinen Automatismus im Übergang von der "passiven Revolution" der Produktionsverhältnisse zur Revolte gegen das Fließband gab.

Im FIAT-Streik von 1962 und den Auseinandersetzungen an der Piazza Statuto wurde die Unzufriedenheit manifest, die sich in den Antworten auf die Umfrage angekündigt hatten. Seitdem spukt die "militante Untersuchung" durch die linke Weltgeschichte. In theoretischer Hinsicht ist entscheidend, dass sich in den Unersuchungsprojekten eine Dynamik entwickeln konnte, die es ermöglichte, die Produktion von Macht anders zu begreifen, nämlich als asymmetrische Kommunikation. Diese Asymmetrie zog sich sowohl durch die Arbeitsteilung in der Fabrik selbst als auch durch die Kommunikation innerhalb der Untersuchungs- und Organisierungsprojekte. Hinter die "glatte Fassade" der Fabrik zu blicken, hieß somit potenziell auch, das Selbstbild zu hinterfragen, das Wissenschaft und politische Organisationen entwickelt hatten - ein Prozess der Selbstreflexion, der allerdings niemals "sicher" ist.

Wühlarbeit unterm Feldherrnhügel

Fast parallel zu den Arbeiten der Quaderni Rossi übersetzten bundesdeutsche unabhängige Marxisten die Forderung nach einer "Mit-Untersuchung" auf ihre Weise, ihr Ausgangspunkt war dabei dem ihrer italienischen KollegInnen durchaus vergleichbar. Ford in Köln betrieb in den 1950er Jahren eine ähnliche Firmenpolitik wie FIAT in Turin: Fließarbeit, organisierte Neuzusammensetzung (und vor allem Zunahme) der Belegschaft, hohe Löhne. Der Betrieb war nicht tarifgebunden, der gewerkschaftliche Organisationsgrad lag bei fünf (ArbeiterInnen) bzw. drei Prozent (Angestellte). Die Situation bei Ford war zwar extrem, wies aber zugleich verallgemeinerbare Symptome auf: Die "neuen" Arbeitskräfte (Junge, Ungelernte, Frauen) organisierten sich in den 1960ern nicht mehr "automatisch" in den Gewerkschaften, die Zahlung "übertariflicher" Löhne ließ deren Position in den Betrieben zunehmend bröckeln.

In dieser Situation erklärte die IG Metall Ford Köln zu einem "Schwerpunktbetrieb". Aus der Zusammenarbeit mit einigen Soziologen aus dem von der SPD verstoßenen SDS erarbeitete man ein Organizing-Konzept, dessen erster Schritt eine Umfrage unter ausgewählten Beschäftigten war. Die Befragten kritisierten vor allem die die psychische und physische Belastung durch die Bandarbeit, und die Forderung nach einer "Bandpause" wurde im Anschluss wichtigster Punkt einer Kampagne, durch die in wenigen Jahren einige tausend Mitglieder gewonnen wurden. 1963 trat Ford überraschend dem Arbeitgeberverband bei. Die Tarifverträge wurden anerkannt, die Arbeitsbedingungen "normalisiert", und der Organisationsgrad näherte sich langsam den Durchschnittswerten der Metallindustrie an. Damit stellte sich die Frage, was aus den spezifischen "Ford-Forderungen" werden würde. Die IG Metall orientierte sich damals noch eindeutig an einer "Kompensation" der Arbeitsbelastungen durch höhere Löhne, was die Forderung nach der "Bandpause" zweitrangig erscheinen ließ. Als schließlich 1964 im Betrieb ein Streik für die "qualitativen" Forderungen vorbereitet wurde, zogen örtliche wie zentrale IG Metall die Notbremse: Die "Ford-Aktion" wurde de facto abgeblasen. Erst in den migrantisch geprägten Kämpfen von 1973 wurde ihr Faden wieder aufgenommen.

Es wäre zu einfach, die Grenzen gewerkschaftlichen Eingreifens, die sich sowohl in Turin als auch in Köln zeigten, lediglich als Konflikte zwischen AktivistInnen und Apparat zu schildern. Mit-Untersuchung und

(Selbst-)Organisation waren sowohl Formen der Beteiligung wie auch der Einbindung. Insbesondere die "Ford-Aktion" zielte vor allem auf eine Erneuerung gewerkschaftlicher Repräsentanz. Elemente der Selbstorganisation waren in ihr äußerst schwach. Die Organisationsidee orientierte sich an der Bilderwelt Antonio Gramscis, so weit sie unmittelbar aus der Erfahrung der Massenschlachten des Ersten Weltkrieges entstanden war. Man zielte auf die Eroberung der "vorgelagerten Gräben", die den "Sturm" auf die zentralen Machtpositionen vorbereiten würde. In solchen Bildern war kein Platz für die Prozesse, die sich der Kontrolle der "Feldherren" entziehen würden. Bereits 1964 wurde die Strategie der "aktivierenden" Umfrage konsequenterweise durch die Einweg-Kommunikation einer Infas-Befragung (über die "Streikbereitschaft") ersetzt.

Aber auch die TurinerInnen waren keineswegs frei von post-militaristischen Vorstellungen. Trotz allen innovativen Einsichten über Sozialtechniken galten die entstehenden "autonomen" Organisationsformen als prinzipiell antagonistisch und daher als "nützlich". Ihre inneren Widersprüche und blinden Flecke blieben weitgehend ausgeklammert. Der Operaismus ist das Gespenst des Leninismus nie wirklich losgeworden. Auch deshalb konnte die sozialtechnische Umstrukturierung der Produktion später nur eindimensional als repressiver Schlag gegen das kurze Aufblühen der "Arbeiterautonomie" am Ausgang der 1960er Jahre verstanden werden. (2)

Das Gespenst des Leninismus

Schließlich stellte sich die aus der fordistischen Mythologie übernommene Vorstellung von der Fabrik als zentralem Ort der Verwertung schon während der FIAT-Untersuchung als unpraktisch heraus. Dimensionen des Alltags außerhalb dieser bizarren, abgeschlossenen Welt wurden nur unsystematisch begriffen. Der Massenarbeiter trug fortan immer den Stempel der Fabrik, und letztendlich ergriff er die Flucht. Die neue Frauenbewegung machte den Vorstellungen von einem überhistorischen Subjekt der Befreiungskämpfe endgültig den Garaus. So bleibt von der "militanten Untersuchung" vor allem die Erweiterung der Perspektive, der Zweifel am vorgeblich universellen Siegeszug der kapitalistischen Gesellschaft, der Blick hinter die Kulissen der schönen, neuen Welt: An diesem Punkt ist sie unserer Zeit und unseren Problemen sehr nahe.

Peter Birke

Anmerkungen:

1) Größte italienische Richtungsgewerkschaft; stark an der KPI orientiert.

2) Das gilt insbesondere für die Rezeption des Operaismus in Deutschland, etwa bei Karl Heinz Roth/Elisabeth Behrens: Die andere Arbeiterbewegung, München 1974.

# 20. Eine Frage der Würde. Der Haushalt als Betrieb und die feministische Kritik am Operaismus

Autor: Mariarosa Dalla Costas · Rubrik: Italien; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:07

Als 1972 Mariarosa Dalla Costas "Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft" veröffentlicht wurde (1), war dieses Buch eine doppelte Provokation: einmal gegenüber der Lohnarbeitszentriertheit nicht nur der operaistischen Analysen und zum anderen gegenüber den subjektivistischen und kulturalistischen Strömungen der neuen Frauenbewegung. Wir veröffentlichen hier Auszüge aus einem Referat, das Dalla Costa 2002 in Rom gehalten hat. (2) Die Übersetzung besorgte Juri Haas.

In den 1970er Jahren gab es in Italien zwei wichtige "Seelen" innerhalb des Feminismus: die eine war die der "Autocoscienza", also der Zusammenhang von Selbsterfahrung und Selbstbewusstsein. Die andere war der operaistische Feminismus von Lotta Femminista, aus dem dann die Gruppen und Komitees entstanden sind, die Lohn für Hausarbeit forderten. Lotta Femminista war auf nationaler Ebene besonders stark in Regionen wie im Veneto und der Emilia, weniger in den großen Städten wie Mailand (hier dominierte die "Autocoscienza") oder Rom (hier gab es beide Strömungen). Seit 1972 das Collettivo Internazionale Femminista gegründet worden war, hatten wir ein internationales Netzwerk, an dem viele Gruppen aus den USA und Kanada, aber auch aus europäischen Ländern - insbesondere aus Großbritannien und Deutschland - beteiligt waren. Auch afroamerikanische Frauen waren Teil dieses Netzwerkes. Gerade für sie war die starke italienische Präsenz wichtig, in ihren Augen waren wir eine Art Frauen der Dritten Welt. Wenn es sich nur um Amerikanerinnen und Engländerinnen, nur um Weiße gehandelt hätte, wären sie nicht eingetreten.

Feministischer Kampf statt Arbeitermacht

Wenn ich sagen müsste, warum ich im Juni 1971 aus Potere Operaio (3) ausgetreten bin und mich den Frauen angeschlossen habe, die dann den Kern von Lotta Femmista gebildet hatten, würde ich sagen: aus Würde. Das Niveau, auf dem zu dieser Zeit - besonders bei den Genossen Intellektuellen - mit dem Geschlechterverhältnis umgegangen wurde, entsprach nicht meinen Vorstellungen von Respekt und Würde. Ich legte damals einigen Genossinnen ein Flugblatt vor, aus dem dann etwas überarbeitet "Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft" ("Potere femminile e sovversione sociale") entstand und das praktisch umgehend von der internationalen feministischen Bewegung angenommen und in sechs Sprachen übersetzt wurde. Das war der Anstoß für die erste autonome Organisierung von Frauen innerhalb der operaistischen Strömung, aber im Folgenden schlossen sich uns viele Frauen mit einer anderen politischen Herkunft oder auch ohne politischen Hintergrund an. Der zweite Grund für die Gründung von Lotta Femminista war das Bedürfnis, sich als Frauen selbst zu definieren und sich nicht mehr mit den Augen der Männer zu sehen. Es ging um die autonome Konstruktion einer eigenen Identität, die nicht mehr an die Erwartungen der Männer gebunden war.

Nachdem wir unsere Würde und unsere Identität in Sicherheit gebracht hatten, begann die Suche nach den Ursprüngen von Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen. Wir fanden sie in der Reproduktionsarbeit, in der kostenlosen Hausarbeit der Frauen, welche die kapitalistische geschlechtshierarchische Arbeitsteilung hervorgebracht hatte. Wir lüfteten das Geheimnis der Reproduktion, indem wir herausarbeiteten, dass die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft die versteckte Phase kapitalistischer Akkumulation ausmacht. Wir erweiterten damals den Klassenbegriff und schlossen darin die Frauen als (Re-)Produzentinnen der Arbeitskraft ein.

Wir schauten uns sehr genau die Verhältnisse der proletarischen Frauen an. Hinter verschlossenen Türen leisteten sie eine Arbeit, die weder vergütet wurde, noch Arbeitszeiten oder Urlaub kannte und die im Gegenteil dazu tendierte, ihre gesamte Lebenszeit in Anspruch zu nehmen; eine Arbeit, die sowohl materielle als auch immaterielle Aufgaben beinhaltete und der alle Lebensentscheidungen der Frauen untergeordnet waren. Wir definierten die Familie als eine Produktionsstätte, da hier alltäglich die Arbeitskraft (wieder-) hergestellt wurde. Andere hatten dagegen bis zu diesem Zeitpunkt behauptet, dass die Familie nur Ort des Konsums bzw. Produktionsort von Gebrauchswerten oder bloße Arbeitskraftreserve sei.

Wir behaupteten, dass die externe (Lohn-)Arbeit von Frauen weder die Hausarbeit aufheben noch ihre Gesamtsituation grundlegend verändern würde. Wenn überhaupt führt die Lohnarbeit dazu, dass zu dem Boss des Ehemannes ein weiterer hinzukommen würde. Emanzipation durch Lohnarbeit war deshalb genauso wenig unser Ziel wie Gleichheit mit dem Mann. Wem hätten wir gleich sein sollen, wo wir doch von einer Arbeit überlastet waren, die Männer nicht betraf? Und warum sollte zu einer Zeit, in der sich allgemein der Diskurs um Arbeitsverweigerungen durchgesetzt hatte, Lohnarbeit für uns ein Ziel sein, wo doch die Männer sagten, dass sie sie verweigern wollen?

Für die fordistische Gesellschaft dieser Zeit hatten wir also den Zusammenhang entschleiert, dass die Produktion zwei Quellen hatte, die Fabrik und das "Zuhause" und dass die Frauen, weil sie die wichtigste Ware des Kapitalismus herstellten, nämlich die Arbeitskraft, auch den entscheidenden Hebel sozialer Macht in der Hand hatten: Sie konnten die Produktion einstellen. Darin bestand das zentrale Konzept der "sozialen Subversion". Es ging um einen Kampf, der zu einer radikalen gesellschaftlichen Transformation führen sollte.

In Bezug auf eine interventionistische Praxis haben wir uns vor allem an Frauen aus der Arbeitsklasse gewandt. Aber die Reproduktionsarbeit auf einer allgemeineren Ebene war das konstitutive Element für die Situation aller Frauen. Etwas gegen diese Situation zu unternehmen, bedeutet vor allem, eine Verweigerungshaltung gegen diese kostenlose und in erster Linie den Frauen zugeschriebene Arbeit zu etablieren. Es ging auch um eine Auseinandersetzung mit dem Staat, nämlich darum, auch einen Anteil des durch diese Arbeit produzierten Reichtum zu bekommen, entweder in Form von Geld oder anderen Leistungen. Reproduktionsarbeit sollte als Arbeit anerkannt werden, die Zeit, die mit ihr verbunden ist, sollte berücksichtigt werden. Es sollte nicht so getan werden, als könne man sie einfach mit der Lohnarbeit verbinden.

Die Entdeckung der Reproduktionsarbeit

Bei der Verweigerung ging es sowohl um die materielle wie auch um die immaterielle Reproduktion. Eine Weiblichkeit, die darin besteht, ständig für Arbeiten zu Gunsten anderer zur Verfügung zu stehen, sollte umgewandelt werden in eine Weiblichkeit, die Platz hat für die Reproduktion der Frauen selbst. Die Frage der Hausarbeit war im übrigen eng verknüpft mit der der Sexualität, die verzerrt und auf ihre Zeugungsfunktion reduziert war. Deshalb waren die Kämpfe in Bezug auf Arbeit, Sexualität, Gesundheit und Gewalt eng mit einander verflochten. Bei der Reproduktionsarbeit standen die Körper und mit ihnen Gefühle und Beziehungen auf dem Spiel.

Unsere Kämpfe begannen in den Stadtvierteln, mit dem Kampf um Häuser und um das Recht auf Wohnraum. Sie weiteten sich aus auf Krankenhäuser, Schulen und Fabriken. Wir beteiligten uns am Kampf für das Recht auf Abtreibung. In Padua organisierten wir 1974 auch das erste Centro per la salute della donna, eine selbst verwaltete feministische (Gesundheits-)Beratungsstelle, wie sie anschließend auch in vielen anderen Städten eingerichtet wurden. Mit den selbst verwalteten Beratungsstellen wollten wir beispielhaft zeigen, in welcher Weise das Verhältnis zwischen Frauen und Medizin neu zu strukturieren war. Besonders im Bereich der Gynäkologie war das bedeutsam, schließlich sollte damals die Einrichtung von Familienberatungsstellen gesetzlich vorgeschrieben werden. In den Krankenhäusern, besonders in den verschiedenen Geburtsabteilungen, die damals "Mutterschaftslager" genannt wurden, führten wir eine Vielzahl wichtiger Kämpfe.

Beispielhaft für unseren Fabrikkampf war der in Solari, der sich dann auf andere Fabriken ausdehnte. Die Arbeiterinnen dort forderten von ihren Bossen, dass regelmäßige Frauenarztbesuche und entsprechende Routineuntersuchungen als bezahlte Arbeitszeit zu gelten haben. Und sie forderten einen medizinischen Dienst, damit sie nicht vor der Wahl stehen, sich entweder weniger um die eigene Gesundheit zu kümmern oder aber ganze Arbeitstage zu verlieren. Wichtig war auch der Kampf gegen eine Fabrik in einem Dorf in Venetien mit einem enormen Ausstoß giftiger Gase, deren Produktion die Wasserqualität der Gegend beeinträchtigte.

Obwohl wir auf nationaler und internationaler Ebene organisiert waren, war es tatsächlich erstaunlich, mit welch dürftigen Mitteln wir unsere Aktivitäten durchführten. Die Kommunikationsmittel waren hauptsächlich Flugblätter und eine Zeitung, die sich - gut operaistisch - Le operaie di casa (Die Hausarbeiterinnen) nannte. Eine so extreme Militanz, die in unserem Leben keinen Platz für irgendetwas anderes ließ, war mit Sicherheit

eine Erbschaft aus der Erfahrung in Potere Operaio, auch wenn es in anderen Zusammenhängen nicht anders aussah. Am Ende dieser zehn Jahre waren wir sehr erschöpft. Unsere reproduktiven Reserven waren aufgebracht, Reserven, die immer viel enger bemessen waren, als diejenigen der Männer, auch der Genossen. Nach vielen Jahren des Kampfes und der Militanz sahen wir nicht, dass sich am Horizont eine Gesellschaft anbahnte, in der sich verwirklichen würde, wofür wir gekämpft hatten.

Es kündigten sich jetzt von Seiten der Körper - auch militante Frauen haben einen Körper, auch wenn er oft negiert wird - andere, durch die biologische Uhr bestimmte Fristen an. Wir müssen uns vor Augen halten, dass die Frauen, die das Movimento Femminista ausgemacht hatten, nicht besonders jung waren, oft um die 30, viele waren aus dem Gefängnis der Ehe geflüchtet. Durch das Fehlen wirklicher gesellschaftlicher Veränderungen, die den neuen Bedürfnissen weiblicher Individualität angemessenen waren, begann ein Prozess der Kapitulation. Viele mussten sich an die bestehenden Verhältnisse anpassen. In welchem Umfang, das hing vom Geld ab, über das diese Frauen verfügten, von der freien Zeit, die sie hatten, und von der Art der Arbeit, der sie nachgehen mussten. Das alte Problem, der Geldmangel bei Frauen, kam besonders in dieser Phase erneut in all seiner Dramatik zur Geltung.

Frauenkämpfe und Krise der Militanz

In diese Krisensituation fiel auch noch die Repression (4) und mit ihr die vollständige Streichung der Kämpfe und Werke dieser Strömung innerhalb der Frauenbewegung. In den 1980er Jahren trat ein grundsätzlich kulturell orientierter Feminismus an die Stelle des Feminismus, der sich an den großen Kämpfen orientiert hatte. Wir waren damit wieder an den Anfang geworfen. Das Problem der Reproduktionsarbeit wurde nicht weiter bearbeitet und blieb unabgeschlossen. (...) (5)

Mariarosa Dalla Costas

Anmerkungen:

1) In Deutschland erschien das Buch 1973 unter der Autorinnenschaft von Mariarosa Dalla Costa und Selma James.

2) Der gesamte (italienische) Text kann unter www.generation-online.org/p/fpdallacosta.htm nachgelesen werden.

3) Erste und wichtigste dezidiert operaistische politische Organisation; löste sich 1973 auf. Vorläufer war die Gruppe Potere Operaio Veneto-Emilia um Antonio Negri. Mariarosa Dalla Costa war dort seit 1967 Mitglied.

4) Am 7. April 1979 wurden auf einen Schlag hunderte AktivistInnen und Intellektuelle aus der autonomen und radikalen Linken Italiens verhaftet und mit Terrorismusanklagen überzogen. Es folgten die "bleiernen 1980er Jahre" in Italien

5) Im Schlussteil ihres Referats schlägt Dalla Costa den Bogen zur Landfrage im Trikont und zu den gegenwärtigen Kämpfen um Land. Hier verortet sie das Thema der Reproduktion im Weltmaßstab und die Grundlage für eine "politische Neuzusammensetzung" auf der Höhe der Zeit.

# 21. Der geleugnete Völkermord. Der Genozid an den Armeniern, die Türkei und die deutsche Außenpolitik

Autor: T.S. · Rubrik: Geschichte; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:03

Am 16. Juni haben alle Bundestagsfraktionen die deutsche Regierung aufgerufen, "dabei mitzuhelfen, dass zwischen Türken und Armeniern ein Ausgleich durch Aufarbeitung, Versöhnen und Verzeihen historischer Schuld erreicht wird". Aus Rücksicht auf die türkische Regierung verzichtete das deutsche Parlament allerdings darauf, den 1915/16 von der Türkei begangenen Völkermord an 1,5 Millionen Armenierinnen und Armeniern beim Namen zu nennen - eine vertane Chance.

Bis heute wird die Türkei mit der Forderung nach Anerkennung des Völkermords an den ArmenierInnen konfrontiert. Das politische Fundament der heutigen Türkei legten diejenigen, die für diesen Völkermord verantwortlich waren. Der jungtürkische Nationalismus und dessen Fortsetzung, der Kemalismus, bilden die heutige Staatsdoktrin der Türkei. Eine Anerkennung dieses Völkermords - das Eingeständnis, dass 1,5 Mio. Armenierinnen und Armenier dem Nationalismus und Rassismus des jungtürkischen Regimes zum Opfer fielen - wäre der Anfang vom Ende dieser Staatsdoktrin.

Wohl nicht zufällig stammen zwei bedeutende deutschsprachige literarische Werke, die sich mit der Vernichtung der ArmenierInnen befassen, von Autoren jüdischer Herkunft: Franz Werfel hat in seinem 1933 veröffentlichten monumentalen Roman "Die 40 Tage des Musa Dagh" die Tragödie der ArmenierInnen in der Türkei eindrucksvoll verarbeitet. Edgar Hilsenrath hat in seinem 1989 mit dem Alfred-Döblin-Preis ausgezeichneten Roman "Das Märchen vom letzten Gedanken" ebenfalls einen großen literarischen Beitrag geleistet, um an den Völkermord zu erinnern. Besonderes Aufsehen erregte Ralph Giordanos Dokumentation über den Genozid, die im April 1986 von der ARD ausgestrahlt wurde. Die Sendung führte damals zu einer Lawine des Protestes seitens türkisch-nationalistischer Kreise in Deutschland. Giordano, dessen "jüdische Abstammung" in der türkischen Presse betont wurde, erhielt zahlreiche Morddrohungen.

Ausgerechnet eine Partei, die von VeteranInnen der 68er Bewegung mitgegründet wurde, erweist sich heute als Verbündete eines Staates, der nicht nur einen Völkermord leugnet, sondern sogar per Strafandrohung gegen die historische Wahrheit vorgeht. Nachdem am 1. Juni die Nationalversammlung der Reform des fast 80 Jahre alten Strafrechts zugestimmt hat, drohen allen BürgerInnen der Türkei bis zu zehn Jahre Haft, wenn sie von einem Völkermord an den ArmenierInnen sprechen. Nur zwei Wochen nach dieser Gesetzesänderung behauptete Stefan Reinecke in einem taz-Kommentar (16.6.05) allen Ernstes: "Die Fortschritte in der Türkei sind zwar höchst zaghaft. Aber dass das Jahrzehnte währende Sprechverbot aufweicht, ist ein Ergebnis des Drucks der EU." Oktay Eksi, der Vorsitzende des türkischen Presserates, zeichnet hingegen ein düsteres Bild der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei: "Die Tage, wenn man von der Türkei als dem weltgrößten Gefängnis für Journalisten sprechen wird, liegen erst noch vor uns."

Zehn Jahre Haft für "Armenierlüge"

Offenbar reichten die "zaghaften Fortschritte" nicht aus, um auf einer Konferenz an der Bosporus-Universität in Istanbul, zu der auch KritikerInnen der offiziellen türkischen Position eingeladen waren, über "armenisches Leben im Osmanischen Reiche" zu diskutieren. Einen Tag vor Konferenzbeginn erklärte Justizminister Cemil Cicek: "Diese Konferenz ist ein Dolchstoß in den Rücken der türkischen Nation, die nur der armenischen Diaspora in die Hände arbeitet." Unverzüglich müsse man "diesen Verrat und die Verbreitung der Propaganda gegen die Türkei durch Menschen, die diesem Land angehören, beenden." Daraufhin sagte die eingeschüchterte Hochschulleitung die Konferenz in letzter Minute ab. In der Pressemitteilung der Grünen vom 27.5.05 wurde die Absage als schwerer politischer Fehler bezeichnet; die Grünen hätten "den Vorschlag des türkischen Ministerpräsidenten und des türkischen Parlaments seinerzeit begrüßt, eine gemeinsame türkisch-armenische Kommission einzurichten, die alle Aspekte der tragischen Ereignisse von 1915-1916 untersuchen und beleuchten soll. Wir sind der Meinung, dass diese Kommission international und vor allem mit unabhängigen WissenschaftlerInnen besetzt werden soll."

Was die Grünen als die "tragischen Ereignisse von 1915-1916" bezeichnen, wird von Genozidforschern eindeutig als Völkermord charakterisiert, so etwa in einer Resolution der Association of Genocide Scholars vom 13. Juni 1997. Am 9. Juni 2000 erschien in der New York Times ein Appell, in dem 126

Shoah-ForscherInnen, darunter Elie Wiesel, Yehuda Bauer, Israel Charney und Steven Katz, die westlichen Demokratien sowie die Türkei zur Anerkennung des "unbestreitbaren Faktums des armenischen Genozids" aufriefen. Stattdessen unterstützen die AdressatInnen den Vorschlag Ankaras, die "tragischen Ereignisse" von einer "Historikerkommission" untersuchen zu lassen.

Für die Anerkennung des Völkermords und eine entsprechende Aufklärungsarbeit sind in der Türkei nicht die geringsten Ansätze erkennbar. Vielmehr werden dort die wenigen kritischen Stimmen, die eine offene Aufarbeitung der Geschichte des Völkermordes verlangen, unterdrückt. Es hat immerhin 77 Jahre gedauert, bis Taner Akcam als erster türkischer Wissenschaftler angefangen hat, sich ernsthaft mit diesem Thema zu beschäftigen, wobei er dies auch nur im Exil in Deutschland machen konnte. Nachdem er selbst dort nicht dauerhaft als unabhängiger Wissenschaftler arbeiten konnte, emigrierte er in die USA, um seine Arbeit fortzusetzen.

Wie wenig in der Türkei eine freie Debatte über den Völkermord erwünscht ist, musste auch der populäre türkische Schriftsteller Orhan Pamuk erfahren, der kürzlich mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde. Pamuk hatte in einem Interview gesagt, in der Türkei seien eine Million ArmenierInnen und 30.000 KurdInnen ermordet worden. Wegen "grundloser Vorwürfe gegen die türkische Identität, das türkische Militär und die Türkei als Ganzes" erhob eine Staatsanwaltschaft Klage gegen ihn, er erhielt Morddrohungen, und in der südanatolischen Stadt Bilecik wurden seine Bücher verbrannt.

Die türkische Regierung ist mit ihrer Position heute mehr denn je international isoliert und wachsendem Druck ausgesetzt. Um weiteren parlamentarischen Beschlüssen zum "Gedenken des Völkermordes" entgegenzutreten, hatten sich Anfang des Jahres die türkischen Parlamentsparteien auf eine gemeinsame Propaganda-Offensive geeinigt. Kern dieser Politik ist die Forderung, dass die Bewertung der Ereignisse nicht Gegenstand der Politik sein solle, sondern der historischen Forschung überlassen werden müsse. Darum wärmte Ankara die Idee einer türkisch-armenischen Historikerkommission wieder auf. Dieser Vorschlag wurde aber von armenischer Seite zu Recht mit der Begründung zurückgewiesen, eine umfassende historische Aufarbeitung sei längst erfolgt.

Im November 2000 war im Fortschrittsbericht über den EU-Beitritt der Türkei die Anerkennung des Völkermordes an den ArmenierInnen als Beitrittsvoraussetzung aufgeführt worden. Im Januar 2001 hatte Frankreich trotz aller Drohungen aus Ankara den Völkermord anerkannt. Der Zentralrat der Armenier in Deutschland (ZAD) und andere Vereine hatten im April 2000 eine Petition eingereicht, in der ebenfalls die Anerkennung gefordert wurde. Das deutsche Auswärtige Amt (AA), vom zuständigen Petitionsausschuss um eine Stellungnahme gebeten, antwortete damals: "Die türkische Seite habe auf inoffizielle Kontakte auf Ebene der Nichtregierungsorganisationen hingewiesen, wodurch erste Ansätze zur Aufarbeitung der türkisch-armenischen Vergangenheit unternommen würden. Zudem habe die türkische Seite ihrer Bitte um große Umsicht bei der Behandlung des Problems Ausdruck verliehen". Der Petitionsausschuss begnügte sich damals mit dieser Antwort und legte den Antrag ad acta. So deutlich hatte noch nie eine Regierung die direkte Einflussnahme Ankaras auf ihre eigenen Entscheidungen dokumentiert. Die "türkisch-armenische Versöhnungskommission" hatte ihre Aufgabe, eine parlamentarische Debatte um den Völkermord zu verhindern, erfüllt.

Kaum bringt nun die türkische Regierung eine neue Version der "türkisch-armenischen Kommission" ins Spiel, versucht man in Berlin, dies als enormes Entgegenkommen Ankaras gegenüber den ArmenierInnen zu verkaufen. Dabei ist es vor dem Hintergrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre völlig offensichtlich, dass der im Vorfeld der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gemachte Vorschlag nur darauf abzielt, die Frage der Anerkennung des Völkermords aus dem Verhandlungsprozess herauszuhalten.

Die "tragischen Ereignisse" von 1915/16

Längst ist auch in Vergessenheit geraten, dass in der im Juni 1987 beschlossenen Resolution des Europaparlaments (EP) beklagt wurde, "dass bis heute keine politische Verurteilung des historisch erwiesenen Völkermords an den Armeniern und keine entsprechende Entschädigung erfolgt" sei. Deshalb rief das EP damals "die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft auf, einen Tag des Gedenkens an die Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verkünden, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts und ganz speziell gegenüber den Armeniern und den Juden begangen wurden." Fast 20 Jahre sind inzwischen vergangen, ohne

dass sich in der Türkei in der Frage der Anerkennung des Völkermords und der Einhaltung der Minderheitenrechte etwas verändert hätte. Und obwohl keines der als "unüberwindbare Hindernisse für die Prüfung eines etwaigen Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft" bezeichneten Defizite beseitigt wurden, hat die rot-grüne Regierung auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gedrängt.

In dem am 21. April dieses Jahres von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Antrag ging es nicht um eine förmliche Anerkennung des Völkermords durch den Bundestag; die Begriffe Völkermord oder Genozid werden auch nicht verwendet. Es geht den AntragstellerInnen lediglich um einen "deutschen Beitrag zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern". Christoph Bergner, der Initiator des CDU/CSU-Antrags, behauptete gar: "Der Antrag, den wir Ihnen heute vorlegen, ist somit der erste Versuch deutscher Politik, aus eigenem Antrieb zum Schicksal des armenischen Volkes Stellung zu nehmen. Keine deutsche Regierung, kein deutsches Parlament hat dies während der zurückliegenden 90 Jahre getan." Anscheinend hatte er längst vergessen, dass die PDS-Bundestagsgruppe vor vier Jahren vergeblich einen Versuch unternommen hatte, die übrigen Parteien für einen interfraktionellen Antrag zur Anerkennung des Völkermords zu gewinnen.

Selten herrschte zwischen den Bundestagsfraktionen so große Einmütigkeit wie in der Debatte am 21. April. Alle Parteien waren bemüht, eine Formulierung zu finden, um die Türkei nicht noch mehr zu verärgern. Nach der Debatte verständigten sich die Fraktionen darauf, einen gemeinsamen Text für eine fraktionsübergreifende Resolution zu formulieren. Der Begriff Völkermord wurde dann auch in der am 16. Juni ohne Debatte beschlossenen Resolution nicht verwendet. In der Antragsbegründung heißt es lediglich, "zahlreiche unabhängige Historiker, Parlamente und internationale Organisationen bezeichnen die Vertreibung und Vernichtung der Armenier als Völkermord." Für die ArmenierInnen dürfte es eine Zumutung sein, wenn in der Resolution gefordert wird, dass die Bundesregierung sich für die Bildung einer Historiker-Kommission einsetzen solle. Die Übernahme des türkischen Vorschlags ist ein Zugeständnis an die türkischen Negationisten (Völkermordleugner), die behaupten, der Genozidvorwurf beruhe auf ungesicherten und unzureichenden Belegen.

Einen Tag vor der Bundestagsdebatte hatte der türkische Botschafter Mehmet Ali Irtemcelik in einem Interview mit dem Massenblatt Hürriyet erneut die altbekannte Position der Türkei wiederholt, wonach es nicht zu den Aufgaben von Parlamenten gehöre, ein Urteil über historische Ereignisse zu fällen. Sollte es den InitiatoreInnen des Antrags im Bundestag "und den Organisationen, die dahinter stehen, ermöglicht werden, ihr Ziel zu erreichen, wird es nicht zu vermeiden sein, dass die Türkei und die hier lebenden knapp drei Millionen Türken aus dieser Haltung Konsequenzen ziehen", drohte der Botschafter. Im Falle einer Annahme "dieses oder eines Antrags dieser Art", prophezeite Irtemcelik, würde "ungeachtet der Bemühungen von offizieller Seite, dies zu verhindern, der Schaden in den Beziehungen ein Ausmaß und eine Dimension erreichen, welcher heute nicht absehbar ist".

Wenn man sich die Reaktionen der Türkei in den vergangenen Monaten anschaut, dann fällt auf, dass sie insgesamt eher harmlos waren. Die türkischen nationalistischen, faschistischen und islamistischen Vereinigungen sind in Deutschland relativ gut organisiert. Nach der Bundestagsdebatte hätten sie, falls Ankara es gewollt hätte, verstärkt in Aktion treten können. Erst am 19. Juni, also drei Tage nach Verabschiedung der Resolution, gab es in Berlin eine Protestdemonstration. Statt der angekündigten 50.000 DemonstrantInnen kamen lediglich 1.500. In Ankara hatte man sicher damit gerechnet, dass die CDU/CSU das Thema Völkermord an den ArmenierInnen auf die Tagesordnung bringen würde. Die entscheidende Frage war, ob der Bundestag mit einer Resolution den Völkermord anerkennen würde. Durch Drohgebärden hätte die Türkei das Gegenteil erreicht. So versuchte man hinter den Kulissen Einfluss auf die Formulierung der Resolution zu nehmen. Der am 16. Juni beschlossene Antrag ist im Prinzip eine für die Türkei akzeptable Lösung. Es gehört zum üblichen Ritual, dass die türkische Regierung sich über die Entscheidung des Bundestags höchst empört zeigte.

Die deutsche Regierung und der Bundestag haben sowohl 2001 als auch in den folgenden Jahren und jetzt wieder am 16. Juni 2005 eine große Chance vertan. Hätte Deutschland, wie andere europäische Länder auch, den Völkermord anerkannt, wäre die Isolierung der VölkermordleugnerInnen in Ankara perfekt geworden. Ungewollt haben die Bundestagsparteien ihre Haltung in der Begründung der Resolution vom 16. Juni deutlich gemacht. Dort heißt es, bezogen auf die Mittäterschaft des kaiserlichen Deutschland: "Trotz dringender Eingaben vieler deutscher Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Kirchen ... unterließ es die deutsche

Reichsleitung, auf ihren osmanischen Verbündeten wirksamen Druck auszuüben." Diese - sehr vorsichtig formulierte - Umschreibung bringt auch die heutige deutsche Politik gegenüber der Türkei auf den Punkt.

T.S.

# 22. Zentral geplant, bürokratisch organisiert. Historische Fakten zum Völkermord an den Armeniern

*Historische Fakten zum Völkermord an den Armeniern (1)*

Autor: T.S./Js. · Rubrik: Geschichte; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:05

Mitte des 19. Jahrhunderts war Armenien aufgeteilt zwischen Russland und dem Osmanischen Reich, wobei der größere Teil sich unter türkischer Herrschaft befand. Nach der türkischen Niederlage im Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 und dem sich anschließenden Berliner Kongress von 1878 wurde die armenische Frage zum Gegenstand der europäischen Politik. Die von der türkischen Regierung zugesagten Reformen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der ArmenierInnen in den östlichen Provinzen des Reiches wurden in den folgenden Jahren nicht verwirklicht. Unter Sultan Abdul Hamid II verschärfte sich die Unterdrückung sogar. Gegen die von der Zentralregierung geduldeten Übergriffe kurdischer Stämme auf armenische Bauern entstanden bewaffnete Widerstandsgruppen. Als Reaktion darauf bildete die Zentralregierung die sogenannten Hamidiye-Regimenter, die sich überwiegend aus sunnitischen Kurdenstämmen rekrutierten. Zwischen 1894 und 1896 kamen bei Massakern etwa 300.000 ArmenierInnen ums Leben.

Die 1908 an die Macht gelangte türkisch-nationale Oppositionsbewegung der "Jungtürken" wurde von den armenischen Organisationen unterstützt, weil sie die Gleichberechtigung für alle BürgerInnen des Reiches versprach. Das jungtürkische "Komitee für Einheit und Fortschritt" wollte von diesen anfänglichen Versprechungen bald nichts mehr wissen. Besonders nach dem Verlust der Gebiete auf dem Balkan 1912/13 übernahmen innerhalb der jungtürkischen Bewegung die Vertreter eines extremen türkischen Nationalismus die Führung. Ihr Ziel war die Türkisierung und Islamisierung des Reiches. Auch gab es eine starke Tendenz innerhalb der Jungtürken, die Vereinigung der anatolischen Türken mit den Turkvölkern im Kaukasus und Mittelasien zu vollziehen.

Ab 1913 errichtete das "Komitee" unter Führung eines Triumvirats (Talaat-Enver-Cemal) eine Diktatur. Am 2. August 1914 wurde das deutsch-türkische Geheimabkommen unterzeichnet, und Ende Oktober trat das Osmanische Reich an der Seite Deutschlands in den Weltkrieg ein. Damit ergab sich die Gelegenheit für die "Lösung der armenischen Frage" durch eine Politik der ethnischen Homogenisierung Kleinasiens und die Errichtung eines Großtürkischen Reiches. Mit der Generalmobilmachung wurden die meisten armenischen Männer eingezogen, wenig später entwaffnet und als "Lasttiere" in Arbeitsbrigaden verwendet. Wer dabei nicht zu Grunde ging, wurde später getötet. Im Frühjahr 1915 kam es zu ersten Übergriffen und Deportationen in Kilikien. In der Stadt Van erhoben sich im April die Armenier in einem Akt der Selbstverteidigung gegen die drohende Vernichtung. Sie konnten sich in ihrem Viertel so lange verteidigen, bis russische Truppen die Belagerung beendeten.

Am 24. April 1915 wurden in der Hauptstadt mehrere Hundert führende Armenier verhaftet und ins Landesinnere deportiert; fast alle wurden dort ermordet. In den folgenden Monaten wurden Armenier aus allen Landesteilen in die Wüstengebiete Syriens deportiert. Die Armenier in den östlichen Landesteilen wurden meist an Ort und Stelle massakriert. Die an der Schwarzmeerküste lebenden Armenier wurden oft aufs Meer gefahren und dort ertränkt. Wer von den Deportierten in den Konzentrationslagern in der mesopotamischen Wüste ankam, ging dort zu Grunde.

Eine Spezialorganisation übernahm die Durchführung des vom Zentralkomitee der Regierungspartei "Komitee für Einheit und Fortschritt" beschlossenen Vernichtungspolitik. Die paramilitärischen Einheiten zur Eliminierung der Armenier setzten sich hauptsächlich zusammen aus begnadigten Strafgefangenen, Angehörigen von loyalen Kurdenstämmen und türkischen Immigranten aus dem Kaukasus oder dem Balkan. Als eigentlicher Koordinator und Organisator des Völkermords, dem bis Kriegsende etwa 1,5 Millionen Armenier, aber auch zahlreiche Assyrer und Aramäer zum Opfer fielen, gilt der Innenminister und spätere Großwesir Talaat Pascha. Anfang September 1915 erklärte er gegenüber einem Angehörigen der deutschen Botschaft: "Die armenische Frage existiert nicht mehr." Kurz nach Kriegsende flüchteten die Hauptverantwortlichen des Völkermords (Talaat, Enver, Cemal und einige hohe Funktionäre des "Komitees") an Bord eines deutschen U-Boots. Talaat wurde am 15. März 1921 in Berlin auf offener Straße von einem Überlebenden des Völkermordes erschossen.

Es ist eine historische Tatsache, "dass der Völkermord eine zentral geplante, bürokratisch organisierte und durchgeführte Tat war, bei der staatliche Organe und Teile der regierenden Partei Ittihat ve Terakki zusammengearbeitet haben." (2) Auch die Komplizenschaft des Deutschen Reiches steht außer Frage. Durch Botschafter Wangenheim war die Reichsregierung sehr wohl darüber informiert, "dass die (türkische) Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten." In seiner Antwort an Wangenheim fand es das Auswärtige Amt zwar "bedauerlich ..., dass unter dem türkischen Vorgehen auch Unschuldige zu leiden haben". Aus strategischen Gründen sei aber "ein Bruch mit der Türkei wegen der armenischen Frage" unbedingt zu vermeiden. (3)

T.S./Js.

Anmerkungen:

1) vgl. auch den ausführlichen Artikel in ak 461

2) Taner Akcam: Armenien und der Völkermord. Die Istanbuler Prozesse und die türkische Nationalbewegung. Hamburger Edition 1996

3) Hans-Lukas Kieser, Dominik J. Schaller (Hrsg.): Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah. Chronos Verlag, Zürich 2002

# 23. Die Asymmetrie der Ohnmacht. In Kolumbien kann viel über die "Neuen Kriege" gelernt werden

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:17

Seit Herfried Münklers "Die neuen Kriege" ist viel von der Asymmetrie bewaffneter Konflikte die Rede. Partisanen, Warlords und Terroristen - so Münklers bei Carl Schmitt entliehene These - würden den zwischenstaatlichen Charakter von Kriegen aufheben und für deren Verrohung sorgen. Ethnisch-religiöser Fanatismus und Wirtschaftsinteressen der Warlords bestimmten zunehmend die Dynamik von Konflikten.

Im nordostkolumbianischen Saravena stellt sich das Problem etwas anders dar. Arauca, die Region um die feucht-heiße Kleinstadt nahe der venezolanischen Grenze gilt als einer der kolumbianischen Kriegsschwerpunkte. In Nachbargemeinde Tame wurden seit 2002 knapp 1.000 Menschen von Paramilitärs ermordet - bei gerade einmal 60.000 Einwohnern. Verglichen damit muss man die Lage in Saravena schon fast als friedlich bezeichnen. Zwar patrouillieren ständig Motorradstaffeln der Armee in den Straßen, doch eine unmittelbare Bedrohung ist nicht zu spüren. Beim Stadtrundgang bietet sich - vom bei einem Bombenanschlag zerstörten Gemeindeamt einmal abgesehen - ein idyllisches Bild. Der Springbrunnen auf dem Hauptplatz rauscht beruhigend vor sich hin, und die Uniformierten greifen auch anders als vor eineinhalb Jahren (vgl. ak 480) nicht mehr bei jeder Bewegung von Passanten hektisch nach ihren Gewehren.

Auch auf der 50-minütigen Fahrt ins nahgelegene Reservat der U'wa-Indígenas wird deutlich, dass der kolumbianische Konflikt den Klischees der Kriegsberichterstattung nicht entspricht. Richtung Westen zeichnet sich der 5.500 Meter hohe Nevado de Cocuy ab, die Chicharra-Insekten zirpen laut in der Morgenhitze. Der Krieg zeigt sich nur in Details.

"Das stammt von den Pipeline-Sprengungen." Felipe*, ein U'wa-Indígena, deutet auf einen unbewachsenen Fleck auf einer Viehweide. "Aber seit hier so viel Militärs stationiert sind, gibt es fast keine Anschläge mehr ... Da wächst drei Jahre lang nichts mehr." Der Indigene zuckt mit den Achseln.

Kapitalistischer Alltag zerstört die Lebensgrundlagen

Dass in Arauca Krieg geführt wird, erklärt die einheimische Linke in der Regel mit drei Ursachen: Die Bevölkerung der Region ist gut organisiert und hat ein alternatives Sozialversorgungssystem aufgebaut - was die Regierung Uribe als Bedrohung wahrnimmt. Die strategisch wichtige Grenze zu Venezuela verläuft nur wenige Kilometer entfernt, und schließlich gibt es in dieser Gegend große Ölvorkommen. Die Guerilla, vor allem die guevaristische ELN, greift seit bald 20 Jahren die Öl-Anlagen an. In manchen Jahren ist die vom Mannesmann-Konzern gebaute Pipeline Caño Limón-Coveñas bis zu 100 Mal gesprengt worden - mit ernsten Folgen für die Umwelt.

Doch Felipe erregt sich nicht weiter über die Teerflecken. Er macht sich Sorgen, weil neue Ölvorkommen erschlossen werden sollen. "Oxy und Repsol wollen bei uns bohren. Dann werden wir sterben. So wie die Guahivos an der Lagune del Lipa." Tatsächlich ist vom größten indigenen Stamm Araucas 20 Jahre nach Beginn der Ölförderung nicht mehr viel übrig. Die alten Fischfanggebiete sind verseucht oder nicht mehr zugänglich, weil mehrere Hundert Quadratkilometer an Oxy übereignet worden sind und die Armee dafür sorgt, dass kolumbianische Bürger das Gelände des US-Konzerns nicht betreten.

In den Medien wird die Situation der Indígenas häufig als Beleg dafür angeführt, dass der asymmetrische Krieg in Kolumbien zu einer fatalen Symmetrie zurückgekehrt sei. Paramilitärs, Armee und Guerilla nähmen alle gleichermaßen wenig Rücksicht auf die Bevölkerung, heißt es. Richtig daran ist, dass auch die Guerilla schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Ausgeblendet bleibt bei dieser Darstellung allerdings, dass der Krieg häufig gar nicht das Hauptproblem darstellt. Für die U'was beispielsweise besteht die Bedrohung weniger in den sporadischen Kampfhandlungen als in der Erschließung ihres Gebiets durch Großunternehmen. Es ist der ganz normale kapitalistische Alltag, der ihre Lebensgrundlagen zerstört.

Während Felipe über das Projekt der spanischen Repsol-Konzerns spricht, wird der Krieg dann doch plötzlich sichtbar. In einem Waldstück springen Bewaffnete aus dem Gebüsch. Der Fahrer ist nach einer Schrecksekunde sichtlich erleichtert, dass es sich nicht um FARC-Guerilleros handelt. Die Rebellen sind gegenüber Ausländern noch misstrauischer als Regierungssoldaten. Nach wenigen Minuten lassen uns die

Militärs durch, um uns dann allerdings einige Stunden später auf dem Rückweg lange festzuhalten. Ismael, ein U'wa-Führer, der 2003 die Vergewaltigung und Ermordung einer schwangeren Guahivo-Indígena durch Soldaten öffentlich machte, begleitet uns nach Saravena zurück und die Soldaten suchen nach einer Möglichkeit, den Indigenen festzunehmen. Das Gefühl des Ausgeliefertseins: Ob die Sicherheitskräfte ihn gehen lassen, auf legaler Grundlage verhaften oder illegal mitnehmen werden, bleibt bis zum Schluss unklar. Erneut merkt man, wie unpassend die Unterscheidungen aus der Neuen-Kriegs-Debatte sind. Reguläre und irreguläre Kriegführung stehen sich in Kolumbien nicht gegenüber, sie bilden ein untrennbares Ganzes. Es ist ganz ähnlich wie vom italienischen Philosophen Giorgio Agamben beschrieben: Hinter jeder staatlichen Handlung lauert der Ausnahmezustand.

Dass man mit den Überlegungen Agambens zur Verflechtung von Rechtsordnung, Gewalt und Unrecht Kriege wie den kolumbianischen weitaus besser versteht als mit Münklers These der Entstaatlichung, zeigt sich auch am nächsten Tag. Im "Haus der sozialen Organisationen von Saravena" manifestiert sich der Schrecken des Gesetzes. Die Büros von Gewerkschaften und Bauernverbänden stehen leer. Inhaftiert sind u.a. die Vorsitzenden der Regionalsektion des Gewerkschaftsverbandes CUT, des Menschenrechtskomitees Joel Sierra, der Jugendorganisation ASOJER sowie dessen Nachfolger, mehrere führende Vertreter der Krankenhausgewerkschaft ANTHOC und des Bauernverbandes ADUC. Alirio Martínez, der legendäre Kleinbauernführer Arauca, den ich bei der letzten Reise auf dem Land traf, ist mittlerweile tot. Gemeinsam mit zwei Gewerkschaftern wurde er im August 2004 von einer Armee-Einheit unweit von Saravena standrechtlich erschossen. (vgl. ak 486) So schrecklich der Fall ist, er führt doch vor, wie widersprüchlich Ausnahmezustand und Rechtsordnung in Kolumbien miteinander verflochten sind. Kolumbiens Vizepräsident Francisco Santos rechtfertigte die Ermordung der Aktivisten zunächst noch als legitime Guerillabekämpfung. Internationaler Druck sorgte jedoch wenig später für Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Nun sitzen vier Soldaten wegen Mordverdachts im Gefängnis und gegen den Bataillonskommandanten läuft ein Disziplinarverfahren.

Ein untrennbares Ganzes

Juan Carlos Torregraza vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra ist über diesen Erfolg sichtlich zufrieden. Der aus Barranquilla an der Karibikküste stammende Anwalt hält mit wenigen anderen die Stellung im "Haus der sozialen Organisationen". Torregraza kam nach Saravena, als die Repressionswelle schon begonnen hatte und wusste, worauf er sich einlässt. Trotzdem ist ihm die Anspannung anzumerken. Seit 2002 hat der kolumbianische Staat den sozialen Bewegungen Araucas keine Atempause gegönnt. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt verhängte Präsident Uribe in den nicht von Paramilitärs kontrollierten Gemeinden des Departments den Ausnahmezustand. Dieser wurde vom Verfassungsgericht zwar für illegal erklärt, doch die Massenverhaftungen haben nicht aufgehört. Mehrere Hundert Aktivisten und Politiker, darunter auch der damalige Gouverneur des Departments, wurden auf der Grundlage von Kronzeugenaussagen festgenommen und nach Bogotá verschleppt.

Ende 2003 begann die Polizei in der Region zudem mit den berüchtigten Herbizidbesprühungen, die sich, so Torregraza, keineswegs nur gegen Koka-Felder gerichtet hätten. Zahlreiche Lebensmittelpflanzungen seien zerstört worden - durchaus auch ein Mittel zur Aufstandsbekämpfung. Schließlich folgten das Massaker von Flor Amarillo und die Ermordung von Alirio Martínez und seinen Begleitern. Dass trotzdem immer noch soziale Organisationen bestünden, sei vor allem internationaler Präsenz und den Protesten der Bevölkerung zu verdanken, so Torregraza. Die Leute hätten den Mut gehabt, Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen. Auf diese Weise sei es zwei Mal gelungen, Auftragskiller dingfest zu machen, die aus dem von der Armee kontrollierten Sicherheitsring im Zentrum Saravenas heraus Mordanschläge verübten. Auf die etwas erstaunte Nachfrage, ob die Verbindungen zwischen Sicherheitskräften und Todesschwadronen tatsächlich so eindeutig seien, erwidert Torregraza, dass für ihn überhaupt keine Zweifel an der Mitverantwortung der Militärs an den Verbrechen bestünden. "Wir sprechen von vier Straßenzügen, in denen die Sicherheitskräfte jede Bewegung kontrollieren. Wie sollte in so einer Kleinstadt übersehen werden können, wenn Fremde auftauchen und Morde begehen? An Leuten, die der Bataillonskommandant zuvor als Subversive beschimpft und die im lokalen Militärradio als Guerilleros bezeichnet worden sind?"

Der Fall Saravena ist mehr als nur ein Lokal-Skandal in einem abgelegenen südamerikanischen Savannenstädtchen. In das Gespräch platzt die Nachricht, dass der Vorsitzende der Jugendorganisation ASOJER, Eduardo Sogamoso, verhaftet worden sei. Am Vormittag hatte er noch mit uns diskutiert. Gemeinsam mit einigen anderen Ausländern begleite ich die Bogotaner Menschenrechtlerin Antonia

Restrepo*, um beim Bataillonskommandanten Medina für die Freilassung Sogamosos einzutreten. Der Besuch auf der Militärbasis beginnt mit einer handfesten Überraschung: Auf dem Weg zur Kommandantur begegnen uns zwei zivil gekleidete US-Amerikaner und Bataillons-Chef Medina wird in seinem Büro von einem US-Offizier namens Gonzalez assistiert. Der junge, zweisprachige Latino trägt ein Abzeichen der Airborne-Fallschirmspringer-Einheit und hilft bei der Übersetzung. Zwar ist bekannt, dass die US-Militärpräsenz in Saravena einen ihrer Schwerpunkte in Kolumbien hat - Washington stellte unlängst 100 Millionen US-Dollar zum Schutz der Pipeline zur Verfügung und trainiert mit eigenen Soldaten und privaten "Sicherheits-Dienstleistern" die kolumbianischen Truppen in Arauca. Doch dass sich die US-Amerikaner so offen zeigen, erstaunt denn doch. In Saravena existieren den Menschenrechtsorganisationen zufolge keine eigenständigen paramilitärischen Strukturen. Die Zahl selektiver Morde nahm hier just da zu, als die Stadt militarisiert wurde. Und die Operationen des zuständigen Bataillons werden von US-Personal mit geleitet. Vor diesem Hintergrund ist eindeutig, dass die US-Militärhilfe in Verbindung zum schmutzigen, irregulären Krieg gegen die sozialen Bewegungen steht. Die Kleinstadt Saravena ist so militarisiert und übersichtlich, dass die Aktivitäten der Todesschwadronen nicht ohne Zustimmung der Armee und ihrer Berater vorstellbar sind.

US-Hilfe für den irregulären Krieg

Fragen in diesem Zusammenhang sollte man Bataillonskommandant Medina jedoch besser nicht stellen. Der Coronel behandelt uns höflich, erhebt aber doch schwere Vorwürfe gegen uns. Immer wieder unterstellt er, wir hätten uns mit der Guerilla getroffen. Immerhin seien viele NGOs vom Terrorismus infiltriert. Um uns "die ganze Wahrheit zu zeigen", führt er auf seinem Laptop Fotos von Anschlägen vor. "Warum berichtet man in Europa nicht über diese Verbrechen?" Dass das durchaus getan wird, will Medina nicht hören. Schließlich formuliert er den wie eine Drohung klingenden Satz: "Die Menschenrechtsorganisationen müssen begreifen, dass ihnen die Menschenrechte nicht allein gehören."

Nach drei Stunden verlassen wir mit dem ASOJER-Vorsitzenden Eduardo Sogamoso das Bataillon. Er ist tatsächlich, wie vom Kommandanten Medina versprochen, nicht misshandelt worden. Wieder stellt sich das trügerische Bild des Friedens ein: Über der Savanne leuchtet eine orangefarbene Abendsonne, Kröten-Quaken erfüllt den Himmel. Sogamosos Erleichterung hält sich dennoch in Grenzen. Zum zweiten Mal in einer Woche ist der junge Mann verhaftet worden. Solche "Personalienfeststellungen" sind häufig Anzeichen für eine bevorstehende Verhaftung. Oder Schlimmeres.

Das wichtigste Merkmal der Asymmetrie, möchte man auf Herfried Münkler erwidern, ist die Ohnmacht. Auf der einen Seite der eigene verletzliche Körper, auf der anderen eine gewaltige Kriegsmaschine.

Raul Zelik

* Name geändert

# 24. Rückblick und Ausblick auf einen Aufstand. Bolivien oder die Frage, wie man dem Neoliberalismus entkommt

Autor: Raquel Gutiérrez Aguilar · Rubrik: Bolivien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:43

Nachdem im Oktober 2003 massive Kämpfe gegen den Ausverkauf der wichtigsten Ressource Erdgas an transnationale Konzerne zum Sturz des bolivianischen Präsidenten Sánchez de Lozada geführt hatten, ist in das Land keineswegs Ruhe eingekehrt: Auch in diesem Jahr dauern die Kämpfe gegen den Ausverkauf von Ressourcen sowie für eine grundlegende, partizipative Reform des politischen Systems an. Das von Präsident Carlos Mesa im Oktober 2004 durchgeführte Referendum über die Gasressourcen ist ebenso wie das vom bolivianischen Kongress im Mai 2005 verkündete Erdöl- und Erdgasgesetz ein Kompromiss, der dem bürgerlichen Parteien- und Unternehmenssektor zu weit gehend, den rebellierenden Basisbewegungen jedoch zu lau ist: Die Erfüllung der Forderung nach vollständiger Nationalisierung der Ressourcen steht nach wie vor noch aus. Die Eskalation der Konfrontation führte im Juni 2005 schließlich zur Absetzung des amtierenden Präsidenten Carlos Mesa, zur Einberufung einer Übergangsregierung und zur Ankündigung von Neuwahlen. Raquel Gutiérrez Aguilar analysiert im Folgenden die derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse in Bolivien und stellt die Konzeptionen politischer Macht in Frage, die die aktuellen Diskussionen innerhalb der Basisbewegungen prägen. Wir veröffentlichen ihren Text in einer stark gekürzten Fassung.

Im Anschluss an den Aufstand vom Oktober 2003 entwickelten Regierung und Eliten Boliviens eine Zermürbungsstrategie gegen die sozialen Bewegungen, die zwei Dimensionen hat. Nachdem in den Oktober-Kämpfen sichtbar geworden war, dass die Bewegungen in der Lage sind, praktisch landesweit mit Straßenblockaden das Territorium zu kontrollieren, bemühten sich die Regierenden, die Kontrolle über die Zeit aufrecht zu erhalten und zu verstärken. Sie diktierten den Rhythmus der politischen Ereignisse mit dem Ziel, den Schwung der sozialen Bewegungen abzubremsen. Die zweite Dimension der Zermürbungsstrategie bestand darin, die erreichten Übereinkünfte allesamt endloser Beratung auszusetzen und damit die Mobilisierung in der unverständlichen Welt einer klebrigen Legalität im bürokratischen Netz zu ersticken. Das Referendum über die Nationalisierung der Gasressourcen, die Gründung einer staatlichen Kommission, die die verfassungsgebende Versammlung vorbereitet und dafür die traditionellen Parteien und Intellektuelle als privilegierte Unterhändler auswählte, sind Beispiele dafür.

Die beiden politischen Ziele, auf die die sozialen Bewegungen 2003 gesetzt hatten, waren zum einen die Rettung der Gasressourcen, die sich in Händen transnationaler Konzerne befinden, und zum anderen die Initiierung einer souveränen, verfassungsgebenden Versammlung von unten, das heißt mit minoritärer Parteienrepräsentation. 2004 gingen diese beiden Prozesse dank der Zermürbungsstrategie von oben zunächst nur noch im Schneckentempo voran. Trotzdem hielt die Bewegung an ihren beiden fundamentalen Forderungen fest. So entschied die Bevölkerung von El Alto (1) im November vergangenen Jahres, den transnationalen Konzern Suez Lyonesse des Eaux hinauszuwerfen und damit der Privatisierung der Trinkwasserversorgung ein Ende zu setzen - und zwar mit einem unbefristeten Streik, mit Straßenblockaden und schließlich mit der totalen Absperrung der Stadt. Doch als die Delegierten der Bewegungen aus El Alto dann schließlich in unendlichen Verhandlungen mit den Regierungsvertretern verschwanden, um darüber zu entscheiden, auf welche Art man den Vertrag mit Suez beenden könne, kam wiederum die Strategie der Verzögerung zum Einsatz.

Entlang dieser zwei Stränge - Kontrolle der Zeit, Bürokratisierung der Forderungen der sozialen Bewegungen - versuchte man während der fast 20 Monate der Regierung Carlos Mesa, die soziale Konfrontation zu "verwalten". Schließlich gelang es der bolivianischen Rechten (von den neoliberalen Reformen profitierende Unternehmer, Agrarexporteure, die Mafias der politischen Parteien u.a.) ab Januar 2005, die politische Initiative zurückzuerobern.

Zwei Taktiken der Zermürbung

Zwischen Februar und Mai dieses Jahres kam es zu einer allgemeinen Polarisierung der bolivianischen Gesellschaft in zwei große Blöcke. Auf der einen Seite die reaktionäre Rechte, die sich und ihre Geschäfte

bedroht sieht und konsterniert ist ob der Unverschämtheit "derer da unten", ihr Recht zu regieren in Frage zu stellen. Auf der anderen Seite das konfliktive Mosaik der sozialen und indigenen Organisationen aus dem ganzen Land, mit seinen enormen Widersprüchen, aber eben auch mit seinen großen Übereinstimmungen. Innerhalb der Bewegungen stießen zwei Positionen aufeinander. Dies wurde besonders deutlich in der Auseinandersetzung um das Anfang Mai verkündete Erdgasgesetz. Evo Morales, seine Partei MAS (Bewegung für Sozialismus) und viele Koka- und andere Bauern forderten, dass internationale Energiekonzerne 50% des Wertes der Förderung als Abgabe für die Konzession bezahlen. Auf der anderen Seite forderten die Stadtteilkomitees aus El Alto, die Bauern-Verbände aus dem Altiplano (die ländliche Aymara-Bevölkerung), die Koordination der Verteidigung von Gas und Wasser aus Cochabamba und diverse assoziierte Gremien die sofortige Re-Nationalisierung der an ausländische Firmen abgetretenen Gasressourcen und den Rücktritt von allen Verträgen, die der Staat mit diesen Unternehmen geschlossen hat.

Zwischen dem 23. Mai und dem 9. Juni schließlich eskalierte der Konflikt zwischen Bewegungen und Regierung; La Paz wurde von El Alto aus mit Straßenblockaden belagert, die sich nach und nach im ganzen Land ausbreiteten. Außerdem wurde der Regierungssitz in La Paz täglich von tausenden und abertausenden mobilisierten Männern und Frauen besetzt, die Versammlungen ins Leben riefen, Barrikaden bauten und damit drohten, den Kongress dichtzumachen. Im Rahmen dieser Ereignisse radikalisierten sich die Sektoren um die MAS und forderten nun auch "Nationalisierung". Daraufhin musste sich auch die Position von Evo Morales zumindest zeitweise nach links verschieben. Diese Verschiebung machte es ihm andererseits möglich, ein bestimmtes Moment seiner eigenen Position fest innerhalb der Bewegung zu verankern: den Respekt vor den staatlichen Institutionen. Dennoch sprach man in der vorletzten Maiwoche in den Straßen von El Alto und von La Paz von einer "Schließung des Parlaments"; der Bürgermeister von El Alto vereinbarte sogar, diese Schließung zusammen mit der Bewegung der Aymara-Indígenas voranzutreiben. Das Rathaus von El Alto war ab Anfang Juni nicht mehr nur ein Raum für Organisierung und Mobilisierung, sondern auch ein Ort, wo um die Lösung der dringendsten Probleme der Stadt gerungen wurde, ein Organ der Macht. Zwar konnte diese Erfahrung nicht verstetigt werden - unter anderem deshalb, weil keine Lösung für das Problem der Lieferung von Lebensmitteln und Treibstoff gefunden wurde; aber ohne Zweifel lebte der Keim des Willens zur Selbstregierung weiter.

Die Kluft zwischen der Mobilisierungsfähigkeit der sozialen Bewegungen, zwischen der Kraft, mit der sie es schafften, das Land lahm zu legen und die Manöver der Rechten zu stoppen (es gelang dieser weder, das Erdgas-Gesetz zu verabschieden noch Präsident Mesa gegen ihren Wunschkandidat, den rechten Hardliner Vaca Diez, auszutauschen) einerseits, und der Unmöglichkeit andererseits, die Entscheidungen, die in hunderten von Versammlungen gefällt wurden, dann auch tatsächlich auszuführen, zeigt ein zentrales Problem: das Problem der Macht.

Materielle und symbolische Kapazität

Denn die - erfolgreiche - Strategie der Belagerung und des massiven Einspruchs gegen die Manöver der Mächtigen erforderte nun ihren Gegenpart: die Herstellung materieller und symbolischer Kapazität für die reale Ausübung von Entscheidungen auf allgemeinem Niveau. Dass die Zeit für diesen Schritt reif ist, zeigt sich darin, dass bei den jüngsten Rebellionen im Unterschied zu früheren Situationen eindeutige Schritte in Richtung praktischer Ausübung von Entscheidungen getroffen wurden. Die Besetzung von mindestens sieben Gasförderstellen in Santa Cruz und der Region von El Chaco, die Stilllegung zahlreicher Öl- und Gasleitungen, die Übernahme von Pumpstellen, die auch der Kontrolle der Öl- und Gastransporte in abgelegene ländliche Regionen dienen, ebenso wie die symbolische Besetzung der Raffinerie Gualberto Villarroel in Cochabamba sind dafür deutliche Anzeichen. Mehr und mehr ging es darum, Kapazitäten und Konzepte zu entwickeln, wie Ressourcen und Infrastruktur zum Nutzen der Bevölkerung angeeignet werden können.

So war die Rechte schließlich gezwungen, ihre letzten "institutionellen" Karten zu spielen: Absetzung von Präsident Mesa, Einsetzung eines Übergangspräsidenten mit dem Ziel, in spätestens sechs Monaten vorgezogene Neuwahlen auszurufen. Ein Manöver, mit dem es zwar gelang, die Mobilisierung vorläufig zu stoppen, nicht aber, die Forderungen nach Nationalisierung der Ressourcen und Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zu unterdrücken. Im Krieg gegen den Neoliberalismus war deshalb auch diese Etappe ein Sieg, obwohl sie mit einem Waffenstillstand endete.

"Macht zu tun" statt "Macht über"

Und nun werden innerhalb der Bewegung Stimmen laut, die erklären, man müsse sich jetzt zwischen zwei Wegen entscheiden: entweder breite Repräsentation in einer Einheitsfront - in Zusammenarbeit mit MAS oder jenseits davon - um an den nächsten Wahlen teilzunehmen, oder aber Vorbereitung eines Aufstands, der die derzeitige Patt-Situation für sich entscheidet. Damit aber präsentiert man wieder die altbekannten Alternativen. Und beiden geht es ausschließlich um den gangbarsten Weg zur Übernahme des Staatsapparates.

Doch man muss sich fragen, ob das generelle Ziel einer revolutionären sozialen Bewegung die Übernahme der Staatsmacht sein kann und soll. Geht man von der Idee aus, dass Macht eine Kategorie ist, die soziale Beziehungen beschreibt, dann übt jemand Macht aus, weil jemand anderes bereit ist, dies zu akzeptieren. Das heißt umgekehrt: Wenn ein sozialer Sektor Leben und Schicksal der anderen beeinflusst, dann gründet seine Macht dies zu tun in dem Potenzial der anderen Sektoren, die Entscheidungen des ersten in Frage zu stellen und anzugreifen.

In diesem Sinne entwickelt sich die Macht von unten erst nach und nach. Sie entwickelt sich in dem Maße, wie die Leute Erfahrungen und Sicherheit in ihrer Praxis direkter Demokratie gewinnen können. Diese Praxis in Bezug auf Gas, Öl, aber auch in Bezug auf Land, Wasser, den gesellschaftlichen Reichtum etc. weiter zu entwickeln, erfordert vielfältige Aktionen und drastische symbolische Brüche innerhalb der Bevölkerung, die die Legitimität des herrschenden Mandats in Frage stellen; es erfordert tief gehende Auseinandersetzungen über die einzuschlagenden Wege und solide Verbindungen zwischen den Bewegungen aus den verschiedenen Regionen und Sektoren des Landes. Und, selbstredend, braucht es parallel die Entwicklung einer Selbstverteidigung, um das abzusichern zu können, was schließlich entwickelt und entschieden wird.

Wenn man davon ausgeht, dass Macht sowohl "Macht über" als auch die "Macht zu tun" ist, dann steht in Bolivien jetzt vor allem letztere auf der Tagesordnung. Die Herausforderungen sind ebenso groß wie die Gefahren, beispielsweise die wachsende Gefahr einer US-Intervention. Aber es gibt auch Gefahren "von innen"; etwa die, sich der Konfusion in Bezug auf die Frage der "Übernahme der Staatsmacht" als einzig denkbare Synthese der anvisierten objektiven radikalen Veränderungen in Bolivien hinzugeben.

Raquel Gutiérrez Aguilar

Übersetzung: Stefanie Graefe

Raquel Gutiérrez Aguilar ist Mathematikerin und Sozialwissenschaftlerin, lebt in Mexiko-Stadt und war viele Jahre in sozialen Bewegungen in Bolivien aktiv.

Anmerkung:

1) El Alto ist eine oberhalb von La Paz gelegene Stadt mit über 100.00 EinwohnerInnen, die in der großen Mehrzahl jedoch viel ärmer als ihre NachbarInnen im tiefer gelegenen La Paz sind.

# 25. Alarmstufe Rot und der Wandel der Strategie. Mexiko: Regierungsoffensive gegen EZLN - und vice versa

Autor: Marta Durán de Huerata Patiño · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:21

Im Sommer 2005 rumort es wieder im lakandonischen Urwald. Anfang Juni sperrt das mexikanische Finanzministerium die Bankkonten der zapatistischen Nichtregierungsorganisation Enlace Civil, über die die indigenen Gemeinden internationale Hilfe für Bildungs- und Gesundheitsprojekte erhalten. Der Protest lässt nicht lange auf sich warten. Die Antwort der ZapatistInnen auch nicht.

Zwischen dem 15. und dem 17. Juni zerstört die mexikanische Armee mehr als drei Hektar Anbaufläche mit Marihuanapflanzen (fast vier Tonnen Cannabis). Die Soldaten verbrennen 44 Pflanzungen in den Gemeinden von Rayón, Tapilula und Pueblo Nuevo Solistahuacán. In einer Presseerklärung teilt das nationale Verteidigungsministerium mit, die Marihuanasaaten befänden sich innerhalb der unter zapatistischem Einfluss stehenden Zone. Die allerdings ist in Wirklichkeit mehr als 50 Kilometer entfernt.

Man fragt sich nun, ob ein neuer Angriff auf die indigenen Rebellen geplant ist. Vielleicht gar eine "chirurgische Operation"? Ein neuer Plan Colombia in dem die Zapatistische Armee der nationalen Befreiung (EZLN) als Drogenguerilla angeprangert würde? (1) Eine bittere Ironie angesichts des Umstandes, dass die EZLN ein absolutes Alkoholverbot aufrechterhält - in Gebieten, in denen früher die Hälfte des Lohns in Schnaps ausgezahlt wurde. Die ZapatistInnen wissen, dass sie mit Drogenhandel sehr viel Geld hätten verdienen könnten. Nur würden sie dann über keinerlei moralische Autorität mehr verfügen und ihrem Kampf wäre der Glanz genommen. Der aufständische Subcomandante Marcos sagte mir einmal im Interview: "Man kann keine geheime Bewegung aufbauen, wenn es in ihren Reihen Betrunkene gibt".

Auf alle Eventualitäten gefasst

Am 19. Juni schreibt Marcos ein Kommuniqué, in dem er die gesamte politische Klasse Mexikos aufs Schärfste kritisiert, inklusive der Partei der Demokratischen Revolution (PRD), die sich als links betrachtet. Am 20. Juni ruft die EZLN "Alarmstufe Rot" in den von ihr kontrollierten Gebieten aus und kündigt einen Aufmarsch der zapatistischen Unterstützungsbasen an. Alle in diesen Gebieten anwesenden NROs und zivilen Organisationen werden gebeten, die indigenen Gemeinden zu verlassen. Ebenfalls am 20. Juni informieren die ZapatistInnen über den Abschluss ihrer politisch-militärischen Umstrukturierung die im Jahr 2002 begonnen hatte und bekräftigen, dass sie auf alle Eventualitäten vorbereitet sind, auch wenn ihre KämpferInnen ermordet, eingesperrt oder verschwunden gelassen werden sollten. Am 21. Juni wird in einem weiteren Kommuniqué all denjenigen gedankt, "die aufrichtig und ehrlich in den letzten fast 12 Jahren den zivilen und friedlichen Kampf der indigenen ZapatistInnen für die verfassungsmäßige Anerkennung der indigenen Kultur und Rechte unterstützt haben". Es klingt nach Kriegsgetrommel.

Die Presse eilt in den Urwald und findet die Zentren der autonomen zapatistischen Regierungen, die Caracoles leer vor, zu Geisterdörfern geworden. Die Kommission für Eintracht und Frieden Cocopa (2) beruft eine Dringlichkeitssitzung ein. Die katholische Kirche in Chiapas ruft ebenfalls Alarmstufe Rot aus, während das Menschenrechtszentrum Humanos Fray Bartolomé de las Casas gleichzeitig auf die Reaktivierung der paramilitärischen Gruppen und deren ständige Mobilisierung in Richtung der zapatistischen Zone aufmerksam macht.

Am 22. Juni erscheint ein neuerliches Kommuniqué, in dem die EZLN erklärt, die Alarmstufe Rot hätte einen präventiven Charakter, um auf etwaige Angriffe der Regierungstruppen antworten zu können; außerdem hätte die EZLN ihre Basis zu einer Beratung über den weiteren Weg zusammengerufen.

Am 23. Juni stellt Marcos klar, dass die Beratung sich weder um die Wiederaufnahme des Krieges noch um eine Konfrontation mit der mexikanischen Armee dreht. "Um den Spekulationen ein Ende zu setzen", teilte er mit, dass "diese ‚andere Sache` (der Wechsel der zapatistischen Strategie, M.D.) keinerlei militärische Angriffsaktion von unserer Seite aus impliziert. Weder planen wir, noch beraten wir über die Wiederaufnahme militärischer Angriffe."

Die Kampfbereitschaft der ZapatistInnen steht außer Frage, aber seit Januar 1994 sind sie sich darüber im Klaren, dass die Menschen zwar ihre Forderungen, nicht jedoch einen Krieg unterstützen. Dies verstanden zu haben, brachte ihnen hervorragende Ergebnisse auf politischem Terrain. Aber die gekränkte mexikanische Armee wartet seitdem auf eine Gelegenheit, den Konflikt auf die kriegerische Ebene zu verlagern. Allein zu diesem Zweck hat die mexikanische Armee paramilitärische Gruppen aufgebaut und geschult, die ständig die Gemeinden bedrohen - in der Hoffnung, dass die Indigenen die Geduld verlieren und der Waffenstillstand gebrochen wird.

Eine neue nationale Verfassung ...

Am 1. Juli veröffentlicht die EZLN schließlich die sechste Erklärung aus dem lakandonischen Urwald. In diesem Dokument bekräftigen die ZapatistInnen ihre Organisationsform und die Ziele ihres Kampfes. Nachdem sie eingangs eine Reihe von Beschimpfungen und gebrochenen Versprechen seitens der Regierung ins Gedächtnis rufen, gehen sie noch einmal die Versuche durch, die Konflikte mittels Dialog und Gespräch zu lösen (von denen viele scheiterten). Sie berichten davon, wie es ihnen gelang, einen Dialog mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft in Gang zu bringen. Schließlich kommen sie zu der Frage: "Und jetzt, was tun?" Weiter gegen den Neoliberalismus kämpfen, aber mit einer anderen Strategie - so lautet die Antwort. Außerdem "steht die EZLN weiterhin zu ihrer Verpflichtung, ihren friedlichen, politischen Kampf fortzuführen, ohne geheime Vereinbarungen mit mexikanischen oder ausländischen politisch-militärischen Organisationen zu treffen".

... und eine neue politische Strategie

In dieser Erklärung wird außerdem zu einem weiteren "intergalaktischen Treffen" aufgerufen. Der Kampf soll nicht nur an der Seite der Indigenen (von ihnen und mit ihnen), sondern zusammen mit allen Ausgebeuteten und Enteigneten Mexikos geführt werden. Vorgeschlagen wird auch, ein nationales Programm für linke, antikapitalistische und antineoliberale Kämpfe für Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit zu erarbeiten. (3) Die EZLN will außerdem eine "Politik der Allianzen" mit Organisationen und Bewegungen betreiben, die nicht den Weg der Wahlen einschlagen. (4)

Die zapatistischen Kommuniqués haben die gesamte mexikanisch politische Klasse hart angegriffen und dies zu Recht. Die Kritiken an der Partei der Demokratischen Revolution (5) und an Andrés Manuel López Obrador (AMLO) (6) sind dabei besonders scharf ausgefallen. Warum soviel Schroffheit gegen die parlamentarische Linke? Vielleicht weil sie bereits seit einiger Zeit nicht mehr links ist. Ganz abgesehen von diversen Korruptionsskandalen bietet diese Partei und insbesondere ihr Präsidentschaftskandidat AMLO dem Großkapital Stabilität und den Investoren Allianzen an. (7) In den Reden von AMLO gibt es keine Hinweise darauf, dass eine strukturelle Veränderung der Ökonomie oder des Staates gewünscht ist; so wichtige Themen wie die Außenschulden behandelt er nicht einmal. Alles deutet auf eine Präsidentschaft hin, in der das Charisma López Obradors ein Projekt der Nation und einen Plan der Partei ersetzt.

Immer für eine Überraschung gut

Zwar ist seine Partei nur in der Hauptstadt stark. Trotzdem verfügt er über eine enorme Popularität. Die Menschen mögen und verteidigen ihn, weshalb auch die harten Angriffe der EZLN gegen AMLO manche überrascht haben. "Wenn die Wahlen näher kommen, dann sammeln sich alle Politiker im Zentrum", schreibt Marcos. "Das lässt uns vermuten, dass der Platz der Linken leer bleibt." Vielleicht sind die ZapatistInnen im Begriff, dieses Loch zu füllen - allerdings nicht im parlamentarischen Sinne. Und das ist gut so, denn bislang bestand die einzige Arbeit der parlamentarischen Linken in Mexiko darin, Posten zu gewinnen, ihre Machtreviere auszubauen und ihre Privilegien zu pflegen.

Die ZapatistInnen wollen die Macht nicht übernehmen, sondern sie verändern, sie demokratisieren. Es geht ihnen nicht darum, den Präsidenten zu stürzen, sondern darum, einen neuen gesellschaftlichen Pakt zu etablieren, um die Nation von unten neu zu begründen und sich gemeinsam mit den verstreuten Kräften und sozialen Bewegungen dem Neoliberalismus entgegenzustellen.

Inzwischen hat die EZLN gegenüber der Presse verkündet, dass die Beratung, an der alle ihre Milizionäre, Aufständischen und Unterstützungsbasen und mehr als eintausend Gemeinden teilgenommen hatten, abgeschlossen ist. Für eine "neue politische Strategie" stimmten 98% der Befragten. Noch haben die

RebellInnen keine konkreten Details über diese neue politische Strategie bekannt gegeben. Die Erwartungen sind hoch, ebenso die Wut derjenigen, denen es nicht gefällt, dass die Informationen nur tröpfchenweise kommen. Aber eines ist gewiss: Die ZapatistInnen sind immer für eine Überraschung gut.

Marta Durán de Huerata Patiño, Mexiko D.F.

Übersetzung: Lars Stubbe

Nach Fertigstellung des Artikels sind einige Details der neuen politischen Strategie von der EZLN veröffentlicht worden. Die Arbeiten für eine neue nationale Kampagne "für eine andere Politik, für ein nationales Kampfprogramm der Linken und für eine neue Verfassung" haben demnach bereits begonnen. Alle, die sich daran beteiligen wollen, können sich informieren auf: www.revistarebeldia.org/html/index.php

Anmerkungen:

1) Ein wesentlich von den USA finanzierter Aufstandsbekämpfungsplan, dessen vorgebliches Ziel es ist, den Drogenanbau in Kolumbien einzudämmen. Bis auf 2) alle Anmerkungen vom Übersetzer.

2) Von Abgeordneten und Senatoren gebildete Kommission aller Parteien, die als Vertretung der mexikanischen Bundesregierung in den Verhandlungen mit der EZLN fungierte.

3) In der mexikanischen Verfassung sind bestimmte soziale Rechte festgeschrieben. Seit Anfang der 1990er Jahre ist jedoch z.B. durch die Abschaffung des Bodenparagraphen die Möglichkeit kollektiven Landebesitzes und der -bewirtschaftung eingeschränkt worden. In Bezug auf eine neue Verfassung schreibt die EZLN, sie soll "die Forderungen des mexikanischen Volkes berücksichtigen, als da sind: Dach, Erde, Arbeit, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Information, Kultur, Unabhängigkeit, Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden".

4) Genaueres ist noch nicht klar; allerdings scheint es nicht um eine Annäherung an die PRD oder um die Gründung einer Partei o. Ä. zu gehen.

5) Partido de la Revolución Democrática - PRD. Aus der ehemaligen Regierungspartei PRI Ende der 1980er Jahre hervorgegangene Abspaltung, in die viele Linke eingetreten sind.

6) AMLO ist dieser Tage von seinem Amt als Bürgermeister Mexiko-Stadts zurückgetreten, um sich vollständig dem Wahlkampf 2006 zu widmen. Anfang 2005 sah er sich eines von der rechten PAN und der PRI gegen ihn orchestrierten Amtsenthebungsverfahren ausgesetzt, das er mit großer Unterstützung der BewohnerInnen Mexiko-Stadts abwehren konnte. Ebenfalls erst dieser Tage erklärte der einflussreichste innerparteiliche Rivale Cuauhtemoc Cárdenas, Sohn des legendären Präsidenten Cárdenas (1930er Jahre), dass er sich nicht um die Kandidatur der PRD, für die viele ihm kaum Chancen vorausgesagt haben, bewerben würde. Da AMLO über weniger Wahlkampfgeld als die anderen Parteien verfügt, setzt er auf die Mobilisierung der Bevölkerung für seine Wahl.

7) Seit Jahren versuchen neoliberale Kräfte die verstaatlichte Stromerzeugung und Ölförderung in Mexiko zu privatisieren. Während AMLO dieses ablehnt, lässt er die Möglichkeit begrenzter privatkapitalistischer Beteiligung an diesen Industrien offen.

# 26. Von der Afrika-Kommission zur Autobahnblockade. Stichworte zum G8-Gipfel im schottischen Gleneagles

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:28

Wohl noch nie dürfte ein G8-Gipfel das Interesse derart vieler und unterschiedlicher Menschen auf sich gezogen haben wie das diesjährige Stelldichein der laut Selbstauskunft acht mächtigsten Staats- und Regierungschefs Anfang Juli im schottischen Gleneagles. Mit von der Partie sind nicht nur die bereits hinlänglich bekannten DarstellerInnen gewesen - als da wären: globalisierungskritische (Grassroot-)AktivistInnen, NGOs und Polizei. Vielmehr hat auch die von der britischen Regierung wohlwollend unterstützte Massenbewegung Make Poverty History eine zentrale Rolle gespielt. Und natürlich die globale Fangemeinde des Pop - im Zuge der acht von Bob Geldof initiierten und weltweit ausgestrahlten Live-8-Konzerte am 2. Juli.

Eine Analyse dieses Gemengelages wird ohne Schwerpunktsetzungen nicht auskommen. Dennoch gilt es, die Gesamtdynamik nicht aus den Augen zu verlieren. Eine sorgfältige Beschäftigung mit den jüngsten Erfahrungen sollte hier zu Lande auch deshalb erfolgen, weil 2007 der G8-Tross im Ostseebad Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) Station machen wird. Zahlreiche Gruppen, Bündnisse und Netzwerke sitzen bereits in den Startlöchern, mehrere Aufrufe zirkulieren - kurzum: Der G8-Widerstand steht vor der Tür! (1)

Die Wurzeln der politischen Dynamik rund um den diesjährigen G8-Gipfel sind tief, sie reichen zurück bis zur Millenniumserklärung der UNO im September 2000. Damals beschloss die UNO-Vollversammlung, dass bis 2015 Armut und Hunger weltweit halbiert, Krankheiten bekämpft, Geschlechter-Gleichheit gefördert, ökologische Nachhaltigkeit verankert etc. werden sollten. Festgehalten wurde dies in acht Haupt- und 18 Teilzielen sowie 48 Indikatoren - den Millennium Development Goals. So sehr diese auch dem herrschenden, mithin kapitalistischen Status Quo verpflichtet sein mögen, sie zeichnen sich - anders als das gemeinhin der Fall ist - durch konkrete Prozentsätze und klare zeitliche Fristen aus. Das ist der Grund, weshalb sie derzeit von der Mehrheit der Regierungen, NGOs etc. als verbindlicher Rahmen für so genannte Entwicklungs-Strategien angesehen werden. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass die reichen Industrieländer in Hauptziel Nr. 8 die Verpflichtung eingegangen sind, durch Schuldenabbau, Marktöffnungen etc. einen ernsthaften Beitrag zur Umsetzung der Millenniumsziele zu leisten. Und doch: Zur Zeit scheint es, also ob die Millenniumsziele genauso versanden könnten wie viele vergleichbare Projekte in der jüngeren Zeit auch.

Tony Blairs Afrika-Coup

Just diese Verfahrenheit hat sich der in großen Gesten ja einschlägig erfahrene britische Premier Tony Blair zu Nutze gemacht. Bereits früh kündigte er an, seine G8-Präsidentschaft dazu nutzen zu wollen, dem ins Stocken geratenen Millenniumsprozess neuen Schwung zu verleihen. Bereits im Februar 2004 rief er eine Afrika-Kommission ins Leben - schließlich sei die Lage in Afrika dramatischer als überall sonst. Der Kommission gehörten überwiegend Persönlichkeiten aus afrikanischen Ländern an, aber auch zwielichtige Gestalten wie der ehemalige IWF-Boss Michel Camdessus.

Mit viel Brimborium veröffentlichte die Kommission im März dieses Jahres ihren 450-Seiten starken Abschlussbericht unter dem vielsagenden Titel "Unser gemeinsames Interesse". Ihre insbesondere auf die armen Länder Afrikas gemünzten Forderungen wie Schuldenerlass, Erhöhung der Entwicklungshilfe, Förderung so genannter guter Regierungsführung etc. dienten Blair fortan als Blaupause seiner im Hinblick auf den G8-Gipfel formulierten entwicklungspolitischen Vorschläge.

Vor allem zweierlei dürfte Blair mit seiner Initiative im Blick gehabt haben: Erstens, sein eigenes Image aufzupolieren. Immerhin hatte er als Folge seiner Irak-Politik enorme Sympathieverluste erleiden müssen, nicht nur im Ausland, sondern auch zu Hause, insbesondere unter linken Labour-AnhängerInnen. Da kam ihm natürlich ein moralisch hochgejazztes Projekt à la Hilfe und Entschuldung bestens zupass. Zweitens weiß Blair nur zu gut, dass gespreizte Mitmenschlichkeitsrhetorik immer noch ein äußerst vielversprechender Weg ist, ureigenste, in diesem Fall neoliberale Interessen ohne größeren Aufruhr durchsetzen zu können.

Anlässlich der Vorstellung des Afrika-Berichts ließ Blair die britische Öffentlichkeit wissen: "Es gibt keine Entschuldigung, keine Verteidigung und keine Rechtfertigung für das Elend von Millionen Mitmenschen im heutigen Afrika. Uns sollte nichts daran hindern, dies zu verändern." Was das praktisch heißt, darüber gibt der Kommissions-Bericht an exponierter Stelle Auskunft: "Afrika ist letztlich deshalb arm, weil seine Wirtschaft nicht gewachsen ist. Der öffentliche und private Sektor müssen zusammenarbeiten und ein Klima schaffen, das den Unternehmergeist der Völker in Afrika freisetzt, Beschäftigung schafft und in- und ausländischen Einzelpersonen und Firmen den Anreiz zu investieren vermittelt."

Unterm Strich sollte sich Blairs Kalkül einmal mehr als absolute Meisterleistung in Sachen Public Relation entpuppen: Je näher der Gipfel rückte, desto stärker schienen größere Teile der britischen Gesellschaft - allen voran die Medien - von einer regelrechten Euphorie einschließlich nationalistischer Untertöne erfasst zu sein. Die Wörter "Afrika", "Hilfe" und "Entwicklung" waren in aller Munde, niemand wollte den historischen Augenblick verpassen, in dem Afrika dank britischer Initiative auf ein neues Gleis seiner Geschichte gesetzt würde.

Höhepunkt dieses mitunter grotesken Spektakels war der 2. Juli, der Samstag vor dem G8-Gipfel: Einerseits gingen an diesem Tag die vom Afrika-Kommissions-Mitglied Bob Geldof relativ kurzfristig aus dem Boden gestampften Live-8-Konzerte über die Bühne (8 = aid = Hilfe). Andererseits fand in Edinburg eine maßgeblich von Make Poverty History (Macht Armut zur Geschichte) organisierte Großdemonstration mit 250.000 Menschen statt. Make Poverty History ist eine britische, von über 500 Organisationen getragene Kampagne unter zentraler Beteiligung entwicklungspolitischer NGOs.

Die Demonstration hat sich weniger gegen die herrschende, durch den G8-Gipfel verkörperte Weltordnung gerichtet. Sie war vielmehr ein ernst gemeinter Appell an die TeilnehmerInnen des Gipfels, die Chance am Schopfe zu packen und endgültig, so eine Oxfam-Sprecherin, "der Seuche extremer Armut" ein Ende zu bereiten. Nichts hätte dieses (hochgradig illusionenunterwanderte) Arrangement trefflicher auf den Punkt bringen können als der Umstand, dass Blair einer von über neun Millionen BritInnen gewesen ist, der das Symbol der Make-Poverty-History-Kampagne, ein weißes Armbändchen, getragen hat.

Festzuhalten bleibt: Durch seine Strategie der offensiven Umarmung ist es Blair gelungen, relevante Teile des britischen NGO-Spektrums milde zu stimmen, ja zu vermeintlichen PartnerInnen hochzustilisieren und somit größere Proteste während des Gipfels zu verhindern. Es dürfte unstrittig sein, dass dies ein gewaltiges Manko (nicht nur) für den eigentlichen, mehr oder weniger radikalen G8-Widerstand gewesen ist. Immerhin sind hierdurch sämtliche Synergieeffekte flöten gegangen, die normalerweise entstehen, sobald unterschiedliche Strömungen mit unterschiedlichen Positionen, Herangehensweisen und Aktionsformen gemeinsam als kritische Masse agieren.

Widerstand unter sich

Im Kern ist der G8-Widerstand von zwei großen Netzwerken getragen worden: Einerseits den G8-Alternatives, einem stark in Schottland verankerten Bündnis, in dem vor allem linke GewerkschafterInnen, (traditionssozialistische) FriedensaktivistInnen und diverse trotzkistische Gruppen zusammengeschlossen waren. Während sich die G8-Alternatives im Wesentlichen auf einen eintägigen Gegengipfel in Edinburg und die zentrale Demonstration in Gleneagles am Auftakttag des Gipfels beschränkt hatten, ist das Dissent! Network als zweite große Kraft deutlich umtriebiger gewesen: Auf seine Kappe ging ein Großteil der Aktionen während der gesamten G8-Woche, insbesondere die Straßen- und Autobahnblockaden am ersten Tag des Gipfels.

Das nicht nur auf Großbritannien beschränkte Dissent! Network ist ein wilder Querschnitt durch sämtliche Sub-Szenen undogmatisch linksradikaler bzw. anarchistischer Politik (gewesen) - einschließlich genialer Neukreationen wie der Rebel Clown Army. Ausgangspunkt für die meisten Aktionen war das ca. 25 Kilometer von Gleneagles entfernte Aktionscamp (namens Ecovillage) in Sterling - mit permanent etwa 3.000 AktivistInnen. Was lässt sich resümierend über das Tun insbesondere des Dissent! Network sagen?

a) Der G8-Widerstand ist von linksradikaler Seite aus verdammt mickrig ausgefallen - nicht zuletzt, was die internationale Beteiligung betrifft: Mit durchschnittlich 5.000, lediglich am ersten Gipfel-Tag 10.000 G8-GegnerInnen (inklusive G8-Alternatives) konnte de facto nicht an die Mobilisierungserfolge der

vergangenen Jahre angeknüpft werden. Zukünftig dürfte sich das nur verändern, sollte der Vorbereitungsprozess von Anfang an eine breite internationale Verankerung erfahren.

b) Die soziale Zusammensetzung von Dissent! Network ist ebenfalls alles andere als optimal gewesen: Mehrheitlich hat es sich um eine stark subkulturell aufgeladene Veranstaltung junger, weißer EU-EuropäerInnen gehandelt. MigrantInnen bzw. Menschen mit migrantischem Hintergrund, Flüchtlinge oder Menschen aus dem Trikont waren kaum vertreten. Das ist zwar weder neu noch ändert es etwas an der über weite Strecken irrsinnig sympathischen, mitunter grotesk-witzigen Camp-Atmosphäre, aber eine "andere" Welt sieht schlicht und ergreifend anders aus.

Lehren für Heiligendamm

c) Kehrseite des anti-autoritären, überaus strukturpessimistischen Selbstverständnisses innerhalb des Dissent! Network ist ein zum Teil (!) nur schwer überbietbares Verantwortungs- und Informationschaos gewesen. Insbesondere während der Vorbereitung des Blockadetags hat sich das negativ bemerkbar gemacht. Dass dieser dennoch äußerst erfolgreich verlaufen ist, hatte vor allem mit einer allenthalben großen Entschlossenheit, viel Dusel und einer völlig überforderten Polizei zu tun. Der Mangel klarer und durchschaubarer Verantwortlichkeiten hat außerdem so manches manipulatives Einfallstor geöffnet - was in Sterling z.B. von einem scheinbar versierten, faktisch jedoch absolut manipulativ agierenden (weil Moderation und eigene Interessen nahtlos verklammernden) Moderationsteam weidlich ausgenutzt wurde. Die Frage, wie politische, mehrsprachig zusammengesetzte Großgruppen unter Zeitdruck sachlich und effektiv sowohl kommunizieren als auch entscheiden können, bleibt mit anderen Worten eine spannende Herausforderung.

d) Das merkwürdigste Defizit dürfte indessen die weitgehende Abwesenheit nicht nur inhaltlicher Diskussionen unter den AktivistInnen, sondern auch politischer Positionierungen im öffentlichen Raum gewesen sein. Während sich andernorts die Köpfe über Fragen wie Landreform, Wasserrechte oder Verschuldung heiß geredet wurden, schien hiervon das gemeine Dissent!-Network-Publikum reichlich unbekümmert. Konkrete Brückenschläge etwa zu den auf den Weltsozialforen verhandelten Themen und Konzepten fehlten völlig, genauso wie ein Bezug auf die Forderungen des afrikanischen, zeitgleich in Mali tagenden, Anti-G8-Gipfels. Diese inhaltliche Leere setzte sich auch in der Außendarstellung fort. Flugblätter, Zeitungen, Transparente? Mehr oder weniger Fehlanzeige! All das sollte in Zukunft auf jeden Fall anders werden. Konkret dürfte das vor allem eine frühzeitige Bestimmung der Themen erforderlich machen, die anlässlich einer Anti-G8-Mobilisierung zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung gemacht werden sollen.

Es bleibt: Bei aller Kritik, die positiven, hier nur am Rande angedeuteten Erfahrungen überwogen bei weitem - es lohnt, diese Fäden fortzuspinnen. Am ärgsten dürften letztlich viele der NGOs zu knabbern gehabt haben, denn deren hochfliegende Hoffnungen entpuppten sich im Lichte der konkreten Ergebnisse des Gipfels als das, was sie immer schon waren: Luftschlösser, leider nicht mehr!

Gregor Samsa

Anmerkung:

1) attac diskutiert über 2007, das Dissent! Network im deutschsprachigen Raum lädt Anfang Oktober groß in Hamburg ein und das Bündnis linker Gruppen und Einzelpersonen hat unter dem Motto "Für eine interventionistische Linke" einen Aufruf veröffentlicht, ein breites Vorbereitungsbündnis aus allen Strömungen der linken sozialen Bewegungen und Organisationen zu schaffen: www.g8-2007.de

# 27. Täuschung als PR-Strategie. Was auf dem G8-Gipfel beschlossen wurde

Autor: Gregor Samsa · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:29

Schenkte mensch den offiziellen Verlautbarungen im Anschluss an den diesjährigen G8-Gipfel Glauben, so müssen die im schottischen Gleneagles versammelten Staats- und Regierungschefs tatsächlich Ungewöhnliches vollbracht haben: Allenthalben war von historischen Durchbrüchen die Rede.

Es schien, als wäre auf dem G8-Gipfel weltweiter Armut und Verschuldung endgültig das Totenglöckchen geläutet worden. Bei genauerem Hingucken entpuppten sich diese Erfolgsmeldungen jedoch als dreiste Propaganda. Die Kritik selbst moderater NGOs fiel dementsprechend harsch aus.

Was ist auf dem G8-Gipfel Anfang Juli konkret beschlossen worden? Wie lautet die Kritik - immanent wie grundsätzlich?

Entschuldung: Bereits Mitte Juni hatten die G7-Finanzminister (ohne Russland) eine entsprechende Entscheidung getroffen, sie wurde auf dem G8-Gipfel nur noch abgenickt. Danach sollen 18 Ländern, davon 14 aus Afrika, ihre Schulden bei drei multilateralen Finanzinstitutionen erlassen werden (IWF, Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank). Unter bestimmten Voraussetzungen können noch neun, maximal 20 weitere Länder dazukommen. Praktisch handelt es sich um einen sofortigen Schuldenerlass, zumindest für die Länder, die sich bereits qualifiziert haben (s.u.). Der Schuldenerlass ist eine Mogelpackung sondergleichen, er hält nicht im mindesten, was er verspricht:

a) Anders als von G8-Seite kolportiert, wurde mitnichten ein hundertprozentiger Schuldenerlass in die Wege geleitet. Erlassen werden lediglich Schulden bei oben genannten drei Finanzinstitutionen. Die restlichen Schulden - ob bei einzelnen Staaten, Privatbanken oder anderen multilateralen Finanzinstitutionen, sind demgegenüber nicht Bestandteil des Deals. Für die betroffenen Länder hat sich also gerade mal ihr jeweiliger Schuldenstand verringert - mehr nicht.

Mogelpackung Entschuldung

b) Durch den aktuellen Schuldenerlass müssen die betroffenen Länder jährlich etwa eine Milliarde US-Dollar weniger Zins- und Tilgungszahlungen aufbringen. Wie lächerlich gering diese Summe ist, dürfte im Lichte einer weiteren Zahl deutlich werden: Sämtliche Entwicklungsländer zahlen zusammen über 300 Milliarden Zinsen und Tilgungen jährlich. Nach Einschätzung verschiedener NGOs deckt die eine Milliarde US-Dollar gerade mal zehn Prozent des tatsächlichen Entschuldungsbedarfs. Bezugspunkt sind die so genannten Millenniumsziele: Danach sei für 62 hochverschuldete Länder die von der UNO in ihrer Millenniumserklärung angepeilte Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 nur durch einen hundertprozentigen Schuldenerlass realisierbar.

c) Von dem aktuellen Schuldenerlass können laut Beschluss maximal 38 Länder profitieren. Hintergrund sind völlig willkürliche, bereits aus früheren Schuldenerlass-Initiativen bekannte Unterstellungen darüber, welche Schuldenrate (gemessen an den Exporteinnahmen) als tragfähig gilt und welche nicht. Demgegenüber ist festzuhalten, dass es sehr viel mehr Länder gibt, die auf einen teilweisen oder kompletten Schuldenerlass angewiesen sind.

d) In den Genuss des aktuellen Schuldenerlasses kommen ausschließlich so genannte HIPC-Länder (Heavily Indepted Poor Countries). Die 1996 von IWF und Weltbank lancierte und 1999 auf dem Kölner G8-Gipfel neu aufgelegte HIPC-Initiative ist ebenfalls ein Entschuldungsprogramm. Die beteiligten Länder haben als Voraussetzung für den Schuldenerlass ein dreijähriges so genanntes Strukturanpassungsprogramm des IWF zu durchlaufen. Hierbei handelt es sich um ein Bündel haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischer Vorgaben (Konditionen), die seitens der jeweiligen Regierungen auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die dem Geist neoliberaler Denken ganz und gar verpflichteten Strukturanpassungsprogramme des IWF (die auch im Falle von Kreditzahlungen greifen) sind hochgradig problematisch. Im Kern zielen sie auf radikale Öffnung der Märkte, Privatisierung, einseitige Förderung der Exportwirtschaft und umfassenden Abbau staatlicher Regulierungen (z.B. Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel). Sie sind mit anderen Worten - jedenfalls letztinstanzlich - als Türöffner westlicher Interessen im Trikont zu verstehen.

Offiziell heißt es zwar, dass der jüngst beschlossene Schuldenerlass nicht unmittelbar an Konditionen gekoppelt sei; lediglich allgemein ist u.a. von "guter Regierungsführung" als notwendiger Voraussetzung die Rede. Doch das ist bestenfalls untertrieben. Denn auch die 20 Länder, die sich derzeit um Qualifizierung bemühen, müssen zunächst das HIPC-Programm durchlaufen (von den bereits qualifizierten ganz zu schweigen).

Entwicklungshilfe und Handel

e) Last but not least: Der aktuelle Schuldenerlass ist auch deshalb abzulehnen, weil es sich um illegitime Schulden handelt - und nicht etwa um unbezahlbare Schulden (eine Diktion, der sich selbst viele westliche NGOs befleißigen). Darauf hinzuweisen, ist während des G8-Gipfels vor allem NGOs aus dem Süden vorbehalten gewesen, allen voran Jubilee South als einer der größten unter ihnen. Sie fordern ihrerseits sofortige Streichung sämtlicher Schulden für alle so genannten Entwicklungsländer - und überdies Reparationen, nicht nur für die Folgen jahrelanger IWF-Strukturanpassungsprogramme, sondern auch für Kolonialismus und Sklaverei.

Entwicklungshilfe: In dieser Hinsicht ist zwar eine Verdoppelung der Entwicklungshilfe um 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2010 beschlossen worden. Doch auch dieser Beschluss ist nicht wirklich der Rede wert. Denn hierbei handelt es sich überwiegend nicht um zusätzliches Geld, sondern um solches, das bereits mehrmals versprochen wurde - das erste Mal vor 35 Jahren (zumindest was die Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts betrifft).

Handel: Hier wurde faktisch gar nichts erreicht. Einmal mehr wurden keine festen Zusagen zum Abbau der skandalösen Exportsubventionen im Agrarbereich gemacht, durch die Millionen Kleinbauern im Trikont schlicht und ergreifend niederkonkurriert werden. Lediglich von einer Abschaffung "zu einem glaubwürdigen Zeitpunkt" ist diesbezüglich die Rede gewesen.

Gregor Samsa

# 28. Deutsche Sezessionshilfe im Sudan schürt Bürgerkrieg. Bundeswehr sichert Zugang zum Öl

Autor: Jürgen Wagner · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Sudan · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:16

Nachdem Ende Juli der südsudanesische Rebellenchef John Garang bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben kam, sehen viele BeobachterInnen nun den "ohnehin fragilen Friedensprozess bis auf weiteres gefährdet." (FAZ, 2.8.05) Allerdings übersieht diese Einschätzung, dass dieser "Friedensprozess", ob mit oder ohne Garang, in seiner jetzigen Form zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist, denn er hat lediglich das Ziel, im Sudan optimale Bedingungen für die Wahrung deutscher und US-amerikanischer Interessen zu schaffen.

Da es dies erfordert, für eine Seite nahezu unannehmbare Bedingungen zu akzeptieren, konnte der "Friedensprozess" auch nur unter der Androhung massiver militärischer Gewalt seitens Berlins und Washingtons überhaupt in Gang kommen. In voller Kenntnis der Tatsache, dass dieses Diktat zu einem erneuten Bürgerkrieg führen wird, entsendete die rot-grüne Regierung bereits erste Bundeswehrkontingente im Vorgriff auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen, um deutsche Konzerninteressen zu schützen.

Seit der Sudan 1956 die Unabhängigkeit erlangte, befindet sich das Land nahezu permanent im Ausnahmezustand. Schon die Jahre 1963-1972 waren von blutigen Auseinandersetzungen geprägt, denen nach einer nur kurzen Zwischenphase von 1982 bis heute ein zweiter Bürgerkrieg folgte. Im Wesentlichen stehen sich dabei zwei Parteien gegenüber: Einmal die Regierung in Khartum, die die arabischen Muslime im Norden vertritt und geführt wird von dem 1989 durch einen Militärputsch an die Macht gelangten Omar Hassan al Bashir. Zum anderen die lange von John Garang und nun von seinem Nachfolger Salva Kiir befehligte Sudanesische Befreiungsarmee (SPLA), die ihre Machtbasis im überwiegend christlichen Süden hat. Trotz der Tatsache, dass in Folge der Auseinandersetzungen etwa zwei Millionen SudanesInnen umkamen und wohl doppelt so viele vertrieben wurden, zeigte der Westen lange Zeit wenig bis kein Interesse, sich für eine Beilegung des Konfliktes einzusetzen. (1) Nachdem im Sudan bedeutende Ölvorkommen gefunden wurden, hat sich dies aber insbesondere in Berlin und Washington geändert.

Transatlantische Stimmungsmache

War man sich noch in der Frage des US-amerikanischen Alleingangs gegen den Irak spinnefeind, forderten ab 2003, angeblich auf Grund der tragischen Ereignisse in der westsudanesischen Krisenregion Darfur, die im späteren Friedensabkommen jedoch explizit ausgeklammert wurde, deutsche wie US-amerikanische PolitikerInnen einmütig ein bewaffnetes Eingreifen. Schon im Dezember 2003 plädierte die Grüne Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, für eine Intervention. (2) In das gleiche Horn blies Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, die sich für die Entsendung einer EU-unterstützten Eingreiftruppe aussprach. (3) Auch Washington deutete durch seinen damaligen Außenminister Colin Powell die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens an. (4) Der US-Kongress forderte die Regierung gar dazu auf, "ernsthaft eine multilaterale oder sogar unilaterale Intervention zu erwägen." (5)

Adressat dieser Drohungen war die sudanesische Regierung, der klar signalisiert wurde, dass eine Weigerung, dem "Friedensprozess" zuzustimmen, zu einer westlichen Militärintervention führen wird. Diese Bemühungen waren schließlich von Erfolg gekrönt; am 9. Januar 2005 unterzeichneten beide Konfliktparteien einen "Friedensvertrag" (Comprehensive Peace Agreement, CPA), dessen konkrete Inhalte es verständlich machen, weshalb Khartum hierzu förmlich gezwungen werden musste.

Weniger problematisch sind Bestimmungen, denen zufolge die Scharia nur im Norden gelten soll und die Öleinnahmen des Landes künftig hälftig geteilt werden. Schwieriger ist da bereits, dass der SPLA faktisch die Regierungsgewalt im Süden übertragen wird und sie auch Truppen in beliebigem Umfang unterhalten kann. Der eigentliche Knackpunkt des Abkommens ist allerdings, dass es für das Jahr 2011 ein Referendum vorsieht, in dem die Bevölkerung des Südens über die Abspaltung vom Norden entscheiden kann - und wohl auch wird. Genau dieser Passus deckt sich zwar exakt mit den ökonomischen und strategischen Interessen Berlins und Washingtons, ist aber tragischerweise gänzlich ungeeignet, den Bürgerkrieg dauerhaft beizulegen - im Gegenteil. Wie in zahlreichen weiteren heutigen Konflikten ist Öl eine der entscheidenden Triebfedern des Konflikts.

Zwar sind ausländische Ölfirmen schon lange im Sudan aktiv, erst in jüngster Zeit aber kam es zu einem regelrechten Boom in der sudanesischen Ölindustrie: Allein im Zeitraum von 2001 bis Anfang 2004 verdoppelten sich die nachgewiesenen Reserven von 262 auf 563 Millionen Barrel Öl. Die geschätzten Reserven werden vom sudanesischen Energieministerium bei etwa drei Milliarden Barrel vermutet, was den Sudan zu einem der relevantesten mittleren Ölländer macht. Ebenso stieg auch der Export sprunghaft an. Die Fördermenge erhöhte sich von 270.000 Barrel am Tag (b/d) im Jahr 2003 auf 345.000 b/d im Folgejahr und soll 2005 auf 500.000 steigen. Für 2006 werden sogar 750.000 b/d erwartet. (6) Da das Land zusätzlich über erhebliche Erdgasreserven verfügt, kommt ihm somit eine erhebliche strategische und ökonomische Bedeutung zu.

Schon 1974 kaufte sich die US-amerikanische Firma Chevron ins sudanesische Ölgeschäft ein, kurze Zeit später die französische Total. Beide Konzerne zogen sich nach Rebellenangriffen 1984 aus dem Land zurück. Kurz nach dem Ende des Kalten Krieges stellten die USA die Waffenlieferungen an die sudanesische Regierung ein und distanzierten sich insbesondere auf Grund des Drucks christlich-evangelikaler Lobbygruppen zunehmend von dem Regime al Bashirs. Da der Sudan auch zeitweise den Terroristen "Carlos", vor allem aber zwischen 1991 und 1996 Osama Bin Laden beherbergte, fand sich das Land 1993 auf der Liste der "Schurkenstaaten" wieder. Nachdem sich die Beziehungen zur sudanesischen Regierung beständig verschlechterten, verhängte Washington 1997 umfassende Wirtschaftssanktionen, die es US-amerikanischen Firmen endgültig verboten, in dem Land zu investieren. Parallel hierzu unterstützte Washington spätestens seit Mitte der 1990er Jahre die SPLA. (7)

Das so genannte Friedensabkommen

Zwischenzeitlich waren kanadische (Talisman), schwedische (Lundin Oil AB) und österreichische (OMV) Konzerne im Sudan aktiv, die allesamt sehr gut von dem Bürgerkrieg profitierten. Dieser ist wiederum, einem ausführlichen Bericht von Human Rights Watch zufolge, untrennbar mit den Profitinteressen der Ölkonzerne verknüpft: "Der Zusammenhang zwischen Krieg und Vertreibungskampagne zur Entwicklung des Ölsektors ist offensichtlich: Die Ölgebiete, in denen die Bevölkerung gezielt vertrieben wurde, sind diejenigen, in denen eine Konzession genehmigt und eine Pipeline fertig gestellt wurde." (Human Rights Watch 9/2003)

Allerdings ging die sudanesische Bonanza zunehmend in andere Hände über: "Unter dem Druck internationaler und besonders kanadischer Menschenrechtsgruppen verkaufte Talisman schließlich im Herbst 2002 seine Rechte im Sudan an die indische Firma Videsh - mit einem Gewinn von 30 Prozent ... 2003 verkauften Lundin und OMV ihre Rechte an die ... malaysische Petronas und die indische Vindesh. Block 6 wurde insgesamt an die staatliche chinesische CNCP vergeben. Jetzt sind alle Öl-Claims in chinesischer, malaysischer, indischer und (zum kleinen Teil) sudanesischer Hand, außer dem ungenutzten Block 5 von TotalFinaElf." (T. Steinberg, junge Welt, 16.8.04)

Der Rückzug westlicher Konzerne, die einseitige Einflussnahme auf Seiten der SPLA und die US-amerikanischen Sanktionen ermöglichten China somit den Einstieg ins sudanesische Ölgeschäft. Dieses Engagement ist Teil des chinesischen Interesses, seinen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent auszuweiten, um hierdurch den rapide steigenden Ölbedarf künftig abzusichern. (8) Einem Bericht von Bill Gertz zufolge, Kolumnist der Bush-nahen Washington Times, hat Peking bereits 4.000 Soldaten im Sudan stationiert, um seine dortigen (Öl-)Interessen zu wahren. Eine hohe Regierungsquelle bestätigte gegenüber dem Journalisten zwar nicht die Zahl, wohl aber die Tatsache, dass sich chinesische Truppen im Land befinden. (9) Während also China und andere relevante Mächte, unter anderem auch Russland, im Sudan an Einfluss gewinnen, scheinen die USA vorläufig aus dem Spiel zu sein. So erklärt sich auch die Situation im Weltsicherheitsrat, in dem Moskau und Peking versuchen, drastischere Aktionen gegen den Sudan zu verhindern. (10)

Vor allem dem chinesischen Einflussgewinn muss aus Sicht der US-Hegemonialstrategie entschieden entgegengewirkt werden, da das Land Washingtons gefährlichster "strategischer Rivale" (George W. Bush) ist. Laut Zalmay Khalilzad, einem der einflussreichsten Mitglieder der Bush-Administration, ist es das US-Ziel "ein relatives Anwachsen chinesischer Macht im Vergleich zu den Vereinigten Staaten zu verhindern oder zumindest so lange wie möglich hinauszuzögern." (11) In diesem Zusammenhang wird in Militärkreisen ganz offen betont, dass für eine solche Eindämmungsstrategie insbesondere die Kontrolle der weltweiten Ölvorräte und ihrer Transportwege von zentraler Bedeutung ist, da hierdurch Peking bei Bedarf buchstäblich der Saft

abgedreht werden kann. Auf Grund schwindender Vorräte und rasant wachsenden Bedarfs rechnet man in Sicherheitskreisen ohnehin mit verschärften Auseinandersetzungen insbesondere zwischen den USA und China um die verbleibenden Weltölvorkommen. Offensichtlich droht der Sudan zum Schauplatz dieser Auseinandersetzung zu werden, was es aus US-Sicht erfordert, gezielt auf die Abspaltung des Südens hinzuarbeiten.

Für das Verständnis der Konfliktkonstellation im Sudan ist es wichtig zu wissen, dass sich das sudanesische Öl im Süden des Landes befindet. Es wird per Pipeline in den Norden nach Port Sudan am Roten Meer gepumpt, was der Zentralregierung weiterhin Einfluss auf die Vorkommen ermöglicht. Wie erwähnt wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass die südsudanesische Bevölkerung, falls es 2011 zu einem Referendum kommen sollte, mit großer Mehrheit für eine Abspaltung votieren wird. Darin dürfte das eigentliche Interesse der Vereinigten Staaten liegen, denn dies würde es ermöglichen, das Öl nicht mehr nach Norden, sondern nach Südosten zum Indischen Ozean abzutransportieren und damit dem chinesischen Einfluss zu entziehen. Aus der geopolitisch dominierten Sicht der US-StrategInnen würde also eine Spaltung des Sudan Washingtons Position erheblich stärken. Zu allem Überfluss deckt sich dieses Interesse mit dem der Bundesregierung bzw. deutscher Konzerne.

Das Öl schmiert den Bürgerkrieg

Der bisher ausschließlich über den Norden gewährleistete Abtransport des südsudanesischen Öls macht gegenwärtig eine Abspaltung des Südens nahezu unmöglich, da er in diesem Fall ohne Vermarktungsmöglichkeit für seine Ressourcen dastünde. Genau dieses Problem beabsichtigt die nach ihrem Gründer benannte deutsche Firma Thormählen Schweißtechnik AG zu beheben. Sie erhielt von der SPLA den Zuschlag für den Bau einer Eisenbahn, die es ermöglichen soll, sudanesisches Öl und andere Bodenschätze an den Indischen Ozean und von dort auf den Weltmarkt zu transportieren. Insgesamt geht es um eine 4.100 Kilometer lange Strecke von den Ölfeldern des Südsudan mit Abzweigungen nach Uganda bis nach Rongai/Nairobi. Sie soll an das vorhandene alte englische Eisenbahnnetz anschließen, das die Firma im Zuge eines Folgeprojektes ebenfalls erneuern will.

Zusätzlich sind eine Reihe weiterer Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Projekts geplant. Dies sind laut einer Pressemitteilung der Thormählen Schweißtechnik AG unter anderem: "Aufbau von Energieerzeugung (insbesondere Wasserkraft); Aufbau der Nilschifffahrt; Aufbau der Telekommunikation; Aufbau einer Fluggesellschaft; Aufbau einer neuen Hauptstadt für den Südsudan." Dem Unternehmen zufolge belaufen sich die Kosten auf "2,5 Mrd. US-Dollar alleine für den Gleisoberbau. Insgesamt ist mit einem Investitionsvolumen von ca. 8 Mrd. US-Dollar für diesen Bereich zu rechnen." (www.thormaehlen-schweisstechnik.de)

Kein Wunder also, dass in der deutschen Wirtschaft bezüglich des Sudans eine "Goldgräberstimmung" (Weltspiegel) herrscht. "Ich bin begeistert, dass die deutsche Wirtschaft ein so großes Interesse daran zeigt, im Sudan tätig zu werden", so Klaus Thormählen. "Es kamen bereits Anfragen von Firmen, wie viel sie investieren sollen, um unsere Partner zu werden." (Hamburger Abendblatt, 17.2.05) Eine Kooperation mit dem Minenräumunternehmen Mine Wolf aus Koblenz ist bereits vereinbart, ThyssenKrupp ist ebenfalls schon eingestiegen. Presseberichten zufolge seien auch Siemens, die Strabag und andere deutsche Konzerne hochinteressiert, sich an dem Geschäft zu beteiligen. Damit man die Bevölkerung auch über die Segnungen deutschen Profitstrebens adäquat aufklären kann, will Thormählen, der sich selbst schon als "Konsul des Südsudan" sieht (Stormaner Nachrichten, 11.5.05), auch zusammen mit Radio Hamburg einen Radiosender namens "Voice of Sudan" aufbauen: "Die einfachen Menschen im Sudan können nicht lesen. Das Radio ist die einzige Möglichkeit, sie zu erreichen", so der Firmenchef gegenüber dem Hamburger Abendblatt.

Bei so viel unternehmerischem Tatendrang ist auch die Bundesregierung nicht weit. Der Deal soll unter tatkräftiger Mithilfe von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingefädelt worden sein und ist Teil einer Gesamtstrategie, den deutschen Einfluss in Afrika weiter zu vergrößern. (12) Aus diesem Grund wurde auch gleich eine kräftige Anschubfinanzierung gewährt: "Zehn bis 15 Millionen Euro benötigt Thormählens Unternehmen nun zunächst als Startkapital. Für die Kredite kann das Unternehmen mit Hermes-Bürgschaften rechnen. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) habe ihm seine Unterstützung zugesagt." (Hamburger Abendblatt, 17.2.05) Grundsätzlich sollen die SüdsudanesInnen das ganze Projekt aber selbstverständlich selbst bezahlen, wie die Pressemitteilung des Unternehmens versichert: "Die Einnahmen

aus dem Ölgeschäft dienen dabei als Sicherheit für die Finanzierung." Anders gesagt, es wurde sicher gestellt, dass die Öleinnahmen des Landes direkt in die Taschen deutscher Konzerne wandern.

Wird das Infrastrukturprojekt realisiert, hätte dies für die sudanesische Regierung dramatische Auswirkungen: "Der Transport in die nordsudanesische Hafenstadt Port Sudan entfiele, Khartum verlöre jeden Einfluss auf das Öl und seine Erlöse." (13) Hiermit wäre endgültig der Weg zur Spaltung des Landes geebnet. Interessant und aufschlussreich ist deshalb der Zeitplan, den Thormählen in seiner Pressemitteilung bekannt gab: "Der erste Bauabschnitt schließt an die in Kenia vorhandene Meterspurbahn an und verbindet die Städte Rongai (nordwestlich von Nairobi) mit Juba im Südsudan. Es ist geplant, dass zumindest diese Teilstrecke von ca. 1.000 km bis zum Referendum, das in sechs Jahren im Sudan stattfinden soll, in Betrieb gehen kann." Damit wäre der Abtransport des Öls zum Indischen Ozean genau zu dem Zeitpunkt sicher gestellt, an dem davon ausgegangen wird, dass sich der Südsudan vom Norden abspalten wird - aktive Sezessionshilfe könnte man hierzu wohl sagen. Bemerkenswert offen wurde dies vom Unternehmenssprecher gegenüber German-Foreign-Policy.com bestätigt: "Die meisten gehen davon aus, dass Nord- und Südsudan sich trennen werden." (14)

Deutsche Schweißtechnik spaltet

Damit sich die gigantischen Profitinteressen der deutschen Wirtschaft aber tatsächlich realisieren lassen, ist die Beilegung des Bürgerkriegs eine notwendige Bedingung und somit der eigentliche Grund für die deutsch-amerikanischen Interventionsdrohungen: "Wir können erst anfangen, wenn sich die politische Lage dort bessert", wurde ein Thormählen-Mitarbeiter vor Abschluss des "Friedensvertrages" zitiert. (Deutsche Welle, 30.8.04) Exakt an diesem Punkt beißt sich aber die Katze in den Schwanz, da genau dieser "Friedensprozess" gleichzeitig die Bedingungen für eine Teilung des Landes schafft. Es ist mehr als unwahrscheinlich das Khartum dieser Entwicklung auf Dauer tatenlos zusehen wird, denn der unfruchtbare Norden wäre seiner einzigen Einkommens- und damit Überlebensquelle beraubt. Von Überlegungen, dem Norden über einen wie auch immer gearteten Interessensausgleich zwischen den Konfliktparteien eine Überlebensperspektive zu bieten, war bislang nirgends etwas zu lesen. Spätestens wenn sich also eine Abspaltung des Südens konkretisiert, dürfte sich der Norden gezwungen sehen, mit einer Wiederaufnahme des Bürgerkrieges zu reagieren - im schlimmsten Fall unterstützt durch China. (15) Willkommen zurück im Zeitalter des Kalten (Stellvertreter-)Krieges.

In der Tat wird die unbestreitbare Involvierung Khartums in die grausamen Vorgänge in Darfur von BeobachterInnen auch als Warnschuss an den Süden - und an Widerstandsbewegungen im Osten, die unterstützt durch die SPLA im Juni ebenfalls eine Offensive starteten, gewertet, dass Sezessionsversuchen von Seiten der Regierung mit äußerster Härte und Unnachgiebigkeit begegnet wird: "In Sorge um das eigene Überleben könnte Sudans regierendes Regime schlicht eine Nachricht übermitteln - dass Rebellion Gräueltaten nach sich zieht." (16)

Obwohl also Khartum eine erhebliche Schuld am Drama in Darfur zukommt, ist die Realität vor Ort deutlich komplizierter, als dies von deutschen Politikern und Medien, mit ihrer ausschließlichen Verurteilung der sudanesischen Regierung, dargestellt wird. So betont der UN-Koordinator für Nothilfe in Krisengebieten, Jan Egeland, die Übergriffe in Darfur seien "nicht nur die Schuld der Regierung. Es gibt dort viele Milizen und andere Kräfte ... Die selben Stämme sind vertreten, sowohl unter denjenigen, die andere vertreiben, als auch unter denjenigen, die vertrieben werden." Weiter gibt der UN-Mitarbeiter an, alle Bürgerkriegsparteien seien an der Eskalation beteiligt: "Die sogenannten Janjawid-Milizen, organisierte Kriminelle, zu viele Arbeitslose mit zu vielen Gewehren, Regierungstruppen und mit Bestimmtheit auch Streitkräfte der Aufständischen." Dies wird auch von amnesty international bestätigt: "Es gibt Berichte über Missbrauch und Folter, einschließlich Vergewaltigung durch Mitglieder der SLA und der JEM", die beide Rebellenorganisationen sind. (Obransmayr 2004) An solch einem differenzierteren Bild aber scheinen Politik und Medien nicht interessiert zu sein.

So ist ein Großteil der Berichterstattung auch als Vorgriff auf einen im Falle einer neuerlichen Eskalation des Bürgerkrieges notwendigen "humanitären Friedenseinsatz" durch die interessierten Mächte zu werten. Es wird ein "Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet - nützlich für den Fall, dass die Transporttrasse nach Kenia nicht ungestört gebaut werden kann." (T.I. Steinberg, junge Welt, 16.8.04) Zur Vorbeugung und gegebenenfalls schnellen Durchführung genau dieses Szenarios wurden inzwischen auch Bundeswehrsoldaten in das Land entsendet.

Nachdem die Bundesregierung (und andere NATO-Staaten) seit 2004 in Darfur stationierte Truppen der Afrikanischen Union sowohl logistisch als auch finanziell unterstützt, vollzog man dieses Jahr den endgültigen Schritt zur direkten militärischen Beteiligung. Am 22. April beschloss der Bundestag die Entsendung von bis zu 75 SoldatInnen in den Südsudan, die Teil der UN-Mission im Sudan (UNMIS) sind. Diese basiert auf der UN-Sicherheitsratsresolution 1590 vom 24. März 2005 und hat ein so genanntes robustes Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta, was die Lizenz zur Anwendung militärischer Gewalt zur Überwachung des "Friedensabkommens" einschließt.

Bundeswehr - Söldnerheer

Offensichtlich soll diese Truppe die gewünschte Stabilität gewährleisten, bis alle Voraussetzungen zur Abspaltung des Südsudan erfüllt sind. Anders ist jedenfalls Verteidigungsminister Peter Strucks Aussage, man richte sich auf eine Mandatszeit von "bis zu sechs Jahren" ein, kaum zu deuten. Vor diesem Hintergrund liest sich der Antrag der Bundesregierung an das Parlament wie eine Drohung: "Ohne internationale Unterstützung besteht die Gefahr, dass die Regelungen des am 9. Januar 2005 geschlossenen Friedensvertrages zwischen Nord und Süd nicht eingehalten werden und es zu einem erneuten Ausbruch von Kampfhandlungen kommt." (Vgl. T. Pflüger/J. Wagner, junge Welt, 22.4.05)

Dass der Vorsitzende des EU-Militärkomitees, Gustav Hägglund, die Krise im Sudan als prototypisch für künftige Einsätze der neu geschaffenen schnellen europäischen Eingreiftruppen, den sogenannten Battlegroups, bezeichnet, kommt nicht von ungefähr. (J. Dempsey, Financial Times, 12.4.04)

Natürlich hat jeder Konflikt auch spezifisch regionale Ursachen. Im Falle des Sudan spielen materielle Konflikte um Wasser und Land, wie auch Rivalitäten der lokalen Eliten eine wichtige Rolle. Die Chancen für eine friedliche Beilegung sinken aber erheblich, wenn weite Teile der Bevölkerung auch auf Grund gezielter westlicher Ausbeutungspolitik auf das Drastischste verarmt sind, wie selbst die Weltbank inzwischen zugesteht. (17) Gerade in diesem Kontext ist der Sudan tatsächlich auf tragische Weise prototypisch. In den 1980er Jahren übernahm das bettelarme Land, um Kredite zu bekommen, die Vorgaben von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank, was zu den allseits bekannten Resultaten führte: "Die Politik von IWF und Weltbank hat die Armut und soziale Spaltung des Landes weiter vorangetrieben", resümiert Gerald Oberansmayr.

Die militärische Stabilisierung so genannter fehlgeschlagener Staaten wie des Sudan, die von westlicher Ausbeutungspolitik immer weiter in Armut und Konflikte gestürzt werden, ist essenziell, um deutsche Handelsinteressen zu wahren, wie Der Spiegel unmissverständlich klar macht: "Solche Geschäfte brauchen stabile politische Rahmenbedingungen. Joschka Fischers klare Ansage, man könne Darfur ‚nicht sich selbst überlassen', ist deshalb keine Phrase, sondern ein Programm. Ausufernde Unruhen und eine Regierung, die ihren eigenen Staat nicht im Griff hat, sind Gift für profitablen Handel." (R. Falksohn/T. Thilke, Spiegel Online, 1.8.04)

Gegenüber den acht Mrd. US-Dollar, die die deutschen Großkonzerne einfahren werden, sind die Kosten für den Bundeswehreinsatz in Höhe von 1,3 Mio. Euro vergleichsweise gering. Allerdings könnte man doch so ehrlich sein und - wie in Afrika ja leider nicht unüblich - gleich eine Söldnertruppe zum Schutz der Konzerninteressen engagieren; ist der Auftrag der Bundeswehr im Südsudan denn etwas anderes?

Jürgen Wagner

Jürgen Wagner ist geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (www.imi-online.de)

Quellen/Anmerkungen:

1) Martin Pabst: Der Sudan - Land der Gegensätze. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 1/2004

2) Otfried Nassauer: Das neue sicherheitspolitische Interesse an Afrika. In: Streitkräfte und Strategien, 21.8.04

3) Gerald Oberansmayr: Sudan: Vor der nächsten Militärintervention. In: Guernica 3/2004

4) Norm Dixon: Crisis in Sudan, Counterpunch, 9.8.04

5) Oberansmayr 2004

6) US Department of Energy: Sudan Country Analysis Brief, 9.7.04

7) US Steps up Support for South Sudanese Resistance. In: Middle East Intelligence Bulletin 11/1999

8) Amy Myers Jaffe/Steven W. Lewis: Beijing's Oil Diplomacy. In: Survival, Spring 2002.

9) Bill Gertz: Chinese in Sudan: Notes from the Pentagon, www.gertzfile.com/gertzfile/ ring030504.html (17.9.04)

10) China asks U.S. to revise draft on Sudan's Darfur. Reuters, 14.9.04

11) Zalmay Khalilzad: U.S. Strategy Toward China. In: F. Carlucci u.a.: Taking Charge. Santa Monica 2001, S. 64

12) Die Bahn zur Unabhängigkeit, Informationen zur deutschen Außenpolitik, 18.7.04

13) Informationen zur deutschen Außenpolitik, 18.7.04

14) Keimzelle, Informationen zur deutschen Außenpolitik, 27.7.04

15) Martin Pabst: Der Sudan - Land der Gegensätze. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 1/2004. Allerdings sollte betont werden, dass es fraglich ist, ob China in naher Zukunft bereit sein wird, einen heftigen Konflikt mit Washington zu riskieren.

16) Nelson Kasfir: Sudan's Darfur: Is It Genocide? In: Current History 5/2005

17) World Bank: Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003

# 29. Der Libanon auf der Suche nach Souveränität und Demokratie. Die Zedernrevolution fand nicht statt

Autor: Miriam Edding · Rubrik: Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:24

In Beirut gab es diesen Frühsommer kein Entkommen vor den überlebensgroßen Bildern von Saad El-Hariri. Der Sohn des im Februar ermordeten früheren Ministerpräsidenten Rafik El-Hariri war die omnipräsente Galionsfigur eines Oppositionsbündnisses, das die Verflechtung der alten Eliten mit den syrischen Geheimdiensten anprangerte. Im In- und Ausland setzte man große Hoffnungen in die Wahlen vom Mai und Juni, die eine Demokratisierung der von Syrien ferngesteuerten Politik des Libanon einleiten sollten. Doch trotz des Wahlsieges der ehemaligen Opposition unter Führung von El-Hariri sind wirkliche Veränderungen für das in konfessionellem Klientelismus erstarrte politische System nicht in Sicht.

Nachdem der Libanon nach Ende des Bürgerkrieges 1989 und nach dem Abzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon 1990 jahrelang fast völlig aus den Zeitungsseiten verschwunden war, war der Ton der Nachrichten im Frühling euphorisch: Nach der Rosenrevolution in Georgien und der orangen Revolution in der Ukraine werde die Welt nun Zeuge der Zedernrevolution im Libanon. Die westliche Presse griff das Stichwort des US-amerikanischen State Department begeistert auf, und auch libanesische Kommentatoren fanden den Vergleich nicht unpassend.

Tatsächlich springen einige Parallelen ins Auge: Die Ermordung eines der Opposition zugerechneten Politikers wird dem Geheimdienst des übermächtigen Nachbarn angelastet und es kommt zu wochenlangen Massenprotesten. Diese Mobilisierung erzwingt gemeinsam mit internationalem Druck im April dieses Jahres den Rückzug der seit 29 Jahren im Land stationierten syrischen Truppen sowie den Rücktritt des zu dem Zeitpunkt amtierenden pro-syrischen Premierministers Emile Lahoud. Im Mai und Juni finden dann unter den Augen europäischer WahlbeobachterInnen die ersten Wahlen ohne offizielle syrische Präsenz statt, aus denen die vormalige Opposition mit einer knappen Mehrheit als Siegerin hervorgeht. Und dennoch: Die Revolution blieb aus.

Syrien hatte eine führende Rolle bei der Beendigung des Bürgerkriegs inne und bestimmte seitdem - von der internationalen Gemeinschaft toleriert - die politischen Geschicke des Libanon. Durch starke Geheimdienstpräsenz, militärische Truppen und eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem libanesischen Establishment abgesichert, ging im Libanon nichts ohne die Zustimmung des "Großen Bruders." Im August 2004 veranlasste Syrien schließlich - im Widerspruch zur libanesischen Verfassung - eine Verlängerung der Amtsperiode des amtierenden libanesischen Präsidenten Lahoud um drei Jahre. Eigentlich ein starkes Stück - aber nichts wirklich Ungewöhnliches in der politischen Geschichte des Libanon.

Neu war allerdings, dass die USA und Frankreich im September 2004 eine gemeinsame Resolution in den UN-Sicherheitsrat einbrachten, die dann weniger als 24 Stunden vor der Sitzung zur Verfassungsänderung im Libanon verabschiedet wurde. In der UN-Resolution wird die volle Souveränität des Libanon gefordert, der Rückzug aller ausländischen Truppen, die Auflösung aller bewaffneten Milizen sowie eine verfassungsmäßige Durchführung von Wahlen. Außerdem zielt die Resolution auf die Entwaffnung der Hisbollah - eine Forderung, die auf der US-amerikanischen Agenda für die Region schon lange ganz oben steht. Ein starkes Signal an die Adresse Syriens, das deutlich macht: Die Zeiten der internationalen Duldung der "intelligentesten Besatzung aller Zeiten" sind vorbei. (1)

"Intelligenteste Besatzung aller Zeiten"

Das verstärkte Interesse der USA am kleinen Libanon mit seinen gerade mal vier Millionen EinwohnerInnen ist in der stark von den US-Neokonservativen beeinflussten Strategie für den "Greater Middle East" zu suchen: Um die Hegemonie der USA in der Region langfristig abzusichern, wird auf eine notfalls auch mit militärischem Druck durchzusetzende Zwangsmodernisierung der arabischen politischen Systeme gesetzt. Das von der Baath-Partei diktatorisch reagierte Syrien ist nicht zuletzt durch seine Lage direkt neben dem Irak schon länger im Visier der US-Strategen: Schon im "Syria Accountability Act" von 2003 wurden weit reichende Sanktionen gegen das Land verhängt sowie ein Investitionsverbot für US-Unternehmen in Syrien ausgesprochen. Auch Kommentatoren, die einer Beendigung des langjährigen Status Quo der syrischen Dominanz positiv gegenüberstehen, wie der Kolumnist der englischen Tageszeitung Daily Star sind sich sicher: "Einer der

Gründe, warum sich das libanesisch-syrische Verhältnis zunehmend verschlechterte, liegt in dem zunehmenden Druck der USA auf Syrien, bezüglich des Iraks besser zu kooperieren." (2)

In Folge der UN-Resolution witterte nun die antisyrische Opposition im Libanon Morgenluft. Selbst einige ehemals pro-syrische Politiker begannen, sich offen gegen Syrien zu stellen. Rafik El-Hariri gründete ein eigenes Wahlbündnis, die Zukunftspartei. Seine Ermordung im Februar wird dem syrischen Geheimdienst angelastet, verschärfte deshalb die anti-syrische Stimmung in der libanesischen Bevölkerung und brachte die große Wut über die enge Verfilztheit der syrischen und libanesischen korrupten Staatsapparate zum Ausbruch. Es kam zu Massendemonstrationen gegen die Regierung und zu rassistischen Übergriffen auf syrische Billiglohn-Arbeiter, die zu Tausenden im libanesischen Bausektor beschäftigt waren und im Zuge der Ausschreitungen fast alle den Libanon verließen.

Strategie "demokratischer Destabilisierung"

Die Hoffnung vieler LibanesInnen, dass das Ende der syrischen Präsenz zu mehr demokratischen Freiheiten führen werde, erwies sich schon während des Wahlkampfes als unbegründet: Statt politischer Programme setzen die Wahlkämpfer auf Personenkult und Ressentiments der verschiedenen Konfessionen untereinander. Und das politisch wichtigste Projekt, endlich das von der Kolonialmacht Frankreich etablierte Konkordanz-Wahlsystem abzuschaffen, wird im Streit begraben. In Konkordanz-Demokratien werden Sitzverteilung im Parlament und wichtige politische Ämter nach einem Proporz an die verschiedenen ethnisch-religiösen Gruppen vergeben. (3) Überkonfessionelle politische Programme haben so keine Chance.

"64 muslimische Abgeordnete + 64 christliche Abgeordnete = Null libanesische Abgeordnete" - mit dieser Parole warb die Gruppe hayyabina während des Wahlkampfs für die Errichtung eines säkularen Staates. Aber die kleinen Gruppen von Linken, die für eine Überwindung des auf Korruption und Proporz zwischen Clans und Konfessionen basierenden politischen Systems des Libanons eintreten, haben kaum gesellschaftliches Gewicht. Denn auch die große Mehrheit der ehemals oppositionellen, nunmehr regierenden Politiker hat kein Interesse an einer tiefer gehenden Veränderung, sondern gedenkt, den Libanon auf dieselbe mafiöse Manier, nur eben ohne die syrischen Mitbestimmer und Mitverdiener zu lenken. Was zumindest bei den Hauptkräften der neuen Regierung, Saad El-Hariris Zukunftspartei und der Sozialistischen Fortschrittspartei des Drusenführers Walid Dschumblatt nicht verwunderlich ist, gehören doch beide zum Zirkel der Clans, die seit Jahren den Libanon wirtschaftlich und politisch dominieren. Die Worte, mit denen Saad El-Hariri am häufigsten in der Öffentlichkeit für sich wirbt, sind dafür durchaus programmatisch: "Ich werde alles fortführen, was mein Vater begonnen hat". (4)

Konkordanz- System verhindert Demokratie

Vater Rafik El-Hariri, zweimaliger Ministerpräsident und einer der reichsten Männer des Landes, hat durch die Ermordung zwar eine Art Märtyrerstatus erlangt. Tatsächlich aber war er eine eher zwielichtige Gestalt. Einem Teil der LibanesInnen galt er als patriotischer Mäzen; vor allem der von ihm finanzierte Wiederaufbau der zerbombten Altstadt Beiruts wurde ihm hoch angerechnet. Andererseits jedoch warf man ihm Korruption und persönliche Bereicherung vor. El-Hariri war einer der erfolgreichsten Vertreter derjenigen Politiker, die das Land wie ein Privatunternehmen führten und sich selber dabei extrem bereicherten. Sohn Saad El-Hariri wiederum war bis zum Tode seines Vaters Direktor eines saudiarabischen Großkonzerns. Und, so kommentiert die Le Monde diplomatique süffisant: "Die Frage nach der politischen Erfahrung von Saad El-Hariri wurde von niemandem gestellt. Hariri wurde keineswegs von einer Partei oder politischen Organisation nominiert, sondern von ‚der Familie` - der Begriff hat im Libanon offensichtlich nichts Zweideutiges." (5)

Während die Politiker aller konfessionellen Lager aufgrund des komplizierten libanesischen Wahlsystems um Listenplätze taktierten und wie eh und je unsinnige Bündnisse auch mit politischen Gegnern eingingen, um den Erfolg ihrer Liste zu sichern, sorgten mehrere Attentate für zusätzliche Verunsicherung in der Bevölkerung. Innerhalb weniger Wochen wurden der profilierte Journalist Samir Kassir - scharfer Kritiker der libanesisch-syrischen Geheimdienst- und Wirtschaftsverflechtungen und prominente Figur während der Frühjahrsdemonstrationen - sowie George Hawi, Ex-Generalsekretär der Kommunistischen Partei Libanons, die für eine Veränderung des konfessionellen Systems des Libanon eintritt, Opfer eines Bombenattentats.

Auch im Christenviertel Achrafieh explodierten mehrere Bomben, und mit dem Ex-Verteidigungsminister Elias Murr wurde vor kurzem das erste Mal auch ein pro-syrischer Politiker das Ziel eines (missglückten) Attentats.

Viele BeobachterInnen der Situation im Libanon befürchten, dass diese gezielten Verunsicherungen und die Form, in der der Wahlkampf geführt wurde, das alte libanesische Übel des konfessionellen Klientelismus eher gestärkt als geschwächt haben. Die internationale Presse ist sich zwar mit der Mehrheit der libanesischen Kommentatoren einig, dass Syrien als der Drahtzieher der Anschläge anzusehen ist. Viele Schiiten im Libanon halten es aber mit der Hisbollah, für die nur Israel hinter den Destabilisierungsversuchen stecken kann, während wiederum pro-syrische Politiker - von denen einige dank des Konkordanzwahlsystems mit in der neuen Regierung sitzen - in den USA die Drahtzieher vermuten. Nur eines scheint sicher: Da bisher (trotz eines von der UN geschickten Sondergesandten) keines der Attentate aufgeklärt wurde, gedeihen Verschwörungstheorien und Angst.

Sicher ist nur: Verschwörungstheorien wuchern

Der Libanon blickt daher wohl eher unsicheren Zeiten entgegen und die Vorschusslorbeeren der internationalen Presse für die neue Regierung sind unangebracht. Das politische Kräfteverhältnis hat sich lediglich zu Gunsten derjenigen Eliten verschoben, die, als die Zeit dafür opportun war, mit der syrischen Vorherrschaft brachen. Weiterhin rekrutiert sich die politische Führung aus den Reihen derjenigen Clans und ehemaligen Milizchefs, die auch schon während des Bürgerkrieges führende Rollen innehatten. Die andauernde Straffreiheit für die Verantwortlichen des Bürgerkrieges verhindert außerdem eine Auseinandersetzung der libanesischen Gesellschaft mit ihrer Geschichte jenseits von Schuldzuweisungen an die jeweils anderen. Die viel bejubelte "Zedernrevolution" hat das konfessionelle System nicht zum Tanzen gebracht, sondern eher zementiert. 15 Jahre nach Ende des Bürgerkrieges ist das eine bittere Bilanz.

Miriam Edding

Anmerkungen:

1) Theodor Hanf, zitiert in: Die UN-Resolution 1559 und die Souveränität des Libanon; Heinrich-Böll-Stiftung 7.10.04, www.boell.de/downloads/nahost/UNSC-Resolution1559_Libanon.pdf

2) Rami Khoury, Daily Star, 4.6.05

3) Die Konkordanz-Demokratie erfreut sich bei den Großmächten auch noch heute großer Beliebtheit und diente als Modell für die Wahlen im Irak. Auch in Afghanistan wurde die Repräsentanz verschiedener "Stammesführer" bzw. "Warlords" in der Regierung angestrebt. Dabei verstärken Konkordanz-Demokratien in der Regel konfessionelle Bindungen, statt politisch demokratisierend zu wirken.

4) Saad El-Hariri, zit. n. Alain Gresh, "Libanons Demokratie ohne Demokraten". Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, Juni 2005

5) Ebd.

# 30. Lebendig begraben im Abschiebeknast. Der Fall Cornelia Rau: Abgründe australischer Asyl- und Flüchtlingspolitik

Autor: Vo., Brisbane/Australien · Rubrik: Australien · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:15

Am 14. Juli 2005 geschah in Australien Außerordentliches: Der Premierminister John Howard entschuldigte sich im Namen seiner Regierung bei zwei Frauen für die menschenunwürdige Behandlung, die sie durch die australischen Einwanderungsbehörden erfahren hatten. Ihm blieb nichts Anderes übrig, nachdem ein von der Regierung selbst in Auftrag gegebener Bericht skandalöse Verhältnisse in der australischen Einwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik offiziell bestätigt hatte - Verhältnisse, die von Menschenrechts- und Flüchtlingsgruppen seit Jahren angeprangert werden.

Auslöser für den Bericht war der Fall einer deutschstämmigen Frau, die in die Mühlen der australischen Einwanderungspolitik geraten war und für fast ein Jahr in den Gefängnissen und Abschiebeknästen verschwunden war. Cornelia Rau, in Hamburg geboren, als kleines Mädchen mit ihrer Familie nach Australien ausgewandert, heute 38 Jahre alt, ehemalige Stewardess bei der staatlichen australischen Fluglinie Qantas, hat eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung in Australien. Sie leidet an Schizophrenie. Im März 2004 verließ sie eigenmächtig eine psychiatrische Anstalt, in der sie behandelt wurde. Einige Zeit später wurde sie in einem nahezu menschenleeren Landstrich im Norden Australiens aufgefunden und der Polizei übergeben, da sie einen verwirrten und hilflosen Eindruck machte. Der Polizei gegenüber sprach sie deutsch und gab an, "Anna" aus Deutschland zu sein. Die Polizei hielt sie für eine illegale Einwanderin.

Bedauerlicher Einzelfall ...

Jetzt setzte ein kafkaesk anmutender bürokratischer Prozess ein: Überstellung der Frau ins Frauengefängnis in Brisbane, sechs Monate im Knast, von dort Anfang Oktober Überstellung ins "Baxter Immigration Detention Centre", einen berühmt-berüchtigten Abschiebeknast in Südaustralien; Versuche, der australischen Behörden, sie nach Deutschland abzuschieben waren ohne Erfolg, weil die Deutschen sie nicht nehmen wollten. In der ganzen Zeit war "Anna" ohne medizinische Betreuung, niemand erkannte ihre Krankheit. Vom Personal des Abschiebeknastes war sie wegen ihres "merkwürdigen" Verhaltens erniedrigender Behandlung ausgesetzt. Ihr Gesundheitszustand verschlimmerte sich zusehends. Ihre Familie, die eine Vermisstenanzeige bei der Polizei aufgegeben hatte, wusste nichts von ihrem Verbleib. Niemand bei Polizei, Gefängnis- und Einwanderungsbehörde bemühte sich ernsthaft, die Identität von "Anna" aufzuklären; man wollte sie los werden. Erst als eine kirchliche Menschenrechtsgruppe aufmerksam wird und zwei große Zeitungen dazu bringen kann, Ende Januar über den Fall zu berichten, naht die Rettung: Cornelias Mutter erkannte auf dem Foto in der Zeitung die Vermisste. Am 4. Februar kam Cornelia Rau aus dem Abschiebeknast frei und wurde in ein Krankenhaus überstellt. Sie gab mehrere Pressekonferenzen und erzählte von demütigender Behandlung, forderte Kompensation und die Abschaffung der Abschiebegefängnisse.

Der Fall schlug in der australischen Öffentlichkeit hohe Wellen. Die Regierung versuchte zunächst, die Sache als bedauerlichen Einzelfall herunter zu spielen. Pech für sie, dass bald nach dem Fall Cornelia Rau ein weiterer bekannt wurde, jener der Vivian Alvarez Solon, australische Staatsbürgerin philippinischer Herkunft. Sie war 2001 nach einem Autounfall in ein Krankenhaus eingeliefert worden, von Beamten der Einwanderungsbehörde ohne Pass und in verwirrtem Zustand angetroffen und ebenfalls im Handumdrehen in die Mühlen der Abschiebebürokratie geraten. Obgleich sie versicherte, Australierin zu sein und in Australien bleiben zu wollen, sorgten die Beamten der Einwanderungsbehörde, die sie zur illegalen Prostituierten deklarierten, umgehend für einen Deal mit den philippinischen Behörden, die der Abschiebung zustimmten. Obwohl die Polizei am Tage der Deportation gegenüber der Einwanderungsbehörde die wahre Identität von Frau Alvarez aufklärte, wurde sie am 20. Juli 2001 nach Manila ausgeflogen und, da durch den Unfall gehunfähig, in ein Pflegeheim der miesesten Kategorie eingewiesen. Dort vegetierte sie jahrelang dahin, bis auch ihr Fall in diesem Frühjahr publik wurde. Zwischenzeitlich war in Australien eine Vermisstenanzeige aufgegeben und sogar über das Fernsehen nach Frau Alvarez gesucht worden. Die Einwanderungsbehörde wusste, wo sie war - und hat geschwiegen. Ihre zwei Kinder, die in Australien bei Verwandten wohnen,

wussten nichts vom Verbleib ihrer Mutter. Die ist immer noch im Pflegeheim auf den Philippinen. Noch ein "Einzelfall" also.

Um der wachsenden Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, bequemte sich die Howard-Regierung im Februar, einen Bericht über den Fall Rau, später erweitert um den Fall Alvarez, in Auftrag zu geben. Beauftragt wurde Mick Palmer, ein ehemaliger Chef der australischen Bundespolizei. Sein Mandat und seine Befugnisse waren sehr begrenzt; die weiter gehenden Forderungen nach einer tatsächlichen öffentlichen Untersuchungskommission wurden von der Regierung zurück gewiesen. Palmer recherchierte gründlich, er brauchte dafür fünf Monate. Er stieß auf weitere 201 (!) vergleichbare Fälle, die er aber nicht untersuchen konnte.

Noch während seiner Recherchen kamen immer neue skandalöse Geschichten ans Licht, z.B. von in Australien geborenen chinesisch-stämmigen Kindern, die aus dem Schulunterricht heraus in einen Abschiebeknast verfrachtet wurden oder von Menschen, die seit sieben Jahren (!) im Abschiebeknast schmoren und darüber nahezu den Verstand verlieren. Angesichts dieser Enthüllungen kam die Howard-Regierung sogar unter Druck aus den eigenen Reihen: Einige Hinterbänkler aus der Regierungspartei kündigten im Mai an, einen Gesetzentwurf einbringen zu wollen, der wichtige Änderungen in der Praxis der Einwanderungsbehörde zu Gunsten der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen vorsah. In zähen Verhandlungen brachte Howard diese Parteimitglieder von ihrem Vorhaben ab, machte aber einige Zugeständnisse: Kinder, die oft jahrelang hinter dem Lagerzaun leben mussten oder gar dort geboren wurden, werden frei gelassen, Familien mit Kindern dürfen jetzt in den Kommunen bis zur Entscheidung über ihren Fall wohnen; langjährig Inhaftierten wird die Freiheit und ein spezielles Überbrückungsvisum angeboten. Allerdings nur zeitlich begrenzt und wenn sie sich bereit erklären, sich abschieben zu lassen, sobald das möglich ist. Flüchtlingen mit einem zeitlich begrenzten Visum wird beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge auf permanente Aufenthaltsgenehmigung zugesichert.

... und noch 201 weitere Einzelfälle

Am System jedoch wird nichts geändert, auch nicht nach Veröffentlichung des Palmer-Berichts. Es gibt weiterhin die Zwangs-Ingewahrsamnahme: Alle Menschen, die ohne gültiges Visum als Flüchtlinge und Asylbewerber nach Australien kommen (etwa 4.000 Menschen jährlich), werden ausnahmslos zunächst einmal in ein Lager gesperrt, bis über ihren Fall entschieden ist - oder darüber hinaus, wenn nämlich ihr Antrag abgelehnt wurde, kein anderes Land sie aufnehmen will. Das kann auf "lebenslänglich" hinaus laufen. Es gibt für die Betroffenen nämlich keinerlei juristische Möglichkeit - australische Gerichte sind für diese Menschen nicht zuständig. Die Lager sind Knäste, mit Mauer und Zaun drum rum (im Falle des Baxter Centres ein 9000-Volt-Elektrozaun), meist in der Einöde gelegen - oder auch auf Inseln Tausende Kilometer entfernt von australischem Territorium. Australien hat ein Abkommen mit dem winzigen Inselstaat Nauru im Südpazifik, das es erlaubt, dort Flüchtlinge und AsylbewerberInnen zu deponieren; zur Zeit leben knapp 300 Menschen im Abschiebelager auf Nauru. Diesen Menschen, Opfer von Gewalt und Verfolgung in ihren Heimatländern, werden fundamentale Menschenrechte vorenthalten. Viele Insassen werden schwer depressiv. (Versuchte) Selbstverstümmelungen und Selbsttötungen kommen häufig vor, 13 Todesfälle sind dokumentiert. Die Lager werden seit 1997 von privaten Firmen im Auftrag der Regierung "betreut". Mehrfach hat es im berüchtigten Woomera Abschiebeknast in der südaustralischen Wüste Revolten gegeben. Doch die Regierung hält stur an der Politik der Zwangs-Ingewahrsamnahme fest; diese habe sich als "Abschreckung" gegenüber "nicht berechtigten" Flüchtlingen und Asylbewerbern bewährt. Von der größten Oppositionspartei im Parlament, der Labour Party, sind keine Einwände zu erwarten - sie hat das System 1992 zu ihrer Regierungszeit selbst eingeführt.

Und auch der Palmer-Bericht kritisiert nur punktuell "Auswüchse" des Systems. Dies allerdings in einer Klarheit, die die Regierung wohl von einem von ihr selbst bestellten Mann nicht erwartet hatte. In der Öffentlichkeit wurde Palmers Kritik jedenfalls als "vernichtend" bewertet (Sydney Morning Herald, 15.7.05). Im 208 Seiten starken Bericht wird gerügt, dass die Beamten der Einwanderungsbehörde die Gesetze, die sie anwenden sollen, nicht kennen oder nicht verstehen, dass sie unzureichend ausgebildet sind, dass die gesundheitliche und insbesondere psychologische Betreuung der Menschen in den Abschiebegefängnissen grottenschlecht ist, dass das Abkommen mit der die Lager als Generalunternehmer verwaltenden Privatfirma Global Solutions Limited (GSL) grundlegend fehlerhaft ist, dass in der Einwanderungsbehörde eine Kultur der Selbstgerechtigkeit und Borniertheit herrscht, dass die Beamten systematisch ihre Macht missbrauchen...

Palmer als ehemaliger Polizeichef war wohl völlig konsterniert ob der Macht, die diese Beamten haben und die die Befugnisse gewöhnlicher australischer Polizisten weit überschreiten, können jene Beamte doch Menschen nur auf Verdacht hin zeitlich unbegrenzt Einknasten, ohne dass ein Richter oder ein Rechtsanwalt eingeschaltet werden müsste.

Und die Reaktion der Regierung? Howard spricht von "bedauerlichen Fehlern" und entschuldigt sich bei den beiden Opfern und sagt diesen "großzügige" individuelle Hilfen zu - die sich bei näherem Hinsehen allerdings als äußerst mickrig erweisen. Der Anwalt von Frau Alvarez Solon hat die Entschuldigung als "heuchlerisch" zurückgewiesen. Tatsächliche Reformen wird es nicht geben. Die zuständige Einwanderungsministerin bleibt im Amt, sie genießt weiterhin das "volle Vertrauen" des Premierministers. Die Ministerin verspricht - Abgrund des Zynismus - für die Zukunft eine "benutzerfreundliche" und "kundenorientierte" Behördenpraxis. Der Chef des Immigration Department wird weggelobt, er wird jetzt australischer Botschafter in Indonesien. Die Nummern zwei und drei in der Hierarchie werden in andere Behörden versetzt.

Allerdings: so deutlich Palmer in seiner Kritik ist, so schwach fallen seine Anregungen für Änderungen aus: Den Lagerinsassen möge besser erklärt werden, warum sie eingesperrt sind, sie mögen Mitsprache über die Verpflegung bekommen, ihnen möge erlaubt werden, Gemüsegärten im Lager anzulegen, - und ähnliche Peanuts mehr. Die nicht von Palmer untersuchten weiteren 201 Fälle unrechtmäßiger Deportation sollen jetzt von einem Ombudsmann aufgeklärt werden. Es ist gewiss, dass Menschen in den Tod abgeschoben wurden.

Jahrelanger Knast für Flüchtlinge

Linke Organisationen, Flüchtlings- und Menschenrechtsgruppen, aber auch die Australische Medizinische Vereinigung, haben den Palmer-Report als Schönfärberei kritisiert. Sie fürchten, dass es nur kosmetische Korrekturen geben wird und fordern weiterhin die Abschaffung der Abschiebegefängnisse, die Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber in die Kommunen und permanentes Aufenthaltsrecht. Als Sofortmaßnahmen fordern sie einschneidende Verbesserungen der medizinischen und psychologischen Betreuung und eine Kündigung der Verträge mit den Privatfirmen, die die Abschiebeknäste verwalten.

Es ist zu befürchten, dass nach der Aufregung über die Fälle Rau und Alvarez und den Palmer-Bericht Öffentlichkeit und Politik bald wieder zur Tagesordnung übergehen werden. Cornelia Raus Schwester hat wohl leider Recht, wenn sie schreibt, dass der Fall ihrer Schwester so große Aufmerksamkeit gefunden hat, weil sie "eine von uns" ist, "weiß, blond, attraktiv, Stewardess bei der nationalen Fluglinie" (Sydney Morning Herald, 15.7.05). Wen aber schert schon das Los der "Namenlosen" aus Afghanistan, Irak oder Sudan? Damit will die australische Mehrheitsgesellschaft ebenso wenig behelligt werden wie die deutsche.

Vo, Brisbane/Australien

# 31. Trennung zur Goldenen Hochzeit. US-amerikanischer Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO gespalten. Interview mit Lowell Turner

Autor: Interview: Georg wissmeier · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:23

Es muss schon Außergewöhnliches passieren, damit Gewerkschaften in den Medien erscheinen. Dies gilt insbesondere für die USA. Ende Juli aber wurde über die Spaltung des Dachverbandes der US-Gewerkschaften AFL-CIO (1) ausführlich berichtet. Kein Wunder: Fünf Gewerkschaften, darunter mit der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU die größte

Einzelgewerkschaft, boykottierten den Kongress des Verbandes, der vom 25.-28. Juli in Chicago stattfand. Einige Gewerkschaften verkündeten während des Kongresses ihren Austritt. (2) Die Kontroverse dreht sich vor allem um die richtige Strategie, den organisatorischen Niedergang der Gewerkschaften in den USA zu stoppen. Waren vor 50 Jahren, als sich AFL und CIO wieder zusammenschlossen, noch rund 35% der

Beschäftigten organisiert, sind es heute nur noch rund 12%. Mit Lowell Turner, Politikwissenschaftler an der Cornell University Ithaca/New York, sprach Georg Wissmeier Anfang August in Ithaca.

ak: Wir sind aktuell Zeuge einer großen Spaltung im Dachverband der US-amerikanischen Gewerkschaften, dem AFL-CIO. Was denkst du darüber?

Lowell Turner: Es ist die erste größere Spaltung im Dachverband seit 1930. Damals war das eigentlich eine gute Sache - obwohl auch da fast alle gesagt haben, wie schlimm, die Arbeiterbewegung ist gespalten. Es kann gut sein, dass das heute genauso ist. Es ist so, dass in dieser neuen Gruppe um die SEIU, Unite Here (3) und die Teamsters (4) die starken und wichtigen Gewerkschaften sind. Besonders SEIU und Unite Here sind diejenigen, die mobilisieren, organisieren, neue Ideen haben. Im AFL-CIO sind jetzt nur noch ein paar Gewerkschaften geblieben, wie z.B. die CWA (Communication Workers of America), die gute Arbeit machen. Viele andere Gewerkschaften schlafen. Diese neue Gruppe, als "change-to-win" angetreten, ist die Gruppe mit neuen Ideen und neuen Strategien. Trotzdem wäre es besser gewesen, wenn diese guten Gewerkschaften eine Koalition/Fraktion innerhalb und außerhalb des AFL-CIO gebildet hätten. (5)

Diese Form der Zusammenarbeit gab es ja mit der Initiierung der "change-to-win"-Koalition schon. Hat das nicht gereicht?

Die SEIU mit ihrem Vorsitzenden Andrew Stern wollte eben etwas Dramatisches machen. Sie sind der Ansicht, dass die Arbeit des AFL-CIO zu bürokratisch und zu altmodisch ist. Sie wollen eine neue Organisation. Das hat natürlich auch mit Stern selbst zu tun, der gerne im Mittelpunkt steht, aber er hat seine Organisation von diesem Schritt überzeugt. Und die SEIU ist die wichtigste Gewerkschaft in diesem Prozess: Sie ist die größte Gewerkschaft in den USA und hat in den letzten zehn Jahren 700.000 neue Mitglieder gewonnen.

Der Schritt der Abspaltung war wohl vorrangig eine Entscheidung der Spitzenfunktionäre ohne Einbeziehung der Mitgliedschaft?

Ja, schon. Aber trotzdem wurde dieser Schritt auch an der Basis diskutiert. Nicht unbedingt unter den Mitgliedern. Das ist ja immer so bei Gewerkschaften. Die meisten Mitglieder sind nicht informiert oder mobilisiert, und das muss auch nicht immer sein. Aber die "locals", die Bezirke sind sich in der Diskussion einig geworden. Aber forciert haben es die Spitzenfunkionäre.

Welche Auswirkungen wird die Spaltung auf lokaler Ebene haben, wo die Einzelgewerkschaften in den lokalen Central Labour Councils zusammen arbeiten?

Das wird man sehen: Ich glaube, das ist noch nicht wirklich in trockenen Tüchern. Ich weiß z.B. dass dieses Problem im Vorfeld in Chicago, Seattle, San José, Los Angeles oder Buffalo diskutiert wurde. Und alle waren sich einig, dass sie auf lokaler Ebene weiter zusammen arbeiten werden. Dort, wo es aktive Gewerkschaftsarbeit vor Ort gibt, gibt es auch das Verständnis, dass man zusammengehört. Aber Spaltungsprozesse entwickeln mitunter eine eigene Dynamik ...

Was ist nun das Neue an der Arbeit von "change-to-win"? Du sagst, sie repräsentieren das Neue in der Gewerkschaftsbewegung. SEIU und Unite Here sind in den letzten Jahren neue Wege bei der Organisierung gegangen. Sie haben MigrantInnen organisiert, sie haben verstärkt Frauen organisiert, sie haben im Niedriglohnsektor organisiert usw. Aber was ist mit den anderen, z.B. den Teamstern?

Klar, ein Teil dieser Gruppe wie die Teamsters oder die United Food and Commercial Workers (UFCW) sind ziemlich traditionell. Aber sie stehen unter einem starken Einfluss von SEIU und Unite Here. Jimmy Hoffa, der Vorsitzende der Teamsters, repräsentiert den konservativen Teil der Teamster, will aber gleichzeitig Organizing stärker machen. (6) Das ist ein gutes Zeichen. Auch dass die traditionell sehr konservative UFCW mitmacht, sehe ich als positiv an. Sie haben letztes Jahr einen großen Streik gegen Supermärkte in Los Angeles organisiert. Den haben sie zwar verloren, aber es gab eine enorme Beteiligung an der Basis. Viele Latinos und viele Frauen waren beteiligt. Diese Kampfbereitschaft hat einen erheblichen Einfluss auf die Organisation und die Funktionäre gehabt.

Aber was ist nun das Neue an der Arbeit. Dass sie organisieren? Das ist doch eine zentrale Aufgabe von Gewerkschaften.

Sicher. Und genau das ist das Problem: Dass die meisten diese zentrale Aufgabe nicht wahrgenommen haben. Das hat mit dem Übergang zu John Sweeny als Vorsitzenden von AFL-CIO in 1995 angefangen. Sweeny stand sowohl für die Hinwendung zu den sozialen Bewegungen als auch für den Übergang von Service-Gewerkschaften hin zu Organizing-Gewerkschaften. Nur umgesetzt hat er es nicht wirklich. Heute sagen alle, dass Organizing notwendig ist, aber nur einige Gewerkschaften machen es. Und Sweeny und der AFL-CIO, die bewegen sich halt, wenn überhaupt, nur sehr langsam. Die Grundidee von "change-to-win" ist im Prinzip diese Idee aus den 1990er Jahren. SEIU und die anderen sagen, wir machen das jetzt. Beziehungsweise: Wir machen das schon seit einigen Jahren und wir wollen das intensivieren. Ohne Bremser im eigenen Dachverband.

Es wird auch davon gesprochen dass in diesem neuen Konstrukt die Gefahr der Zentralisierung sehr groß ist. Ein SEIU-Local in Los Angeles hat sich deswegen auch von der SEIU abgewandt.

Die Zentralisierung ist eine Gefahr und kann zum Problem werden. Aber auf der anderen Seite drängt die Entwicklung zum Handeln. Die im Rahmen der "justice-for-janitors"-Kampagne geführten Kämpfe der Reinigungskräfte, auf die sich alle sehr positiv beziehen, die ist von oben organisiert worden, das wurde auf nationaler Ebene beschlossen. Das kam dann an die Basis und die Leute haben das akzeptiert und haben mobilisiert. Und zwar sehr erfolgreich. Die Idee ist, dass wir stärkere Vorsitzende brauchen, nicht zur Unterdrückung der Basis, sondern damit von dieser Ebene Unterstützung und Anregungen für die Kämpfe an der Basis kommen. Dafür braucht man in bestimmten Zeiten auch Zentralisierung. Wir alten 1968er würden den Begriff des "demokratischen Zentralismus" verwenden, und einige der jetztigen Führungskräfte kommen aus dieser Tradition. Sie wissen, dass man auch Zentralisierung braucht und nicht immer auf die Basis warten kann, um was zu erreichen. Aber das Risiko, dass dann nur noch die Zentrale entscheidet, ist natürlich da.

Gibt es politische Unterschiede zwischen dem neuen Block und dem AFL-CIO?

Zunächst mal gibt es Gemeinsamkeiten: Alle, wirklich alle haben gegen Bush mobilisiert und dafür ein halbes Jahr die Organizing-Arbeit mehr oder weniger ruhen lassen. Aber das Verrückte ist, dass z.B. die AFCSME (Gewerkschaft der staatlichen Angestellten) und die SEIU im Vorwahlkampf beide zu den Hauptunterstützern von Howard Dean (linke Alternative zu John Kerry) als demokratischen Präsidentschaftskandidaten zählten. Jetzt sind sie in unterschiedlichen Gewerkschaftsverbänden. Für John Kerry haben dann alle Wahlkampf gemacht. Die politische Frage scheint mir nicht wirklich der Punkt zu sein. Es kann sein, dass die neue Gruppe etwas unabhängiger agiert, das heißt in der Praxis werden sie sich meistens für Kandidaten der Demokraten einsetzen, aber gegebenenfalls eben auch mal für republikanische. Die SEIU hat z.B. im Staat New York den republikanischen Gouverneur Pataki unterstützt und jetzt unterstützen sie in New York City den republikanischen Bürgermeister Bloomberg. Nun wird von der neuen Gruppe gesagt, dass es keine Unterbrechung mehr beim Organizing geben darf und immer organisiert werden muss, auch in Wahlkampfzeiten. Der AFL-CIO hingegen legt seinen Fokus mehr auf die Lobbyarbeit. Das ist wohl der Unterschied.

Es gibt viele Stimmen in den USA, insbesondere in den Gewerkschaften selbst, die den Hauptgrund für die Spaltung nicht in der Frage nach dem Stellenwert von Organizing sehen, sondern das Ganze eher als einen persönlichen Machtkampf zwischen Andrew Stern und John Sweeny verstehen. Eine der maßgeblichen Forderungen der "change-to-win"-Koalition vor dem Kongress in Chicago war "Sweeny muss weg" - und ein Kandidat von uns muss gewählt werden, dann bleiben wir im AFL-CIO. Als klar war, dass man auf dem Kongress keine Mehrheit bekommt hat man den Kongress boykottiert ...

Dieser Aspekt spielt sicherlich eine Rolle, aber er ist nicht der zentrale. Der Hauptstreit geht um die Frage von Organizing und Mobilisierung. Aber klar hat das Ganze auch persönliche Aspekte. So hat Sweeny am Anfang gesagt, dass er nur für zwei Perioden kandidiert. Nun ist er ein drittes Mal angetreten und wurde wieder gewählt. Es ist nicht das Problem, dass er alt ist; es ist eher das Problem, dass er kein charismatischer Sprecher ist. Leute wie Stern oder John Wilhelm und Bruce Raynor von Unite Here, die strahlen Dynamik aus, das sind Leute die agitieren können. Viele Leute lieben Sweeny, er ist wie ein lieber Großvater, aber das reicht eben nicht.

Die Gewerkschaften sind mittlerweile auf dem organisatorischen Tiefpunkt angelangt. Nur noch 12% aller Beschäftigten in den USA sind organisiert; im privaten Sektor sind es sogar nur rund 8%. Im Dienstleistungsbereich noch weniger. Kann die Spaltung einen Aufschwung bringen?

Das könnte sein. Allerdings hatten wir vor zehn Jahren, als Sweeny als Hoffnungsträger kam, auch schon einen Tiefpunkt. Und seither geht es tiefer und tiefer. 1995 dachte man, dass ein Aufschwung möglich ist. Die Spaltung heute hat viel mit enttäuschten Hoffnungen aus 1995 zu tun. Allerdings muss man sagen, dass 1999 und 2000 zwei gute Jahre für die Gewerkschaften waren. Aber mit dem 11. September 2001 wurde dieser Entwicklung ein jähes Ende gesetzt. In den letzten beiden Jahren gab es wieder erfolgreiche Kämpfe z.B. in Los Angeles, wo die Arbeiterbewegung immer stärker wird. Es ist aber auch deutlich geworden, dass das nicht reicht. Diese Kämpfe sind gut, aber sie reichen nicht. Um einen Aufschwung hinzubekommen müssen die Gewerkschaften innovativer werden und etwas Dramatisches machen. Natürlich stellt sich immer die Frage, ob es möglich ist, aber ich glaube, jetzt ist es wirklich möglich.

Lowell Turner, ist Professor "for International and Comparative Labor" und war als Vertreter der Cornell Universität auf der Konferenz "Neverworkalone". (s. ak 495)

Anmerkungen:

1) AFL-CIO: American Federation of Labour and Congress of Industrial Organizations

2) Zur Zeit sind in dem neuen Zusammenschluss die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (Service Employees International Union), die Teamsters (s.u.), die Handelsgewerkschaft UFCW (United Food and Commercial Workers Union), die Carpenters (Baugewerkschaft), die Agrar- und Industriegewerkschaft. Unite Here, die zwar zur "change-to-win"-Koalition gehören und auch den Kongress boykottierten, sind bisher formal noch nicht dem neuen Verband beigetreten. Die Carpenters gehören schon seit einigen Jahren nicht mehr dem AFL-CIO an. Durch die Spaltung verliert der AFL-CIO, mehr als vier Millionen Mitglieder und mehr als 20 Millionen US-Dollar an jährlichen Beiträgen.

3) Teamsters organisieren vor allem im Transport- und Speditionssektor.

4) Unite Here organisiert hauptsächlich Hotel- und Textilbeschäftigte.

5) Die programmatischen Aussagen der jeweiligen Lager lassen sich auf ihren Homepages nachlesen: www.unitetowin.com und www.aflcio.org.

6) "Organizing" hat in den USA eine besondere Bedeutung: Individuelle Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist unbekannt. Gewerkschaftliche Organisierung heißt dort, Beschäftigte eines Betriebes davon zu überzeugen, dass sie sich im Betrieb von der Gewerkschaft vertreten lassen sollen. Gelingt dies, so ist der Betrieb ein "union shop", d.h. alle Beschäftigten müssen der Gewerkschaft beitreten. Mitgliederwerbung durch ehrenamtliche "Volunteers" und hauptamtliche Organizer ist in den USA somit gleichbedeutend mit Betriebskampf und betrieblicher Organisierung. Immer sind die Anknüpfungspunkte ganz konkrete Konfliktlinien in den Betrieben, in aller Regel Konflikte mit einer hohen moralischen Aufladung.

# 32. Beutegier, Sachverstand und Judenmord. Einwände gegen Götz Alys geschichtspolitischen Ökonomismus

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:12

Götz Alys Buch "Hitlers Volksstaat" ist der Bestseller des Gedenkjahres 2005. Was auch in den meisten kritischen Rezensionen zu kurz kam, sind dessen geschichtspolitische Implikationen: Alys Ökonomismus führt zur Verharmlosung des Nationalsozialismus und zur Ächtung des Gleichheitsgedankens.

Der Erfolg des Buches erklärt sich zum einen aus seiner cleveren Vermarktung: Wieder einmal, so wird suggeriert, müsse die Geschichte "neu geschrieben" werden, weil ein wissenschaftlicher Außenseiter und Querdenker endlich die Wahrheit über die erstaunliche Stabilität des NS-Staates zu Tage gefördert habe: "Kontinuierliche sozialpolitische Bestechung bildete die Grundlage des innenpolitischen Zusammenhalts in Hitlers Volksstaat." Zum anderen ist es die vermeintliche Aktualität des Buches, seine Nutzbarkeit für die laufende Debatte um den Sozialabbau. Wer für Hartz IV und Agenda 2010 ist, dem liefert Aly scheinbar moralisch unanfechtbare Argumente. Seine These: Die sozialstaatlichen Errungenschaften, die heute abgeschafft werden, haben wir den Arisierungen und Raubkriegen der Nazis zu verdanken - also weg damit.

Kriegsziel Wohlstand für alle?

Zweifellos zeigt Aly in seinem Buch eindrucksvoll das ausgeklügelte System der Ausplünderung der von Deutschland besetzten Länder. Auch liefert er wichtiges alltagsgeschichtliches Anschauungsmaterial über die Beutegier der Wehrmachtssoldaten. Die mit einiger Penetranz zitierten Briefe des Beute machenden Wehrmachtssoldaten Heinrich Böll zeigen, dass selbst regimeferne Menschen die materiellen Vorteile, die der Krieg bot, zu nutzen wussten. Damit wird ein weiteres Motiv für das Mitmachen offengelegt: die Bereicherung der deutschen Volksgemeinschaft auf Kosten des inneren wie des äußeren Feindes. Dass Aly dies herausarbeitet, ist verdienstvoll. Indem er dieses Motiv verabsolutiert, ideologische Antriebe, insbesondere den von Saul Friedländer treffend so bezeichneten "Erlösungsantisemitismus", dagegen vollständig ausblendet, verharmlost er den Nationalsozialismus und gerät in die Nähe revisionistischer Historiker.

So wird auch bei Aly der deutsche Faschismus wieder einmal als "sozialrevolutionäre" Bewegung präsentiert. Hitler, Goebbels, Göring und anderen Emporkömmlingen sei es vor allem um "Chancengleichheit" beim sozialen Aufstieg gegangen. Der Utopie von der Volksgemeinschaft lag Aly zu Folge ein "Egalitätsdenken" bzw. "Gleichheitsversprechen" zu Grunde, das auch in praktische Politik umgesetzt worden sei. Als Beispiel nennt er die Rentenerhöhung von 1941 bei der - "wie jeder Radikalsozialist das gerne fordert" - die Renten nicht prozentual, sondern pauschal angehoben worden. Seitenhiebe auf vermeintlich "sozialistische" Elemente der NS-Politik, ihren "sozialen Veränderungswillen", liefert Aly zu Hauf. So provoziert er mit Reizwörtern wie "Kriegssozialismus" oder "nationaler Sozialismus" und bringt unversehens auch noch Lenins berühmte Köchin ins Spiel, wenn er Hitlers Appell zitiert, in Deutschland müssten fortan auch begabte Arbeiter- und Bauernkinder "emporsteigen können bis zur höchsten Führung der ganzen Nation".

Solche Provokationen an die Adresse seiner ehemaligen linken WeggefährtInnen könnte man gelassen zu Kenntnis nehmen, wenn Aly damit nicht zugleich ein Zerrbild des NS zeichnen würde. Allzu oft nimmt er dessen Propaganda für bare Münze - wenn etwa Goebbels im September 1943, nach dem Seitenwechsel Italiens, in sein Tagebuch schreibt: "Noch sozialistischer als früher haben wir uns an das Volk anzuschließen."

Dass der deutsche Faschismus in Wahrheit mit Sozialismus nichts zu tun hatte, gesteht Aly am Beginn des Kapitels über die "Gefälligkeitsdiktatur" implizit selbst ein. Dort nennt er die gegenüber 1928 deutlich gesunkene Lohnsumme von 1935, die immer noch hohe Arbeitslosenzahl (2,5 Millionen 1936) und andere Fakten, um dann fortzufahren: "Doch genügte das Gefühl von ökonomischer Erholung und autoritärer Entschlossenheit, um die Loyalität der großen Mehrheit für den nationalsozialistischen Staat zu wahren." (Hervorhebung ak)

Offensichtlich entlastet Alys These vom "nationalen Sozialismus" diejenigen, die auch über den "Zusammenbruch" von 1945 hinaus von Krieg, Völkermord und Ausbeutung der ZwangsarbeiterInnen

profitierten: die deutschen Großkapitalisten, deren Namen Aly vor "plakativer" Anklage ausdrücklich schützen will. Grotesk wird diese Apologie, wenn Aly den Slogan des Wirtschaftswunderkanzlers Ludwig Erhard - "Wohlstand für alle" - als Ziel nationalsozialistischer Eroberungs- und Vernichtungspolitik ausgibt: "Das konstante Gerede vom Volk ohne Raum, von Weltgeltung, wirtschaftlichen Ergänzungsräumen und so genannter Entjudung bezweckte am Ende immer das eine: die Aussicht auf eine nicht selbst zu erarbeitende Steigerung des allgemeinen deutschen Wohlstands, und das innerhalb kurzer Zeit." In einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung (1.9.04) hat Aly an diese Passage noch den Satz angefügt: "Dieses Ziel und nicht die Interessen der Herren Flick, Krupp oder Abs bildeten die entscheidende Triebkraft für die Politik des Verbrechens."

Dass der "Wohlstand" in Wahrheit kein Selbstzweck war, gesteht Aly an anderer Stelle durchaus zu; die öffentlichen Beihilfen an die Familien der Wehrmachtssoldaten, so zitiert er aus einem Gesetz vom 28. August 1939, dienten "der Erhaltung von Wehrwillen und Wehrfreudigkeit und der Sicherung der inneren Front". Das "Novembertrauma" von 1918, Aufruhr und Desertion als Folge katastrophaler Unterversorgung, sollte sich auf keinen Fall wiederholen.

Wenn Aly auch diesen Grundgedanken nationalsozialistischer Sozialpolitik keineswegs verschweigt, so landet er doch immer wieder bei einer Verharmlosung der "Gefälligkeitsdiktatur". Die NS-Volksgemeinschaft erscheint ihm als Idyll, dem eine "auf das Volkswohl fixierte Stimmungspolitik" und eine "völkisch-staatliche Beglückungsideologie für die kleinen Leute" zu Grunde gelegen habe. Allein die Tatsache, dass politische Gegner, Juden und andere "rassisch Minderwertige" verfolgt oder ermordet wurden, widerlegt schon den pauschalisierenden Slogan von der Wohlfühl- oder Gefälligkeitsdiktatur.

Falsch ist auch die plakative Gegenüberstellung von Politikern und Experten. "Aus purem Populismus" hätten die "Stimmungspolitiker" an der Spitze von Partei und Staat immer wieder die sachlich gebotenen Vorschläge der Fachleute in den Wind geschlagen. "Das stimmungspolitische Optimum, das die NS-Führer anstrebten, bildete allerdings die gute Laune der Deutschen", schreibt Aly, "die materielle Stimulierung einer gehobenen Massenlaune" sei "Ziel des Regierens" gewesen, das auch erreicht worden sei: Es entstand "Goldgräberstimmung", "aus Soldaten wurden bewaffnete Butterfahrer". Gegen diese viel zitierte Formulierung, die auch als Überschrift zu Detlef Hartmanns Rezension in ak 494 diente, hat Michael Wildt vom Hamburger Institut für Sozialforschung zu Recht Protest eingelegt. Dieses "Bonmot", schreibt Wildt, "mag witzig gemeint gewesen sein, tatsächlich dokumentiert es entweder die zivile Ahnungslosigkeit eines Nordeuropäers, dem die Wirklichkeiten des Krieges offenbar nicht mehr gegenwärtig sind, oder einen bemerkenswerten Mangel an sprachlichem Takt angesichts der Verbrechen, von denen die Rede ist. Die Wehrmacht war keine Armee auf Hamsterfahrt, sondern fiel in fremde Länder ein, um zu erobern und zu töten." (Mittelweg 36 3/05)

Antisemitismus kommt bei Aly nicht vor

Vollends verharmlosend argumentiert Aly, wenn er einen ökonomischen "Zwang zu Krieg und Raub" unterstellt. Die wachsende Staatsverschuldung, behauptet er, "machte die deutschen Politiker strukturell unfähig, nach Verständigung zu suchen." Seit Herbst 1940 "blieb nur noch der Überfall auf die Sowjetunion" - als wenn nicht die Eroberung deutschen "Lebensraums im Osten" und die Vernichtung des "jüdischen Bolschewismus" von vornherein als Hauptziele des deutschen Faschismus festgestanden hätten.

Allein die Aussicht auf Beute kann nicht die mörderische Entschlossenheit erklären, mit der "ganz normale Männer" die Ausrottung fremder Völker betrieben. Offensichtlich waren sie davon überzeugt, es mit "Untermenschen" zu tun zu haben, denen gegenüber sie als "Herrenmenschen" zu jedem Verbrechen berechtigt waren. Diese Selbstwahrnehmung, Rassismus und Erlösungsantisemitismus waren die ideologischen Grundlagen für die Massenmorde und zugleich ein wesentlicher Faktor für die innere Stabilität des Regimes.

Aly dagegen besteht darauf, dass selbst die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden vorrangig ökonomischen Zwecken gedient hätte. Seine These: "Der Holocaust bleibt unverstanden, sofern er nicht als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert wird." Die Beamten der deutschen Militärverwaltungen als Organisatoren der Raubzüge hätten ein "professionelles Interesse an der Deportation" entwickelt und in der Absicht gehandelt, "den Krieg so zu führen, dass finanzielle Engpässe möglichst selten

die strategischen Pläne und die Moral der Truppen beeinträchtigten." Das geschah laut Aly ohne Weisungen von oben. Hitler "musste nicht mehr tun, als dem Sachverstand freie Bahn zu verschaffen, verbunden mit der Vorgabe: Gut sei, was den Deutschen nützt; nach den Methoden werde er niemanden fragen."

Die wesentliche "Vorgabe" bleibt in diesem schlichten Ökonomismus ausgeblendet: die vor dem Überfall auf die SU erlassene Weisung, einen Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg zu führen, in dem "rücksichtslos" gegen "bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden" vorzugehen sei. Die Massenmorde als Ausdruck von ökonomischem "Sachverstand" auszugeben, ist nicht nur zynisch, sondern verkehrt auch Ursache und Wirkung. Die Juden waren seit 1933 zum Feind des deutschen Volkes schlechthin erklärt worden. Nur auf Grundlage dieser Vorgabe konnten die Fachleute ihren mörderischen "Sachverstand" ins Spiel bringen.

Völkermord als Ausdruck von "Sachverstand"?

Ob Alys monokausale Erklärung für die Stabilität des NS-Staates das kollektive Bewusstsein dauerhaft prägen wird, ist noch nicht abzusehen. Ihr gegenwärtiger Erfolg erklärt sich nicht nur aus ihrer tagespolitischen Instrumentalisierbarkeit, sondern auch daraus, dass sie eine allzu leicht handhabbare, fast schon beruhigende Interpretation liefert. Wenn sozialpolitische Bestechung das entscheidende Mittel des Regimes war, dann kommen wir den Tätern und Mitläufern menschlich näher. Die taz findet das auch gut so: "Kann es in einer von Korruptionsskandalen erschütterten Republik nicht sogar einen Wiedererkennungseffekt auslösen, einmal durch den irrationalen Schleier der Diktaturbegeisterung hindurch auf Tuchfühlung mit den damaligen Zeitgenossen zu gehen und bei ihnen wohl vertrautes materielles Vorteilsdenken zu finden?" (taz, 27.7.05)

Diese publizistischen Vereinfachungen, welche die Rezeption von "Hitlers Volksstaat" begleiten, sind natürlich nicht umstandslos dem Autor anzulasten. Allerdings hat Aly selbst daran mitgewirkt, indem er den Medien griffige und vor den zitierten Reizwörtern nur so strotzende Kurzfassungen seiner Thesen verkaufte. Siehe etwa Alys Aufsatz "Die Wohlfühl-Diktatur" in Der Spiegel 10/2005, der mit der Verteidigung der "Großbanken und Konzerne" beginnt und mit einer unausgesprochenen, aber nicht zu überhörenden Warnung endet: "Der sozial ausgleichende Egalitarismus des nationalen Sozialismus ließ die Sympathiewerte des NS-Regimes im Inneren immer wieder steigen. Er stärkte die Macht Hitlers und setzte jene Energien ungebremst frei, die zum ungeheuerlichsten Raub- und Vernichtungskrieg der modernen europäischen Geschichte führten." Wenn es sozialer "Egalitarismus" war, der die singulären Verbrechen Nazi-Deutschlands bewirkte, dann muss man zwangsläufig und endgültig damit brechen. Spätestens hier wird Aly zum konservativen Geschichtspolitiker.

Js.

# 33. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:10

Vom Himmel geholt

Zu denjenigen, die die Übernahme der Swiss Air durch die deutsche Lufthansa kritisch kommentiert hatten, gehörten auch 72 Piloten der schweizerischen Fluggesellschaft. In einem offenen Brief hatten sie vor drohendem Stellenabbau und größerer Arbeitshetze und Leistungsverdichtung gewarnt. Im Extremfall, so die Piloten in ihrem Schreiben, sei die Sicherheit im Cockpit gefährdet.

Auf diesen "Hilfeschrei ans Management" reagierte die Swiss Air prompt, allerdings auf höchst eigentümliche Weise. 52 Regionalpiloten, die den Brief mit unterzeichnet hatten, wurden mit sofortiger Wirkung suspendiert. Ihre Flugtauglichkeit soll überprüft werden, und gleichzeitig wird gegen sie ein Disziplinarverfahren angestrengt. Der öffentliche Verweis auf Sicherheitsprobleme, so eine Swiss-Sprecherin, sei geschäftsschädigend. Allerdings werde man wohl von fristlosen Kündigungen absehen und lediglich Verwarnungen aussprechen.

Frankfurter Rundschau

Betriebsrat kündigt mit

Auch das Wach- und Sicherheitsunternehmen Gegenbauer in Thüringen geht rabiat gegen aufmüpfige Beschäftigte vor. Am 11. Juli erhielt Torsten Fugol, ehrenamtlicher Gewerkschaftsaktivist und Vorsitzender des ver.di-Fachbereichs 13 besondere Dienstleistungen in Thüringen eine fristlose Kündigung. Fugol wird "gewerkschaftliche Propaganda" vorgeworfen. Er soll KollegInnen zu "wilden Streiks" aufgehetzt haben und dafür verantwortlich sein, dass IKEA seinen Bewachungsauftrag an Gegenbauer zurückgezogen hat. Störung des Betriebsfriedens lautet die Begründung der Kündigung, der der gelbe Betriebsrat bei Gegenbauer zugestimmt hat.

Seit Monaten wird im Thüringischen Wach- und Dienstleistungsgewerbe für bessere Löhne gestreikt. Gegenbauer-Beschäftigte hatten sich an einem Warnstreik beteiligt, und Torsten Fugol ist Mitglied der Tarifkommission. In dieser Eigenschaft hat Fugol die Wachleute bei IKEA über ihre Rechte aufgeklärt, Infos verteilt und auf die Gültigkeit des Logistiktarifvertrages hingewiesen. In einer Erklärung von ver.di heißt es dazu: "Was ist daran gesetzeswidrig? Nichts, im Gegenteil, zur Überwachung der Tarifverträge ist er nach Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet." Inzwischen klagt ver.di auch gegen den Betriebsrat, weil dieser der fristlosen Kündigung gegen Fugol zugestimmt hat.

Ver.di-Landesbezirk Thüringen

Jahrzehnt des Streiks

Keyhinge Toys ist ein vietnamesisches Unternehmen in Danang, das im Auftrag des Fast-Food-Giganten McDonalds Spielzeug herstellt. Im Mai haben 10.000 Keyhinge-Beschäftigte für höhere Löhne gestreikt. Es war der größte Streik in der Geschichte Vietnams überhaupt. Ebenfalls im Mai streikten 2.000 ArbeiterInnen bei International Viet Pan-Pacific, einem vietnamesisch-koreanischen Joint venture. Auch hier ging es um höhere Löhne sowie um Kantinenzuschläge, "Respekt" von Seiten der Geschäftsführung, Mutterschaftsschutz und gegen "unfaire Entlassungen".

Die beiden Streiks im Mai werfen ein Schlaglicht auf die momentane Situation in Vietnam, einem der südostasiatischen "Tiger-Staaten". Über 900 Streiks haben in den letzten zehn Jahren in diesem Land stattgefunden. 85 Prozent der Arbeitskämpfe drehten sich um Lohnforderungen, daneben spielten vor allem Mutterschaftsschutz und Arbeitsbedingungen die wichtigste Rolle. Auslöser für ArbeiterInnenproteste sind nicht nur die niedrigen Löhne, sondern auch die Willkür und Intransparentz der Lohnsysteme. In den meisten taiwanischen Firmen beträgt der Grundlohn umgerechnet ungefähr 25 Euro im Monat, japanische Unternehmen zahlen ca. 35 Euro und europäische ca. 40 Euro im Monat. Inklusive zusätzlicher Gratifikationen verdienen vietnamesische ArbeiterInnen ca. 50 Euro im Monat.

www.labournet.de

Schrubben bei Lidl

Dieter Schwarz ist ein Kapitalist aus Schwaben. Ihm gehört der Einzelhandelsdiscounter Lidl mit ca. 6.000 Filialen in ganz Europa mit insgesamt 150.000 Beschäftigten, 35.000 davon in Deutschland (zu 80% Frauen). Nach jahrelangem Schweigen hat Schwarz im letzten Jahr erstmals Angaben zu den Lidl-Umsätzen gemacht: 36 Milliarden Euro sind es gewesen.

Dass die Einzelhandelsdiscounter ihre Umsätze und Gewinne im wahrsten Sinne auf den Knochen der Beschäftigten erwirtschaften, ist bekannt und immer wieder Gegenstand gewerkschaftlicher Kampagnen (vgl. den Beitrag in dieser ak). Und das Schwarz-Imperium macht da keine Ausnahme. Folgende Beobachtung aus einer Lidl-Filiale im Raum Heilbronn stammt von einer Kundin, die seit 20 Jahren in "ihrem" Laden einkauft: "Umso erstaunter - und letztlich entsetzter - war ich, als ich bei einem Einkauf am 18. April feststellen musste, dass im Bereich der Kühltheken eine Mitarbeiterin auf dem Boden lag und mit der Zahnbürste den Übergang zwischen Tiefkühltruhe und Fliesen schrubbte."

Laut ver.di sind solche Vorkommnisse keine Einzelfälle: "Neben Arbeitshetze, Pausenklau und ‚geschenkter' Mehrarbeit gehört auch das zu den menschenunwürdigen Bedingungen, die ver.di mit der Lidl-Kampagne bekämpft."

ver.di

Krankenjagd bei DaimlerChrysler

Lange ist es still gewesen um die Normalität der Krankenjagd in deutschen Unternehmen. Doch seit DaimlerChrysler die "Gesundheitsförderung" entdeckt hat, häufen sich auch wieder die Krankengespräche, in denen sich die Beschäftigten von den Meistern die Fehlzeiten der letzten fünf Jahre vorhalten lassen müssen. Aber der Konzern packt noch einen oben drauf: Im Werk Untertürkheim soll die "Gesundheitsprämie" eingeführt werden. Wer nicht krank ist, bekommt Geld, nein eigentlich erstmal ein Los. Und damit können pro Quartal zehn Glückliche an Verlosungen von 250, 500 und 1.000 Euro teilnehmen, je nachdem, ob sie drei, sechs, neun oder zwölf Monate nicht krank geschrieben waren. Wer hingegen krank war, wird weiter drangsaliert; Teile und herrsche unter dem Zeichen des Sterns.

Zu den Schikanen gehört auch der "Gesundheitsfragebogen". 39 Fragen sind dabei auszufüllen: ob, welchen und wie viel Sport jemand betreibt; ob und wie viel man raucht; ob man mehr als drei alkoholische Getränke pro Woche trinkt; ob es in der Familie ein erhöhtes Herzinfarktrisiko gibt; ob und wann man je Unfälle, Operationen, Gicht, Krebs- oder Darmerkrankungen gehabt hat. Ob dieser Fragebogen jemals dem Betriebsrat vorgelegt wurde, ist ebenso unklar wie die Frage des Datenschutzes, schließlich handelt es sich um streng private Daten, die unter die ärztliche Schweigepflicht fallen.

alternative (Belegschaftszeitung bei DC Untertürkheim)

Spaltung, nein danke!

In der "Zukunftsvereinbarung 2012" bei DaimlerChrysler - von Beschäftigten despektierlich "Erpresswerk" genannt - ist die Überführung von Betriebsteilen wie Logistik, Küche, Fuhrpark, Staplerreparatur etc. in einen Dienstleistungstarifvertrag (DLTV) vereinbart worden. 6.000 DC-ArbeiterInnen sollen in diesen Billig-Sondertarif abgeschoben werden, doch der Protest ist enorm. Während das Werk Berlin nicht betroffen ist (Dort sind die genannten Bereiche schon alle fremdvergeben), sprechen sich die Beschäftigten in Sindelfingen eindeutig gegen den DLTV aus. Auch die 150 Betroffenen in Hamburg (Lager, Küche, Werkschutz, Gebäudetechnik und Logistik) protestieren gegen diesen Spaltungsversuch. In Untertürkheim haben die Beschäftigten der Staplerreparatur, des LKW-Fuhrparks und der Küche (insgesamt ca. 1.200 Beschäftigte) den DLTV per Unterschriftenaktion und Versammlungen abgelehnt.

In der Konzernzentrale droht die Geschäftsleitung den 500 Beschäftigten vom Büroservice (Poststelle, Medienservice, Infrastruktur) ganz offen mit Outscourcing, falls der DLTV nicht unterschrieben wird. Ebenfalls in Stuttgart wird das Speiseangebot der Betriebsrestaurants zusammengestrichen, um den BR in Sachen Billig-Tarif unter Druck zu setzen. Im Werk Kassel hatten sich 70 Prozent der betroffenen VerpackerInnen gegen den DLTV ausgesprochen. Dennoch hat der BR einen solchen Sondertarifvertrag abgeschlossen - mit

einer Arbeitszeitverlängerung auf 39 Stunden. Gleiches gilt für die Post, den Verpflegungsbetrieb, Abfallentsorgung und Instandhaltungslager. An den Werkschutz, die Feuerwehr, den Werktransport und die Produktionslager trauen sich BR und Geschäftsleitung noch nicht ran, zu massiv sind hier noch die Buttons "Dienstleistungsvertrag - Stopp!" vertreten.

DC Workers News

Legal, illegal, scheißegal

Mancherorts kämpfen Beschäftigte um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, in machen - vor allem kleineren - Betrieben kämpfen sie darum, mit gradem Kreuz rauszugehen. So im schleswig-holsteinischen Elmshorn beim Mobilfunk-Servicecenter Quips. Dort hatte der BI-Log-Konzern jahrelang das Unternehmen systematisch ausgeschlachtet - unter dem Schutz des Betriebsverfassungsgesetzes. Den 58 Quips-Beschäftigten blieb am Schluss nur noch der Kampf um Sozialpläne und Abfindungen, denn auch die wären gesetzlich nicht zwingend gewesen.

Fünf Tage lang wurde Quips bestreikt. Am Ende erhalten die Entlassenen Mindestabfindungen von 0,4 Bruttomonatsentgelten pro Beschäftigungsjahr. BI-Log finanziert eine Transfergesellschaft als Alternative zur Erwerbslosigkeit: Kurzarbeitergeld plus BI-Log Gelder sichern 80 Prozent des bisherigen Nettolohns. Fristlose Kündigungen und andere Maßregelungen während des Streiks werden aufgehoben. Der Tarifvertrag läuft zwölf Monate. 86,6 Prozent der IG Metaller bei Quips haben dieser Vereinbarung zugestimmt. "Vor dem Streik", so ein Quips-Arbeiter, "haben wir gesagt, alles über Null ist ein Erfolg. Eine Million Euro liegt deutlich über Null."

IG-Metall-Bezirk Küste

# 34. Kampf der DienerInnen. Arbeitsbedingungen und Konflikte im Dienstleistungsbereich

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Arbeiterbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:01

Mit dem Wandel zur so genannten Dienstleistungsgesellschaft scheinen auch die industriellen Konflikte zurückgehen - ein Eindruck, der, obwohl vielfach beschworen, nichts desto trotz reichlich oberflächlich ist. Peter Rennebergs Studie "Die Arbeitskämpfe von morgen? Arbeitsbedingungen und Konflikte im Dienstleistungsbereich" schaut genauer hin.

Seit 1969 ist die Zahl der Streiktage in Deutschland kontinuierlich zurückgegangen. Gleichzeitig jedoch hat sowohl die Zahl der Streikenden wie auch die Zahl der bestreikten Betriebe in den Jahren von 1991 bis 2001 deutlich zugenommen. Und noch spannender wird das Bild, wenn man sich den Dienstleistungssektor anschaut. Hier sind die Streikaktivitäten in auch gemessen in Streiktagen seit 1990 deutlich angestiegen: Noch nie sind im Dienstleistungsbereich mehr Arbeitstage streikbedingt ausgefallen als in den Jahren zwischen 1990 und 2002. Gleichzeitig wurden noch nie so viele Betriebe bestreikt wie in diesem Zeitraum, und auch die Streikbeteiligung war nie höher. Einzel- und Großhandel, Bahn/Post/Verkehr, Öffentlicher Dienst und besonders Banken und Versicherungen sind die Branchen, in denen die Konflikte massiv zugenommen haben.

Arbeitskampf ohne Gewerkschaft

Die so genante Tertiarisierung der Ökonomie, die Ausweitung der Dienstleistungssektoren sowie die zunehmende Integration von personen- und produktionsbezogenen Dienstleistungen in den industriellen Produktionsprozess hat keineswegs zu einer Stilllegung des Klassenkampfes geführt. Peter Rennebergs Buch belegt mit einer Fülle von Befragungen, Fallstudien und anderem empirischen Material, dass an den Dienstleistungsarbeitsplätzen weder die Konflikte und Interessensgegensätze verschwunden sind, noch die Bereitschaft von ArbeiterInnen und Angestellten, ihre Interessen in Arbeitskämpfen durchzusetzen.

Dabei korrespondiert die Kampfbereitschaft im Dienstleistungsbereich keineswegs mit einer Zunahme gewerkschaftlicher Organisierung. Die schwindende gewerkschaftliche Bindung zeigt sich auch und gerade im Dienstleistungsbereich, doch - und das macht Renneberg sehr deutlich - sagt das eben nichts über die Kampf- und Konfliktbereitschaft in diesen Bereichen aus.

"Wer etwas über die Arbeitskämpfe von morgen sagen will, sollte die Arbeitsbedingungen, die gegenwärtig als zukunftsweisend und fortschrittlich gelten, betrachten." So lautet gleich der erste, programmatische Satz in Rennebergs Buch. Es ist deshalb vor allem der Bereich der Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, der im Zentrum seiner Untersuchung steht. Auch wenn er die unterschiedlichen Betriebsformen, Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen in einer etwas schematischen Betriebstypologie zusammenfasst, so zeichnet Renneberg doch ein sehr differenziertes Bild der IT-Branche. Neben den kleinen Internetklitschen mit keinen oder kaum wahrnehmbaren Hierarchien, hohem Identifizierungspotenzial ("We are familiy") und individualistischen Selbstverwirklichungsappeal (vgl. "Kulturloser Rockerhaufen", ak 446), stehen hochgradig neo-tayloristisch organisierte Call-Center, Ausgründungen größerer Firmen oder aber auch Betriebe auf der Schwelle zum "seriösen" Unternehmen. Arbeitsbedingungen und Arbeitskulturen sind - selbst für ein und dieselbe Tätigkeit - höchst unterschiedlich.

Renneberg identifiziert zwei prototypische Entwicklungspfade für die Arbeitsbeziehungen in der IT-Branche: zum einen einen eher restriktiven Pfad mit klaren formalisierten Strukturen, tayloristischen Organisations- und Kontrollformen und relativ geringen individuellen Freiheitsgraden in der Arbeit (bei gleichzeitig hohem Anteil leicht austauschbarer "Rand"belegschaften). Auf der anderen Seite steht die Tendenz zur "ambivalenten Autonomie" mit ihrer Dominanz von Team- und Projektarbeit und ihrem hohen Anteil gut bezahlter, relativ gesicherter Angestelltenverhältnisse. Kontrolle und Steuerung erfolgt hier eher indirekt, über eine totale Vermarktlichung aller Arbeitsbeziehungen und die Entgrenzung der Arbeit, über den "Unternehmer im eigenen Kopf" und dadurch, dass die Beschäftigten sich Unternehmensziele und zwänge permanent zu Eigen machen - ein Thema was in der gewerkschaftlichen Diskussion als "Glissmann-Debatte" bekannt geworden ist (vgl. ak 436).

Conflict in paradise

In beiden skizzierten Entwicklungspfaden ist der Arbeitskonflikt virulent - mal offener, mal eher unter der Oberfläche: Wenn in das Boot, in dem doch alle gleich sitzen, plötzlich "richtige" Hierarchien eingezogen werden, wenn der Hype zusammenbricht und Entlassungen anstehen, wenn dann plötzlich doch Arbeitsdruck, Gesundheitsschutz und Qualifizierungsfragen zum Problem werden. Selbst bei den gestandenen "Gewinnern" des New Economy-Booms mit ihrer hohen Bindungswirkung von Corporate Identity und individuellen Freiheitsgraden in der Arbeit brechen an Arbeitszeiten/Überstunden, Entgelt, Gleichbehandlung und Qualifizierung immer wieder Konflikte auf.

Doch die Arbeitskämpfe von morgen sieht Renneberg nicht in erster Linie in gewerkschaftlich organisierten Streiks. Bedeutsamer sind in seinen Augen Kampagnen, die in soziale Netzwerke eingebunden sind, Boykotte oder auch virtuelle Arbeitskampfformen wie die Störung von betrieblichen Mailsystemen und Internetverbindungen. Es handelt sich dabei jeweils um Kampfformen, die mit ihrer zeitlichen Überschaubarkeit, ihrem Projekt- und Netzwerkcharakter, ihrer klaren Zielsetzung und ihrem selbst bestimmten Handlungsrahmen den Arbeitsbedingungen wie den Bedürfnissen der Beschäftigten sehr entgegenkommen bzw. sehr viel bessere Anknüpfungspunkte bieten.

"Die Arbeitskämpfe von morgen?" liefert somit nicht nur jede Menge Material für eine Entzauberung der schönen heilen IT-Welt. Das Buch zeigt vor allem eines: DienerInnen können auch widerborstig sein.

Dirk Hauer

Peter Renneberg: Die Arbeitskämpfe von morgen? Arbeitsbedingungen und Konflikte im Dienstleistungsbereich. VSA, Hamburg 2005, 301 S., 18 EUR

# 35. Grenzenlos billig? Arbeitsbedingungen bei den Discountern Aldi, Lidl und Schlecker

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:20

Ende letzten Jahres machte das von ver.di herausgegebene "Schwarzbuch Lidl" die miserablen Arbeitsbedingungen des Mega-Discounters öffentlich. Die von einem Aktionsbündnis getragene "Lidl-Kampagne" kämpft seither um bessere Arbeitsbedingungen in dem Unternehmen. Aber Lidl ist nicht der einzige Fall dieser Art: Die Beschäftigten im Einzelhandel geraten überall immer mehr unter Druck. Wir dokumentieren im Folgenden einen Auszug aus einer von ver.di und weed zu diesem Thema herausgegebenen Broschüre.

Da bei Aldi & Co. minimale Personalkosten zentraler Teil der Geschäftsstrategie sind, leiden ihre Beschäftigten unter noch schlechteren Arbeitsbedingungen als dies im Einzelhandel generell der Fall ist. So ist der durchschnittliche Anteil der Personalkosten am Umsatz bei Discountern viel geringer als bei allen anderen Vertriebsformen. Die meisten VerkäuferInnen arbeiten als ungelernte Teilzeitkräfte rund 20 bis 25 Stunden in der Woche. Dabei sind die Verdienstchancen gering: Lidl und Schlecker zahlen maximal Tarifgehalt. Aldi zahlte zwar lange Jahre übertarifliche Gehälter, doch auch hier wälzt man den Preiskampf zunehmend auf die Löhne ab, so dass teilweise noch nicht einmal das Tarifgehalt eingehalten wird. MitarbeiterInnen werden häufig nicht ihren Berufsjahren entsprechend eingestuft, die anfallenden Überstunden oft nicht erfasst und vielfach fällt das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu niedrig aus. Auch tarifliche Zulagen erhalten viele Beschäftigte nicht. Anton Schlecker landete wegen diesem Lohndumping im Jahr 1998 vor Gericht: Erst die Verurteilung zu einer Geldstrafe von umgerechnet einer Million Euro und zehn Monate Haft auf Bewährung konnten ihn dazu bewegen, Gehälter nach Tarif zu zahlen.

Die Arbeitsbelastung bei Discountern ist enorm. Oft sind Filialen unterbesetzt, so beispielsweise bei Schlecker, wo auf eine Filiale in der Regel nur insgesamt drei Beschäftigte kommen, von denen zwei als Teilzeitkräfte angestellt sind. Auch unbezahlte Überstunden sind üblich. So ist bei Schlecker der tägliche Kassensturz am Ende des Arbeitstages, der zwischen 20 und 45 Minuten dauern kann, unbezahlte Mehrarbeit. Auch bei Aldi wird erwartetet, dass die Beschäftigten 30 bis 45 Minuten täglich unbezahlt arbeiten, um morgens die Kasse vorzubereiten und abends abzurechnen.

Bei allen drei Discountern sind die Beschäftigten sowohl für die Kasse als auch für das Verräumen der Ware und das Reinigen der Filiale zuständig. An den Kassen herrscht Akkordzwang: KassiererInnen bei Lidl müssen mindestens 40 Produkte pro Minute über die Scannerkasse ziehen. Aldi-Süd-MitarbeiterInnen sollen nach firmeninternen Vorgaben rund 90 KundInnen pro Stunde bedienen. Insgesamt sind die Beschäftigten einem enormen Überwachungsdruck ausgesetzt. Häufige Testkäufe, Durchsuchungen von Handtaschen und Spinden, Hausbesuche von Vorgesetzten nach einer Krankmeldung oder bei gewerkschaftlichem Engagement sind keine Seltenheit.

Deutschlands zweitgrößter Discounter Lidl gilt als führend bei der Verhinderung von Betriebsräten. Von bundesweit rund 2.500 Filialen haben nur acht einen Betriebsrat. Lidl umgeht das Betriebsverfassungsgesetz gezielt mit immer neuen Gründungen von Subunternehmen und erteilt GewerkschafterInnen Hausverbot. Auch Aldi Süd, in dessen 1.500 Filialen es bislang nicht einen Betriebsrat gibt, geht systematisch gegen Betriebsratsgründungen vor. Im Frühjahr 2004 scheiterte eine Betriebsratswahl in München bereits zum zweiten Mal, nachdem sich der Filialleiter selbst zum Wahlvorsitzenden ernannt hatte. Bereits nach dem ersten Versuch waren die MitarbeiterInnen einzeln zu Unterredungen mit den Vorgesetzen zitiert worden.

Von den rund 11.000 Schlecker-Filialen mit ihren 40.000 Beschäftigten hat inzwischen rund ein Viertel einen Betriebsrat. MitarbeiterInnen, die sich gewerkschaftlich engagieren, müssen jedoch in allen drei Unternehmen um ihren Arbeitsplatz fürchten.

Aus: Sarah Bornmann, Christina Deckwirth, Saskia Teepe: Grenzenlos billig? Globalisierung und Discountering im Einzelhandel. Berlin April 2005. 98 Seiten, 7 EUR. Bezugsadresse: WEED e.V., Torstraße 154, 10115 Berlin,

www.weed-online.org

# 36. Unternehmensberater, die Privatarmee des Neoliberalismus

Autor: Werner Ruhoff · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:06

Eine "globale Privatarmee des neoliberalen Kapitalismus" nennt der Herausgeber Werner Rügemer in dem Buch "Die Berater" die gleichnamige Zunft, die einen neuen Wachstumsmarkt beackert. Übersetzt man die Sprache des preußischen Militärtheoretikers Clausewitz in die aktuelle Marktsprache, so verstehen sich die Berater als brillante Dienstleister, die ihrem Auftraggeber helfen, "sich selbst, seine Ziele und die Hindernisse auf dem Weg zu ihrer Verwirklichung besser zu verstehen". So beschreibt einer der Autoren, Alexander Häusler, das Selbstverständnis der Beraterfirma Boston Consulting Group, die ihr Strategiedenken von Clausewitz ableitet.

Die Re-Transformation der Weltwirtschaft in eine (neo)liberale Marktwirtschaft hat die Bedeutung von Beraterfirmen, die mittlerweile Umsätze in Milliardenhöhe bestreiten, in eine Schlüsselposition gehievt. Rund um den Globus beschäftigen sie über eine Million hochbezahlte und akademisch ausgebildete Profis. Das bekannteste Unternehmen ist McKinsey. Solche Firmen gehören zu den Architekten des "Modernisierungsprozesses". Die Privatisierung staatlicher und kommunaler Einrichtungen und Unternehmen ist das große neue Geschäftsfeld.

Fünfzehn Autoren und eine Autorin haben nun unter dem Buchtitel "Die Berater" zusammengetragen, wer und was sich hinter diesen Beraterfirmen jenseits der öffentlichen Wahrnehmung tatsächlich verbirgt. Untersucht wird, ob die Absichtserklärungen der amtlichen und privaten Auftraggeber und ihrer Berater eingelöst werden oder ob sie bloße Täuschungen sind. Wird die Verschuldung öffentlicher Haushalte abgebaut, gibt es mehr Wettbewerb, verbessern sich unternehmerische Leistungen für Kunden und Beschäftigte?

Die Aufsätze des Buches sind in sechs übersichtliche Themenblöcke eingeteilt. Am Anfang berichten Aussteiger über ihre Erfahrungen. Es folgt eine übersichtliche Darstellung über die weltweit größten Beraterfirmen. Die weiteren Abschnitte beschäftigen sich mit den verschiedenen Bereichen, in denen Beraterfirmen engagiert sind: von Wissenschaft und Kultur über die Kommunen bis zur Europäischen Kommission. Im Anhang findet sich eine alphabetisch sortierte Auswahl von Beraterfirmen, die mit öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen Verträge abgeschlossen haben.

Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wie KPMG und PricewaterhouseCoopers tätigen Umsätze von weit über zehn Milliarden US-Dollar. Die Unternehmensberatung McKinsey deckt 40% des weltweiten Unternehmensberatungsmarktes ab. Ob es um die Bundeswehrreform geht oder um neue Konzepte für Hochschulen, um Projekte wie Toll Collect oder um die Sanierung der Finanzen eines Erzbistums, überall sind Berater eingeschaltet. Ihre Tätigkeit für öffentliche Einrichtungen wird nicht grundsätzlich negativ bewertet. Die Frage lautet: In wessen Interesse beraten sie wirklich?

Privater Zugriff auf öffentliches Eigentum

Vor allen Dingen handeln sie im Interesse ihres Profits und ihrer Marktstellung. Und da der Markt auch hier heiß umkämpft ist, gibt es illegale Praktiken. Sie reichen von Bilanzfälschungen bis zur Korruption. So berichtet der Steueranwalt Mike Hamersley, der wegen der Ablehnung solcher Praktiken bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG seinen Dienst quittieren musste, von "aggressiven Steuersparmodellen", die auf einer Fälschung der vorhandenen Fakten beruhten. Große Wirtschaftsprüfungsunternehmen wie KPMG und PricewaterhouseCoopers sind in Skandale verwickelt, etwa wenn die Öffentlichkeit von Bilanzfälschungen erfährt, so u.a. bei der weltgrößten Bank, der Citigroup. Der in Bilanzmanipulationen verwickelte und in Konkurs geratene Firmenriese Enron wurde vom Jobkiller McKinsey betreut.

Von Beratern entwickelte Finanzkonstruktionen wie Cross Border Leasing und Public Private Partnership gehören zu den Werkzeugen, die den Investoren Zugang zu öffentlichem Eigentum verschaffen. Angeblich helfen die Berater, den Staat zu "verschlanken" und ihn auf der Ausgabenseite zu entlasten. Die Konzepte der Berater laufen in der Regel aber darauf hinaus, Kosten privater Firmen auf die Allgemeinheit abzuwälzen und

einem vermögenden Publikum durch den Zugriff auf öffentliches Eigentum neue Kapitalanlangen zu erschließen. Die Folge: Der Reichtum in den Händen einer Minderheit vermehrt sich zu Lasten der Allgemeinheit und der ärmeren Bevölkerungsschichten.

Die Vorteile eines verbesserten Wettbewerbs kommen dagegen nur selten zum Zuge. Mit der Privatisierung des öffentlichen Eigentums ist auch die Privatisierung des Vertragsrechts verbunden. Weitreichende Entscheidungen mit negativen Auswirkungen für das staatliche Finanzwesen und die Kommunen werden auf eine exklusive, privatrechtliche Ebene verlagert, die den gewählten Volksvertretern verschlossen bleibt. All dies wird anhand detaillierter Fakten anschaulich beschrieben. Ein Beitrag über deutsche think tanks verdeutlicht die Kontinuität zwischen der ordo-liberalen Denkschule und dem neoliberalen Zeitgeist.

Der Aspekt, dass der Beraterboom auch mit der Krisenseite des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zusammenhängt, kommt in den Texten leider nicht zum Vorschein. Dadurch bleibt die Kritik an der neoliberalen Entwicklung auf der moralischen Ebene stecken. Die bloße Darstellung, dass US-amerikanische Beraterfirmen den Markt beherrschen und wie sie die Unternehmenskultur verändern, kann von rechten Demagogen in eine völkische Propaganda umgemünzt werden. Die aktuelle Kritik an einem Artikel des Autors Werner Rügemer über US-Finanzinvestoren in der Zeitschrift Metall weist auf die Gefahr hin, rigide Praktiken der Profitjagd mit ethnischen Charaktereigenschaften in Verbindung zu bringen.

Einige Texte setzen ein Verständnis komplizierter Sachverhalte voraus. Das Buch bietet aber einen guten Einblick in die Vielfalt und das Ausmaß der Beratertätigkeiten. Hinter den Fassaden der Parteien, öffentlichen Institutionen und Unternehmen werden konkrete Akteure sichtbar, die weitgehend unkontrolliert und äußerst wirksam Einfluss ausüben. Aufschlussreich ist auch der Beitrag eines jungen Aussteigers, der plastisch schildert, wie sich die Tretmühle seines Beraterjobs auf sein Privatleben und die Beziehung zu seiner Partnerin auswirkt.

Werner Ruhoff

Werner Rügemer (Hrsg.): Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft. Transcript Verlag Bielefeld 2004. 242 Seiten, 21,80 EUR

# 37. Handreichungen zum Klassenkampf. Die mit dem Geld tanzen

Autor: dk. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:11

Sie sind Münteferings "Heuschrecken" und die "Blutsauger" der IG Metall. Sie zwingen den Chef der Deutschen Börse zum Rücktritt, und ihre Manager gelten als Finanzgenies. Die Rede ist von den so genannten Hedgefonds und Private-equity-Fonds.

Hedgefonds sind Kapitalsammelstellen, deren Manager Anlagemärkte, Instrumente und Strategien weitgehend frei wählen können. Sie unterliegen kaum gesetzlichen Vorgaben. In Deutschland ist am 1. Januar 2004 das "Gesetz zur Modernisierung des Investmentgesetzes" in Kraft getreten, das den Kapitalmarkt weiter liberalisieren soll. Der Finanzplatz Deutschland möchte damit gegenüber den so genannten Offshore-Staaten - wie die Bermudas, Bahrein oder die Cayman-Inseln - konkurrenzfähig sein, die zur Zeit die wichtigste "Heimat" der Hedgefonds sind.

Akkumuliert! Akkumuliert!

Das englische Wort "to hedge" heißt so viel wie "schützen", "absichern", doch darum geht es diesen Investmentgesellschaften in aller Regel nicht. Anlageziel der Fonds ist vielmehr ein "positiver absoluter Return", d.h. eine größtmögliche Rendite, für die auch ein erhebliches Risiko eingegangen wird. Die Renditen dieser Fonds bewegen sich zwischen 15 und 40 Prozent, die durchschnittliche jährliche Rendite der Firma Investcorp des ehemaligen Bertelsmann-Vorstandsvorsitzenden und heutigem Aufsichtsratvorsitzenden von Karstadt-Quelle, Thomas Middelhoff, liegt bei 25 Prozent.

Traditionelles Kerngeschäft der Hedgefonds ist die Spekulation auf zukünftige Marktbewegungen, z.B. in Form von Termingeschäften ("Forwards") und Terminkontraktgeschäften ("Futures"). Ein typisches (Waren-)Termingeschäft bestünde etwa darin, heute an einer Warenterminbörse einen Vertrag zu kaufen, in dem die morgen zu liefernde Menge eines Gutes zu einem heute ausgehandelten Preis festgelegt wird. Hat man gut spekuliert, liegt dieser heutige Preis unter dem tatsächlichen Preis von morgen.

Spekuliert ("gewettet") werden kann auf alles und jedes: auf erwartete Missernten und Überschwemmungen, die die zukünftigen Getreidepreise beeinflussen, auf die Entwicklung von Aktienindizes und Wechselkursschwankungen, auf Kriege und politische Entwicklungen, aber auch auf außergewöhnlichen Geschäftsereignisse wie Firmenfusionen, Insolvenzen oder Firmenumstrukturierungen. Letzteres ist vor allem der Tummelplatz der Private-Equity-Fonds, die sich in Unternehmen einkaufen und dann im Sinne der kurzfristigen Renditemaximierung ihrer Anleger (der "Verwertungszyklus" eines Unternehmens liegt bei drei bis fünf Jahren) diese Firmen restrukturieren - durch Einflussnahme aufs Management, durch Ausschüttung von Reserven und Dividenden oder auch durch Firmenzerlegungen und -verkäufe. Es wird geschätzt, dass zur Zeit etwa 30 Hedgefonds Einfluss auf die Strategie deutscher Firmen nehmen, neben der Deutschen Börse (TCI) etwa Rheinmetall (Perry Partners), Bosch/Telenorma (KKR) oder Siemens Nixdorf (KKR, Goldman Sachs).

Wer das Geld hat, hat die Macht

Weltweit gibt es ca. 8.000 Hedgefonds, vor allem in den USA und Großbritannien, die insgesamt rund eine Billion Dollar verwalten. Bei den gigantischen Finanzvolumina, mit denen auf den internationalen Märkten spekuliert wird, haben diese Geschäfte teilweise dramatische Auswirkungen auf die volkswirtschaftlichen Rahmendaten. 1992 wettete der Quantum-Fund des US-amerikanischen Milliardärs Georges Soros monatelang mit Milliardenbeträgen auf eine Abwertung des britischen Pfunds - solange, bis dies tatsächlich eintrat und Großbritannien das Europäische Währungssystem verlassen musste. Als der Fonds LTCM der beiden Ökonomie-Nobelpreisträger Myron Scholes und Robert Merton 1998 Konkurs anmelden musste, konnten die dadurch ausgelösten weltweiten Kapitalmarktschwankungen nur durch Milliardenhilfen der beteiligten Banken aufgefangen werden, die dadurch ihrerseits in heftige Turbulenzen gerieten. Denn längst wird nicht mehr nur mit eigenem Geld spekuliert, sondern zunehmend mit Krediten. Bei LTCM war die Summe des geliehenen Geldes 30 mal höher als die des Eigenkapitals.

Hedgefonds-ManagerInnen gehören zu den absoluten Spitzenverdienern auf dem internationalen Finanz- und Börsenparkett. Sie kassieren zwischen ein und fünf Prozent des gesamten Fondsvermögens, dazu kommt

eine Gewinnbeteiligung von bis zu 50 Prozent pro Geschäftsabschluss. Jeder der 25 Großverdiener der Branche hatte im Jahr 2003 mehr als 65 Millionen Dollar verdient, ihr Durchschnittseinkommen lag bei 207 Millionen Dollar. Spitzenreiter Georges Soros kassierte 750 Millionen Dollar, David Tepper von Appaloosa Management 510 Millionen, James Simons (Renaissance Technologies) 500 Millionen, Edward Lampert (ESL Investments) 420 Millionen, David Cohen (SAC) und Bruce Kovner (Caxton Associates) jeweils 350 Millionen.

dk.

Quellen: Die ZEIT, Spiegel-online, manager-magazin

# 38. "Wir werden in Deutschland immer noch benachteiligt." Interview mit Tornado Rosenberg, Gitarrist von Swing Gipsy Rose

Autor: Interview: Gaston Kirsche · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:27

Vom 24. bis 26. Juni fand in Hamburg das Kulturfest Gipsy Vision statt mit Konzerten, einem Tanzabend und weiteren Veranstaltungen. Das Motto des Festes lautete auf Romanes: "Mer war ketni" - wir kommen zusammen. Romanes wird von Roma und Sinti in vielen Ländern gesprochen, so auch in Hamburg. Die Idee für das Kulturfest hatte Wolkly Rosenberg, der vor 30 Jahren mit seinem Bruder Tornado Rosenberg die Formation Swing Gipsy Rose gründete. Beide gemeinsam nutzen ihre Kontakte für Gipsy Vision.

Ihr Vater Lani brachte ihnen früh das Spielen auf der Gitarre nahe. Bei Auftritten lernte Wolkly den damals schon bekannten Gipsy-Swing-Gitarristen Haens'che Weiss kennen. Im Schnuckenack Reinhardt Quintett spielte Haens'che Weiss mit Verwandten von Django Reinhardt zusammen, der für den Gipsy Swing Jazz stilbildend war mit seinem Hot Club de France in den 1930er Jahren in Paris. Bis heute formieren sich die Bands des Swing-Jazz ähnlich wie der Hot Club de France: Drei Gitarren, Violine und Contrabass. Gesang gibt es kaum. Neben Haens'che Weiss und der Swing Gipsy Rose standen bei den beiden anderen Konzerten des Festes Geigenspieler im Mittelpunkt: Der "Teufelsgeiger" Wedeli Köhler spielte schnelle Swing-Stücke, aber auch ungarische Folklore. Letztere stand bei der Kapelle Tutus Florian Lakatos im Mittelpunkt. Angekündigt wurden sie im Programm als "Die Könige der Zigeuner". Sie spielten osteuropäische Musik mit Cimbalom und Akkordeon in rasantem Tempo.

Obwohl sie zu Recht die Vorurteile der deutschen Mehrheitsgesellschaft kritisieren, die Roma und Sinti seit Jahrhunderten als "Zigeuner" stigmatisiert, ausgrenzt und verfolgt, benutzten die Veranstalter, die Brüder Rosenberg und der Cinti e.V. das Etikett "Zigeuner-Jazz", um auf sich aufmerksam zu machen. Das ist Ausdruck des Dilemmas, entweder ignoriert oder stigmatisiert zu werden. Auch der wohlmeinende sowjetische Spielfilm "Das Zigeunerlager zieht in den Himmel", der im Rahmen von Gipsy Vision lief, kommt nicht ohne romantisierende Zuschreibungen aus. Das Leben von Roma im 19. Jahrhundert wird einerseits als sozial marginalisiert, andererseits aber auch folkloristisch dargestellt.

Bei dem Kulturfest waren Gadje, Nicht-Roma oder Sinti, aber nicht auf diesen vor allem wegen der Musik sehenswerten Film angewiesen, um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie Roma und Sinti leben. Im Anschluss an den Film gab es die Möglichkeit, Wolkly Rosenberg und Alfred Lora direkt zu befragen. Die Eltern von Wolkly und Tornado lernten sich in einem KZ in Polen kennen; die Rosenbergs lebten zuvor in einer Wohnwagensiedlung für "Zigeuner" am Gängeviertel, in einer der ungastlichsten Gegenden Hamburgs.

Noch heute haben Roma oder Sinti, die sich in Deutschland als solche zu erkennen geben, im Alltag Nachteile: "Tagtäglicher Rassismus", nennt das Marko S. Knudsen, Vorsitzender des neugegründeten Zentrum für Antiziganismusforschung an der Uni Hamburg. "80 bis 90 Prozent der Roma-Kinder gehen auf Förderschulen, das verbaut die Möglichkeit, Berufe zu erlernen, von vorneherein", sagte Knudsen. Nach einem aktuellen Beispiel für Diskriminierung gefragt, musste er nicht lange überlegen: "Die Roma- und Cinti-Union (RCU) sucht seit einem Jahr Büroräume. Sobald die Vermieter Roma und Sinti hören, ist es vorbei, obwohl die Behörde die Miete garantiert. Es heißt dann, Zigeuner, das passt unseren anderen Mietern nicht." Und obwohl in Hamburg laut Behörde inklusive der noch geduldeten Flüchtlinge aus dem Kosovo 37.000 Roma und Sinti leben, bekommt die RCU nur einen Sozialarbeiter von der Stadt finanziert.

Gaston Kirsche

ak: Wie sehen Sie als Musiker die Situation von Roma und Sinti in Deutschland?

Tornado Rosenberg: Es ist eindeutig, dass wir gerade in der Kulturarbeit benachteiligt werden und jahrelang nicht gefördert wurden. Hier wäre eine Aufbauhilfe notwendig, natürlich auch auf überregionaler Ebene, in den Städten, da unsere Kultur im Dritten Reich stark kaputtgemacht wurde. Um nur ein Beispiel zu nennen: An einem einzigen Tag wurde das gesamte Lager der "Zigeuner" in Auschwitz-Birkenau aufgelöst. Alle Sinti und Roma kamen dort um und wurden von den Nazis ermordet. Man kann sich ja vorstellen, dass somit auch ein

großer Teil unserer Geschichte, unserer Kultur zerstört wurde. Damit wir unsere Kultur wieder aufbauen können, müssten wir sie der Gesellschaft auch näher bringen können, da die Feindbilder gegenüber uns in der Gesellschaft immer größer werden.

Wie werden Roma und Sinti diskriminiert?

Die Diskriminierung hat eine andere, neue Form angenommen. Wir werden in Deutschland immer noch benachteiligt. Das zeigt sich auch bei den Medienanstalten, wo wir kaum vertreten sind. Nicht dass wir es nicht wollen, man gibt uns einfach keine Möglichkeit. Man schließt uns aus und legt uns - so meine Erfahrung - immer wieder Steine in den Weg. Die Kulturbehörde sagt, dass es ausreicht, wenn man ein Projekt im Jahr unterstützt. Im Klartext: "Wir unterstützen ja gerade das Festival in Winterhude", das heißt, für ein zweites Projekt ist kein Geld da.

Ein wesentlicher Punkt, den ich erwähnen muss, ist der Begriff "Zigeuner", der nicht von uns erfunden wurde. Den Namen haben andere gewählt, die eine gewisse Vorstellung haben, wie man unsere Volksgruppe bezeichnen soll, und die keinen anderen Namensbegriff kannten. Sie haben sich ein eigenes Bild aus ihrer Sicht gemacht. So können Sie leider in der Gesellschaft immer noch Vorurteile finden, die aus dem Mittelalter bis in die heutige Zeit vorbehaltslos übernommen werden.

Was tun angesichts der Vorurteile?

Ich frage mich, ob es dann besser wäre, sich wirklich zu integrieren, oder ob wir Sinti und Roma nicht lieber zu unseren Wurzeln, zum Einfach-Menschsein unserer Kultur wieder zurückfinden sollten, die durch das Dritte Reich kaputtgemacht wurde. Eine Versöhnung in diesem Sinne halte ich aber nur für möglich, wenn sie auf christlicher Ebene stattfindet, wo sich Opfer und Täter auf einer Art "neutraler Ebene" finden können. Eine Vergebung kann nur dann ernsthaft stattfinden, wenn sie durch Gott gegeben wird.

Sinti und Roma leben im christlichen Abendland und fühlen sich auch mit dem Christentum verbunden. Seitens der katholischen Kirche gab es im Dritten Reich eine starke Diskriminierung. Unter anderem half die katholische Kirche den Nazis, damit die Sinti und Roma in die KZs gebracht werden konnten.

Die Diskriminierung fand allerdings bereits vor der Naziherrschaft statt. "Zigeuner" wurden bereits im 16. Jahrhundert für "vogelfrei" erklärt. Jeder, der sie traf, durfte sie erschießen, so wie man im Wald ein Jagdwild erlegte. So heißt es in einem Jagdbericht: Ein Wildschwein, eine Ente, ein Zigeunermann, eine Zigeunerfrau, zwei Zigeunerkinder, einen Hasen. Das war, bevor die Nazis uns verfolgten. Die Verfolgung durch die Nazis war nur der Höhepunkt der Diskriminierung.

Wie steht es mit den groß angekündigten Entschädigungszahlungen für Roma und Sinti, die von den Nazis zu ZwangsarbeiterInnen gemacht wurden?

In der Entschädigungssache muss man erwähnen, dass eine Entschädigung erst nach 60 Jahren erfolgte. Viele KZ-Opfer haben fast 60 Jahre gewartet und viele haben nie eine Entschädigung bekommen. Da hat die vom deutschen Staat mit der Auszahlung beauftragte Organisation IOM ganz einfach gewartet, bis die KZ-Opfer verstarben. Eine Frau, die bei Mengele in Auschwitz war, sagte mir, dass sie erst jetzt ihren zweiten Teil der Zwangsarbeiterentschädigung bekommen hat. Sie sagte auch, die müssen mir doch noch die Entschädigung für meine Eltern geben, die sie in Auschwitz umgebracht haben. Was sollte ich dazu sagen?

Die KZ-Opfer werden bis heute diskriminiert, also benachteiligt. Ich sage es frei heraus: Das war ein Betrug seitens der Regierung gegenüber den KZ-Opfern. Es ist eine Schande, dass die Politik und die Wirtschaftsfirmen mit den Anwälten verhandeln und versuchen, am besten gar nichts auszuzahlen. Ein Anwalt sagte selbst, die Einzigen, die bei dieser Sache verdient haben, waren die Anwälte.

Als Interessenvertreter, der sich für die Holocaustopfer einsetzt und sich als Sprachrohr sieht, hoffe ich, dass dieses Unrecht nicht übersehen wird, diese Geschichte, die man hier versucht zu verdrängen, ans Tageslicht kommt. Darum schließe ich auch die Holocaustopfer in die Frage, ob wir immer noch diskriminiert werden, mit ein. Die Opfer wollten doch nichts anderes als eine ausreichende Rente, damit sie in Frieden leben können.

Was für Probleme gibt es bei der Arbeit oder Arbeitssuche?

Das Arbeitsamt vermittelt bevorzugt Nichtzigeuner zuerst, und es gab einige Arbeitgeber, die uns nicht ausbilden wollten! Da haben wir uns an unsere eigene Kultur erinnert, da gibt es genug Möglichkeiten, um auf "Arbeitssuche" zu gehen. Aber nun beraubt man uns unserer Kultur. Andere, also Gadje, Nichtzigeuner, machen bereits Geschäfte mit unserer Kultur: Sie verkaufen unsere Märchen, schreiben Bücher. Einige Musiker in der Flamencoszene sagen sogar, dass diese Musikkultur nicht von uns stammt.

Bisher gab es immer wieder Probleme bei der Arbeitsvermittlung. Ich muss erwähnen, dass viele Sinti und Roma unerkannt bleiben wollen, weil sie wissen, dass viele damit nicht umgehen können, mit den Vorurteilen. Und so werden sie halt als Türken, Rumänen, Jugoslawen vermittelt. Nichtzigeuner benutzen heute neue versteckte Vorurteilsbegriffe, wie zum Beispiel "Die Bösen aus den osteuropäischen Ländern, die für Billig-Lohn arbeiten". Damit werden neue Vorurteile geschaffen und Angst geschürt. Das hat auch negative Folgen für uns.

Gibt es Gleichberechtigung in den Schulen?

Es gibt immer noch eine gewisse Ausgrenzung, indem LehrerInnen irgendwie meinen, na ja, die haben eine andere Kultur, also muss man anders mit ihnen umgehen. So werden wir als eine Art "Ausländer" in den Schulen behandelt. Bei mir war es genauso. Man sollte die Kinder gleichberechtigt in den Unterricht einbeziehen. Ich kann nur hoffen, dass unsere Kinder eine Chance bekommen, so wie andere Kinder auch.

Ist die Musik ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Situation zu verbessern?

Auf jeden Fall! Das hat man in anderen Ländern - anders als in Deutschland - bereits kapiert. Ungarn ohne ungarische Zigeunermusik? Kaum zu denken. Spanien ohne seinen Flamenco? Unsere Musik ist in manchen Ländern ein wichtiger Bestandteil geworden. So ist auch die Musik à la Django Reinhardt in Frankreich und den USA zu einem wesentlichen Bestandteil beider Kulturen geworden, auch der Nichtzigeuner, wo beide davon profitieren können.

Wir suchen einen Weg und vor allem Menschen, die uns als Menschen anerkennen, wo wir Freunde finden. Dafür brauchen wir aber diese Festivals. Leider sieht die Kulturbehörde nicht, was für ein wichtiger Kulturfaktor dahintersteht. Man findet zwar immer mehr Interessierte, die unsere Musik mögen, uns aber aus ihren Projekten ausschließen.

Das hoffe ich nun mit Freunden ändern zu können und so habe ich das Forum Gipsy and Friends gegründet. Ich würde mich freuen, wenn ich andere dafür gewinnen könnte. Ich stelle gerade ein neues Programm mit Gipsy and Friends zusammen, wo ich neue Talente mit vorstelle. Wenn möglich, dann wollen wir auch Konzerte in den anderen Städten geben.

Das Interview führte Gaston Kirsche

Gesucht werden für Gipsy and Friends noch SponsorInnen. Anfragen erbeten an: kontakt@gipsyandfriends.de, Telefon: 0180 36 84 306 253, Anrufbeantworter und Infobox. Die Internetseite wird gerade überarbeitet: www.gipsyandfriends.de

# 39. "Der Feind ist in uns selber". ver.di debattiert über Kunst und Kultur

Autor: Susann Witt-Stahl · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:42

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske traf sich mit dem Philosophen Oskar Negt, dem Kulturwissenschaftler Moshe Zuckermann, mit SchriftstellerInnen, MalerInnen und anderen Kulturschaffenden zu einem kritischen Gedankenaustausch

Dass der Gewerkschaftsapparat in den Maschinenpark des Kulturindustriebetriebs integriert wird und ebenso wie Adornos "ewig stampfende Jazzmaschine" nur noch anästhesiertes Bewusstsein für das Weitermachen im entmenschlichten kapitalistischen System produziert, ist ein Albtraum, der eines Tages wahr werden könnte. Denn nicht nur droht die autonome Kunst als "letzter Aufenthaltsort des subversiven, unverdinglichten Subjekts" (Moshe Zuckermann) vom donnernden Einheitsrhythmus des Gewerkschaftskolosses ver.di niedergewalzt zu werden (die Mitglieder aus den künstlerischen Bereichen machen nicht einmal 0,5 Prozent aus). Vor dem Hintergrund, dass ver.di immer häufiger ihre Tarifverträge als Vehikel zur Flexibilisierung des erwerbstätigen Menschen instrumentalisieren lässt und das Feuilleton ihres Zentralorgans Publik zuweilen an die Postwurfsendungen vom Media Markt erinnert, stellt sich die Frage, wie tief der Neoliberalismus schon in den Eingeweiden der Vereinten DienstleisterInnen sitzt.

"Steine zum Singen bringen"

Mitte Juli hatte ver.di auf Initiative des verantwortlichen Redakteurs der Zeitschrift Kunst & Kultur, Burkhard Baltzer, rund 35 KünstlerInnen und Intellektuelle zu einer Konferenz nach Berlin gebeten. GewerkschafterInnen und KünstlerInnen sollen "das Jammern überwinden" und "notwendige kultur- und gesellschaftspolitische Impulse setzen", forderten Frank Bsirske und sein Stellvertreter Frank Werneke in ihrer Einladung. Die Kulturschaffenden wollten aber nicht nur die brutale Kapitalisierung der Lebenswelt "da draußen" kritisieren, sondern auch erörtern, in wie weit gesellschaftliche Widersprüche durch eine totalitäre Eindimensionalität innerhalb der 2,4 Millionen "Einzelteilchen" zählenden Ganzheitsmaschine ver.di ideologisch eingeebnet werden: Der Feind, den es auszumachen gelte, lautete die Diagnose des Lyrikers Hans Arnfried Astel, "ist in uns selber".

Die KünstlerInnen waren jedoch nicht gekommen, um sich an dem leider auch schon in der linken Journaille hoffähigen Geschwätz von dem "Anachronismus Gewerkschaft" zu beteiligen oder in Häme über den alarmierenden Mitgliederschwund zu ergehen. Im Gegenteil, sie übten solidarische Kritik und versuchten, "Steine zum Singen zu bringen", wie der Autor Rainer Jogschies es formulierte. Genau das tat Moshe Zuckermann, indem er Adornos Kulturindustriethese und die daran geknüpfte radikale Kapitalismuskritik auf klassisch frankfurterische Art servierte: "Eine Gewerkschaft, die sich noch als zentrale Trägerin der Arbeiterbewegung und der Emanzipation der Unterdrückten versteht, darf der Kunstautonomie als Glücksversprechen keine Absage erteilen", lautete das Fazit des jüdischen Gelehrten, andernfalls habe sie "ihren historischen Auftrag verraten". An den erinnerte auch Johano Strasser: Die Arbeiterbewegung sei am stärksten gewesen, als sie sich noch als "Kulturbewegung" begriffen habe, kritisierte der PEN-Präsident die Defizite in der Bildungsarbeit von ver.di, "der lesende Arbeiter war einmal ein Emanzipationsmodell."

Oskar Negt präsentierte ein Destillat seiner Streitschrift "Wozu noch Gewerkschaften?" und warnte die DienstleisterInnen, sich mit "Scheinkrisenlösungen" wie der Forderung nach Elitenbildung und Flexibilisierung zu arrangieren. Die tschechische Publizistin Alena Wagnerova deutete ver.di-Slogans wie "Die Würde hat einen Wert, die Arbeit einen Preis" als Indikator, dass sich die Gewerkschaft dem verdinglichten Menschenbegriff des Kapitalismus angenähert habe: "Würde hat keinen Wert; sie selbst ist ein Wert."

"Wir haben den Emanzipationsbegriff zu sehr auf Lohnerhöhung reduziert", räumte Bsirske zum Ende der Konferenz nachdenklich ein, "und uns zu sehr auf die Tauschwertseite von Arbeitnehmerinteressen konzentriert statt auf die Gebrauchswertseite." Eine links-politische Neuorientierung seiner Gewerkschaft kann er sich aber nicht vorstellen: "40 bis 45 Prozent unserer Mitglieder sind CDU-Wähler", bestätigte der Grüne Astels These vom Feind in den eigenen Reihen. Ernüchternd war auch, wie einer der hauptamtlichen Dienstleister die Forderung der Schriftstellerin Daniela Dahn, die Gewerkschaft möge ernsthafte Versuche

unternehmen, "die mediale Hegemonie des Neoliberalismus zu brechen" und das Projekt eines unabhängigen linken Weltfernsehsenders angehen, mit seiner Vision von einem gewerkschaftsfreundlichen Bild-Kolumnisten auskonterte.

Solidarität mit Kunst & Kultur

Solange die Funktionäre sich kein Leben jenseits der Neuen Mitte und ihren Kulturindustrie-Müllbergen denken können, erfüllt die ideologiekritische Zeitschrift Kunst & Kultur die Mission einer Flaschenpost: "Denn sie bewahrt das Wissen darum", so Moshe Zuckermann, "welche emanzipatorische Funktion autonome Kunst im falschen Leben des Kapitalismus hat." Kunst & Kultur war 1993 als Organ der Kulturschaffenden in der IG Medien ins Leben gerufen und von ver.di nach ihrer Gründung 2001 weitergeführt worden. Die Zeitschrift berichtet nicht nur über die prekäre soziale Lage der KünstlerInnen. Sie gilt auch als Forum für kunsttheoretische und kulturkritische Debatten. Obwohl ihre Auflage in den letzten fünf Jahren um ein Drittel auf mehr als 22.000 Exemplare anstiegen ist, wurde ihr Budget in diesem Zeitraum auf rund die Hälfte zusammengestrichen.

Die drastischen Einsparungsmaßnahmen und die Tatsache, dass die ver.di-Führung immer häufiger laut darüber nachdenkt, das Periodikum einzustellen, stoßen bei nicht wenigen ver.di-Mitgliedern auf Widerstand: Der Redaktion der Kunst & Kultur sei es gelungen, die Selbstentfremdung der Gewerkschaft zu überwinden, indem sie das Prinzip der Solidarität hoch halte und kritische Stimmen zu Wort kommen lasse, die in der Betriebsamkeit des Gewerkschaftsapparats zu verschwinden drohten, lobte Hans Arnfried Astel das Organ. "Da die Blöße der Gewerkschaft so groß ist", setzte der streitbare "Notstand"-Dichter nach, "muss sie sich dieses Feigenblatt weiter leisten, sonst ist sie nackt."

Susann Witt-Stahl

www.kunstundkultur-online.de

# 40. Die Stadtguerilla und der Antisemitismus. Wolfgang Kraushaars Buch "Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus"

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak497/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:32

Wolfgang Kraushaars neues Buch ist mehr als die kriminalistische Untersuchung eines bis heute nicht aufgeklärten Verbrechens. Übergreifendes Thema ist "die Konstituierung der Stadtguerilla als antisemitischer Akt", so die Überschrift des Schlusskapitels. Die "als antizionistisch ausgegebene, in Wahrheit antisemitisch grundierte Ausrichtung" sei der westdeutschen Stadtguerilla von Anfang an und "bis zu ihrem Zerfall in den neunziger Jahren inhärent gewesen".

Was den - zum Glück misslungenen - Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in der Westberliner Fasanenstraße am 9. November 1969 angeht, ist der politische Befund längst unumstritten: "An diesem Tag, zu dieser Gedenkstunde in eine jüdische Kultstätte in Berlin einen Brandsatz zu legen - das war lupenreiner Antisemitismus", so zitiert Kraushaar den Ex-Kommunarden und späteren Aktivisten der Tupamaros München, Ulrich Enzensberger. Nach Kraushaars Recherchen, zeitgenössischen Bekennerschreiben und der Selbstbezichtigung des Bombenlegers Albert Fichter ist auch die Urheberschaft für die Tat geklärt: Es war dies der erste Anschlagsversuch der Tupamaros Westberlin, deren Wortführer Dieter Kunzelmann kurz zuvor zusammen mit Albert Fichter, Lena Conradt, Georg von Rauch und Ina Siepmann ein Ausbildungslager von Al-Fatah in Jordanien besucht hatte. Unklar ist, ob die Bombe nur dank eines glücklichen Zufalls kein Blutbad anrichtete oder ob sie gar nicht explodieren konnte, weil sie von dem Verfassungsschutzagenten Peter Urbach entschärft worden war.

Die Tupamaros Westberlin allerdings haben Tote zumindest in Kauf genommen. In ihren Bekennerschreiben wird der Anschlag als legitimer Akt antifaschistischen Widerstandes hingestellt: So ist in dem Flugblatt "Schalom + Napalm" vom 13. November 1969 von den "faschistischen Gräueltaten Israels gegen die palästinensischen Araber" die Rede und von der "Kristallnacht", die "heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt" würde. In einem an den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, verschickten Tonband wird die Gleichsetzung Israels mit Nazi-Deutschland noch gesteigert: "Mit den Milliarden der Wiedergutmachung wird ein neuer faschistischer Völkermord finanziert."

Ganz ähnlich äußert sich Kunzelmann in seinem "Brief aus Amman", der am 27.11.1969 in der Zeitschrift Agit 883 veröffentlicht wurde: Er greift dort den durch die Shoah hervorgerufenen "Judenknax" der deutschen Linken an, verurteilt die "faschistische Ideologie ‚Zionismus`" und ruft auf zur Solidarität mit Al-Fatah, "die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat." In Anlehnung an Adorno bezeichnet Kraushaar die Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus als "Schuldabwehrantisemitismus": "Palästina gleich Vietnam, Faschismus gleich Zionismus, Israel gleich ‚Drittes Reich` und Al-Fatah gleich Antifaschismus. Mit dieser Kette von Gleichsetzungen wird eine Tilgung von Schuldgefühlen vollzogen und zugleich eine neue Haltung in Position gebracht - die rückhaltlose Identifikation mit den Palästinensern." Bei Kunzelmann, dem mutmaßlichen Anstifter des Attentats, sieht Kraushaar nicht nur diesen sekundären Antisemitismus, sondern auch manifesten Judenhass. So habe dieser auf die "Scheißjuden" geschimpft und Daniel Cohn-Bendit als "kleines Judenschwein" beleidigt; letzterer allerdings kann sich, vom Autor befragt, heute daran nicht mehr erinnern.

Ein Schurke und mehrere Verführte?

Abgesehen von solchen ungeklärten Details erscheint dreierlei in Kraushaars insgesamt solide recherchiertem Buch diskussionsbedürftig. Zunächst stellt sich die Frage nach der Rolle Dieter Kunzelmanns. Immer wieder stellt ihn Kraushaar als den Drahtzieher und Oberschurken hin, der andere, so auch den Bombenleger Albert Fichter, verführt und instrumentalisiert haben soll. Das ist letztlich ein Ruf nach dem Staatsanwalt; dem gegenüber aber hat jeder Angeklagte das Recht, seine Taten zu leugnen und Spuren zu verwischen - der Rekonstruktion der historischen Wahrheit ist das nicht gerade förderlich. Zweitens vermischt Kraushaar, wie schon in dem zusammen mit Jan Philipp Reemtsma und Karin Wieland herausgegebenen Bändchen "Rudi

Dutschke Andreas Baader und die RAF" (vgl. ak 494), Dinge, die wenig miteinander zu tun haben: Ihm geht es nicht nur um eine Verurteilung des Terrors, sondern jeglicher linker Militanz, insbesondere der von Dutschke propagierten Strategie der kalkulierten Provokation. Deutlich wird diese Vermischung, wenn Kraushaar in der APO der Jahre 1968/69 "eine mehr als nur ideologische Orientierung an Militanz und Terror" beklagt.

Die spannendste - und umstrittenste - der von Kraushaar aufgeworfenen Fragen betrifft die Rolle des linken Antizionismus seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967. Wüste anti-israelische Propaganda und eine grobschlächtige Verurteilung des "Zionismus" (oder was dafür gehalten wurde) war in der radikalen Linken in der Tat weit verbreitet. Der Bombenfund von November 1969 hat aber gezeigt, dass fast niemand den Schritt von der Propaganda zur Tat mittun wollte. "Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus hat gezündet. Berlin dreht durch. Die Linke auch", hieß es zynisch, aber nicht unzutreffend in einem zweiten Bekennerflugblatt. Am schärfsten distanzierte sich der Republikanische Club, wo während einer Polizei-Razzia Exemplare des "Schalom + Napalm"-Pamphlets gefunden worden waren: "Wer unter dem Vorwand, faschistische Tendenzen in Israel zu bekämpfen, antifaschistische Mahnmale beschmiert oder die Kranzniederlegung für die Opfer der Kristallnacht (egal, was man von solchen Zeremonien hält) zu einem Bombenanschlag benutzt, ist entweder geistesgestört oder selbst ein Faschist. Also waren es keine Linken."

Letzteres war Wunschdenken und ein untauglicher Versuch, die Linke aus der Schusslinie zu bringen. Staatsmacht, Parteien und Springer-Presse dachten gar nicht daran, zwischen antizionistischer Propaganda und antisemitischem Terror zu differenzieren. Die Welt prägte den Glaubenssatz, den längst auch viele Linke übernommen haben: "Antizionismus in diesem Lande ist gleich Antisemitismus." (12.11.1969) Kraushaars Position ist eine andere: "Der Antizionismus taucht als das kontinuitätstiftende Element zwischen dem offenen Antisemitismus der Vergangenheit und dem verkappten der Gegenwart auf. Unter seiner Tarnkappe ist es offenbar möglich, den judenfeindlichen Anschluss wiederherzustellen."

"Lupenreiner Antisemitismus"

Während Kraushaars Buch von "bürgerlicher" Seite durchweg gelobt wird, kommen von links Einwände, es sei zu unkritisch. Tjark Kunstreich (konkret 8/2005) möchte den Vorwurf des "linken Antisemitismus" auf den gesamten SDS ausdehnen, und Wolfgang Kloke, Autor des anti-antizionistischen Klassikers "Israel und die deutsche Linke" (1990/1994), wirft Kraushaar "Exkulpationsbegehren" vor, weil dieser zwischen Propaganda und Terror unterscheidet. Dagegen sieht Kloke in jeglichem Antizionismus nur "ungeschminkte Manifestationen antisemitischer Obsessionen" und wiederholt seine alte These vom "neudeutschen Antizionismus" als einer "hermetisch abgeriegelten Weltanschauung". (taz, 18.7.)

Götz Aly kommt, was das betrifft, zu ähnlichen Ergebnissen - allerdings lobt er die "aufklärerische Leistung" von Kraushaars Buch; es widerlege die "Märchen" vom fortschrittlichen Charakter der 68er Revolte: "Mit solchen Lügen ist nun Schluss. Die deutschen Achtundsechziger waren ihren Eltern auf elende Weise ähnlich. (...) Wenn es langfristig überhaupt positive Auswirkungen des Achtundsechziger-Protests gegeben haben sollte, dann nur deshalb, weil es den Gegenkräften gelang, diese zutiefst intolerante und antidemokratische Bewegung mit Hilfe der Staatsgewalt und einer entschlossenen Publizistik zu stoppen." Zu den entschlossenen Publizisten rechnet Aly namentlich den "in der Linken verhassten" Springer-Leitartikler Matthias Walden: "Das Buch von Wolfgang Kraushaar versteht sich auch als eine Rose, die mit großer Verspätung nicht nur auf seinem Grab niedergelegt werden sollte." (Die Welt, 16.7.)

Dieses mehr als zweifelhafte Lob wird dem Buch genauso wenig gerecht wie die Kritik allzu denkfauler Rezensenten, es sei nur "ein weiterer Abgesang auf die 68er" (Jungle World 27) bzw. ein "fingierter Nachruf - auf 1968". (junge Welt, 30.6.)

Js.

Wolfgang Kraushaar: Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburger Edition 2005, 300 Seiten, 20 EUR

# 41. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak497/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:18

Widerstand in Buchenwald

Der Freundeskreis der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora informiert in einer Broschüre über den organisierten Widerstand im KZ Buchenwald bei Weimar. Anlass für die Veröffentlichung ist der 100. Geburtstag des Antifaschisten Otto Roth (1905-1969). Als Leiter der geheimen Internationalen Militärorganisation hatte Roth maßgeblichen Anteil an der Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1945. 21.000 Menschen, darunter 900 Kinder und Jugendliche, konnten durch den jahrelang vorbereiteten bewaffneten Aufstand gerettet werden. In der Broschüre wird aber auch der unspektakuläre alltägliche Widerstand gewürdigt. "Widerstand im KZ, das hieß erst einmal ganz ‚banal` Hilfe zum Überleben", hebt der Historiker Ulrich Schneider hervor. Besonders wichtig war hier die illegale Organisierung der politischen Häftlinge, vor allem aus der KPD, der auch Roth seit 1930 angehörte. Am Ende der Broschüre steht ein Aufruf des Freundeskreises zur Mitarbeit - und der berühmte "Schwur von Buchenwald", in dem es u.a. heißt: "Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."

Js.

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V.: Organisierter Widerstand im KZ Buchenwald. Engagement und Vermächtnis des Antifaschisten Otto Roth. Bestelladresse: VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt am Min, 40 Seiten, 3 EUR plus 1 EUR Porto

Kommunismus-Kongress

Im Winter 2003 hatten die Gruppen DemoPunk und Kritik & Praxis zu einem internationalen Kulturkongress unter dem Titel "Indeterminate! Kommunismus" nach Frankfurt am Main geladen. "Indeterminate" bedeutet unbestimmt, und so war die Frage der Bestimmbarkeit dessen, was Kommunismus heute bedeuten kann, zentrales Thema. Zusammen kamen eine bunte Mischung der Linken und mit reichlich Prominenz besetzte Podien. Über historische kommunistische Versuche wurde dabei kaum gesprochen, auch aktuellen antikapitalistischen Bewegungen wurde wenig Platz eingeräumt. Dies spiegelt sich auch in der nun im Unrast-Verlag erschienen Textsammlung wider. Mit der Aktualität von Kommunismus und Möglichkeiten radikaler Demokratie setzen sich Jacques Ranciere, Jelica Sumic, Rado Riha und Slavoj Zizek auseinander. Perspektiven einer antikapitalistischen Gesellschaftsformierung, speziell bezogen auf "Empire", sind Gegenstand der Texte von Thomas Seibert, Joachim Hirsch, Thomas Atzert, Kanak Attak, Kritik & Praxis und Nadja Rakowitz. Nicht immer mit Bezug zum Kommunismus werden migrationspolitische Konzepte, der Wandel der Produktionsweisen, immaterielle Arbeit, Biopolitik und Globalisierung verhandelt. Auch widerständige Praxen im Bezug auf Kunst und Kapitalismus werden, z.B. durch die Hamburger Radiogruppe LIGNA, vorgestellt. Ob der Sammelband die Debatte um Kommunismus als "wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt" (Karl Marx), wie in der Verlagsankündigung propagiert, anschieben hilft, kann nur durch die Lektüre beantwortet werden. Auf alle Fälle bietet sich ein interessanter Überblick über den Kongress und einige aktuelle Debatten in der Linken.

Jonas Füllner

Demopunk / Kritik & Praxis Berlin (Hrsg.): Indeterminate! Kommunismus. Texte zur Ökonomie, Politik und Kultur. Unrast-Verlag, Münster 2005, 352 Seiten, 18 EUR

Hört das Manifest!

Das Kommunistische Manifest als Hörbuch herauszubringen, ist keine ganz neue Idee. Nun hat auch der Hamburger Argument-Verlag zwei hörenswerte CDs herausgebracht. Da freuen sich nicht nur linke VeteranInnen, auch Jüngere, die vor der Lektüre bisher zurückschreckten, können so an diesen Klassiker des Marxismus herangeführt werden. Gelesen wird der Text von dem Hamburger Schauspieler und Altgenossen Rolf Becker (dem Fernsehpublikum u.a. als nervender Staatsanwalt der Hamburger "Tatort"-Krimis mit den Kommissaren Stöver und Brockmöller bekannt). Becker liest präzise und unpathetisch; man merkt, dass ihm

der Text seit Jahrzehnten vertraut und heute noch wichtig ist. Seine geschulte Stimme bringt auch die literarische Qualität des Manifests zur Wirkung - schließlich handelt es sich um ein "Meisterwerk der Weltliteratur, einen großartigen Text, der apokalyptische Töne und Ironie, wirkungsvolle Slogans und klare Argumente einander abwechseln lässt", so Umberto Eco in ak 411. Auf einer zweiten CD liest Becker Eric Hobsbawms Essay zum 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung des Manifests. Entgegen der jahrzehntelang vorherrschenden Rezeption als Dokument eines falschen historischen Determinismus hebt Hobsbawm den "Kerngedanken" von Marx und Engels hervor, ihren Aufruf zum "kollektiven politischen Handeln". Ihr Denken in Alternativen - von Rosa Luxemburg auf die Formel "Sozialismus oder Barbarei" gebracht - gelte auch für das 21. Jahrhundert.

Js.

Karl Marx/Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest. Eric J. Hobsbawm: 150 Jahre Kommunistisches Manifest. Gelesen von Rolf Becker. Argument-Verlag, Hamburg 2005. 2 CDs, 19,90 EUR

Globalisierungskritische Strategien

Ulrich Brand, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fachgebietes Globalisierung und Politik an der Universität Kassel und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac, liefert in seinem Buch "Gegen-Hegemonie - Perspektiven globalisierungskritischer Strategien" zusammen mit Joachim Hirsch und Christoph Görg Bausteine für eine Perspektivendiskussion. Am Anfang erläutert Brand auch für Laien verständlich seine theoretischen Prämissen. Mit Antonio Gramsci geht es ihm um die Herstellung einer Gegenhegemonie. Von Nicos Poulantzas übernimmt Brand die Vorstellung vom Staat als sozialem Verhältnis, in dem sich die Kräfteverhältnisse zwischen Klassen und anderen politischen Akteuren verdichten. Aktuelle politische Inspiration kommt für Brand von der zapatistischen Bewegung, der in dem Buch gleich zwei Kapitel gewidmet sind. "Fragend gehen wir voran" - dieses zentrale zapatistische Motto könnte auch über dem Buch stehen. Kritisiert werden nicht nur herrschende Politikmodelle sondern auch oppositionelle Konzepte. So werden keynesianistische Wirtschaftsmodelle, wie sie jetzt wieder in der Linkspartei populär sind, ebenso der Kritik unterzogen wie das in der Umweltbewegung vieldiskutierte Nachhaltigkeitskonzept oder die Debatte um "Global Governance" "Nach dem Neoliberalismus" heißt das letzte Kapitel, das sich den Alternativen widmet. Auch über diesem Kapitel könnte die zentrale These des Autors stehen: "Es gibt viele Vorschläge - ein Masterplan ist nicht notwendig". Wer von dem Buch eine klare Handlungsanleitung für oppositionelle Bewegungen erwartet, wird enttäuscht. Wer sich von kritischen Auseinandersetzungen mit herrschenden wie oppositionellen Politikkonzepten anregen lassen will, wird es dagegen mit Gewinn lesen.

Peter Nowak

Ulrich Brand: Gegen-Hegemonie - Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. VSA-Verlag, Hamburg 2005, 224 Seiten, 13,80 EUR

# 42. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak497/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:30

Summercamp of Resistance

Nachdem in den letzten Monaten an etlichen Schulen und Hochschulen Streiks und Aktionen gegen ein neoliberales Verständnis von Bildung, sowie gegen die Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich stattgefunden haben, sollen diese Proteste nun auf den breiteren gesellschaftlichen Kontext ausgeweitet werden. Um den Widerstand voranzutreiben, sollen auf dem bundesweiten Camp in Berlin Strategien und Perspektiven entwickelt und Erfahrungen ausgetauscht werden, um sich weiter zu vernetzen und gemeinsam zu agieren. Das Camp wird organisiert von bewegungslinken Hochschulgruppen und ASten aus dem gesamten Bundesgebiet.

Berlin, 21. - 28.8.05, Offene Uni BerlinS, HU-Campus-Nord Haus 6, Philippstr. 13

50 Jahre Bundeswehr

Veranstaltung zur Geschichte und den aktuellen Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr, zur Entwicklung der Wehrpflicht und zur Wehrpflicht-Verweigerung mit einem Referenten der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Die Gründergeneration der 1955 aufgestellten Bundeswehr hatte zuvor bereitwillig in der verbrecherischen Wehrmacht gedient. Ihre Gesinnung war über Jahrzehnte für das Innenleben der Armee bestimmend und wirkt bis heute. Bis in die 1980er Jahre war die Bundeswehr auf die "Landesverteidigung" ideologisch, rechtlich und strukturell ausgerichtet. Noch vor dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges versuchte die Bundeswehr ihren internationalen Handlungsspielraum zu erweitern. In einer Strategie der kleinen Schritte hat sich das Militär von "humanitären Einsätzen" bis an Angriffskriege herangerobbt, und damit seine Struktur und Aufgaben grundlegend geändert. Mit dabei: Wehrpflichtige. Allerdings ist aus der "allgemeinen" Wehrpflicht eine Lotterie-Wehrpflicht geworden, da künftig weniger als zehn Prozent eines Jahrgangs zum Wehrdienst einberufen werden können.

Bernau, 31.8.05, 17.30 Uhr, Dosto, Breitscheidstr. 43a, Kulturhof

Naziaufmarsch verhindern. Das können wir noch mal!

Unterstützt durch "Freie Kameradschaften" plant die niedersächsische NPD einen Aufmarsch in Oldenburg. Dieser Aufmarsch ist eine wichtige Werbeveranstaltung für die Nazis, da er der voraussichtlich letzte vor der vorgezogenen Bundestagswahl sein wird. Außerdem ist es das erste Mal seit ihrem gescheiterten Aufmarschversuch im Oktober 2001, dass sie versuchen in Oldenburg auf die Straße zu gehen. Vor vier Jahren brachten die GegendemonstrantInnen die Nazis mit zahlreichen Aktionen, Blockaden und Gemüsewürfen nach wenigen hundert Metern zum Umdrehen und die Polizei, die die "Sicherheit" nicht mehr gewährleisten konnte, musste die Faschisten zurück zum Bahnhof geleiten. Kreativ und entschlossen soll dafür gesorgt werden, dass die Nazis gleich wieder nach Hause fahren müssen.

Oldenburg, 3.9.05, 10.00 Uhr, Bahnhof

Wem gehört die Stadt?

Megacities, Global Cities, Weltstädte, Metropolen: Neoliberale Globalisierung und der Widerstand dagegen zeichnen sich in den großen Städten im Süden und im Norden besonders deutlich ab. Ihre Situation ist gekennzeichnet durch Privatisierungen z.B. in den Bereichen Wasser, Energie oder dem Nahverkehr. Aber auch in sozialer Hinsicht verändern sich Städte massiv: In Lateinamerika beispielsweise bieten die großen Städte kaum noch eine Lebensgrundlage, und die Menschen suchen nach eigenen Wegen des Überlebens. Auch in den Städten des Nordens öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Nicht zuletzt gerät dabei die prekäre Situation von MigrantInnen aus dem Blick, die "illegal" in den Städten leben. Gegen diese Situation formiert sich insbesondere in Basisbewegungen und NGOs Widerstand. Mit dem Nord-Süd-Projekt "Der Süden der Städte" will das Institut für Theologie und Politik deshalb nicht nur innerhalb der Globalisierungsdebatte auf Symmetrien und Asymmetrien in Städten in Nord und Süd hinweisen, sondern konkret nach Interventionsmöglichkeiten für solidarisches Handeln gegen eine neoliberale Umstrukturierung der Städte suchen. Bei der Internationalen Fachtagung stehen Kämpfe gegen Privatisierungen unter dem

Begriff "(Wieder-)Aneignung" im Zentrum, die unter der Perspektive von Autonomie, Alternativen und Handlungsstrategien thematisiert werden.

Münster, 16.-18.9.05, Evangelische Studierendengemeinde, Breul 43

Aktionstag gegen Abschiebelager

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ruft in Kooperation mit dem No-Lager-Netzwerk zu einer öffentlichen gewaltfreien Inspektion und Demonstration am Abschiebelager in Bramsche-Hesepe bei Osnabrück auf. Mit 550 Plätzen ist Bramsche-Hesepe das größte Abschiebelager in der Bundesrepublik. Es konzentriert alle für die Asylsuchenden lebenswichtigen sozial- und ausländerrechtlichen Behörden innerhalb des Lagers, so dass sie sich den ein- und ausschließenden Mechanismen des Lagers kaum entziehen können. Zugleich werden die Insassen zur "freiwilligen Ausreise" gedrängt. Dazu wird vorsätzlich ein Klima existenzieller Ausweglosigkeit geschaffen. Es ist nicht leicht, Protest und Widerstand im Lager zu organisieren. Dennoch haben Flüchtlinge in Bramsche-Hesepe immer wieder gegen ihre Lagerunterbringung protestiert. Das Komitee will mit möglichst vielen das Lager besichtigen und mit den Menschen, die dort zu leben gezwungen sind, und denen, die dort arbeitend ihr Einkommen verdienen müssen, über ihre Sicht auf das Lager sprechen. Wenigstens für einen Tag soll die staatlich gewollte Isolation und Desintegration der Flüchtlinge durchbrochen werden.

Bramsche-Hesepe, 24.9.05, 12.00 Uhr, Bahnhof

Gerechtigkeit heilt

Der internationale Kongress "Gerechtigkeit heilt - Der internationale Kampf gegen Straflosigkeit", organisiert durch die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum, dient dem Erfahrungsaustausch von Organisationen und Einzelpersonen, die weltweit im Kampf gegen Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen aktiv sind. Weitere Informationen sind künftig unter www.gerechtigkeit-heilt.de abrufbar.

Bochum, 14.-16.10.05, Bahnhof Langendreer

# 43. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak497/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:44

Und schon ist sie wieder vorbei, die Sommerpause. Mit Sommer ist zwar nicht viel gewesen, mit Pause bei den meisten von uns auch nicht, aber gut. Ein bisschen Erholung hier und dort fiel wohl dennoch ab. Also starten wir mit aufgeladenen Akkus und frischen Ideen in die zweite Jahreshälfte. Dummerweise hatten wir in der letzten Ausgabe vergessen darauf hinzuweisen, dass es im Juli keine ak gibt. Einige LeserInnen haben sich deshalb halb ärgerlich, halb besorgt gemeldet und nachgefragt, wo denn ihre Zeitung geblieben ist. Diese Sorge freut und reut uns zugleich: Klar hätten wir unser Timeout ankündigen sollen. Tja, also: tut uns leid.

Das mit der Sommerpause ist ja mal eine gute Tradition, denn sie verschafft auch Zeit für Dinge, die sonst immer liegen bleiben, wie zum Beispiel das Archiv aufzuräumen. Dreißig Jahre ak, das sind eben auch dreißig (na ja, fast) Jahre Staub, Dreck und Spinnweben, von denen sich zu trennen nicht nur Hausstaub-AllergikerInnen, sondern allen Leuten Erleichterung, Wohlstand und Erfolg verschafft, wie Feng-Shui-Experten versprechen. Das schien auch uns attraktiv, und so machten wir uns also ans Werk - mit Erfolg. Viele Quadratmeter kreativer Freifläche symbolisieren jetzt unseren (natürlich kritischen) Fortschrittsglauben. Aber keine Sorge, wir haben natürlich von jeder der ebenso bahnbrechenden wie richtungweisenden immerhin bald 500 Ausgaben unseres Blattes genügend Exemplare aufbewahrt und sorgfältig archiviert; die Menschheit hat also an unserem Aufräum-Koller keinen bleibenden Schaden genommen.

Ja, und ansonsten dreht sich natürlich so manches Gespräch, auch in unseren Redaktionsdebatten, um die bevorstehenden Wahlen. Die ja immerhin deshalb interessant sind, weil sie etwas bieten, was sich vor einem Jahr noch niemand recht vorstellen konnte: eine Alternative (irgendwie) links von der SPD, die auch im Westen über einiges Stimmenpotenzial verfügt. Dies ist - neben dem durchaus mit rechter Schadenfreude beobachteten Niedergang von Rot-Grün - Grund genug, diesem Thema einige Seiten dieser Ausgabe zu widmen. Worauf wir alle am gespanntesten sind: wie sich der voraussichtliche Punktsieg der Linkspartei auf die außerparlamentarische radikalere Linke und entsprechende soziale Bewegungen auswirken wird. Oder genauer gesagt: ob letztere die veränderte Situation zu ihren Gunsten zu nutzen wissen werden. Einschätzungen unter uns dazu reichen von recht optimistisch bis vorsichtig skeptisch. Man darf gespannt bleiben.

Wer schon immer wissen wollte, was eigentlich "Operaismus" ist, der sollte sich außerdem unseren aktuellen Schwerpunkt zu Gemüte führen, denn der garantiert nicht nur Aha-Erlebnisse, sondern zeigt auch Reichweite und Aktualität dieser Form eines "dissidenten Marxismus" (s. S. 13) auf.

Und: Wie jede Zeitung von Bedeutung verfügen wir über ein weltweit operierendes KorrespondentInnen-Netz, das uns monatlich insbesondere im Inter-Teil mit neuesten, brandheißen Informationen von direkt vor Ort versorgt. Unser USA-Korrespondent, dortselbst mit Labour Unions verschiedenster Couleur unterwegs beim alltäglichen Organizing, wäre auf dem Heimweg, Ironie der Geschichte beinahe in London festgehangen - dank des Streiks von Catering-Beschäftigten und solidarischem Bodenpersonal bei British Airways. Aber eben nur beinahe, und so ist schließlich alles gut gegangen: Der Korrespondent ist gelandet, und der Streik geht weiter. So soll es sein.

Viel Spaß beim Lesen wünscht eure

ak-Redaktion

# 44. Das Thema: Operaismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak497/thema.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:497:thema

Seit einiger Zeit erlebt er ein ebenso ungeahntes wie schillerndes Revival: der Operaismus, jener Theorie-Import aus Italien, der von seinen Anfängen bis hin zum "Post-Operaismus" von Toni Negri und Michael Hardt so vielfältige wie verwirrende Wendungen genommen hat. (vgl. ak 464)

Aber welche Relevanz hat dieser dissidente Marxismus mit seinem radikal neuen Verständnis von "Klasse", Klassenkampf und kapitalistischer Entwicklung? Was ist geblieben von der "militanten Untersuchung" und dem operaistischen Feminismus? Einige Schlaglichter von Martin Dieckmann, Beverly Silver, Peter Birke und Mariarosa Dalla Costa.

Sofern die zentralen operaistischen Arbeiten aus den Zeitungsprojekten Quaderni Rossi und Classe Operaia überhaupt auf deutsch erschienen sind, sind sie inzwischen vergriffen. Wer einige dieser Texte nachlesen möchte, wird bei den Dossiers auf der Homepage der Wildcat fündig:
www.wildcat-www.de/dossiers/operaismus/operaismus_dossier.htm